

2002

Die soziale Lage in der Europäischen Union

ISSN 1681-164X



Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002



Europäische Kommission
Generaldirektion
Beschäftigung und Soziales

Inhaltsverzeichnis

Vorwort		5
Abschnitt I : Die Soziale Situation in Kürze		7
Einleitung		9
1.1 Die wichtigsten sozialen Entwicklungen		11
1.2 Trends bei den Ausgaben für Sozialschutz und Wohlfahrt		14
1.3 Die Herausforderungen von Mobilität und Wanderungsbewegungen		16
Abschnitt II : Die Soziale Dimension Der Geografischen Mobilität		21
2.1 Bevölkerungsbewegungen in der Europäischen Union		23
2.2 Lebensbedingungen		35
2.3 Sozialer Zusammenhalt und Teilhabe an der Gesellschaft		43
Abschnitt III : Statistische Profile		53
1 Wirtschaftliche Lage		58
2 Demografie, Haushalte und Familien		61
3 Überalterung der Bevölkerung		63
4 Wanderungsbewegungen und Asylanträge		65
5 Bildungsabschlüsse		67
6 Lebenslanges Lernen		70
7 Beschäftigung		73
8 Beschäftigung älterer Arbeitnehmer		76
9 Arbeitslosigkeit		79
10 Jugendarbeitslosigkeit		80
11 Langzeitarbeitslosigkeit		82
12 Sozialschutzausgaben		84
13 Altersversorgung		86
14 Einkommensverteilung und regionaler Zusammenhalt		89
15 Haushalte mit niedrigem Einkommen		92
16 Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt		95
17 Frauen in Entscheidungspositionen		97
18 Beschäftigungssituation von Frauen		99
19 Arbeitseinkommen von Männern und Frauen		101
20 Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten		103
21 Unfälle und arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme		106
Anlagen:		109
Anhang I: Soziale Schlüsselindikatoren je Mitgliedsstaat		111
Anhang II: Statistische Daten - EU-Mitgliedstaaten		113
Anhang III: Soziale Schlüsselindikatoren je Beitrittsland		133
Anhang IV: Statistische Daten - Beitrittsländer		135
Anhang V: Liste der Eurostat Dashshops		145

ANERKENNUNGEN

GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und EUROSTAT möchten Professor Géry Coomans von ISMEA, Herrn Michiel Ras von Sozial - und Kulturplanungsamt der Niederlande und Professor Yannis Yfantopoulos von Universität Athen für ihre Beiträge in der Vorbereitung dieses Berichts danken.

Vorwort

Mit Hilfe des vorliegenden dritten Jahresberichts über die soziale Lage lassen sich die Entwicklungen im sozialen Bereich in den Mitgliedstaaten verfolgen. Er bietet einen umfassenden Überblick über die Lage der Bevölkerung und die sozialen Bedingungen als Hintergrund für die Entwicklung der Sozialpolitik und stellt Bezüge her zu jährlichen Veröffentlichungen der Kommission wie „Beschäftigung in Europa“, „Arbeitsbeziehungen in Europa“ und den „Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter“.

Der erste Abschnitt dieses Berichts ist eine kurze Zusammenfassung der sozialen Haupttrends. Sie enthält eine Analyse der Ausgabenentwicklungen beim Sozialschutz sowie den Auswirkungen der Sozialtransfers auf die Einkommensverteilung. Besonderes Augenmerk wird auf das Thema geografische Mobilität in der EU und ihre Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und den sozialen Zusammenhalt gerichtet.

Es folgt in Abschnitt 2 eine genauere Betrachtung der sozialen Entwicklungen im Zusammenhang mit der geografischen Mobilität. Sie bietet quantitative und qualitative Analysen und Untersuchungen unter drei Überschriften – Bevölkerung, Lebensbedingungen und soziale Beteiligung.

Abschnitt 3 bietet eine Reihe harmonisierter Sozialindikatoren von der demografischen Entwicklung über die Beschäftigung bis hin zur Einkommensverteilung in jedem Mitgliedstaat. Die Indikatoren bieten einen ersten Überblick über die soziale Lage. Zusätzlich eignen sie sich hervorragend zur Beobachtung der sozialen Entwicklungen im zeitlichen Verlauf.



Anna Diamantopoulou
Mitglied der Kommission,
zuständig für Beschäftigung und
soziale Angelegenheiten



Pedro Solbes Mira
Mitglied der Kommission,
zuständig für Wirtschaft und
Währungsangelegenheiten
sowie für Eurostat

Abschnitt I

Die Soziale Situation in Kürze

Einleitung

Seit dem Gipfel von Lissabon wurde die Sozialpolitik und ihr Zusammenspiel mit den beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Strategiedebatte der EU zu einem Hauptthema. Angesichts der Europäischen Sozialagenda und der neuen Prozesse der sozialen Eingliederung und der Rentenumstrukturierung gewinnt die regelmäßige Beobachtung der sozialen Lage in Europa, die diese Veröffentlichung bietet, neu an Bedeutung.

Demografische und soziale Trends, die Globalisierung, die Veränderungen im Bereich der Information und Kommunikation sowie die daraus erwachsende neue Ökonomie sind die Hauptantriebskräfte, die uns vor neue Herausforderungen und Möglichkeiten stellen. Das Ziel dieses Berichts ist die Betrachtung der sich hieraus ergebenden sozialen Entwicklungen und die Kennzeichnung einiger Auswirkungen auf die politischen Kernbereiche. Durch die Entwicklung der

Fähigkeiten zur sachgerechteren Vorhersage und Handhabung des Wandels können sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft auf diese Herausforderungen reagieren.

Dieser Abschnitt bietet eine kurze Zusammenfassung des Berichts. Er ist in drei Kapitel unterteilt. Das erste Kapitel gibt einen Überblick über die sozialen Haupttrends und wird von den neuesten Daten und Zahlen auf europäischer Ebene gestützt. Das zweite Kapitel beinhaltet eine Kurzanalyse der Trends bei den Ausgaben für Sozialschutz im letzten Jahrzehnt. Das dritte Kapitel geht genauer auf das Sonderthema dieses Jahres, die geografische Mobilität, ein, und insbesondere darauf, wie verschiedene Mobilitätsarten vom Pendeln bis zur Zuwanderung mit dem sozialen Gefüge der europäischen Gesellschaft interagieren.

1.1 Die wichtigsten sozialen Entwicklungen

1.1.1 Bevölkerungsdynamik

Die Bevölkerungsentwicklungen sind ein guter Ausgangspunkt für ein Porträt der sozialen Lage.

Europäer leben länger... Die Lebenserwartung bei der Geburt und im Rentenalter wird voraussichtlich weiter steigen.

...aber die Fruchtbarkeitsziffern bleiben niedrig ... Auch wenn die Fruchtbarkeit nicht in dem Maße fiel wie noch vor einigen Jahren, so bleiben die Fruchtbarkeitsziffern sehr niedrig, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sie in naher Zukunft steigen werden.

Infolgedessen überaltert die EU-Bevölkerung... Da die Zahl der jungen Neuankömmlinge sinkt und größere Altersgruppen volljährig werden, ergraut auch die Erwerbsbevölkerung. Wenn die Babyboomer ab 2010 anfangen, in den Ruhestand zu treten, wird die Erwerbsbevölkerung wahrscheinlich weiter schrumpfen und die Abhängigkeitsrate der älteren Bevölkerung abrupt ansteigen. Heute stellen die älteren Menschen 16% der Gesamtbevölkerung, was etwa 1/4 der Gruppe, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (15-64 Jahre), entspricht. Bis zum Jahr 2010 wird mit einem Anstieg dieser Quote auf 27% gerechnet. In den nächsten 15 Jahren wird der Anteil der "sehr Alten" (80 Jahre und darüber) um fast 50% zunehmen.

Die Gesamtgröße und das Wachstum der EU-Bevölkerung ändern sich. Nach Jahrhunderten kontinuierlicher Expansion ist nun *das Ende des europäischen Bevölkerungswachstums in Sicht*. Die meisten EU-Regionen werden wahrscheinlich noch vor 2015 eine Stagnation oder einen Rückgang ihrer Bevölkerungen erleben. Es wird jedoch große Unterschiede bezüglich des Zeitraums und des Ausmaßes dieses Prozesses zwischen den Ländern geben.

Während die internen Triebkräfte des Bevölkerungswachstums an Energie verlieren, hat die *internationale Wanderung schnell als Faktor für das Bevölkerungswachstum an Bedeutung gewonnen* - in den letzten fünf Jahren machte sie 70% der Zunahme der EU-Bevölkerung aus. Dieses Phänomen sticht besonders im Hinblick auf eine überalternde und schrumpfende Erwerbsbevölkerung hervor.

Währenddessen werden die Haushalte kleiner... Im Hinblick auf den Wandel bei den Haushalten und den Familienmustern sind drei Trends erwähnenswert. Der Anteil der aus zwei oder mehr Erwachsenen mit abhängigen Kindern bestehenden Haushalte sinkt zunehmend: von 52 % im Jahr 1988 auf 46 % im Jahr 2000. Die Zahl der allein lebenden Menschen nimmt zu, und die Durchschnittsgröße der Haushalte wird kleiner. Auch wenn der Anteil der abhängigen Kinder in Familien mit alleinerziehenden Eltern (hauptsächlich Mütter) weiterhin verhältnismäßig klein bleibt, stieg er in den letzten 15 Jahren erheblich an - 13 % in 1998 im Vergleich zu 8 % im Jahr 1983. Die erste Phase des Zusammenlebens nimmt zunehmend die Form des Zusammenwohnens an, da junge Menschen dazu neigen, die Heirat bis zu dem Zeitpunkt hinauszuzögern, bis

sie Kinder haben wollen oder sich sicher fühlen, dass die Beziehung halten wird. In 2001 lebten 33 % der als Paar zusammenlebenden jungen Menschen (unter 30 Jahre alt) in einer gemeinsamen Wohnung.

Obwohl diese Trends in der ganzen Union zu beobachten sind, ist das Ausmaß, das sie annehmen können, zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich.

1.1.2 Einige Aspekte der Lebensbedingungen

In den letzten Jahren profitierten die Lebensbedingungen der meisten EU-Bürger von einem starken und nachhaltigen Wirtschaftswachstum und von Verbesserungen in der Beschäftigungssituation. Im Jahr 2000 hatten etwa 166 Millionen Menschen in der Union eine Beschäftigung, ein Zuwachs von 10 Millionen Menschen seit 1995, was einer Beschäftigungsquote von 63,3 % entspricht. Frauen hatten den Hauptanteil am Beschäftigungswachstum. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der EU-15 fiel auf etwa 14 Millionen oder 8,2 % der Erwerbstätigen, die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1992. Trotz dieser günstigen Entwicklungen bleibt die Arbeitslosigkeit zu hoch. Die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung bleibt für einen beträchtlichen Teil der EU-Bevölkerung bestehen. Darüberhinaus stellen die jüngsten, weniger vorteilhaften wirtschaftlichen Entwicklungen, weitere Herausforderungen in diesem Bereich.

Ein kurzer Blick auf drei Schlüsselaspekte der Lebensbedingungen - Gesundheit, Einkommen und Erziehung - , die für die Qualität des täglichen Lebens der Bürger möglicherweise eine wichtige Rolle spielen, offenbart, dass:

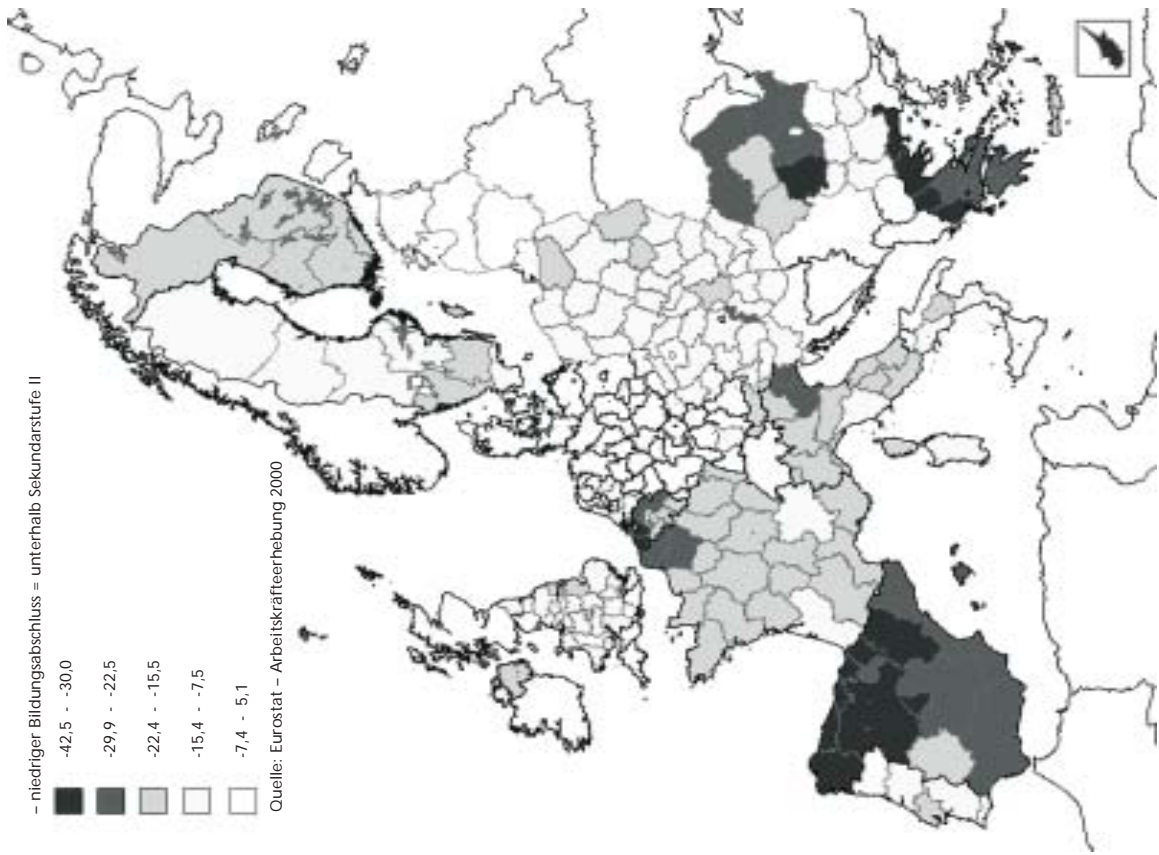
die Gesundheit allgemein besser wird, aber große soziale Unterschiede beim Gesundheitszustand bestehen

Die Europäer sehen ihre Gesundheit als wesentlichen Faktor für ihre Lebensqualität an (siehe „Die soziale Lage in der Europäischen Union 2001“). Untersuchungen über die sozialen Determinanten der Gesundheit zeigen, dass Bildung, Einkommen, eine gute Beschäftigung und eine angemessene Wohnung positiv mit einer guten Gesundheit korrelieren. Eine Reihe von Untersuchungen weisen auf große Unterschiede beim Gesundheitszustand zwischen den sozialen Gruppen und auf eine sich vergrößernde Kluft zwischen den reicheren und ärmeren Mitgliedern der Gesellschaft¹ hin.

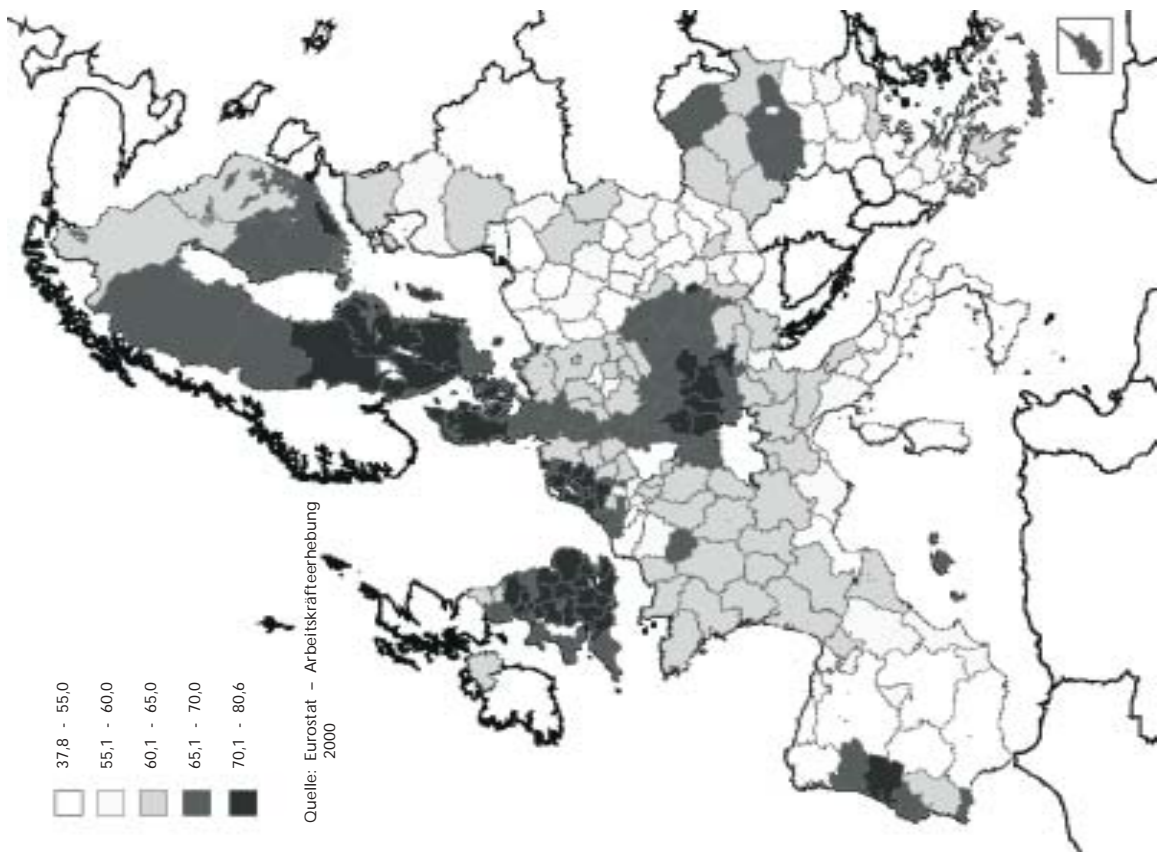
EU-weit halten etwa 10 % der Erwachsenen (16 Jahre alt und darüber) ihre Gesundheit für ‚schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘. 68% schätzen ihre Gesundheit als ‚gut‘ oder ‚sehr gut‘ ein, während 22 % sie als ‚recht gut‘ beschreiben. Der Anteil der Personen der Kategorie ‚(sehr) schlecht‘ steigt mit dem Alter an: derart beschreibt fast einer von vier alten Menschen seinen Gesundheitszustand. In allen Altersstufen schätzen Frauen ihre Gesundheit eher als ‚(sehr) schlecht‘ ein als Männer. Auch Menschen im niedrigsten Einkommensquintil berichten wesentlich häufiger von ihrem schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand (13 %) als diejenigen im höchsten (5 %).

¹ Siehe beispielsweise OECD, *Regards sur la Santé*, 2001. *Preparing for an aging world: the case for cross national research*, NAS, 2001. WHO-Weltgesundheitsbericht 2000.

Bildungsfortschritt: Rückgang im Anteil niedriger Bildungsgrade (Unterschied zwischen den Anteilen niedriger Bildungsabschlüsse in den Altersgruppen von 25-34 und von 45-54 Jahren), Jahr 2000



Beschäftigungsquote (Altersgruppe 15-64 Jahre) - Jahr 2000



Für Männer wie für Frauen sind Kreislauferkrankungen die häufigste Todesursache in der Union (außer Frankreich). Äußere Ursachen wie Unfälle und Vergiftungen überwiegen bei den jungen Menschen (im Alter von 15-34 Jahren), machen aber nur einen geringen Anteil bei denjenigen aus, die 55 Jahre und älter sind. Krebs bildet die häufigste Todesursache bei den 45-64-Jährigen. Bei den 75-Jährigen und Älteren sind Kreislauferkrankungen bei etwa der Hälfte die Todesursache.

Bildung: Zugang und Abschlüsse werden besser, aber nicht für alle

Die Bildungsabschlüsse haben sich über die letzten 30 Jahre deutlich verbessert, insbesondere unter den Frauen. Heute haben mehr als 76 % der 25- bis 29-Jährigen einen Abschluss der Sekundarstufe II. Die Verbesserung des Bildungsniveaus ist eine der größten Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Im Jahr 2000 war einer von fünf in der Altersgruppe von 45-54 Jahren und einer von vier in der Altersgruppe von 25-34 Jahren Hochschulabsolvent. Allerdings verlassen immer noch 20 % der Personen von 18-24 Jahren das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I.

In der ganzen Union ist das Bildungsniveau der Erwachsenen um so besser, je mehr Ausbildungsangebote es für sie gibt. EU-weit nahmen im Jahr 2000 (zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten 4 Wochen) 8% der 25-64-Jährigen an Bildungs-/Ausbildungsmaßnahmen teil. Derartige Ausbildungsaktivitäten sind in den nordischen Ländern, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich weiter verbreitet. Ältere Menschen haben weit weniger Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten als jüngere Menschen. Frauen sind bei den Ausbildungsaktivitäten in den nördlichen Mitgliedstaaten weiter besser repräsentiert als in den südlichen Mitgliedstaaten.

Beschäftigungsaussichten in den Regionen: Bildung spielt hier eine Schlüsselrolle

Von 1996-2000 stieg in den Regionen die Beschäftigung für Arbeitskräfte mit Abitur und Hochschulbildung stark an, während sie für niedrigere Bildungsgrade fiel. In verschiedenen Regionen gibt es eine Reihe von Entwicklungsmöglichkeiten, die von der derzeitigen Beschäftigungsquote und den Fortschritten bei den Bildungsabschlüssen abhängen. Karte 1 und 2 auf der folgenden Seite zeigen, dass beispielsweise einige Regionen in Nordspanien mit einer relativ niedrigen Beschäftigungsquote große Fortschritte beim Bildungsniveau gemacht haben. Daher gibt es in Spanien viel Spielraum, die Beschäftigungsquote insgesamt zu erhöhen und bessere

Arbeitsplätze für qualifiziertere Arbeitskräfte anzubieten. Am anderen Ende der Skala verfügt Dänemark über eine sehr hohe Beschäftigungsquote und bereits über einen günstigen Bildungsmix der Bevölkerung, und daher über einen geringeren Spielraum für das Beschäftigungswachstum.

Einkommensverteilung: Die Situation von Haushalten mit niedrigem Einkommen bleibt unverändert

1998 lag der Medianwert des Äquivalenz-Nettojahreseinkommens bei etwa 11.700 KKS (EU-15: gewichtetes arithmetisches Mittel). In den meisten Mitgliedstaaten ist nahezu 70% des Einkommens Arbeitseinkommen, etwa 25-30 % stammt aus Renten und anderen Sozialleistungen und der übrige Teil aus Kapital und anderen privaten Quellen.

Obwohl Sozialleistungen keinen großen Anteil am Einkommen haben, kommen 73 % der EU-Bürger direkt oder indirekt durch andere Haushaltsmitglieder in den Genuss solcher Transferleistungen.

Im Jahr 1998 hatten auf EU-Ebene die 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen 8 % des Gesamteinkommens, während die 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen über 39 % des Gesamteinkommens verfügten, d.h. 5,4 mal so viel. Die Mitgliedstaaten mit niedrigeren Durchschnittseinkommen neigen zu größerer Ungleichheit. Die Kluft zwischen den wohlhabendsten und ärmsten Personen ist in Dänemark (2,7), Finnland (3,0) und in Schweden (3,4) am geringsten, aber in den südlichen Mitgliedstaaten, in Belgien, im Vereinigten Königreich und in Irland am größten.

1998 waren etwa 18 % der EU-Bürger oder 68 Millionen Menschen von Armut bedroht, d.h. sie hatten ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % ihres jeweiligen nationalen Medianwerts. Etwa die Hälfte dieser Menschen waren für mindestens drei aufeinander folgende Jahre in dieser Situation gewesen. Bestimmte Haushalte sind überdurchschnittlich von Armut bedroht: Alleinerziehende mit abhängigen Kindern, junge Alleinlebende, ältere Alleinlebende und alleinlebende Frauen.

Eine wichtige Ursache für Armut und soziale Ausgrenzung ist die Arbeitslosigkeit oder eine Niedriglohnbeschäftigung. 1998 lag das Armutsrisiko für Personen in Haushalten, in denen keine Personen im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz hatten, bei 51% - etwa 2,3 mal höher, als wenn wenigstens eine Person arbeitete.

1.2 Trends bei den Ausgaben für Sozialschutz und Wohlfahrt

Der Sozialschutz ist ein Eckpfeiler der EU-Politiken für die Armutsbekämpfung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Darüber hinaus haben die jüngsten europäischen Gipfeltreffen unterstrichen, dass der Sozialschutz ein integraler Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU ist. Dieses Kapitel verbindet die Untersuchung der Ausgabenentwicklung für den Sozialschutz mit einer Analyse der Umverteilungsauswirkungen von Sozialtransfers und einer Studie über die Häufigkeit und Größe von Sozialtransfers auf Haushaltsebene².

Der Sozialschutz hat erhebliche Auswirkungen auf die soziale Lage

Die Sozialschutzsysteme in der Europäischen Union bringen hohe Ausgaben mit sich. 1998 beliefen sich die Gesamtausgaben für Sozialschutz in der EU auf 27,7 % des BIP. Die europäischen Sozialschutzsysteme verbinden Elemente der Sozialversicherung (Umverteilung in verschiedenen Lebensabschnitten) mit Umverteilungselementen (Umverteilung zwischen Einkommensgruppen), und sie haben bedeutende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Mehrheit der EU-Bürger. Die Unterschiede bei den Steuer-/Sozialleistungssystemen und den entsprechenden Politiken unter den Mitgliedstaaten beeinflussen die Größe und das Wesen dieser Auswirkungen.

Die *Mehrheit der Menschen* in der Union leben in einem Haushalt, der wenigstens eine *Art von Sozialleistung bezieht*³. In Griechenland, Italien und Spanien reicht der Anteil von 50% bis 60 %, aber in der übrigen EU beträgt der Anteil der Personen, die in solchen Haushalten leben zwischen 80 % und 95 %.

Durch die Sozialleistungen verringert sich der Anteil der von Armut bedrohten Personen in allen Mitgliedstaaten, wenn auch in unterschiedlichem Maße: Der Rückgang reicht von 5-15% in Griechenland und Italien bis zu über 70 % in Finnland, bei einem EU-Durchschnitt von 31 %.

Unterschiede bei den Sozialschutzausgaben zwischen den Mitgliedstaaten

Die Zahl der Bruttosozialschutzausgaben in der EU für 1998 entspricht einer Zahlung pro-Kopf der Bevölkerung von etwa 5.600 Ecu (Ecu wurde 1999 in EURO umgewandelt). Berücksichtigt man die unterschiedlichen Preisniveaus zwischen den Ländern – misst man also die Zahlungen in Kaufkraftstandards (KKS) – dann variierten die Ausgaben von 8.600 KKS pro Kopf in Luxemburg und 7.100 KKS in Dänemark bis zu 3.100 KKS pro Kopf in Griechenland und Portugal. Der EU-Durchschnitt lag bei etwa 5.500 KKS pro Kopf.

So sind die in KKS pro Kopf gemessenen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten immer noch sehr groß. Wie der letztjährige Bericht⁴ zeigt, gibt es einen recht engen Zusammenhang zwischen den Ausgaben für den Sozialschutz und dem Pro-Kopf-BIP. Man sollte allerdings daran denken, dass die Unterschiede bei den Sozialschutzausgaben nicht zwangsläufig die wirklichen Niveauunterschiede in der

Förderung des Wohlergehens der Bürger oder der Entwicklung einer effizienten Wirtschaft angeben. Ausschlaggebend ist die Aufteilung in aktive bzw. passive Maßnahmen, und die Wirkung von Leistungen (z.B. Nettowert und Kosten-Nutzen-Verhältnis). Darüber hinaus geben die Bruttoausgaben möglicherweise ein verzerrtes Bild dessen, was wirklich passiert.

Brutto- gegen Nettoausgaben

Tatsächlich können die Bruttoausgaben die wirklichen Geldbewegungen nur ungenau wiedergeben. Bruttoangaben berücksichtigen keine Steuern und Soziallasten, die auf Leistungen erhoben werden können, und sie schließen so genannte Steuerausgaben aus, also Transfers, die eher durch Steuervergünstigungen oder Vergütungen als durch Bargeldauslagen geleistet werden.

Daten der EU-15 über die Nettosozialausgaben sind noch nicht verfügbar. Für 1995 nahm jedoch die OECD⁵ Schätzungen über den Umfang der auf die Sozialleistungen erhobenen Steuern und Soziallasten für einige Länder in der EU vor. Wenn man auf die Netto- statt auf die Bruttoausgaben schaut, gibt es weniger Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten als bei den Bruttoangaben und eine andere Reihenfolge der Länder bei den Ausgaben bezogen auf das BIP. Es ist besonders hervorzuheben, dass die Ausgaben in Schweden im gleichen Maße reduziert sind wie in Deutschland (etwa 28_ % des BIP) und dass die Ausgaben in Dänemark und den Niederlanden unterhalb des Niveaus des Vereinigten Königreichs und Belgiens liegen.

Wenn wir einen Schritt weiter gehen und die EHP-Daten für die Betrachtung der Kosten des Sozialschutzes, berechnet als Nettosozialleistungen in KKS pro Haushaltsmitglied, heranziehen, ist die Reihenfolge der Mitgliedstaaten nach der Ausgabenhöhe noch unterschiedlicher. In diesem Fall sind es plötzlich Belgien und Finnland, die den höchsten Betrag an Sozialschutz ausgeben. Es wird deutlich, dass man vorsichtig sein muss, die Mitgliedstaaten nach der Höhe ihrer Sozialschutzausgaben einzustufen, und noch vorsichtiger bei der Ableitung der entsprechenden Auswirkungen auf die Bürger und die Wirtschaft allein aus den Ausgabendaten.

Allerdings werden sich die Berichte über die Ausgabenentwicklungen solange auf die Zahlen für die Bruttoausgaben stützen, bis die Daten für die Nettoausgaben der EU-15 zur Verfügung stehen.

Veränderungen bei den Bruttosozialausgaben 1990-98

Die Bewegungen in den letzten zehn Jahre bei den Bruttoausgaben für Sozialschutz als Anteil am BIP spiegeln zyklische Entwicklungen wider und zeigen bei einigen Mitgliedstaaten einen Aufholeffekt.

Die Gesamtausgaben für Sozialschutz in der Union stiegen zwischen dem Ende der Rezession von 1994 und 1998 weniger als das BIP, wenn die wirtschaftliche Erholung auf einem guten Wege war.

2 Hauptquelle sind die von Eurostat zusammengestellten Daten des Europäischen Systems der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

3 Europäisches Haushaltspanel 1997.

4 Die soziale Lage in der Europäischen Union, Abschnitt 2, Ss. 50-54.

5 Willem Adema, *Net social expenditure, Labour Market and Social Policy Occasional Papers*, No.39, OECD, 1999.

Der Rückgang der Sozialausgaben im Vergleich zum BIP⁶ war über den Zeitraum zwischen 1994 und 1998 hin genauso ein gemeinsames Merkmal der meisten Mitgliedstaaten, wie der Anstieg in den vier Jahren davor ein ebenso verbreitetes Phänomen war.

Veränderungen bei den Bruttoausgaben für Sozialschutz nach Funktion 1990-1998

Von 1990 bis 1998 fiel der größte Ausgabenzuwachs nicht auf die Altersrenten oder die Gesundheitsversorgung, sondern auf Wohngeld. Mit einem jährlichen Kaufkraftzuwachs von nahezu 5 % über diese acht Jahre war Wohngeld der Titel mit den höchsten Zuwachsraten. Das Wachstum konzentrierte sich auf den ersten Teil des Zeitraums und spiegelt möglicherweise den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu dieser Zeit wider.

Kindergeld (einschließlich Mutterschaftsgeld) war ein anderer Titel mit einem hohen Kaufkraftzuwachs von etwa 3,5 % jährlich. Dennoch gingen die Ausgaben für diesen Titel in vier Ländern (den Niederlanden, Österreich, Finnland und Schweden) in dem Vierjahreszeitraum von 1994 bis 1998 im Gegensatz zu dem jährlich über 6 %-igen Wachstum in Deutschland, Spanien, Irland und Luxemburg zurück.

Die Ausgaben für Invalidenrenten stiegen ebenfalls um etwa 3,5 %. Wieder konzentrierte sich der Anstieg auf den ersten Teil des Zeitraums, abgesehen von Griechenland und Irland. In den Niederlanden allerdings gab es in den vier Jahren ab 1994 einen Rückgang um 6 % jährlich, was die Straffung des Systems und die Verlagerung der Verantwortung für Zahlungen vom Staat auf die Arbeitgeber widerspiegelt.

Die Ausgaben für Altersrenten und Gesundheitsversorgung/Erkrankungen stiegen, in Kaufkraft ausgedrückt, beide über den Achtjahreszeitraum um etwa 2,5% pro Jahr. In beiden Fällen fiel die Wachstumsrate in der zweiten Hälfte des Zeitraums. Nichtsdestoweniger stiegen die Ausgaben in sieben von fünfzehn Mitgliedstaaten um jährlich 3% oder mehr in den vier Jahren ab 1994, und in Griechenland und Portugal stiegen die Altersrenten um mehr als 7% jährlich.

Der Ausgabenzuwachs beim Arbeitslosengeld/-hilfe in der Union betrug durchschnittlich weniger als 1,5 % pro Jahr.

Der Umverteilungseffekt der Sozialschutztransfers

Alle Mitgliedstaaten nutzen ihre Systeme der sozialen Sicherheit und der Besteuerung⁷ zur Korrektur der vom Markt geschaffenen Einkommensverteilung. Schaut man auf den Umverteilungseffekt des Sozialschutzes und der Besteuerung, so kommt man zu recht interessanten Ergebnissen. Der Beitrag von Sozialtransfers (und Steuern) zur Reduzierung von marktbedingten Einkommensungleichheiten auf Haushaltsebene scheint trotz der Unterschiede in allen Mitgliedstaaten erheblich zu sein. Diese Unterschiede hängen nicht nur mit dem Volumen der Sozialtransfers, sondern auch mit dem Grad ihrer Zielgerichtetheit zusammen. Die Reduzierung von marktbedingter Ungleichheit reicht von etwa 40 % in Schweden, Finnland und Frankreich bis zu etwa 20 % in Portugal. Darüber hinaus stellen wir auch fest, dass der Beitrag der Sozialschutzleistungen zur Reduzierung der marktbedingten Ungleichheit⁸ für alle Mitgliedstaaten deutlich größer ist als derjenige durch Besteuerung.

In den einzelnen Mitgliedstaaten wird der Sozialschutz mit unterschiedlichen Komponenten öffentlicher und privater, sowie offizieller und informeller Bereitstellungen organisiert. Unter dem Druck einer alternden Gesellschaft wird sich das Gleichgewicht zwischen diesen vier Komponenten wahrscheinlich verschieben. Da Haushalte kleiner werden und sowohl Männer als auch Frauen arbeiten, werden die Betreuungsmöglichkeiten der Familien abnehmen, und ein größerer Anteil von Sozialdiensten wird vom formellen Sektor geliefert und finanziert werden. Da die Regierungen versuchen, die für Titel wie Renten, Invalidität und Krankengeld zuständigen Sozialversicherungssysteme neu auszubalancieren, werden wahrscheinlich in ähnlicher Weise gewisse Aufgaben und Lasten von den öffentlichen Systemen auf die betrieblichen und individuellen Systeme übertragen werden.

In Zukunft können wir daher damit rechnen, dass die Ausgabendaten einen größeren Anteil an Sozialdiensten abdecken. Gleichzeitig wird es entscheidend sein, alle formellen Kosten, seien sie öffentlich, betrieblich oder privat, in die Ausgabendaten mit einzubeziehen.

6 Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass die Veränderungen des Anteils der Sozialschutzausgaben am BIP nicht zwangsläufig eine veränderte Politik widerspiegeln. Sie können in hohem Maße auch Ausdruck eines veränderten Wirtschaftszyklus sein: Wenn das BIP expandiert, fällt der relative Anteil, obwohl möglicherweise die Ausgaben gleich bleiben oder sogar bis zu einem gewissen Grad ansteigen – und umgekehrt.

7 Berücksichtigt werden nur der Einkommensersatz- oder die das Einkommen ergänzenden Sozialversicherungsleistungen sowie direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Aus Gründen der Datenbeschränkung bleiben indirekte Steuern (wie z.B. die MwSt. und die Verbrauchssteuer) und Leistungen, die für Sonderausgaben (z.B. Behandlungskosten) zurückerstattet werden, unberücksichtigt.

8 Berechnet nach dem Gini-Koeffizienten.

1.3 Die Herausforderungen von Mobilität und Wanderungsbewegungen

Die zwei in diesem Abschnitt untersuchten Hauptkategorien der geografischen Mobilität sind Wanderungsströme der EU-Bürger sowie von Bürgern der EU-Beitrittsländer.

Das Recht auf Freizügigkeit ist ein Grundrecht unter dem EG-Vertrag. Die europäischen Bürger haben Zugang zur Beschäftigung in jedem Mitgliedsland verbunden mit Aufenthaltsrecht für sie selbst und ihre Familienmitglieder, und sie dürfen nicht wegen ihrer Nationalität diskriminiert werden. Die Freizügigkeit kann den Umzug in ein anderes Mitgliedsland oder tägliches oder wöchentliches grenzüberschreitendes Pendeln bedeuten.

Die Mobilität wird häufig im Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik als eines der Schlüsselemente für eine zunehmende Flexibilisierung und die Handhabung von Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt untersucht. Die kontinuierliche Schaffung von Arbeitsplätzen und der rasche Wandel bei der Nachfrage nach Arbeitskräften vor allem seit 1997 haben den Bedarf an mobilen Arbeitskräften verstärkt. Auf der EU-Ebene war die Debatte besonders bedeutsam im Zusammenhang mit der europäischen Beschäftigungsstrategie. Die Arbeitskräftemobilität hat sowohl eine berufliche als auch eine geografische Dimension. Während die berufliche von-Arbeit-zu-Arbeit-Mobilität und ein lebenslanges Lernen die bei weitem wichtigsten Faktoren für die Anpassung der Arbeitskräfte an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen darstellen, könnte eine verbesserte geografische Mobilität zur Begegnung von Arbeitsmarktengpässen und für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung eine wichtige Rolle spielen.

Zusätzlich zur Beschäftigung hat die geografische Mobilität bedeutende soziale und kulturelle Auswirkungen. In diesem Zusammenhang verdient die Wanderung besondere Beachtung. Die wachsende Zahl von Zuwanderern aus Drittländern sieht sich einer Reihe sozioökonomischer Bedingungen gegenüber, was neue Herausforderungen für die Gesellschaften der Gastländer mit sich bringt. Allerdings bringen Zuwanderer auch verschiedene kulturelle Hintergründe zusammen und bieten so neue Möglichkeiten des Wissensaustauschs und der gegenseitigen Befruchtung der verschiedenen Kulturen.

1.3.1 Die Mobilität der EU-Bürger

Trotz der bedeutenden Fortschritte bei der Beseitigung von Hindernissen für die Freizügigkeit der Menschen in der EU über die letzten Jahrzehnte hinweg ist die Mobilität heute im Vergleich zu derjenigen in den 50er und 60er Jahren sehr gering. Die heutige geografische Mobilität zwischen den Mitgliedsländern wird auf jährlich 0,1 bis 0,2 % der Gesamtbevölkerung geschätzt. Darüber hinaus hängt sie nur zum Teil mit der Beschäftigung zusammen. Gemäß einer Eurobarometer-Erhebung⁹ wechseln die EU-Bürger nicht sehr oft den Wohnort. Durchschnittlich 38 % von ihnen sind in den letzten zehn Jahren umgezogen. Aber dieser europäische Durchschnittswert verbirgt erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, mit einem deutlichen Nord-Süd- (und

Irland) Gefälle. Der Umzug in ein anderes Haus in derselben Stadt oder im selben Dorf ist die häufigste Mobilitätsart, wobei Umzüge mit steigender Entfernung an Häufigkeit abnehmen. Von allen Menschen, die in den letzten zehn Jahren mindestens einmal die Wohnung gewechselt haben, zogen 68 % innerhalb derselben Stadt, Kleinstadt oder im selben Dorf um, aber in diesen zehn Jahren zogen weniger als 5 % in ein anderes Land der Europäischen Union und etwa der gleiche Prozentsatz in ein Land außerhalb der EU. Die Hauptgründe für den Umzug in ein anderes Haus sind familiärer/persönlicher Natur (54 %), gefolgt von der Wohnungssituation (18%) und mit der Arbeit zusammenhängenden Gründen (15%). Untersuchungen in den USA¹⁰ sind bei der Betrachtung der Gründe für Umzüge zu ähnlichen Ergebnissen gekommen, auch wenn die Mobilität in den USA wesentlich höher ist als in der EU.

Einige Gründe erklären den Rückgang der innereuropäischen Mobilität über die letzten dreißig Jahre. Die südlichen Regionen, die in den frühen Nachkriegsjahren von ernststen wirtschaftlichen und sozialen Problemen betroffen waren, haben seitdem bei der Reduzierung der Kluft zu ihren wohlhabenderen europäischen Partnern spektakuläre Fortschritte erzielt. Heute bieten sie ihren Bürgern einen ziemlich hohen Lebensstandard und ein hohes Niveau an sozialer Fürsorge an.

Der schrittweise Übergang vom Paradigma der ersten Nachkriegsjahre mit niedrigem Bildungsniveau und arbeitsintensiver Produktion zur heutigen wissensgestützten Wirtschaft, der in den frühen 70er Jahren einsetzte, hat möglicherweise auch zu diesem Gesamtrückgang der Mobilität und zu einer neuen Ausrichtung auf die Wanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte geführt.

Weitere die EU-Mobilität beeinflussende Faktoren

Die Sprache bleibt weiterhin eine der wichtigsten Barrieren, wenn es darum geht in ein anderes Land zu ziehen. 47 % der Europäer behaupten von sich, nur ihre Muttersprache zu kennen, während eine Eurobarometer-Erhebung aus jüngster Zeit berichtet, dass nur 29 % der Europäer bereit wären, in einem anderen EU-Land zu leben, in dem eine Fremdsprache gesprochen wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass Europäer eine Fremdsprache sprechen nimmt mit dem Alter ab und steigt mit dem Bildungsgrad.

Der mögliche Verlust sozialer Beziehungen stellt ebenfalls eine Barriere für die Wanderung dar. Das Fehlen familiärer Beziehungen sowie soziale und kulturelle Unterschiede können wichtige Hinderungsgründe zum Neuaufbau solcher Beziehungen in der gastgebenden Gemeinschaft sein. Gewöhnlich finden es Menschen mit einem höheren Bildungsgrad leichter, ihre sozialen Beziehungen neu aufzubauen.

Die zunehmende Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt wird oft als ein weiterer Faktor zur Reduzierung der geografischen Mobilität angesehen, da Umziehen häufig bedeutet, dass zwei Personen mit verschiedenen beruflichen Karrieren jeweils eine neue Beschäftigung finden müssen.

⁹ Eurobarometer 54.2, 2001

¹⁰ "An overview of labour mobility in the United States" – F.W. Horvath (U.S. Bureau of Labour Statistics)

Die Verfügbarkeit von preiswerten Wohnungen in guter Qualität ist ein anderer kritischer Faktor bei Umzugsentscheidungen. Die Wohnbedingungen in Europa haben sich in den letzten Jahrzehnten allgemein verbessert. Die meisten Menschen auch in weniger reichen Mitgliedstaaten kommen in den Genuss von Wohnungen in angemessener Qualität. Allerdings sind die Wohnausgaben in den meisten Mitgliedstaaten insbesondere für die weniger wohlhabenden Haushalte deutlich gestiegen. Darüber hinaus bestand trotz des massiven Baus neuer Wohnungen die Tendenz, dass das Angebot hinter der wachsenden Nachfrage zurückblieb. Das steigende Niveau und der Trend nach mehr, aber kleineren Haushalten gehören zu den Faktoren, die es zunehmend schwieriger machten, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu finden. In den meisten städtischen Gebieten herrscht eine deutliche Wohnknappheit, vor allem an preiswerten Wohnungen in annehmbarer Qualität. Die Probleme beim Finden preiswerter und geeigneter Wohnungen in einer anderen Region oder einem anderen Land beeinflussen die Umzugsentscheidung der Menschen negativ. Das Widerstreben der Menschen umzuziehen, wie es sich in einem jüngeren Eurobarometer gezeigt hat, hängt deutlich mit den Unsicherheiten und dem Mangel an Wohnungen zusammen, was für den Wohnungsmarkt im überwiegenden Teil Europas charakteristisch ist.

Künftige die Mobilität beeinflussende Trends

Europa verändert sich im Hinblick auf seine Bevölkerungsstruktur und das Verhalten der Bevölkerung, was Auswirkungen auf das zukünftige Ausmaß an geografischer Mobilität haben wird. Es verwundert nicht, dass die Mehrheit der jungen Menschen in den letzten zehn Jahren wenigstens einmal, hauptsächlich aus familiären, beruflichen Gründen und wegen der Ausbildung, umgezogen ist (45 % der zwischen 15- und 24-Jährigen und fast 60 % der 25- bis 39-Jährigen). Junge Menschen werden vor allem von großen städtischen Gebieten angezogen, wo sie eine größere Auswahl an Bildungs- und Arbeitsangeboten und an Lebensstil genießen. Es gibt in der Union ein Nord-Süd-Gefälle bei der Zeitplanung und der Häufigkeit von Umzügen¹¹, wobei die jungen Menschen im Süden zu einem späteren Zeitpunkt aus ihrem Elternhaus ziehen. Es ist auch erwähnenswert, dass der allgemeine Mobilitätsgrad wahrscheinlich vom schrittweisen Schwinden der jüngeren Altersgruppen (15-29 Jahre) aufgrund eines erheblichen Rückgangs der Fruchtbarkeit über die letzten 30 Jahre hin beeinflusst wird. Diese Gruppe machte im Jahr 1990 23,2 % der EU-Bevölkerung und 19,6 % für 2000 aus, und das Eurostat-Basiszenario zeigt eine weitere Reduzierung auf 17,8 % bis zum Jahre 2010 an.

Die besser ausgebildeten Menschen sind tatsächlich die mobilsten, in 11 Mitgliedstaaten haben die Menschen, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, einen höheren Bildungsgrad als ihre Landsleute im Heimatland. Höhere Bildungsgrade und eine zunehmende wirtschaftliche Eingliederung werden nach und nach zusammen mit einer besseren politischen Koordinierung dieses Mobilitätspotenzial fördern.

Mobilität und regionale Probleme

Maßnahmen zur Regionalentwicklung sind sowohl zur Verhinderung von exzessiven regionalen Polarisierungen als auch zur Optimierung des Potenzials an geografischer Mobilität von entscheidender Bedeutung. In den letzten Jahrzehnten gab es einen bedeutenden Zustrom von Menschen aus ländlichen Gebieten in die Stadtgebiete. Das hat zu einem Prozess der regionalen Polarisierung geführt.

Innerhalb der EU gibt es 70 Regionen (nahezu eine von dreien), wo über die Hälfte der Bevölkerung in einer „dicht besiedelten Zone“¹² lebt. Diese 70 Regionen machen 14,7 % des Gesamtgebietes der EU-15 aus und umfassen 45,2 % der Bevölkerung der EU-15. Große städtische Gebiete erleben ein Wachstum und eine Verjüngung der Bevölkerung, während entlegene ländliche Gebiete mit einer Überalterung ihrer Bevölkerung und einem wirtschaftlichen Niedergang konfrontiert waren.

Derzeitige demografische Prognosen sagen voraus, dass dieses Auseinanderdriften zwischen den Regionen insbesondere in Beziehung auf die Erwerbsbevölkerung weiter anhalten wird. Zwischen 2000 und 2015 wird auf der regionalen Ebene (NUTS II) für die 10 am meisten benachteiligten Regionen ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung um 12 % vorausgesagt, während sie in den 10 besser bestellten um 15 % wachsen soll.

Zu diesen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität beeinflusste diese regionale Polarisierung auch die Lebensqualität. Ein nachhaltiger Bevölkerungsschwund macht die Versorgung dieser bevölkerungsschwachen Regionen mit öffentlichen Diensten (z.B. Bildung, Gesundheitswesen) teurer, wohingegen Bevölkerungskonzentrationen in großen städtischen Gebieten ebenso schwierige Probleme wie Verkehrsstaus, Umweltverschmutzung etc. verursachen. Es ist daher wichtig, bei der Planung von Politiken zur Förderung der geografischen Mobilität insbesondere auf die regionale Dimension zu achten.

Bei der Betrachtung der längerfristigen Mobilitätstrends, können der rasche technologische Wandel, insbesondere der erwartete Fortschritt bei der Telekommunikation und im Verkehrswesen, die Bedeutung der geografischen Mobilität (im Vergleich zur Qualifikationsmobilität) als Mittel für eine verbesserte Bereitstellung von Humanressourcen mindern.

Wanderung und Erweiterung

Die nächste Erweiterung kann im Anfangsstadium zu einer erhöhten grenzüberschreitenden Mobilität beitragen. Das Ausmaß des Wanderungsdrucks wird hauptsächlich von der Einkommenskluft und den Unterschieden der Arbeitsmarktsituation zwischen den jetzigen und den zukünftigen Mitgliedsstaaten abhängen. Es ist erwähnenswert, dass die vorherigen Erweiterungen auf Griechenland, Spanien und Portugal keinen Anstieg der Wanderungsströme aus diesen Ländern in andere Mitgliedstaaten mit sich brachte. Überdies sind dies aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte Zielländer für Staatsangehörige aus Drittländern.

11 Einige Untersuchungen vermuten, dass dieses zeitliche Hinauszögern beim Verlassen des Elternhauses damit zusammenhängt, dass junge Menschen im Süden mehr von familiärer Unterstützung abhängen als im Norden – siehe G. B. Sgritta - „*Family and Welfare systems in the transition to adulthood*“ (Familien- und Wohlfahrtssysteme beim Übergang zum Erwachsenenstatus) – Europäische Beobachtungsstelle für soziale Situation, Deographie und Familie.

12 Das sind mehrere aneinander grenzende, lokale Gebiete, von denen jedes mehr als 500 Einwohner je Quadratkilometer hat und deren Gesamtbevölkerung mindestens 50.000 Einwohner beträgt. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der EU liegt bei 116 Einwohnern je Quadratkilometer.

1.3.2 Zuwanderung aus Drittländern

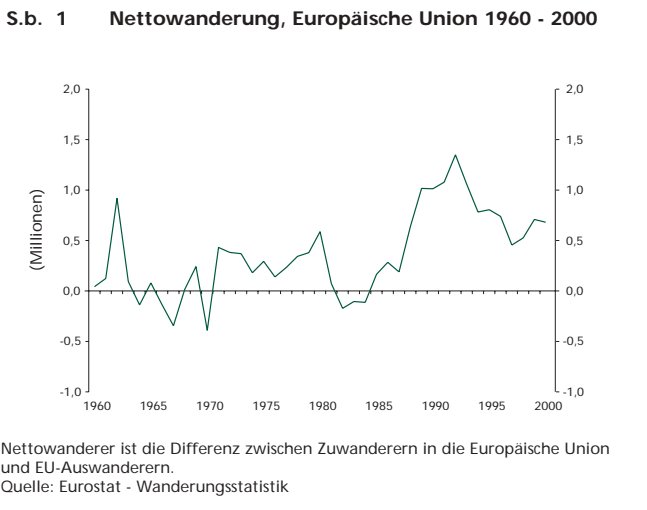
Zuwanderer aus Drittländern in die EU sind eine weitere bedeutende Mobilitätsform. Ein unregelmäßiges Wachstumsmuster der Nettowanderung wurde über die letzten Jahrzehnte beobachtet. Der Umfang und die Herkunft der Zuwanderer variieren in Abhängigkeit von der politischen und wirtschaftlichen Lage in den verschiedenen Weltregionen beträchtlich über die Zeit. Der Anstieg war in der Mitte der 80'er Jahre besonders hoch, als es einen großen Zustrom aus den osteuropäischen Ländern gab. Im Anschluss erzeugten der Krieg in dem ehemaligen Jugoslawien und die instabile Situation auf dem Balkan eine beträchtliche Welle von Zuwanderern, hauptsächlich aus den ehemaligen jugoslawischen Republiken und Albanien. Es gibt auch einen beträchtlichen Zustrom aus anderen Teilen der Welt, vor allem aus verschiedenen Regionen Asiens und Nordafrikas, was mit einer Kombination aus wirtschaftlichen, politischen und demografischen Faktoren zusammenhängt.

von hochqualifizierten Menschen als Reaktion auf den besonderen Mangel an spezialisierten Arbeitskräften erlebte, ist ein hoher Anteil dieser Zuwanderer jung und mit geringer Qualifikation. Triebkräfte aus dem Herkunftsland verbinden sich mit verschiedenen Anziehungskräften des Gastlandes, z.B. dem regionalen Arbeitskräftemangel oder der Überalterung der Erwerbsbevölkerung. Betrachtet man den registrierten Zustrom 1999, so kamen die meisten Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, gefolgt von Polen, Menschen aus Nordafrika, solchen aus der ehemaligen Sowjetunion und der Türkei, aber registrierte Menschen sind nur ein Teil des Gesamtbildes. Viele Menschen gelangen illegal in die EU, bleiben hier und gehen – häufig in Wirtschaftszweigen und Regionen, wo die Schattenwirtschaft mehr entwickelt ist – einer nicht gemeldeten Arbeit nach. Sowohl illegale als auch legale Zuwanderer sind gefährdeter als einheimische Arbeitnehmer. Sie sind oft bereit, Einschränkungen beim Lohn und bei anderen mit der Arbeit zusammenhängenden Rechten hinzunehmen.

Beteiligung am Arbeitsmarkt

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt variiert erheblich zwischen den verschiedenen Gruppen der Zuwanderer. Für die in anderen Mitgliedstaaten lebenden EU-Bürger und für Arbeitnehmer aus den Kandidatenländern Mittel- und Osteuropas ist sie genauso hoch wie der EU-Durchschnitt oder höher als dieser. Für einige andere Zuwanderergruppen sind die Beschäftigungsquoten deutlich niedriger, insbesondere für Frauen aus Nordafrika und der Türkei. Für die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen beträgt die durchschnittliche Arbeitslosenquote für EU-Bürger 16 %, für Bürger der Türkei 15 %, für die Bürger der anderen 12 Kandidatenländer 14% und für Menschen aus anderen Ländern 21 %.

Die Zuwanderung wird häufig als ein Faktor für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes angesehen. Dennoch birgt dies die Gefahr einer zunehmenden Spaltung des Arbeitsmarkts mit einer Überrepräsentierung von Staatsangehörigen aus Drittländern in Bereichen mit schlechteren Arbeitsbedingungen. Die große Mehrheit der Beschäftigten aus Drittländern scheint Arbeiten im Bereich niedriger Qualifikation/Bezahlung des Arbeitsmarktes innezuhaben. Weibliche Zuwanderer neigen dazu, in der Hotel- und Gastronomiebranche und in Haushalten zu arbeiten. Und das hat nicht nur mit dem niedrigen durchschnittlichen Qualifikationsniveau der Staatsangehörigen aus Drittländern zu tun. Arbeitnehmer aus mittel- und osteuropäischen Ländern haben häufiger weniger qualifizierte Stellen inne als es ihrer durchschnittlichen formellen Qualifikation entspricht. Die Tatsache, dass Zuwanderer eher Diskriminierung, Ausbeutung und Mißbrauch ausgeliefert sind, wird durch die Sprachbarrieren noch verschlimmert, aber auch durch die mangelnde Vertrautheit mit den lokalen Gebräuchen und mit der Kultur sowie den nicht entwickelten sozialen Beziehungen. Es gibt allerdings einige Initiativen wie beispielsweise interkulturelle Vermittler, die an Arbeitsplätzen oder in Sozial- und Gesundheitsdiensten daran arbeiten, diese Einrichtungen den Zuwanderern zugänglicher zu machen.



1999 waren 13 Millionen¹³ oder 3,4 % der EU-Bevölkerung Bürger eines Drittlandes – ein Anstieg um 50 % seit 1985. Der Anteil war in einigen mitteleuropäischen Mitgliedstaaten deutlich höher (Österreich 9,3 % und Deutschland 6,7%) und in Spanien und Italien deutlich niedriger¹⁴. Die wachsende Zuwanderung aus Drittländern konzentriert sich auf die wirtschaftlich florierenden Regionen. Die meisten großstädtischen Gebiete werden immer multikultureller und müssen angemessene Strategien für die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Neuankömmlinge und ihrer Familien entwickeln. Anders als die EU-Bürger genießen Staatsangehörige aus Drittländern in der Europäischen Union keine Freizügigkeit.

Der Umgang mit dem Zuwandererstrom aus Drittländern stellt eine immer wichtiger werdende Herausforderung für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in den Mitgliedstaaten und in der Union insgesamt dar. Auch wenn Europa den Zustrom

13 Die neuesten Daten von Eurostat beziehen sich auf 1998 (Frankreich 1990).

14 Diese Zahl schließt nicht die im Ausland geborene Bevölkerung mit ein, die die EU-Bürgerschaft annahm, jedoch die in Europa geborenen Kinder von Staatsangehörigen aus Drittländern, welche die EU-Bürgerschaft nicht annahmen.

Schlussfolgerungen

Bei der Mobilität innerhalb der EU hat sich gezeigt, dass trotz bedeutender Fortschritte bei der Beseitigung von Hindernissen für die Freizügigkeit der Menschen in der EU über die letzten Jahrzehnte die derzeitige geografische Mobilität im Vergleich zu derjenigen, die man in den 50er und 60er Jahren beobachten konnte, sehr gering ist. Das war in hohem Maße das Ergebnis der spektakulären Fortschritte der ärmeren europäischen Regionen bei der Reduzierung der Kluft zu ihren wohlhabenderen Partnern. In den kommenden Jahren könnten höhere Bildungsniveaus und eine zunehmende wirtschaftliche Integration zusammen mit einer verbesserten Koordinierung einen deutlicheren Beitrag zur Mobilität innerhalb der EU leisten. Die Europäische Kommission schlug in ihrer Mitteilung „Neue europäische Arbeitsmärkte – offen und zugänglich für alle“ eine neue Strategie einschließlich konkreter politischer Initiativen zur Gewährleistung der Freizügigkeit der Menschen und zur Öffnung der neuen europäischen Arbeitsmärkte vor. Die Entwicklung dieser positiven Dynamik würde die aktive Beteiligung aller Interessengruppen auf der EU-Ebene sowie der nationalen und lokalen Ebene verlangen. Besonderes Augenmerk müsste einigen spezifischen Barrieren, die nicht direkt mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängen, gelten, wie z.B. dem relativ geringen Fremdsprachenunterricht in einigen Mitgliedstaaten und den wachsenden Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt in meist wirtschaftlich florierenden Regionen und dem Trend hin zu einer regionalen Polarisierung, wie er in einigen Regionen in der EU zu beobachten ist.

Bei der Untersuchung der Trends der geografischen Mobilität stellt der Zustrom von Zuwanderern aus Drittländern für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in den Mitgliedstaaten und in der gesamten Union eine an Bedeutung zunehmende Herausforderung dar. Die meisten Wissenschaftler stimmen darin überein, dass Zuwanderungsströme ein sprunghaftes, aber dauerhaftes Phänomen sind, das von den politischen Entscheidungsträgern genau beachtet werden muss. Die wachsende Zahl der Zuwanderer aus Drittländern führt sowohl zu Herausforderungen als auch zu Chancen der europäischen Gesellschaft. Die Beteiligung am wirtschaftlichen und sozialen Leben bildet den Hauptweg zur Eingliederung von Zuwanderergruppen und ihren Familien. Eine erfolgreiche Eingliederung der Zuwanderer wiederum ist für ihren wirtschaftlichen Fortschritt und sozialen Zusammenhalt wichtig. Die Förderung der Eingliederung erfordert auf die Zuwanderer und ihre Gastgesellschaften zugeschnittene politische Anstrengungen. Die Bekämpfung der Diskriminierung ist hier von besonderer Bedeutung. Barrieren für die soziale Beteiligung – seien sie nun in Strukturen, Kapazitäten und Verhaltensweisen der aufnehmenden Gemeinschaften begründet oder in denen der Zuwanderer – reduzieren die Eingliederungsmöglichkeiten und schwächen den sozialen Zusammenhalt. Der erleichterte Zugang zur Bildung für Zuwanderer mit niedrigem Bildungsabschluss und deren Kinder, die Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten und die Beseitigung von Barrieren bei der Wohnungsbeschaffung sind die Hauptthemen für Zuwanderer.

Die Bewältigung der Zuwanderungsströme, die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung und die Entwicklung eines optimalen Eingliederungsmodells bei gleichzeitiger Achtung der Unterschiede sind die zentralen Herausforderungen, die die Einbindung aller beteiligten Akteure erfordern. Auf der EU-Ebene bilden mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam am 1. Mai 1999 die Asylpolitik, die Freizügigkeit der Personen, die Visumpolitik, die Vorschriften zur Überschreitung der Außengrenzen der EU, die Zuwanderungspolitik, die

Rechte der Bürger aus Drittländern und die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung die wesentlichen Bestandteile der gemeinsamen und umfassenden Asyl- und Zuwanderungspolitik der Europäischen Union. Zusätzlich zu diesem Prozess der Schaffung eines institutionellen und rechtlichen Rahmens bietet die europäische Sozialpolitik eine Reihe von Maßnahmen für Beschäftigung, soziale Eingliederung, Antidiskriminierung, Sozialschutz und Gleichstellung der Geschlechter, die die Anstrengungen auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene unterstützt und stärkt.

Neueste Maßnahmen im Zusammenhang mit Mobilität und Wanderung

Verschiedene gemeinschaftliche Instrumente, die in der **europäischen Beschäftigungsstrategie**¹⁵ entwickelt wurden, unterstützen die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Förderung der Arbeitskräftemobilität und zur Erleichterung des Zugangs zu lebenslangem Lernen. Die Strategie zur Entwicklungsförderung neuer **europäischer Arbeitsmärkte**¹⁶ wurde vom Europäischen Rat in Stockholm im März 2001 unter besonderer Berücksichtigung der Thematik Qualifikationen und Mobilität gebilligt.

Einige Initiativen im Bereich der **sozialen Sicherheit**¹⁷ wurden für eine effizientere Koordinierung und zur Schaffung von mehr Möglichkeiten für Arbeitnehmer und Arbeitsuchende bei der Nutzung ihres Rechts auf Freizügigkeit vorgeschlagen.

In der neuen **europäischen Strategie zur Förderung der sozialen Eingliederung**¹⁸ erkannten die nationalen Aktionspläne einiger Mitgliedstaaten die wachsende ethnische und kulturelle Vielfalt und die erhöhte Gefahr der sozialen Ausgrenzung von ethnischen Minderheiten und Zuwanderern an.

Gemeinsame Politiken im Bereich von **Zuwanderung und Asyl**¹⁹ werden im Sinne der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Tampere (Oktober 1999) erarbeitet. Um erfolgreich mit den Wanderungsströmen umzugehen und die illegale Wanderung einzudämmen, hat die Kommission eine koordinierte Methode unter Einbeziehung aller Aspekte der Zuwanderungssysteme und der Stärkung der Partnerschaft mit den Herkunftsländern vorgeschlagen. Dies wird auf der Grundlage des Artikels 3 des Vertrags von Amsterdam durch eine tatkräftige²⁰ Eingliederung und Antidiskriminierungsmaßnahmen in den Gastländern ergänzt.

Es wird anerkannt, dass Push- und Pull-Faktoren für die Zuwanderung von Staatsangehörigen aus Drittländern in die EU verantwortlich sind und beide bei der Entwicklung geeigneter Maßnahmen für ein effizientes Wanderungsmanagement berücksichtigt werden müssen. Die Arbeitsmarktnachfrage zieht Arbeitskräfte als Pull-Faktor in hohem Maße an, während schlechte Lebensbedingungen und beschränkte Aussichten auf eine bessere Lebensqualität in den Herkunftsländern wichtige Push-Faktoren darstellen. Die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik trägt langfristig zu einer Normalisierung der Zuwanderungsströme bei, indem sie eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung unterstützt und die Armut wie auch die Ungleichheit in den Herkunftsregionen der Zuwanderer bekämpft. Das Thema Wanderung muss auch bei der Entwicklung der Außenbeziehungen der EU und der Handelspolitik im Zusammenhang mit der Förderung des Dialogs mit den Herkunftsländern über den Umgang mit den Wanderungsströmen und zur Optimierung ihrer Vorteile für alle Beteiligten berücksichtigt werden.

15 Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Jahr 2002 - KOM(2001) 511 Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts - KOM(2001)438

16 Neuer europäischer Arbeitsmarkt – offen und zugänglich für alle - KOM(2001)116

17 KOM(1997) 586

18 Gemeinsamer Bericht des Rates und der Kommission über die soziale Eingliederung, vom Rat am 3.12.2001 angenommen

19 Siehe Bewertungstabelle in KOM(2001)628

20 Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (Richtlinie 2000/43/EG); Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (Richtlinie 2000/78/EG).

Abschnitt II

**Die Soziale Dimension Der
Geografischen Mobilität**

2.1 Bevölkerungsbewegungen in der Europäischen Union

Dieses Kapitel enthält Daten, die den Grad der Mobilität der Bevölkerung innerhalb der EU beleuchten und die wichtigsten demografischen Merkmale der Menschen, die umgezogen sind, erläutern. Als Quellen wurden hauptsächlich Daten von Eurostat und Eurobarometer verwendet.

Kurze Zusammenfassung

- In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Nettozuwanderung angestiegen. Im Jahr 2000 hat sie schätzungsweise einen Stand von etwa 700.000 Migranten bzw. eine Nettozuwanderungsrate von 0,2 % der gesamten EU-Bevölkerung erreicht. Da die jährliche natürliche Zunahme der Gesamtbevölkerung der EU im Jahr 2000 nur 0,1 % betrug, stellt die Zuwanderung derzeit die Hauptursache für das Bevölkerungswachstum in der Union dar.
- Die jüngste Zunahme der positiven Nettozuwanderung dürfte hauptsächlich auf den wachsenden Zustrom von Angehörigen von Drittstaaten zurückzuführen sein: 1999 stellten sie 58 % aller Zuwanderer, während der Zustrom von Staatsangehörigen aus EU-Ländern stabil zu sein scheint. Luxemburg, gefolgt von Irland, Österreich und Deutschland ist der Mitgliedstaat mit der höchsten Einwanderungs- (3 %) und Auswanderungsrate (2 %), die deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt – Einwanderungsrate von etwa 0,5 % und Auswanderungsrate von ca. 0,3 %.
- Derzeit leben 19 Millionen Ausländer in den 15 Mitgliedstaaten, was 5,1 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Aber nur 30 % davon (etwa 6 Millionen) sind Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten, was 1,6 % der gesamten EU-Bevölkerung entspricht. Die restlichen 13 Millionen bzw. 3,4 % der gesamten EU-Bevölkerung sind Bürger von nicht zur EU gehörenden Staaten. Der Anteil der in anderen Mitgliedstaaten lebenden EU-Bürger hat sich in den letzten zwanzig Jahren sehr wenig geändert und liegt nach wie vor dicht bei 1,5 %, während der Anteil von Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten zunimmt (von 2,3 % im Jahr 1985 auf 3,4 % im Jahr 1999). Luxemburg ist das Land mit dem höchsten Prozentsatz von Staatsangehörigen anderer EU-Staaten: fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes. Österreich (etwa 9 %) und Deutschland (fast 7 %) sind die EU-Mitgliedstaaten mit dem höchsten Anteil an Staatsangehörigen von Drittstaaten in ihrer Bevölkerung. Berücksichtigt man die Bürger aus den Kandidatenländern, sind türkische Staatsangehörige (2,7 Millionen) mit Abstand die stärkste Ausländergruppe in der EU. Etwa 850.000 Staatsangehörige stammen aus den anderen 12 Kandidatenländern.
- Während der Zustrom von außerhalb der EU zunimmt, ist die geografische Mobilität der EU-Bürger geringer als in den 50er und 60er Jahren. Dennoch arbeiten 600.000 Menschen bzw. 0,4 % der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung in einem anderen Land als dem, in dem sie ihren Wohnsitz haben, und die Zahl der Grenzpendler nimmt weiter zu. Ergänzende Informationen darüber, wie oft EU-Bürger ihren Wohnort wechseln, liegen vor: Im Durchschnitt sind 38 % in den letzten zehn Jahren umgezogen. Diese europäische Durchschnittsrate verdeckt aber erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, wobei es ein klares Nord-Süd (plus Irland)-Gefälle gibt. Mit der Arbeit zusammenhängende Gründe werden nur in 15 % der Fälle angegeben, während der Hauptgrund für einen Umzug familiärer/persönlicher Natur ist. Nur 5 % derjenigen, die umgezogen sind, gingen in ein anderes Land innerhalb der Europäischen Union.

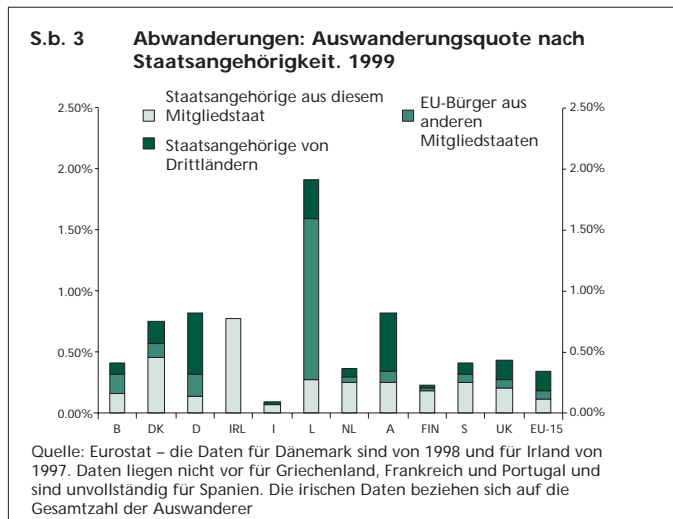
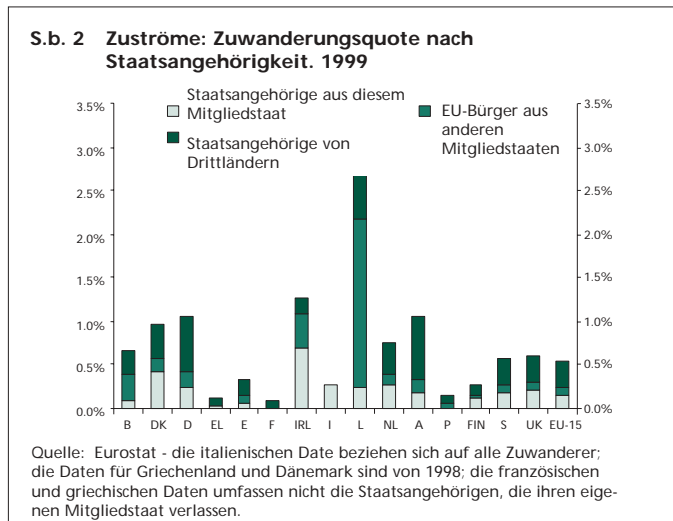
Einleitung

Die Untersuchung der Bevölkerungswanderungen ist ein komplexes Gebiet, das mehrere Datenfragen im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit, Vergleichbarkeit und Harmonisierung von Datenquellen aufwirft²¹. Die Zuverlässigkeit der Migrationsdaten hängt unter anderem oft von der Bereitschaft der Umziehenden ab, ihren Wohnsitzwechsel am Ausgangsort und am Zielort registrieren zu lassen.

2.1.1 Wachsende Zuwanderungsströme von Staatsangehörigenströme von Drittländern

Der Zustrom von Staatsangehörigen von Drittländern in die Europäische Union nimmt zu. Die von Eurostat in den Mitgliedstaaten zu den Zuströmen gesammelten Daten sind unvollständig. Sie stammen aus verschiedenen Quellen und sind nicht völlig einheitlich. Die Daten berücksichtigen ferner nicht illegale Zuwanderer, die nicht in Verwaltungsregistern erscheinen. Aus den vorliegenden Daten ergeben sich jedoch einige interessante Trends:

- **Die Gesamtzahl der in die EU-Mitgliedstaaten eingereisten Personen hat sich in den letzten Jahren erhöht und beträgt jetzt rund 2 Millionen...:** Die Eurostat-Daten zu den Zuströmen in die EU-Mitgliedstaaten zeigen, dass die Zahl derjenigen, die aus anderen Ländern kommen (sowohl EU-Bürger als auch Staatsangehörige von Drittländern), zunimmt. Im Jahr 1999²² kamen schätzungsweise rund 2 Millionen Menschen in die 15 Mitgliedstaaten, was etwas mehr als 0,5 % der Gesamtbevölkerung entspricht, gegenüber fast 1,7 Millionen im Jahr 1998 und 1,6 Millionen im Jahr 1997.²³
- **... hauptsächlich aufgrund der Zunahme der Zahl der Zuwanderer aus Drittländern...:** Die Analyse der vorliegenden Daten über alle Wanderungsbewegungen in die EU - Mitgliedstaaten für den Zeitraum 1997-99 zeigt, dass der Zustrom von Bürgern aus Drittländern von etwa 53 % im Jahr 1997 auf fast 58 % im Jahr 1999 angestiegen ist. Die Bedeutung der Zuwanderung ist in Luxemburg (mit einer Zuwanderungsquote von 3 %), Irland, Österreich und Deutschland relativ größer, während die südlichen Länder am anderen Ende der Skala rangieren.
- **... während sich die Zuwanderung von EU-Bürgern nicht wesentlich verändert hat:** Die Zahl der Bürger aus der Union, die in die 15 Mitgliedstaaten eingereist sind, ist relativ stabil geblieben, somit weist ihr Anteil an dem gesamten Zuwanderungsstrom in den letzten Jahren einen sinkenden Trend auf: die Zuströme von EU-Staatsangehörigen, die in ihren eigenen Mitgliedstaat einreisten, sind von 27 % der gesamten Zuströme im Jahr 1997 auf 24 % im Jahr 1999 gefallen, während die Zuströme von EU-Bürgern in einen anderen Mitgliedstaat als ihren



Heimatstaat von 20 % im Jahr 1997 auf 18 % im Jahr 1999 gesunken ist.

- **Die Abwanderungen aus EU-Mitgliedstaaten gehen allmählich zurück:** Die vorliegenden Daten zeigen, dass die Zahl derjenigen, die Mitgliedstaaten²⁴ verlassen, von etwa 1,3 Millionen im Jahr 1997 auf fast 1,2 Millionen im Jahr 1999 (oder etwa 0,3 % der EU-Bevölkerung laut den jüngsten verfügbaren Daten) zurückgegangen ist. Etwa die Hälfte davon sind Staatsangehörige von Drittländern, fast 30 % sind EU-Staatsangehörige, die ihr eigenes Land verlassen, und ca. 20 % sind EU-Bürger, die andere Mitgliedstaaten verlassen. Wieder scheinen Luxemburg (fast 2 %), Österreich, Deutschland und Irland die größten relativen Abwanderungsströme zu verzeichnen.

21 Die Systeme der Registrierung und Zuordnung der Bevölkerungswanderungen sind in den Mitgliedstaaten recht unterschiedlich.

22 Daten für 1996 für Italien, Daten für 1998 für Griechenland und Dänemark.

23 Zuwanderungsdaten liegen für die drei Jahre nicht vor (oder sie sind unvollständig); für Griechenland und Dänemark für das Jahr 1999; für Belgien und Irland für das Jahr 1998; und Teildaten für Griechenland, Frankreich und Portugal für das Jahr 1997.

24 Daten zu Auswanderungsströmen sind im Zeitraum 1997-99 für Frankreich, Portugal und Griechenland nicht verfügbar, für Dänemark für 1999, für Belgien für 1998 und für Italien und Irland für 1998-1999.

- **Folglich nehmen die Nettozuströme insgesamt zu:** Der Unterschied zwischen der Zahl der Menschen, die in die 15 Mitgliedstaaten einreisen bzw. sie verlassen, ist in den letzten Jahren größer geworden. Bei Verwendung verschiedener Methoden²⁵ kann eine Zahl von etwa 0,7 Millionen Menschen als vernünftiger Schätzwert des positiven Nettozustroms in die Europäische Union im Jahr 1999 und 2000 verglichen mit 0,5 Millionen im Jahr 1997 betrachtet werden. Dies bedeutet eine positive jährliche Zuwanderungswachstumsrate von etwa 0,2 %, während die jährliche natürliche Wachstumsrate 1999 und 2000 bei etwa 0,1 % lag (Eurostat-Schätzung).
- **Die positive Nettozuwanderung bezieht sich hauptsächlich auf Bürger aus Drittländern:** fast 3/4 der positiven Ströme sind Staatsangehörige aus Drittländern, nur 12 % sind EU-Staatsangehörige, die in ihren eigenen Mitgliedstaat einreisen, und rund 15 % sind EU-Bürger, die in einen anderen Mitgliedstaat einreisen.

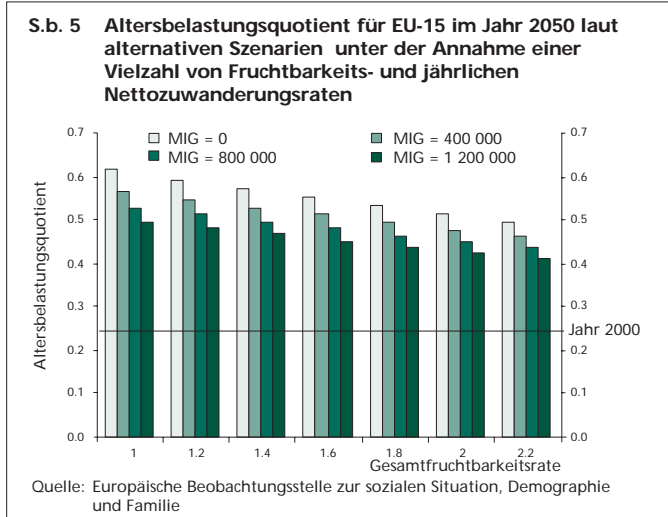
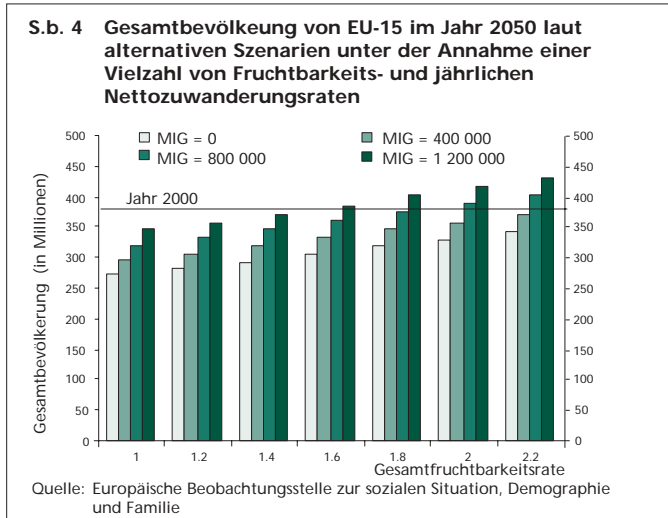
Kann die Zuwanderung die Überalterung in Europa auffangen?

Eine der allgemein diskutierten Fragen dreht sich darum, welche Möglichkeiten sich durch die zunehmende Zuwanderung bieten, die Belastung durch die Überalterung in Europa auszugleichen, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Nachhaltigkeit der Altersversorgungssysteme hat. Die folgende Analyse zeigt jedoch, dass selbst hohe Zuwanderungsraten die zunehmende Abhängigkeit aufgrund der Überalterung der Bevölkerung nicht ausgleichen können.

Obwohl die Frage "In welchem Ausmaß kann die Zuwanderung junger Erwachsener von außerhalb der EU die Überalterung ausgleichen?" viele politische, wirtschaftliche und sogar kulturelle Aspekte hat, wird hier nur die rein demografische Dimension auf der Grundlage der von Sergej Sherbow für die Europäische Beobachtungsstelle zur soziale Situation, Demografie und Familie erstellten Analyse in Betracht gezogen.

Schaubild 4 zeigt die Ergebnisse auf der Grundlage alternativer Bevölkerungsszenarien (Verbindung verschiedener Fruchtbarkeits- und Wanderungshypothesen) für das Jahr 2050 in Bezug auf die Größe der Gesamtbevölkerung in der heutigen EU-15. Sie zeigt, dass die Größe der Gesamtbevölkerung eine ziemlich träge Variable ist und selbst durch ziemlich extreme Kombinationen von Hypothesen nur sehr langsam beeinflusst wird. Die Bevölkerungsgröße nimmt erst 2050 mit einer Fruchtbarkeitsrate von über 1,8 (gegenüber 1,4 heute) in Verbindung mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 1.200.000 oder mehr erheblich zu.

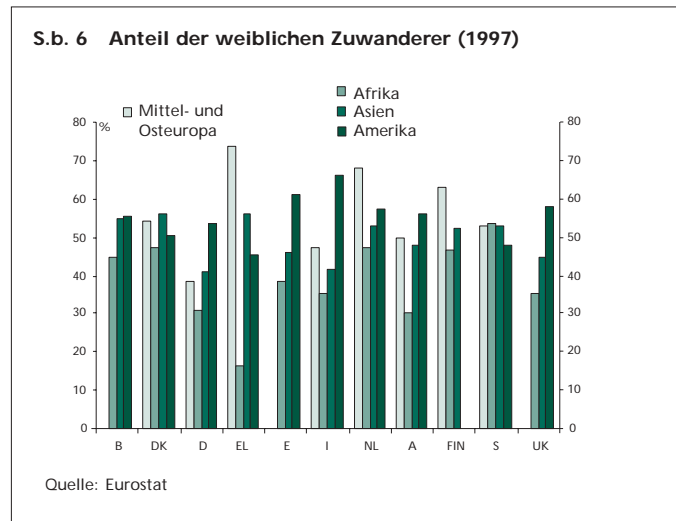
Schaubild 5 zeigt, dass sich die Altersstruktur der Bevölkerung rascher und tiefgreifender ändern dürfte als die Bevölkerungsgröße. Die Grafik enthält den sogenannten Altersbelastungsquotienten, der hier als Anteil der



Bevölkerung über 65 Jahre, geteilt durch die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren definiert wird. Auf EU-15-Ebene beträgt dieser Quotient derzeit 0,24. Aufgrund der unvermeidlichen Änderungen, die zumeist in der jetzigen Altersstruktur der Bevölkerung vorprogrammiert sind, dürfte sich dieser Quotient bei allen Szenarien beträchtlich erhöhen. Interessant ist die Feststellung, dass selbst jährliche Nettozuwanderungsraten von etwa 1 Million im Verbund mit höheren Fruchtbarkeitsraten als den heutigen sich wenig auf den Altersbelastungsquotienten im Jahr 2050 auswirken. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Zuwanderung dazu beitragen kann, spezifische Lücken auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu füllen, aber den Prozess der beträchtlichen Überalterung der Bevölkerung in Europa keinesfalls stoppen oder umkehren kann.

25 Bei Verwendung von Daten über registrierte Zuwanderungs- und Abwanderungsströme ist ein Schätzwert von fast 0,8 Millionen Zuwanderern im Jahr 1999 zu ermitteln. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Auswanderungsdaten gewöhnlich weniger erfasst werden als Zuwanderungsdaten, weicht diese Zahl von den Eurostat-Schätzungen zur Nettozuwanderung, bei denen eine andere Methode verwendet wird, nicht erheblich ab: der Unterschied zwischen dem Gesamtbevölkerungswachstum und der natürlichen Zunahme (Geburten minus Todesfälle). Anhand dieser Methode ergibt sich eine positive Nettozuwanderung von 711,4 Tausend Menschen im Jahr 1999 und 680,4 Tausend im Jahr 2000.

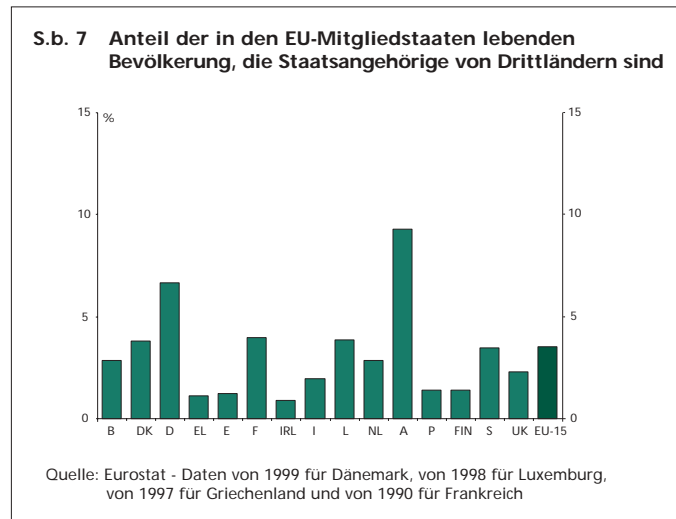
- **Die Zuwanderung von außerhalb der Union ist nicht geschlechtsneutral:** Derzeit sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, was den Anteil an männlichen und weiblichen Zuwanderern angeht, sehr groß. Es gibt auch erhebliche Unterschiede zwischen Zuwanderern verschiedener Herkunft. In einigen Mitgliedstaaten ist der Anteil der zugewanderten weiblichen Arbeitskräfte höher, da die Nachfrage nach Dienstleistungen und Hauspersonal gestiegen ist. Die Grafik zeigt, dass Frauen den größten Prozentsatz (über 60 %) der Angehörigen aus Drittländern stellen, die 1997 aus Mitteleuropa nach Griechenland, in die Niederlande und Finnland kamen, während Spanien und Italien einen größeren Anteil von Frauen (verglichen mit Männern) aus Mittel- und Südamerika anzogen. In Deutschland gibt es mehr männliche Zuwanderer aus Mittel- und Osteuropa und aus Afrika.



2.1.2 Der wachsende Anteil von in der EU lebenden Staatsangehörigen von Drittländern

Die Verwendung des Bevölkerungsbestands (Zahl der Menschen nach Staatsangehörigkeit) durch die Mitgliedstaaten gibt einen gewissen Hinweis auf die Größenordnung dieser Zuströme in der Vergangenheit und den sozioökonomischen Status dieser Menschen²⁶, obwohl diese Daten nur als Näherungswerte zu betrachten sind (und wahrscheinlich unter den realen Zahlen liegen)²⁷.

Laut den jüngsten von Eurostat veröffentlichten Zahlen²⁸ sind mehr als 13 Millionen Menschen bzw. 3,4 % der Gesamtbevölkerung der EU Staatsangehörige von Drittländern, verglichen mit 8,4 Millionen bzw. einem Anteil von 2,3 % im Jahr 1985. Dieser Anteil ist in Österreich (9,3%) und in Deutschland (6,7 %) viel höher. Diese Staatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten lassen sich in folgende wesentliche geografische Gruppen aufschlüsseln:



- **Mehr als 3,5 Millionen Bürger aus den Beitrittsländern leben jetzt in der Union:** Laut Eurostat stellen türkische Staatsangehörige die größte Ausländergruppe in der EU, nämlich 2,7 Millionen. Davon leben 77 % in Deutschland (2,1 Millionen), wo sie einen Anteil von 2,5 % an der Gesamtbevölkerung haben. Es gibt auch 850.000 Bürger aus den anderen 12 Beitrittsländern, wovon fast zwei Drittel in Deutschland leben. Nur zwei weitere Nationalitäten sind stark vertreten: etwa 450.000 Polen, von denen sich zwei Drittel in Deutschland befinden, und fast 160.000 Rumänen.
- **Es gibt ca. 1,9 Millionen Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien:** Fast zwei Drittel von ihnen leben in Deutschland und weitere 18 % in Österreich. Die Bürger der neuen Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) (etwa 1 Million) sind am stärksten vertreten.

- **Die Staatsangehörigen aus anderen europäischen Ländern belaufen sich auf über eine halbe Million.** In dieser Gruppe ragen zwei Nationalitäten heraus: Russen und Albaner. Die Russen konzentrieren sich hauptsächlich auf Deutschland, die Albaner auf Griechenland.
- **Fast 2,3 Millionen Staatsangehörige aus nordafrikanischen Ländern leben in der Union:** davon sind 1,2 Millionen Marokkaner, weniger als 0,7 Millionen Algerier und fast 0,3 Millionen Tunesier. Fast 90% der Algerier und 70 % der Tunesier leben in Frankreich, während die Marokkaner über mehrere Mitgliedstaaten verstreut sind.

26 Wichtig ist die Feststellung, dass ein Teil der Zuwanderer die Staatsangehörigkeit des Gastmitgliedstaats erlangen kann (die Rechtsvorschriften für den Erwerb der Staatsangehörigkeit unterscheiden sich in den einzelnen Mitgliedstaaten), und außerdem gibt es Nachkommen von Zuwanderern, die die Staatsangehörigkeit ihrer zugewanderten Eltern behalten, selbst wenn sie im Gastland geboren wurden und keine Zuwanderer sind. Diese beiden Tatsachen schränken die Möglichkeit ein, die Staatsangehörigkeit als Hinweis auf die Zahl der Zuwanderer in einem Mitgliedstaat zu verwenden.

27 Angesichts der in jedem Mitgliedstaat zur Schätzung der Zahl ausländischer Bürger verwendeten unterschiedlichen Quellen und der Tatsache, dass ein erheblicher Teil der Ausländer in mehreren Mitgliedstaaten nicht registriert ist.

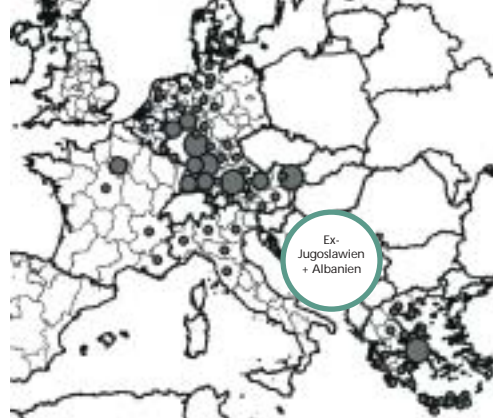
28 Schätzungen für das Jahr 1998 in EUROSTAT: "Europäische Sozialstatistik - Wanderung", Ausgabe 2000. Jüngere Zahlen zur Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit sind in der EUROSTAT-Datenbank „NewCronos“ enthalten, in der Daten für das Jahr 2000 für alle Länder vorliegen, außer für Dänemark (letztes Jahr mit verfügbaren Daten: 1999), Griechenland und Luxemburg (1998) und Frankreich (1990).

Landk. 3 Verteilung der türkischen²⁹ Staatsangehörigen, die in den EU-NUTS2-Regionen leben



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

Landk. 4 Verteilung der Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien, die in den EU-NUTS2-Regionen leben



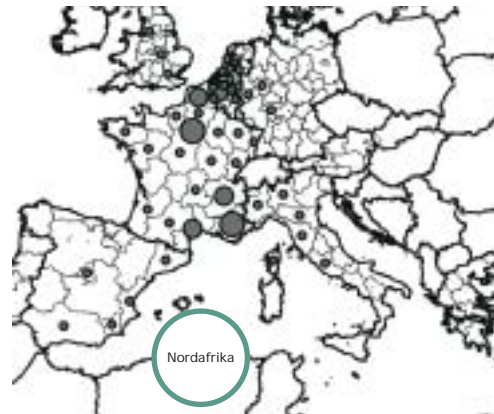
Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

Landk. 5 Verteilung der Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten, die in den EU-NUTS2-Regionen leben



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

Landk. 6 Verteilung der Staatsangehörigen aus nordafrikanischen Ländern, die in den EU-NUTS2-Regionen leben



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

Landk. 7 Verteilung der Staatsangehörigen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die in den EU-NUTS2-Regionen leben



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

Landk. 8 Verteilung der Staatsangehörigen aus asiatischen Ländern, die in den EU-NUTS2-Regionen leben



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

²⁹ Bei diesem Kartensatz stellt die relative Größe des "Punktes" den Anteil der Menschen aus bestimmten Ländern dar, die in einer Region von EU-15 leben, dar, verglichen mit der Gesamtzahl der Menschen aus denselben Ländern, die in der EU leben.

- **Aus dem restlichen Afrika leben knapp über 1 Million Menschen in der EU**, vor allem im Vereinigten Königreich (27%), Frankreich (23 %), Deutschland (15 %) und Portugal (9%).
- **Aus Asien kommen etwa 2,2 Millionen Menschen:** Es handelt sich dabei um eine Vielzahl von Nationalitäten. Die wichtigsten Gruppen sind die Inder (fast eine Viertel Million), Pakistaner (fast 185.000) und Chinesen (über 170.000). Die Mehrheit der Inder und Pakistaner lebt im Vereinigten Königreich, während die Chinesen weiter verstreut sind.
- **Aus der übrigen Welt kommen weniger als eine Million:** Fast 0,4 Millionen Mittel- und Südamerikaner, von denen ein Viertel auf Spanien konzentriert ist. Fast 420.000 Menschen sind nordamerikanische Staatsangehörige, 80 % davon aus den USA, die hauptsächlich im Vereinigten Königreich und Deutschland leben. Aus Ozeanien kommen knapp über 100.000 Menschen, wovon etwa 80 % im Vereinigten Königreich leben.

Weniger ältere Menschen unter den in der EU lebenden Staatsangehörigen von Drittländern

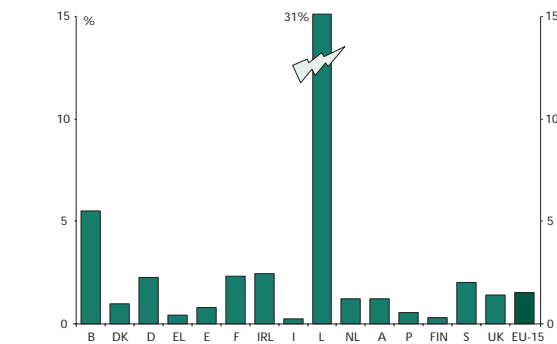
Der Altersbelastungsquotient (Bevölkerung über 65 Jahre/ 15-64 Jahre) ist in allen Bevölkerungsgruppen aus Drittländern im Vergleich zu EU-Staatsangehörigen viel niedriger. Dies ist keine Überraschung, da die Mehrheit der Zuwanderer im Erwerbsalter ist und ein Teil von ihnen mit Erreichen des Rentenalters in ihr Heimatland zurückkehrt. Der geringste Wert für diesen Indikator ist (laut den Daten der Arbeitskräfteerhebung) unter türkischen Zuwanderern zu finden.

Bei der Analyse des Anteils junger Menschen ist die Lage jedoch je nach Nationalität vielschichtiger. Unterschiede hinsichtlich der Fruchtbarkeit und der Familienzusammenführungsmuster sind die Hauptursachen dieser Vielschichtigkeit. Die Türken haben die höchste Jugendbelastungsquote (Jugendliche unter 15 Jahren/ 15-64 Jahre), während derselbe Indikator für Zuwanderer aus anderen Beitrittsländern niedriger ist als der EU-Durchschnitt.

2.1.3 Etwa 6 Millionen EU-Bürger leben in anderen Mitgliedstaaten

Die Eurostat-Daten zu der Anzahl der Menschen nach Staatsangehörigkeit ermöglichen die Bestimmung der Zahl der EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem eigenen leben. Diese Gruppe wird auf etwa 6 Millionen Menschen geschätzt, was 1,6 % der gesamten EU-Bevölkerung entspricht. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gibt es jedoch erhebliche Unterschiede. In Luxemburg lebt der größte Anteil anderer EU-Bürger: sie machen fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes aus. In Belgien lebt der zweitgrößte Anteil, gefolgt von Irland und Deutschland mit 2,3 %.

S.b. 8 Anteil der Personen an der nationalen Bevölkerung, die EU-Bürger aus anderen Mitgliedstaaten sind. 2000



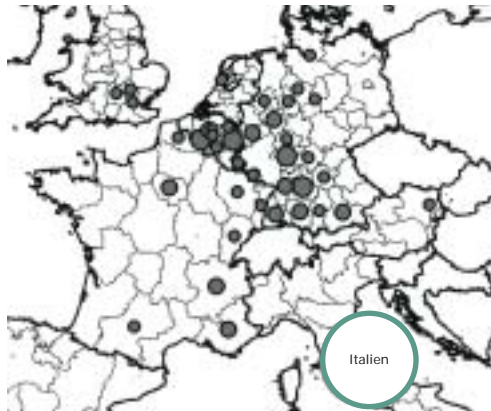
Quelle: Eurostat - Daten von 1999 für Dänemark, von 1998 für Luxemburg und Österreich, von 1997 für Griechenland und von 1990 für Frankreich.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der in anderen Mitgliedstaaten lebende Anteil von EU-Bürgern sich in den letzten 20 Jahren kaum verändert hat und nach wie vor bei nahe 1,5 % liegt. Diese Stagnation lässt sich mit der niedrigen Mobilitätsrate zwischen den EU-Mitgliedstaaten erklären, die konstant unter dem hohen Niveau der 50er und 60er Jahre lag.

- **In Deutschland lebt die größte Zahl von EU-Bürgern aus anderen Mitgliedstaaten...**: fast 1,9 Millionen, gefolgt von Frankreich (1,3 Millionen), UK (0,8) und Belgien (weniger als 0,6).
- **... während Italiener und Portugiesen die größten Gruppen von EU-Bürgern stellen, die in anderen Mitgliedstaaten leben:** Mehr als 1,2 Millionen Italiener (entspricht mehr als 2 % der nationalen Bevölkerung) und fast eine Million Portugiesen (entspricht fast 10 % der nationalen Bevölkerung) leben in anderen Mitgliedstaaten. Die Italiener leben zumeist in Deutschland (die Hälfte), Frankreich, Belgien und im Vereinigten Königreich. Die portugiesischen Auswanderer hingegen sind zumeist auf Frankreich konzentriert (mehr als zwei Drittel, hauptsächlich in der Region Paris – Ile-de-France), Deutschland und Luxemburg (wo sie 13 % der Gesamtbevölkerung stellen). Diese große Zahl von in anderen Mitgliedstaaten lebenden Italienern und Portugiesen ist vor allem die Folge der großen Migrationsströme bis in die 70er Jahre. Derzeit weisen diese beiden Länder positive Nettozuwanderungsraten und eine geringe internationale Mobilitätsrate³⁰ auf.
- **Eine große Zahl von Staatsangehörigen von sechs anderen EU-Staaten lebt in anderen Mitgliedstaaten:** 480.000 Iren (entspricht 13 % der irischen Bevölkerung) leben in anderen Mitgliedstaaten (92 % davon im Vereinigten Königreich), gefolgt von 477.000 Spaniern (davon 45 % in Frankreich und 27 % in Deutschland), 455.000 Briten (25 % in Deutschland, 17 % in Spanien, 15 % in Irland), 436.000 Griechen (fast 85 % in Deutschland), 395.000 Franzosen und 360.000 Deutschen.

³⁰ Beispielsweise betrug die Auswanderungsrate für das Jahr 1997 (letztes Jahr, in dem Daten für EUROSTAT verfügbar waren : "Europäische Sozialstatistik – Wanderung ", Ausgabe 2000) 0,8 pro 1000 Einwohner in Italien und 1 pro 1000 Einwohner in Portugal, was also die niedrigste Auswanderungsrate unter allen Mitgliedstaaten (Daten für Griechenland, Spanien und Frankreich nicht verfügbar).

Landk. 9 Verteilung der italienischen Staatsangehörigen, die in den EU-NUTS2-Regionen leben (ohne Italien)



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

Landk. 10 Verteilung der portugiesischen Staatsangehörigen, die in den EU-NUTS2-Regionen leben (ohne Portugal)



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

Landk. 11 Verteilung der spanischen Staatsangehörigen, die in den EU-NUTS2-Regionen leben (ohne Spanien)



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

Landk. 12 Verteilung der griechischen Staatsangehörigen, die in den EU-NUTS2-Regionen leben (ohne Griechenland)



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung 2000
Diese Quelle wurde verwendet, da aktualisierte registrierte Daten nach Staatsangehörigkeit auf regionaler Ebene nicht in allen Mitgliedstaaten verfügbar sind.

- **Bürger aus anderen Mitgliedstaaten neigen dazu, sich auf ihren wichtigsten Nachbarmitgliedstaat zu konzentrieren:** 186.000 Österreicher von insgesamt 219.000 in anderen Mitgliedstaaten lebenden Österreichern leben in Deutschland; von den 148.000 Belgiern leben fast 80 % in den vier benachbarten Mitgliedstaaten; es gibt 286.000 Niederländer, von denen zwei Drittel in Deutschland oder Belgien leben, und 135.000 Finnen, von denen über zwei Drittel in Schweden leben.
- **Die Mehrzahl der in anderen Mitgliedstaaten lebenden EU-Bürger ist im erwerbsfähigen Alter:** Daten aus der Arbeitskräfteerhebung zeigen, dass sowohl der Jugend- als auch der Altersbelastungsquotient unter den in anderen Mitgliedstaaten lebenden EU-Bürgern niedriger ist als unter denen, die im eigenen Land leben. Diese Konzentration innerhalb der Altersgruppe 15-64 spiegelt die Tatsache wider, dass die Auswanderung in andere Mitgliedstaaten hauptsächlich mit beruflichen Gründen zusammenhängt.
- **Die Zusammensetzung des Haushalts von in einem anderen Mitgliedstaat lebenden EU-Bürgern unterscheidet sich von den im Herkunftsland beobachteten durchschnittlichen Mustern:** Im Durchschnitt leben EU-Bürger in anderen Mitgliedstaaten in kleineren Haushalten (2,1 Personen pro Haushalt, Daten der Arbeitskräfteerhebung 2000) verglichen mit den Bürgern in ihrem Herkunftsland (2,4). Der Unterschied ist hauptsächlich auf die geringere Zahl unterhaltsberechtigter Kinder im Haushalt der im Ausland lebenden Personen zurückzuführen.
- **Die Zahl der Männer ist geringfügig höher als die der Frauen:** Die Daten ergeben einen Anteil von 52 % Männern unter den in anderen Mitgliedstaaten lebenden EU-Bürgern gegenüber 48,6 % bei denen, die im eigenen Land leben.

2.1.4 Wohnsitzmobilität der EU-Bürger in den 90er Jahren.

Bei der Untersuchung der Mobilitätsmuster ist es ebenso von Interesse, die Wohnsitzmobilität einzubeziehen. Laut einer vor kurzem durchgeführten Eurobarometer-Erhebung³¹, wechseln die Europäer ihren Wohnsitz nicht oft: 38 % sind im Durchschnitt in den letzten zehn Jahren mindestens einmal umgezogen (jährliche Mobilitätsrate von 7,3 %, d.h. die Hälfte der amerikanischen Mobilitätsraten). Von denen, die umzogen, sind die meisten (58 %) nur einmal, 20 % zweimal und 10 % dreimal umgezogen. Diese europäischen Durchschnittswerte verbergen jedoch die erheblichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Außerdem gibt es ein klares Nord-Süd (plus Irland)-Gefälle.

- **Bürger aus Nordeuropa haben den Wohnsitz innerhalb der letzten zehn Jahre öfter gewechselt...:** In Finnland ist die geografische Mobilität am höchsten: 59 % der Finnen haben mindestens einmal den Wohnort gewechselt, gefolgt von den Dänen, Schweden, Niederländern und Briten. Darüber hinaus sind die europäischen Mitgliedstaaten, in denen die meisten Menschen umgezogen sind, auch diejenigen, in denen die Menschen am häufigsten umgezogen sind: Diese Korrelation ist in den nordischen Ländern besonders ausgeprägt, in denen der Prozentsatz der Menschen, die in zehn Jahren mehrmals umgezogen sind, höher ist als der europäische Durchschnitt. Beispiel: 16 % der Finnen, 14 % der Dänen und 12 % der Schweden, die in den letzten zehn Jahren umzogen, sind fünfmal umgezogen (verglichen mit einem Durchschnitt von 7 % in EU-15).

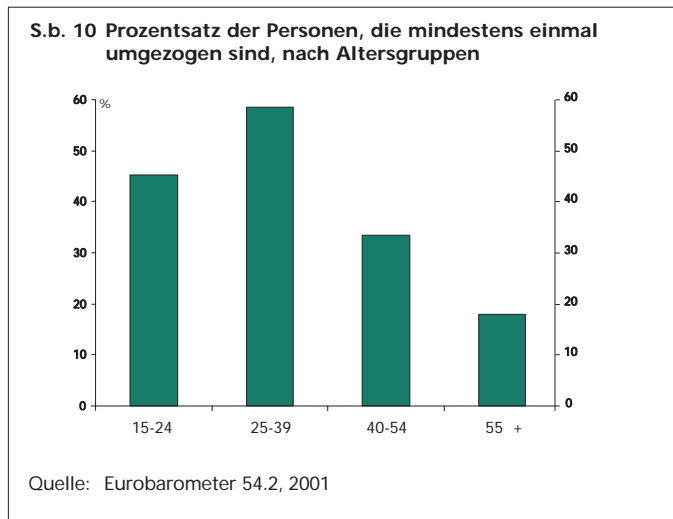
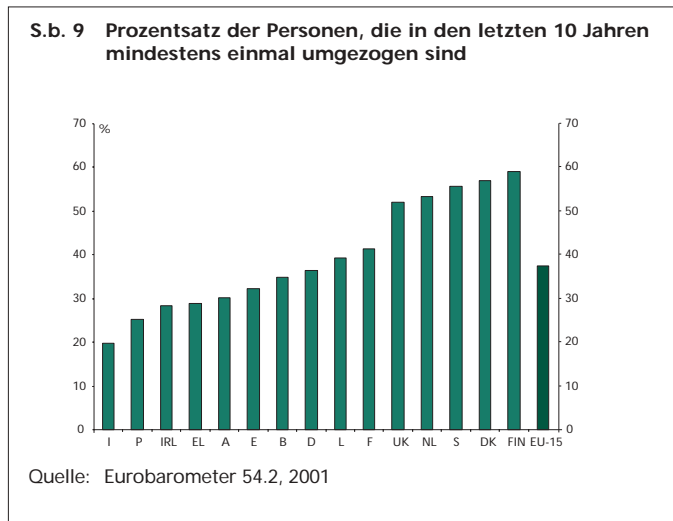
- **... während diejenigen aus dem Süden sesshafter sind:** Am anderen Ende der Skala sind die meisten Bürger aus dem südlichen Europa (plus den Iren) in den letzten zehn Jahren nicht umgezogen. Dies gilt besonders für die Italiener, die von den fünfzehn Mitgliedstaaten am sesshaftesten sind. Ein weiterer Hinweis auf die geringe Mobilität der Bürger aus dem Süden ist die Tatsache, dass die meisten von denen, die umzogen, dies nur einmal getan haben. 77% in Portugal, gefolgt von Italien und Griechenland.

- **Es gibt keine bedeutenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen,** da 38 % der Männer in den letzten zehn Jahren mindestens einmal umgezogen sind gegenüber 37 % der Frauen.

- **Die Altersgruppe der 25-39-Jährigen zieht am meisten um...:** Menschen zwischen 25 und 39 Jahren weisen den höchsten Prozentsatz an Umzügen auf, da fast 60 % von ihnen in den letzten zehn Jahren mindestens einmal umgezogen sind. Menschen zwischen 15 und 24 Jahren kommen an zweiter Stelle mit etwa 45 %, gefolgt von den 40- bis 50-Jährigen mit etwa 34 %. Über 55-Jährige sind mit etwa 18% am wenigsten umgezogen.

Die Zahl der Umzüge nimmt mit der Entfernung ab

In der obigen Analyse geht es um alle Arten der Migration, man kann jedoch mehrere Umzugsarten unterscheiden, wenn man die Nähe zum früheren Wohnort betrachtet. Der



Umzug von einem Haus in ein anderes in derselben Stadt oder demselben Dorf ist die üblichste Art der Mobilität, wobei andere Umzüge mit zunehmender Entfernung weniger üblich sind.

- **Die Europäer ziehen am häufigsten innerhalb ihrer Stadt oder ihres Dorfes um:** Von den Menschen, die umzogen, sind durchschnittlich über 68 % mindestens einmal innerhalb derselben Stadt oder desselben Dorfes umgezogen.

Tabelle 1. Mindestens ein Umzug...	EU 15
... innerhalb derselben Stadt oder desselben Dorfes?	68,2
... in eine andere Stadt oder ein anderes Dorf, aber in derselben Region?	36,3
... in eine andere Region, aber im selben Land?	21,2
... in ein anderes Land, aber innerhalb der Europäischen Union?	4,4
... in ein anderes Land außerhalb der Europäischen Union?	4,7

Quelle: Eurobarometer 54.2, 2001

31 Eurobarometer 54.2 (2001)

zogen. Höhere Prozentsätze sind in Schweden (82 %), Finnland und dem Vereinigten Königreich zu verzeichnen, niedrigere in Luxemburg (53 %), Frankreich und Italien.

- **Umzüge innerhalb derselben Region sind ebenfalls recht häufig, während Mobilität zwischen den Regionen relativ unüblich ist:** Im Durchschnitt hat mehr als ein Drittel der Personen, die in den letzten zehn Jahren umgezogen sind, einen neuen Wohnsitz in einer anderen Stadt oder einem anderen Dorf innerhalb derselben Region gewählt, während knapp über 20 % der Menschen in eine andere Region desselben Landes zogen. Menschen aus den Mittelmeerländern (gefolgt von den Iren) scheinen am zögerlichsten zu sein, was die Mobilität zwischen den Regionen angeht. Dennoch müssen für diese Arten von Mobilität die Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten angesichts der Auslegungsschwierigkeiten des in dieser Erhebung³² verwendeten Begriffs „Region“ relativiert werden.

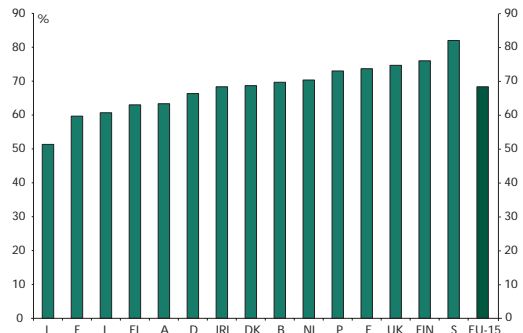
Junge Menschen zieht es stärker in städtische Regionen

Die Mobilität zwischen den Regionen ist hauptsächlich gekennzeichnet erstens durch den Zustrom junger Menschen in städtische Regionen und zweitens durch den Wegzug von Menschen, die mit Erreichen des Ruhestands entweder in ihre Heimatregion oder in Küstenregionen zurückgehen.

Die Grafik verdeutlicht diese Tendenzen, indem sie Eurostat-Daten auf regionaler (NUTS-2) Ebene für 9 wichtige städtische Regionen in der EU verwendet. Der überaus positive Zustrom für die Altersgruppe der 15- 24-Jährigen zeigt, dass der Umzug mit dem Studium oder dem Beginn der beruflichen Laufbahn zusammenhängt. Ab 25 Jahren wird der Zustrom negativ, erstens wegen des mit der Mobilität der Familie zusammenhängenden Suburbanisierungsprozesses (siehe negative Ströme bei kleinen Kindern) und zweitens, wegen der Mobilität im höheren Alter, die an das Ende der Erwerbstätigkeit gekoppelt ist. Folglich tendieren die städtischen Gebiete dazu, eine jüngere demografische Struktur beizubehalten als der EU-15-Durchschnitt.

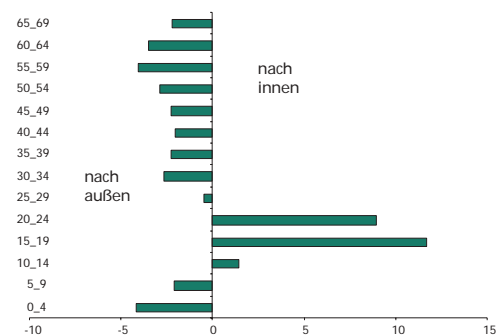
- **Mobilität in Bezug auf ein anderes EU-Land ist viel weniger üblich...**Weniger als 5 % derjenigen, die in den letzten zehn Jahren umgezogen sind, haben einen neuen Wohnort in einem anderen EU-Land gewählt. Italiener und Griechen weisen mit ca. 2 % den geringsten Prozentsatz auf, gefolgt von den Menschen in den anderen südlichen Ländern. Die einzigen großen Abweichungen vom Durchschnitt sind in Luxemburg³³ (etwa 20 %), Irland und Österreich festzustellen. Dies ist kein reiner Zufall, da diese drei Länder – in derselben Reihenfolge – die höchsten jährlichen Zuwanderungsraten für das Jahr 1999 aufweisen: 3%, 1,3 % und 1,1 % (siehe 2.1.1).

S.b. 11 Prozentsatz der Personen, die einmal oder mehrere Male innerhalb derselben Stadt umgezogen sind



Quelle: Eurobarometer 54.2, 2001

S.b. 12 Nettowohnsitzmobilität in 5 Jahren in städtischen Rgionen* - 1994-1999** Als Prozentsatz der Menschen in der Altersgruppe



* Durchschnitt (ungewichtet) von 9 städtischen NUTS2-Regionen (Brüssel, Berlin, Bremen, Hamburg, Wien, Madrid, Ile-de-France, Stockholm, Zuid-Holland)
 ** Alle 1994-1999 außer Ile-de-France 1993-1998
 Quelle: Eurostat

- **... wie auch das Leben in einem Land außerhalb der EU:** Nur etwa 5 % derjenigen, die in den letzten zehn Jahren umgezogen sind, haben in einem Land außerhalb der EU gelebt. Das Nord-/Süd-Gefälle zeigt sich erneut, wobei die Nordeuropäer (plus der in Österreich, Irland, Luxemburg und Deutschland³⁴ lebenden Menschen) zu denjenigen gehören, die am meisten an dieser Art von Migration beteiligt sind, während die Südeuropäer und vor allem die Italiener (nur 2 %) am unteren Ende dieser Klassifizierung zu finden sind.

32 In dieser Erhebung ist der Begriff "Region" undefiniert und hängt von der Interpretation des Befragten ab. Außerdem unterscheiden sich die Größe und Bevölkerungsdichte der verschiedenen Regionen innerhalb der EU beträchtlich.

33 Luxemburg ist ein sehr spezifischer Fall, da ein großer Anteil seiner Bevölkerung Bürger aus anderen EU-Mitgliedstaaten sind. Der Fall Irland ist ebenfalls speziell: die Iren zählen zu den sesshaftesten Personen in Europa, sie befinden sich aber in der Spitzengruppe, was Mobilität angeht, wenn es um die Mobilität aus einem anderen Land geht: die wichtigsten Ströme zwischen Irland und UK (und USA) könnten die Ursache dafür sein.

34 In Österreich und Deutschland lebt ein beträchtlicher Anteil von Staatsangehörigen von Drittländern

Höhere Mobilität in den USA als in der EU, aber mit ähnlichen Mustern

Die Studie "Ein Überblick über die Mobilität der Arbeitskräfte in den Vereinigten Staaten" von F. W. Horvarth (US-Behörde für Arbeitskräftestatistik) zeigt, dass die Vereinigten Staaten zwar ein von hoher Mobilität geprägtes Land sind (etwa 15 % der Amerikaner ziehen jedes Jahr um, doppelt so viel wie im EU-Durchschnitt), dass aber die Hauptmerkmale dieser Wanderungen sich von denen, die im Eurobarometer für die Union festgestellt wurden, nicht sehr unterscheiden.

In der Europäischen Union spielen Umzüge über kurze Entfernungen die wichtigste Rolle: Der größte Teil der geografischen Mobilität in den Vereinigten Staaten bezieht sich auf Umzüge innerhalb des Verwaltungsbezirks (fast 60 %), während die Umzüge zwischen verschiedenen Verwaltungsbezirken innerhalb desselben Bundesstaats etwa 20 % der gesamten jährlichen Umzüge ausmachen, und 15 % der Fälle sind Umzüge zwischen den verschiedenen Staaten.

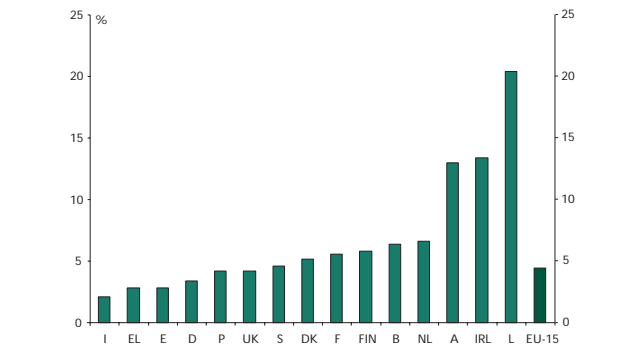
Die Gründe für einen Umzug in den Vereinigten Staaten unterscheiden sich nicht sehr von denen in der EU. Die meisten Umzüge über kurze Entfernungen hängen mit der Wohnsituation und dem Lebenszyklus zusammen, während arbeitsplatzbedingte Gründe nur 18 % (20 % bei Männern, 16 % bei Frauen) der gesamten Mobilität ausmachen (geringfügig höher als der Anteil von 15 % in der EU). Wie auch in Europa scheinen die wohnungsbedingten und familiären Überlegungen mit der Entfernung unwichtiger zu werden, wohingegen sich der Anteil der mit der Arbeit zusammenhängenden Umzüge erhöht³⁵. Schließlich scheint Arbeitslosigkeit bei den meisten Umzügen von Amerikanern keine wichtige Rolle zu spielen – das gleiche Muster lässt sich aus den Antworten von EU-Bürgern auf das Eurobarometer erkennen.

In der EU lebende Menschen ziehen hauptsächlich aus familiären und mit der Wohnsituation zusammenhängenden Gründen um

Bei der Analyse der Gründe, aus denen Menschen ihren Wohnsitz wechseln, ergeben sich folgende wesentliche Ergebnisse des Eurobarometers:

- **Familiäre/persönliche Gründe sind der Hauptgrund für einen Umzug...**: Als die 38 % der Menschen, die umgezogen sind, gefragt wurden, was sie in den letzten zehn Jahren zu einem Umzug bewogen habe, nannten 54 % familiäre und persönliche Gründe³⁶, gefolgt von Gründen, die mit der Wohnsituation zusammenhängen („nicht zufrieden mit der augenblicklichen Wohnsituation“) bei 18%.
- **... während mit dem Arbeitsplatz zusammenhängende Gründe nur für einen kleinen Anteil gelten:** Berufliche Gründe sind lediglich am drittweitigsten (15 %). Finanzielle Gründe werden von fast 9 % der Umgezogenen

S.b. 13 Prozentsatz der Personen, die einmal oder mehrere Male in ein anderes Land innerhalb der Europäischen Union gezogen sind



Quelle: Eurobarometer 54.2, 2001

angegeben, und schließlich gaben 3 % an, sie seien hauptsächlich wegen der Nachbarschaft umgezogen. Diese Ergebnisse stehen in Übereinstimmung mit den wesentlichen Schlussfolgerungen einer vor kurzem durchgeführten Studie über die Mobilität in den Vereinigten Staaten (siehe obigen Kasten).

- **Familiäre Gründe gelten für mehr Frauen, während der Arbeitsplatzaspekt mehr Männer betrifft:** Die Antwort „aus familiären/persönlichen Gründen“ wurde von 57 % der Frauen und 51 % der Männer angekreuzt, während 18 % der Männer und 12 % der Frauen „aus beruflichen Gründen“ antworteten. Bei den anderen Antworten gab es kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern.
- **Menschen unter 39 Jahren zogen eher aus beruflichen Gründen um:** Bei allen Altersgruppen ist das Muster der Antworten ähnlich, wobei der Schwerpunkt auf familiären/persönlichen Gründen liegt, aber der Anteil derjenigen, die berufliche Gründe genannt haben, ist in der Altersgruppe 25–39 Jahre am höchsten, gefolgt von den 15–24-Jährigen (16 %) gegenüber nur 8 % derjenigen, die mindestens 55 Jahre alt sind.
- **Die EU-Bürger sind im Wesentlichen mit ihrem Wohnort zufrieden...**:Bei der Untersuchung der Frage, weshalb 62 % der europäischen Bürger in den letzten zehn Jahren nicht umgezogen sind, erklärten die meisten, sie seien da, wo sie lebten, zufrieden. In 81 % der Fälle ist dies der Hauptgrund für ihre Sesshaftigkeit (81 %). Der Grad der Zufriedenheit nimmt mit dem Alter der befragten Menschen zu, wobei er bei den über 55-Jährigen maximal 87 % betrug. Diese "Heimatverbundenheit" schließt alle anderen Gründe aus, die hätten erklären können, weshalb diese Bürger die Idee umzuziehen, fallen ließen. Dennoch wurden auch einige andere Gründe, hauptsächlich finanzielle oder familiäre (jeweils etwa 8 %), als Umzugshindernis genannt.

³⁵ Mit der Arbeit zusammenhängende Umzüge machen nur 6 % der Umzüge innerhalb desselben Landes, aber etwa ein Viertel der Umzüge zwischen den Verwaltungsbezirken innerhalb eines Staates, ein Drittel der Umzüge zwischen den einzelnen Staaten (innerhalb derselben statistischen Region) und etwa 50 % der Umzüge zwischen Staaten in verschiedenen statistischen Regionen (d.h. verschiedenen Teilen des Landes) der USA aus.

³⁶ Die familiären/persönlichen Gründe hängen oft mit dem Übergang in verschiedene Phasen des Lebenszyklus zusammen – d.h. der Wohnortwechsel kann durch eine Heirat oder durch eine neue Verbindung, eine Geburt, die Loslösung vom elterlichen Heim usw. verursacht sein.

- **Berufliche Gründe zeichnen sich jedoch als wichtiger ausschlaggebender Faktor für künftige Umzüge ab:** Als die Bürger, die in den nächsten fünf Jahren umzuziehen beabsichtigen (19 % der Gesamtzahl), danach gefragt wurden, was ihren Umzug beeinflussen könnten, gaben sie folgende drei wesentliche Faktoren an: an erster Stelle familiäre und persönliche Gründe (46 % der Angaben), gefolgt

von beruflichen Gründen (27 %) und mit den Lebensbedingungen zusammenhängenden Gründen („mit der Wohnsituation unzufrieden“, 17 %). Es scheint, als nehme die Bedeutung des Arbeitsplatzes als ein Faktor, der die geografische Mobilität fördert, in der Wahrnehmung der EU-Bürger allmählich zu.

Tabelle 2. Gründe für einen Wohnsitzwechsel...	...in den nächsten 5 Jahren	... beim letzten Umzug
Familiäre oder persönliche Gründe	45,9 %	5,9 %
Berufliche Gründe	27,4 %	15,2 %
Sie sind (waren) mit der Wohnsituation unzufrieden?	16,6 %	18,0 %
Sonstige Gründe	16,2 %	16,2 %
Finanzielle Gründe	9,9 %	8,5 %
Sie mögen (mochten) die in ihrer Umgebung lebenden Menschen nicht?	5,4 %	3,4 %

Quelle: Eurobarometer 54.2, 2001

2.2 Lebensbedingungen

In diesem Jahr konzentriert sich der Abschnitt über die Lebensbedingungen auf die Bereiche, die bei der Erleichterung bzw. Erschwerung der geografischen Mobilität von Menschen eine Rolle spielen können, nämlich Beschäftigung, Bildung, Qualität der Wohnung und Entwicklungen im Verkehrs- und Pendlersystem.

Kurze Zusammenfassung

- **Beschäftigungslage von Staatsangehörigen von Drittländern.** Die Beschäftigungsquote von Staatsangehörigen von Drittländern ist beträchtlich niedriger als die Quote bei EU-Bürgern: 51 % gegenüber 63 %. Diese Kluft ist größer, wenn man die Lage der Frauen aus Drittländern berücksichtigt, während sie kleiner ist, wenn man nur junge Menschen betrachtet. Die meisten arbeitenden Staatsangehörigen von Drittländern sind normalerweise am unteren Ende der Lohnskala konzentriert.
- **Bildung und Wanderung.** In Bezug auf die Bildung scheint die Verteilung der EU-Bürger, die in anderen Mitgliedstaaten leben, günstiger zu sein als in ihrem Heimatland. Ausnahmen sind die Griechen und Portugiesen und in geringerem Maße die Italiener und Spanier.

In der EU lebende Staatsangehörige von Drittländern in der Altersgruppe 25 - 64 Jahre weisen eine breite Palette von Bildungsabschlüssen auf. Menschen aus Nordamerika, Russland und Asien dürften normalerweise über ein höheres Bildungsniveau verfügen als die in EU-15 lebenden Türken und Nordafrikaner. Ebenso dürfte ihr beruflicher Status höher sein.

Der Anteil der Staatsangehörigen aus den zwölf Beitrittsländern mit einem hohen Bildungsniveau ist geringfügig höher als der EU-Durchschnitt. Trotz der Tatsache, dass bei Staatsangehörigen dieser Länder auch der Anteil der Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau geringer ist, haben 47 % von ihnen eine niedrigere berufliche Position inne gegenüber 32 % der EU-Bürger.

- **Wohnung.** Die Verfügbarkeit einer erschwinglichen und qualitativ guten Wohnung spielt bei der Umzugsentscheidung eine wichtige Rolle. 1997 gaben knapp 20 % der EU-Bürger an, dass sie mit ihrer Wohnsituation unzufrieden seien. In den meisten Mitgliedstaaten ist der Durchschnittspreis für Wohnungen in den letzten zehn Jahren (1990–2000) beträchtlich gestiegen. Der drastischste Preisanstieg ist in Irland und den Niederlanden zu verzeichnen. Der Anteil der Ausgaben für Wohnen (d.h. Miete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe) schwankt in den einzelnen Mitgliedstaaten – von knapp 20 % in Portugal bis knapp über 30 % in Dänemark.
- **Verkehrs- und Pendlersystem.** Fast 60 % der Europäer benötigen weniger als 20 Minuten, um zu ihrem Arbeitsplatz (oder Studienort) zu gelangen. Im Durchschnitt brauchen die Menschen länger, um zum nächstgelegenen Krankenhaus oder Kino zu kommen, als zu ihrem Arbeitsplatz, aber dies ist in den einzelnen Mitgliedstaaten etwas unterschiedlich.

Seit 1970 ist der Bedarf an öffentlichen Nahverkehrsmitteln in EU-15 stetig gestiegen. Zwischen 1979 und 1998 hat sich die Nutzung des Autos um 188 % erhöht (von 4.661 auf 10.176 km pro Kopf), die Busnutzung um 35 % (von 823 auf 1.109 km) und die Nutzung der Eisenbahn um 21 % von 637 auf 773 km pro Kopf. Im gleichen Zeitraum hat sich das Luftverkehrsaufkommen um 171 % erhöht – von 460 auf 1.247 zurückgelegte Kilometer pro Kopf.

2.2.1 Wanderung und der Arbeitsmarkt

Unter den EU-Bürgern, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, sind die Beschäftigungsquoten höher und die Arbeitslosenquoten niedriger als bei den Staatsangehörigen in ihrem Heimatland und nicht aus EU - Staaten stammenden Staatsangehörigen, die in der EU leben. Dies mag auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass der Umzug in einen anderen Mitgliedstaat konkret zum Zweck der Arbeitsaufnahme erfolgte.

Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten stellen 3,4 % der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union, 3,6 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64), 2,9 % der Arbeitskräfte und 6,4 % der Arbeitslosen. Die Beschäftigungsquote unter den Staatsangehörigen von Drittländern ist beträchtlich niedriger als die Quote bei EU-Bürgern: 51 % verglichen mit 63 %. Dieser Unterschied ist kaum spürbar, wenn es um die Staatsangehörigen aus den Beitrittsländern geht, mit Ausnahme der Türken, wo der Unterschied sehr groß ist. Diese Kluft bei den Beschäftigungsquoten ist auch bei Betrachtung der Frauen aus Drittländern größer. Bei den Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe 15-24 Jahre sind die Unterschiede weniger offensichtlich: die durchschnittliche Arbeitslosigkeit liegt bei 16 % für EU-Bürger, 14 % für Staatsangehörige aus den 12 Beitrittsländern, 15 % für Menschen aus der Türkei und 21 % für Staatsangehörige von anderen Drittländern. Die Arbeitslosenquote hängt stark mit dem Bildungsniveau zusammen: je geringer das Bildungsniveau, desto höher die Arbeitslosenquote.

Ausländische Arbeitnehmer konzentrieren sich üblicherweise auf spezifische Tätigkeitsbereiche. Bei den männlichen Arbeitskräften sind in den drei Sektoren Produktion, Baugewerbe und Hotel- und Gaststättengewerbe 55 % der Staatsangehörigen von Drittländern gegenüber 40 % EU-Bürger beschäftigt. In der öffentlichen Verwaltung sind hingegen 8 % der EU-Bürger und bloß 1,5 % derjenigen aus einem Drittland tätig.

Frauen aus Drittländern arbeiten hauptsächlich im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Haushalt. Der letztgenannte Sektor ist in Nordeuropa nur ein Randbereich (0,1 % in

Schweden und in den Niederlanden), aber im Süden Europas nach wie vor groß. Sein geschätzter Anteil an der Gesamtbeschäftigung reicht von 3,5 % in Griechenland bis zu über 6,5 % in Portugal und Spanien. In Griechenland sind 56 % der in Haushalten arbeitenden Menschen keine Griechen, sondern Albaner und Menschen aus den Beitrittsländern.

Mit der Arbeit zusammenhängende Migration findet sich jedoch nicht nur bei gering qualifizierten Arbeitnehmern. In den letzten Jahren sind die Mitgliedstaaten selektiver vorgegangen und haben hochqualifizierte Arbeitnehmer bevorzugt, z.B. IT-Fachkräfte in Deutschland. Im Vereinigten Königreich werden 80 % der Arbeitsgenehmigungen hochqualifizierten Arbeitskräften erteilt³⁷.

2.2.2 Bildung und Qualifikationsniveau

In diesem Abschnitt wird das Bildungsniveau von in EU-15 lebenden Ausländern untersucht. Zwei Analysen³⁸ werden präsentiert: das Bildungsniveau von Staatsangehörigen von Drittländern und von in einem anderen Mitgliedstaat lebenden EU-Bürgern.

Bildungsniveau von in EU-15 lebenden Staatsangehörigen von Drittländern

Staatsangehörige von Drittländern in der Altersgruppe 25-64 Jahre weisen eine breite Palette von Bildungsabschlüssen auf. Ein Vergleich mit dem durchschnittlichen Bildungsniveau in EU-15 zeigt, dass es am oberen Ende der Skala einen relativ hohen Anteil von Menschen aus Nordamerika, Russland oder Ostasien mit einem Hochschulabschluss gibt. Unter den Zuwanderern aus diesen Regionen hat nur ein sehr geringer Teil einen niedrigen Bildungsstand. Am anderen Ende der Skala haben mehr als 3 von 4 Personen aus der Türkei und aus Nordafrika einen niedrigen Bildungsstand. Fast die Hälfte der Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Albanien weisen ein niedriges Bildungsniveau auf. Unter den Zuwanderern aus anderen Regionen Afrikas und aus Süd- und Südostasien ist der Anteil der Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau nur geringfügig höher als im EU-Durchschnitt, und der Anteil der Menschen mit einem hohen Bildungsniveau liegt dicht am EU - Durchschnitt.

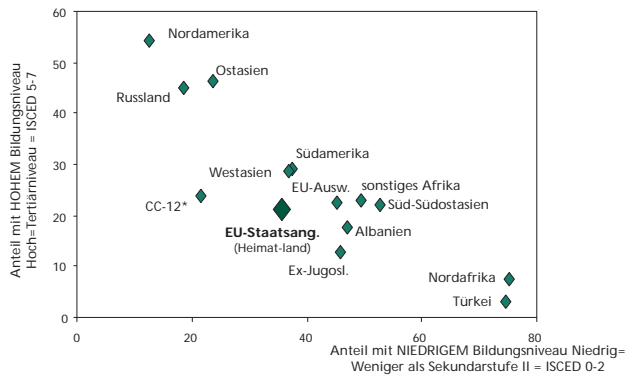
Tabelle 3:	% der Gesamtbeschäftigung für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten	% der Gesamtbeschäftigung für Arbeitskräfte aus EU-Staaten
Sektor		
Baugewerbe	10,4	7,8
Hotel- und Gaststättengewerbe	9,7	3,9
Gesundheit und Sozialarbeit	7,9	9,6
Einzelhandel	7,8	9,2
Herstellung industrieller Metallerzeugnisse	3,5	2,1
Privathaushalte mit Erwerbstätigen	3,3	?
Bildung	3,3	6,8
Lebensmittel- und Getränkeherstellung	3,0	2,3
Landwirtschaft und Fischerei	2,0	4,1
Öffentliche Verwaltung	1,5	7,8

Quelle : Eurostat – ARBEITSKRÄFTEERHEBUNG 2000 –Beschäftigung für die Altersgruppe 15-99

37 Neuer Kurs in der Migrationspolitik in Europa, Krank Laczko, IOM

38 Auf der Grundlage von Daten aus der Europäischen Arbeitskräfteerhebung 2000

S.b. 14 Bildungsniveau der EU-Bevölkerung im Alter von 25-64 Jahren nach ihrem Herkunftsland, 2000



Quelle : Eurostat - Arbeitskräfteerhebung 2000
(Mittel = Sekundarstufe II = ISCED 3 als Ergänzung auf 100 %)

* CC-12 = alle Beitrittsländer außer Türkei

Hochqualifizierte Menschen aus den Beitrittsländern (außer Türkei): Unter den Zuwanderern aus den Beitrittsländern außer der Türkei gibt es einen geringfügig höheren Anteil mit hohem Bildungsniveau als im EU - Durchschnitt und einen viel niedrigeren Anteil mit geringem Bildungsstand, was auch einen höheren Anteil mit mittlerem Bildungsniveau bedeutet. Interessant ist ferner die Feststellung, dass unter den Zuwanderern aus diesen Beitrittsländern das Bildungsniveau viel günstiger verteilt ist als beim Durchschnitt in ihrem Heimatland, was die Vermutung zulässt, dass aus diesen Ländern vorwiegend hochqualifizierte Menschen in die EU wandern.

Beruflicher Status von Staatsangehörigen von Drittländern

Viele Zuwanderer kommen in die Europäische Union, um wirtschaftliche Chancen zu nutzen und am Arbeitsmarkt teilzunehmen, selbst wenn bei einigen Gruppen ein großer Anteil, vor allem Frauen, aus familiären Gründen zuwandert. Dieses Muster trifft auch auf junge Menschen aus der Türkei und Marokko zu, wie eine kürzlich durchgeführte Studie belegt³⁹.

Durch die Umgestaltung der europäischen Arbeitsmärkte in den letzten Jahrzehnten werden für einen Arbeitnehmer, der an der wissensgestützten Wirtschaft teilhaben will, Bildung und anerkannte Qualifikationen immer wichtiger.

Die günstigste Verteilung des beruflichen Status findet sich bei der Gruppe von Arbeitnehmern aus Nordamerika und Ostasien. Zwei Drittel der Nordamerikaner in EU-15 haben eine hohe berufliche Position⁴⁰ (ISCO 1-3) inne und nur 15 % eine niedrige (ISCO 7-9). Der berufliche Status von

Zuwanderern aus Ostasien ist ebenfalls beträchtlich höher als der EU-15-Durchschnitt. Die ungünstigste Verteilung ergibt sich bei Afrikanern und Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien: mehr als 70 % haben eine niedrige berufliche Position inne. Diese Verteilungsunterschiede hängen eng mit dem unterschiedlichen Bildungsniveau zusammen.

Der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Stellung im Beruf ist jedoch bei den Menschen aus den anderen 12 Beitrittsländern nicht so klar. Unter den Staatsangehörigen aus diesen Ländern gibt es einen niedrigeren Anteil mit einem geringen Bildungsniveau als bei den EU-Bürgern, doch haben 47 % eine niedrige berufliche Position inne verglichen mit 32 % der EU-Bürger. Aus mehreren Gründen ist ein beträchtlicher Teil dieser Arbeitnehmer bereit, eine Arbeit anzunehmen, deren Status unter ihrem Qualifikationsniveau liegt. Unterbeschäftigung stellt auch ein Problem für Flüchtlinge und Asylbewerber dar.

In einer vom Flüchtlingsrat 1999 durchgeführten Literaturrezension wurde hervorgehoben, dass trotz eines augenscheinlich hohen Qualifikationsniveaus der Flüchtlinge in Großbritannien die Mehrheit von ihnen zeitlich befristete, schlecht bezahlte, einfache Tätigkeiten im informellen Sektor ohne Arbeitsplatzsicherheit ausübt.

Hauptmerkmale der in einem anderen Mitgliedstaat lebenden EU-Bürger⁴¹

Das Bildungsniveau in den südlichen Mitgliedstaaten unterscheidet sich vom Rest. Griechen und Portugiesen sind bei den in anderen Mitgliedstaaten lebenden EU-Bürgern überrepräsentiert, was das untere bis mittlere Bildungsniveau angeht. Dasselbe gilt in geringerem Maße für Italiener und Spanier. Zwei Drittel der Angehörigen aus diesen vier Staaten, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, weisen nur einen geringen Bildungsstand auf. Die Menschen aus den übrigen 11 Mitgliedstaaten, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, verfügen über ein höheres Bildungsniveau – 35 % haben einen Hochschulabschluss und weniger als ein Viertel einen niedrigen Bildungsstand.

Bei Betrachtung der Stellung im Beruf ist festzustellen, dass unter den Menschen aus den südlichen Mitgliedstaaten ein geringerer Anteil eine hohe berufliche Position innehat⁴² als der bereits ziemlich niedrige Anteil in dem entsprechenden Mitgliedstaat. Portugal ist das beste Beispiel⁴³, gefolgt von Griechenland und Italien mit ähnlich niedrigen Berufsprofilen der Menschen, die andernorts in der Union leben. In einer „mittleren“ Position sind Spanien und Finnland zu finden, wo der Anteil der Menschen mit einem hohen und einem niedrigen beruflichen Status bei den Staatsangehörigen, die in ihrem Heimatland leben, und denen, die in einem anderen EU-Land leben, ähnlich ist. Bei den Staatsangehörigen aus den anderen Mitgliedstaaten sind hohe berufliche Positionen unter den in einem anderen Mitgliedstaat lebenden

39 Die Ergebnisse werden in einem Vergleichsbericht " Push and pull factors of international migration " und in einer Reihe von Länderberichten für die Türkei, Marokko, Ägypten, Senegal und Ghana, die von Eurostat im Jahr 2000 veröffentlicht wurden, festgehalten.

40 Internationale Standardklassifikation von Berufen, ISCO-88.

41 Die Analyse der Daten aus der Arbeitskräfteerhebung ergibt einige Informationen zu den Hauptmerkmalen der in anderen Mitgliedstaaten lebenden EU-Bürgern.

42 "Höhere berufliche Position" bezeichnet hier die Summe der ersten drei ISCO-Positionen, während "niedrigere berufliche Position" die letzten drei ISCO-Positionen bezeichnet.

43 Beispielsweise 9 % hohe Positionen für im Ausland lebende Portugiesen gegenüber 21 % bei den im Heimatland lebenden. Außerdem weisen von den im Ausland lebenden Portugiesen 73 % eine niedrige Position gegenüber 46 % im Heimatland auf.

Menschen sogar noch häufiger anzutreffen als bei den in ihrem Heimatland lebenden Staatsangehörigen⁴⁴.

Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Ungleichheiten hinsichtlich des Bildungsstands und der beruflichen Position von in einem anderen Mitgliedstaat lebenden EU-Bürgern in gewisser Weise immer noch die Süd-Nord-Migrationsströme nach dem Krieg widerspiegeln, die in einer Zeit des Überangebots an gering qualifizierten Arbeitnehmern im Süden und eines Arbeitskräftemangels im Norden erfolgten. Beträchtliche Generationsunterschiede ergeben sich zwischen hauptsächlich geringer qualifizierten älteren Menschen und den jüngeren hochqualifizierten Generationen von Migranten aus den Mittelmeermitgliedstaaten. Dies legt die Vermutung nahe, dass Migrationsströme zwischen den Mitgliedstaaten (einschließlich derjenigen aus dem Süden der Union) jetzt oft von der Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitnehmern bestimmt werden.

Wanderung, Erweiterung und der Arbeitsmarkt

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU wird den potenziellen Zuströmen von Menschen aus den Beitrittsländern in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit geschenkt. Seit dem Beginn des Übergangszeitraums in den 90er Jahren hat sich die wirtschaftliche Integration zwischen den Beitrittskandidaten und den EU-Mitgliedstaaten verstärkt, und sie hat bereits ein hohes Niveau erreicht. Es gibt umfangreiche Belege, dass die meisten Mitgliedstaaten, insbesondere diejenigen, die dicht an den Beitrittsländern liegen, und auch einige Grenzregionen von dieser wachsenden Integration profitiert haben. Es besteht jedoch die Besorgnis, dass die Erweiterung zu einem Migrationsdruck und zu Störungen auf dem Arbeitsmarkt führen wird.

Derzeit sind die Migrationsquoten aus den zehn zentral- und osteuropäischen Beitrittskandidaten in die EU trotz einer erheblichen Einkommenslücke relativ niedrig. Laut einer Schätzung leben derzeit etwa 850.000 Menschen aus diesen Ländern in den Mitgliedstaaten, wovon rund 300.000 fest angestellte Arbeitnehmer aus diesen Ländern sind. Die 300.000 entsprechen 0,2 % der Arbeitskräfte in der EU, von denen 80% in Deutschland und Österreich arbeiten.

Um eine durch Fakten begründete Grundlage für die Debatte über Erweiterung und Freizügigkeit zu schaffen, hatte die Kommission eine umfangreiche Studie über die wahrscheinliche Auswirkung der Erweiterung auf die Beschäftigungslage sowohl in den jetzigen Mitgliedstaaten als auch in den Beitrittsländern in Auftrag gegeben. Diese Studie bestätigt die Ergebnisse anderer Untersuchungen, dass die Auswirkung auf die Arbeitsmärkte der EU begrenzt sein wird (sowohl in negativer als auch in positiver Hinsicht)⁴⁵.

Die Intensität des Migrationsdrucks wird jedoch von zwei wesentlichen und einer Reihe sonstiger Faktoren abhängen:

- dem Einkommensgefälle,
- der Arbeitsmarktlage im Gastland, darüber hinaus
- der Arbeitsmarktlage im Herkunftsland,
- der Entfernung zwischen dem Herkunfts- und dem Gastland,
- dem Vorhandensein einer Kerngruppe von Zuwanderern im Gastland,
- den Migrationsstrukturen zwischen den Neuen Unabhängigen Staaten und den Beitrittskandidaten,
- den Kultur- und Sprachbarrieren.

Neben diesen Faktoren werden auch die Erwartungen hinsichtlich des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts im Herkunftsland eine Rolle spielen.

Die Debatte sollte sich jedoch nicht auf den möglichen Umfang der Migrationsströme und auf Maßnahmen zu ihrer Begrenzung beschränken, sondern sich vielmehr auf die umfassendere Frage der Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz zwischen den Kandidatenländern und der EU konzentrieren.

2.2.3 Wohnsituation

Die Verfügbarkeit erschwinglicher und qualitativ guter Unterkünfte ist ein wichtiger Faktor bei der Umzugsentscheidung und beeinträchtigt folglich die geografische Mobilität von Menschen. Die Wohnbedingungen in ganz Europa haben sich in den letzten Jahrzehnten generell verbessert, und aus einer vor kurzem durchgeführten Eurobarometer-Untersuchung geht hervor, dass viele Menschen nicht umziehen, weil sie mit ihrer derzeitigen Bleibe zufrieden sind. In diesem Abschnitt werden die Kosten⁴⁶ und die Qualität⁴⁷ der Wohnungen in der gesamten EU beleuchtet.

Haushaltsausgaben für Unterkunft

Der Anteil der für die Unterkunft⁴⁸ aufgewendeten Mittel (d.h. Wohnraum, Wasser, Strom, Gas und sonstige Brennstoffe) schwankt zwischen den Mitgliedstaaten – von knapp unter 20 % in Portugal bis leicht über 30 % in Dänemark. Dieser Prozentsatz schwankt je nach Größe des Haushalts und Einkommensniveau erheblich.

In allen Mitgliedstaaten außer in Schweden ist der für Wohnraum ausgegebene Teil des Haushaltsbudgets bei Einpersonenhaushalten erheblich höher als bei größeren Haushalten, da größere Lebensgemeinschaften üblicherweise Skaleneffekte mit sich bringen.

44 Beispielsweise haben 60 % der im Ausland lebenden Schweden eine hohe Position inne gegenüber 42 Prozent der in ihrem Heimatland lebenden Staatsangehörigen, und 17 % bzw. 27 % haben eine niedrige berufliche Position inne.

45 In der Studie wird davon ausgegangen, dass anfänglich etwa 330.000 Menschen (Bewohner) aus den 10 MOEL in die EU-15 zuwandern werden, unter der Annahme, dass 2002 die Freizügigkeit für Arbeitskräfte der zehn Beitrittsländer gewährleistet ist. Die Zahl der Angestellten wird bei etwa 35 % angesetzt, was einer Zunahme von 115.000 Menschen entspricht. Nach zehn Jahren werden diese Zuströme rasch auf die Hälfte ihres Anfangsniveaus zurückgehen.

46 Unter Verwendung der jüngsten Daten der europäischen Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte (d.h. 1999 außer für Frankreich und Portugal, wo die jüngsten Daten aus 1993 stammen).

47 Unter Verwendung der jüngsten Daten des Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (d.h. für 1997)

48 Um den Verbrauch zwischen Mietwohnung und Eigenheim zu vergleichen, wird ein Schätzwert (als errechnete Miete bezeichnet) für selbstgenutzten Wohnraum berechnet.

Das Verhältnis zwischen Einkommensniveau und dem für Wohnraum ausgegebenen Anteil des Budgets unterscheidet sich in den einzelnen Mitgliedstaaten beträchtlich. In den meisten Mitgliedstaaten geht der Ausgabenanteil bei steigendem Einkommensniveau zurück. Betrachtet man die Haushalte nach Einkommensquintil, sind die besten Beispiele für dieses Verhältnis Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich. Der entsprechende Anteil ist relativ stabil über das Einkommensquintil in Belgien, Dänemark, Luxemburg und Griechenland. Eine umgekehrte Beziehung ist jedoch in Spanien, Italien und Portugal festzustellen, wo der Prozentsatz der für Wohnraum aufgewendeten Mittel mit höherem Einkommensniveau steigt.

Bei einem Vergleich dieser Prozentsätze mit früheren Erhebungen über die Budgets privater Haushalte (1988 und 1994) scheint es eine allgemeine Erhöhung des Prozentsatzes der für Wohnraum aufgewendeten Mittel, vor allem bei den Gruppen mit niedrigerem Einkommen in den Niederlanden, Irland und Österreich (etwa 10 Prozentpunkte) zu geben. Dies mag nicht nur auf die zunehmenden Kosten für Wohnraum, sondern auch auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass es für Gruppen mit niedrigem Einkommen in einigen Mitgliedstaaten schwieriger wird, billigeren und erschwinglichen Wohnraum zu finden.

Preis und Qualität des Wohnraums

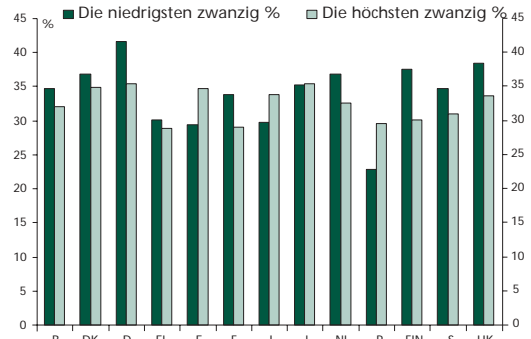
Der Durchschnittspreis für Wohnungen hat in den letzten zehn Jahren (1990 bis 2000) in den meisten Mitgliedstaaten beträchtlich angezogen. Der drastischste Anstieg ist in Irland und in den Niederlanden festzustellen. Im Jahr 2000 lag der Durchschnittspreis in diesen Ländern etwa 2,5mal höher als 1990. In Finnland und Österreich ist der durchschnittliche Preis für Wohnraum im gleichen Zeitraum kaum gestiegen (die Häuserpreise gingen in Finnland Mitte der 90er Jahre erheblich zurück). Wichtig ist die Feststellung, dass der nationale Durchschnitt erhebliche Unterschiede bei den Häuserpreisen zwischen den verschiedenen Regionen innerhalb eines Landes verdeckt. Die Häuserpreise werden auch durch unterschiedliche Bestände und die unterschiedliche Qualität des Wohnraums in verschiedenen geografischen Regionen beeinflusst.

1997 äußerten sich knapp 20 % der EU-Bürger unzufrieden über ihre Wohnsituation, dieser Prozentsatz schwankt jedoch zwischen den Mitgliedstaaten erheblich. Die niedrigsten Prozentsätze sind in den Niederlanden, Österreich, Dänemark und Belgien (8%, 9 %, 11 % bzw. 12 %) festzustellen, während in Italien, Portugal und Griechenland die entsprechenden Anteile 29 %, 31 % bzw. 38 % betragen.

Bei einer eingehenderen Betrachtung der gemeldeten Probleme mit dem Wohnraum liefert das Europäische Haushaltspanel Informationen zum Anteil der Haushalte, die über spezielle Probleme mit ihrem Wohnraum berichten (einschließlich Kriminalität, Feuchtigkeit, Dunkelheit, Heizung, Lärm und Verschmutzung).

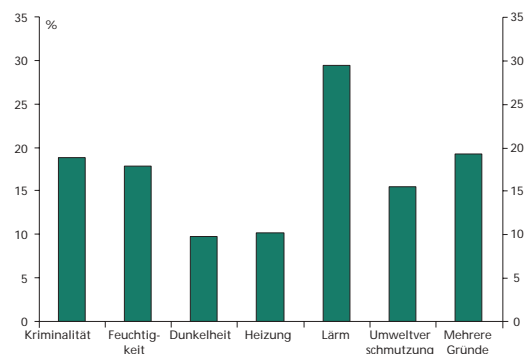
Als häufigstes Problem wird der Lärm genannt – knapp unter 30 % der Haushalte gaben dieses Problem 1997 an gegenüber etwa 25 % im Jahr 1995. Betrachtet man die Unterschiede unter den Mitgliedstaaten, so gibt es in Portugal mit Abstand den größten Anteil von Haushalten, die mehrere Probleme nennen (d.h. 3 oder mehr) – über 40 % der Haushalte, was mehr als doppelt so viel ist wie im EU-15-Durchschnitt.

S.b. 15 Prozentsatz der gesamten Verbrauchsausgaben für die Wohnung nach Einkommensquintil, 1999



Quelle: Eurostat - Europäische Haushaltsbudgetumfrage 1999

S.b. 16 Prozentsatz der Haushalte, die erklären, sie hätten konkrete Probleme mit ihrer Unterkunft, EU-15 1997



Quelle: Eurostat - Europäisches Haushaltspanel 1997

Probleme mit der Heizung sind ein besonders offenkundiges Problem für griechische und portugiesische Haushalte (28 % und bzw. 40 % der Haushalte), und Feuchtigkeitsprobleme werden am häufigsten in Portugal und Spanien genannt (43% bzw. 25 % der Haushalte).

Zugang zu Wohnraum und Integration von Zuwanderern aus Drittländern

Der Zugang zu Wohnungen ist für Zuwanderer aus Drittländern besonders wichtig. Untersuchungen im Zusammenhang mit den Lebensbedingungen von Zuwanderern weisen auf Probleme mit dem Wohnraum wegen prohibitiv hoher Wohnungspreise auf dem freien Markt, diskriminierender Praktiken aufseiten der Vermieter und einer schlechten Aufnahmepolitik hin, die zu Ausgrenzung führen und Bereiche innerhalb von Städten schaffen kann, auf die sich Zuwanderer konzentrieren. Dies kann darüber hinaus andere besondere Problemen für die Zuwanderer schaffen. Beispielsweise können durch die Konzentration von Zuwanderern in einem lokalen Gebiet die örtlichen Schulen unter besonderem Druck geraten, wenn es darum geht, den spezifischen Bildungsbedarf von Kindern von Zuwanderern zu decken.

2.2.4 Verkehrs- und Pendelsystem

Im Zuge des Wachstums der Volkswirtschaften nimmt der Bedarf an mit der Arbeit und der Freizeit verbundener Mobilität in Übereinstimmung mit den neuen individuellen Lebensmustern zu. 1999 gehörten die Haushaltsausgaben für Verkehr zu den drei obersten Verbrauchskategorien in den meisten Mitgliedstaaten; sie machten zwischen 10,3 % in den Niederlanden und 17 % in Finnland der gesamten Haushaltsausgaben aus. Es hat nicht nur eine Erhöhung der zurückgelegten Entfernungen, sondern auch eine Veränderung der Struktur der verschiedenen benutzten Verkehrsmittel gegeben. Da Kraftfahrzeuge und Flugzeuge pro zurückgelegtem Kilometer mehr Energie verbrauchen und mehr Emissionen ausstoßen als (bei hoher Belegung) Bus und Bahn, wirkt sich die sich verändernde Struktur auch auf die Höhe der Treibhausgasemissionen aus.

Seit 1970 ist der Bedarf an Verkehrsmitteln in der EU-15 stetig gestiegen. Zwischen 1970 und 1998 hat die Autonutzung um 118 % zugenommen (von 4.661 auf 10.176 km pro Kopf), die Busnutzung um 35 % (von 823 auf 1.109 km) und die Bahnnutzung um 21 % von 637 auf 773 km pro Kopf.

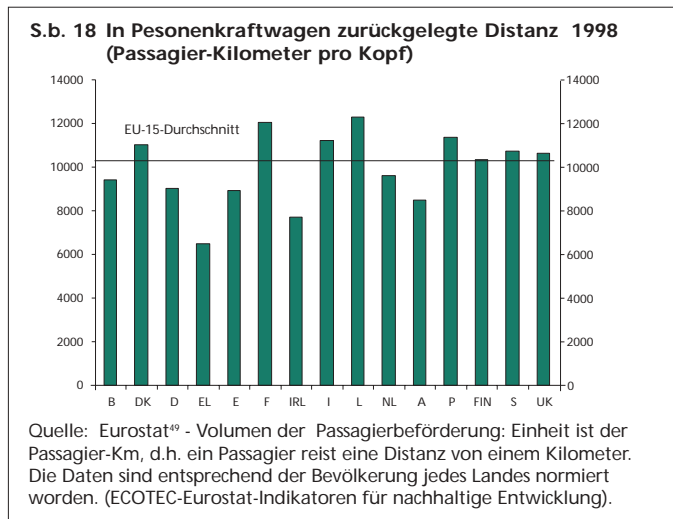
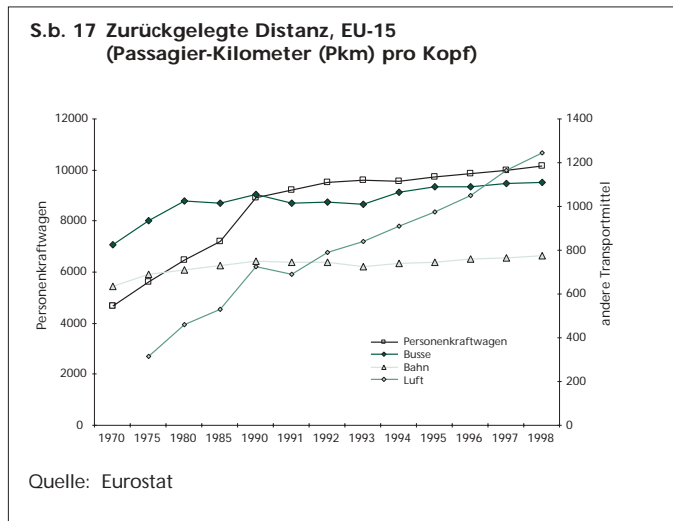
Der Anteil der Kraftfahrzeuge, die bereits 1970 das wichtigste Mittel zur Gewährleistung der persönlichen Mobilität waren, hat sich weiter erhöht. Die höchste Kfz-Nutzung ist in Luxemburg, Frankreich, Portugal, Italien und Dänemark zu verzeichnen. Die geringste Pro-Kopf-Nutzung weisen Griechenland und Österreich auf. Die größten Zunahmen seit 1970 sind in Griechenland (+561 %) und in Portugal (+ 465 %) festzustellen.

Die Nutzung von öffentlichen Bahn- und Busdiensten hat im gleichen Zeitraum nicht so rasch zugenommen, nur um 21 % bzw. 34 % pro Kopf. Eine beträchtlichere Zunahme in der Busnutzung ist in Italien und Portugal (beinahe dreimal so viel), Griechenland und Dänemark (beinahe doppelt so viel), Spanien (+ 88 %) und Schweden (56 %) festzustellen. Im Vereinigten Königreich ist ein Rückgang der Busnutzung (-23 %) zu verzeichnen.

Die Zunahme der Bahnnutzung hat sich auch in europaweit (+ 21 % im Durchschnitt) erhöht, ist aber zwischen 1970 und 1990 in Belgien und Griechenland zurückgegangen. Am meisten wird die Bahn in Österreich, Frankreich und Dänemark und am wenigsten in Griechenland und Irland genutzt.

Der Luftverkehr weist in dem 18-Jahreszeitraum von 1980 bis 1998 ein deutliches Plus von 171 % auf: er stieg von 460 auf 1247 zurückgelegte Kilometer pro Kopf.

Pendeln ist die von EU-Bürgern am häufigsten praktizierte Form geografischer Mobilität. Die Pendelei hat mit dem Grad der regionalen Konzentration wirtschaftlicher Tätigkeiten und mit Entwicklungen im Infrastruktur- und Verkehrsmittelbereich, durch die sich der Zugang zu verschiedenen Teilen städtischer Bereiche verbessert und die Anreisezeit zum Arbeitsplatz verringert haben, beträchtlich zugenommen.



Die Bereitschaft und Möglichkeit der Menschen zu pendeln spielt eine wichtige Rolle bei der Lösung der unausgewogenen Angebots- und Nachfragesituation auf den Arbeitsmärkten und ermöglicht den Einzelnen besseren Zugang zu geeigneten Arbeitsplätzen (was Einkommen und Inhalt angeht). Die Menschen haben dadurch auch größere Möglichkeiten bei der Wahl der geografischen Lage ihrer Wohnung. Mit dem Pendeln sind natürlich Kosten verbunden. Aus der Sicht des Einzelnen sind dies die Anfahrtszeit, die Kosten für das Verkehrsmittel und die mit dem Reisen verbundenen Stress- und Ermüdungserscheinungen. Gesellschaftlich betrachtet hat die konstante Zunahme des Pendleraufkommens zu unerwünschten Umweltfolgen wie Lärm und Verschmutzung geführt.

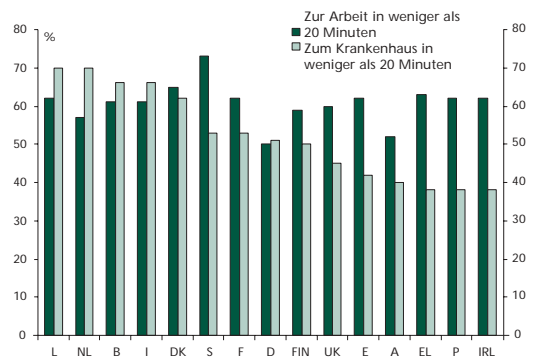
Obwohl die Pendelzeiten bis zu eine oder zwei Stunden betragen können, ergab ein vor kurzem durchgeführtes Eurobarometer, dass fast 6 von 10 Europäern weniger als 20 Minuten zur Arbeit brauchen.

49 Weitere Quellen: "Are we moving in the right direction? Indicators on transport and environment integration in the EU" (Bewegen wir uns in die richtige Richtung? Indikatoren bezüglich Transport und Umweltintegration in der EU) European Environment agency, Copenhagen, 2000; "Transport and Environment" - Statistics for the TERM for the EU- Eurostat, 2000

Im Durchschnitt brauchen die Menschen länger, um zum nächstgelegenen Krankenhaus oder Kino zu gelangen als zur Arbeit, aber dies ist in den einzelnen Mitgliedstaaten etwas unterschiedlich.

Längerfristig kann der erwartete Fortschritt im Telekommunikationsbereich, bei der Vernetzung und im Verkehrswesen zu einer schrittweisen Verringerung der Bedeutung des Pendelns und anderer Formen geografischer Mobilität als Mittel zur Verbesserung des Einsatzes menschlicher Ressourcen am Arbeitsmarkt führen.

S.b. 19 Pendelzeiten ...



Quelle: Eurobarometer 54.2, 2001

2.3 Sozialer Zusammenhalt und Teilhabe an der Gesellschaft

Dieses Kapitel konzentriert sich auf die Haltung gegenüber Migrantengruppen und ethnischen Minderheiten sowie auf die Hindernisse, die einer sozialen und politischen Beteiligung von Staatsangehörigen von Drittländern entgegen stehen. Erörtert werden ferner die Faktoren, die verbunden sind mit einer erfolgreichen multikulturellen Gesellschaft in Europa.

Kurze Zusammenfassung

- Mobilität ist oft mit erheblichen Verlusten von sozialen Netzen für diejenigen, die in eine andere Region oder ein anderes Land ziehen, verbunden. Fehlende familiäre Netze, Sprachprobleme sowie soziale und kulturelle Unterschiede können wichtige Hindernisse beim Wiederaufbau dieser Netze in der Gesellschaft des Gastlandes sein. Normalerweise fällt es Menschen mit einem höheren Bildungsniveau leichter, ihre sozialen Netze wieder aufzubauen.
- In Ländern, in denen sich die Menschen hauptsächlich auf informelle soziale Netze stützen, können die Aussicht auf einen Verlust dieser Netze und die Notwendigkeit, sie wieder aufzubauen, die Mobilität stark beeinträchtigen.
- Sprachbarrieren können eine abschreckende Wirkung in Bezug auf die grenzüberschreitende Mobilität haben. 47 % der Europäer geben an, nur ihre Muttersprache zu beherrschen. Die Bereitschaft, Sprachbarrieren zu überwinden, ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen, und sie steigt mit dem Bildungsstand und dem Einkommen kontinuierlich an, während sie mit zunehmendem Alter abnimmt.
- In den meisten Mitgliedstaaten hat die Zuwanderung in den letzten zehn Jahren rasch zugenommen. Es gibt auch eine erhebliche illegale Zuwanderung in die Europäische Union, und viele dieser Menschen sind als Schwarzarbeiter beschäftigt.
- Da die Zuwanderung in den 70er Jahren stark beschränkt wurde, ist die Familienzusammenführung zu einer der wichtigsten legalen Möglichkeiten für Staatsangehörige von Drittländern zur Einreise in EU-Mitgliedstaaten geworden.
- Die Muster der Asylbewerbungen ändern sich. Deutschland, das in den 90er Jahren das wichtigste Zielland war, führt die Liste für die große Mehrheit der Asylbewerber in EU-Ländern nicht mehr an. Das Muster ist vielschichtiger als früher.
- Die Bereitschaft von EU-Bürgern, Asylbewerber und Migranten aufzunehmen, hängt vom Status und von der Herkunft der Neuankömmlinge ab. Die meisten sind der Auffassung, dass es Einschränkungen geben sollte. Ein ziemlich großer Anteil meint jedoch, dass die Menschen ohne Einschränkungen aufgenommen werden sollten. Bei Bürgern aus anderen Mitgliedstaaten, Menschen, die vor schweren Konflikten flüchten oder Asyl suchen und bei Bürgern aus mittel- und osteuropäischen Staaten beträgt der Prozentsatz derjenigen, die sie ohne Einschränkungen aufnehmen wollen, etwa 40 % bzw. 25 und 20 %.
- Der wichtigste Weg, in den vollen Genuss politischer und sozialer Rechte zu kommen, ist die Einbürgerung. Die Einbürgerungsquote unter in einem anderen Mitgliedstaat lebenden europäischen Bürgern geht jedoch zurück. Dies spiegelt vielleicht die Tatsache wider, dass sich eine Art europäischer Bürgersinn entwickelt.
- Die Einbürgerungsquoten für Staatsangehörige von Drittländern unterscheiden sich zwischen den Mitgliedstaaten beträchtlich: die höchsten sind in den Niederlanden und die niedrigsten in Portugal und Irland zu verzeichnen. Es ist die wachsende Tendenz zu beobachten, die Rechte und Pflichten von Staatsangehörigen von Drittländern mit der Länge ihres Aufenthalts zu koppeln.
- Laut der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betrug die Unterstützung für eine multikulturelle Gesellschaft in Europa im Jahr 2000 48 %. Viele fürchten aber immer noch, dass Zuwanderer eine Gefahr für den Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt darstellen.

2.3.1 Einleitung

Die Fähigkeit von Gesellschaften, Neuankömmlinge zu integrieren und die Fähigkeit von Migranten, Vollmitglieder der Gastgesellschaft zu werden, nehmen zu, wenn Chancen zur Teilhabe geboten und genutzt werden. Diese tragen dazu bei, die Hindernisse in Bezug auf den unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen, bildungspolitischen und kulturellen Hintergrund der Neuankömmlinge sowie die Normen, Erwartungen und Anforderungen des Gastlands zu überwinden. Doch auch die Haltung der Migranten und der wichtigsten Bevölkerungsgruppen in den Gastgesellschaften ist wichtig.

2.3.2 Mobilität und Hindernisse der sozialen Teilhabe

Soziale Teilhabe ist im Alltagsleben besonders wichtig, da ein Umzug den Abschied von einem Netz sozialer Beziehungen bedeutet. In den meisten Fällen entfaltet dies für Menschen, die einen Umzug planen, eine abschreckende Wirkung.

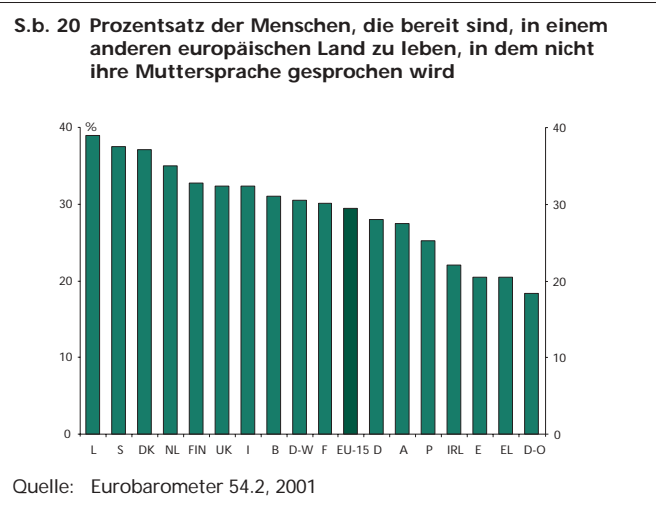
Die Unterschiede in der Mobilität zwischen den nördlichen und den südlichen Mitgliedstaaten (Kapitel 2.1) sollten in Bezug auf die in den jeweiligen Regionen am meisten bevorzugten unterschiedlichen Formen der sozialen Teilhabe beobachtet werden. Die letzten zwei Ausgaben dieses Berichts (2000, 2001) zeigten, dass die nördlichen Staaten die höchsten Beteiligungsraten an formalen Organisationen sowie ein stärkeres Engagement bei Freiwilligen- und Vereinstätigkeiten aufweisen, die im Süden weniger entwickelt sind.

Die Beteiligung am sozialen Gefüge erfolgt im Süden hauptsächlich im informellen Sektor und beruht auf Nachbarschafts- und Gemeinschaftsaktivitäten. Die Menschen in Portugal, Spanien, Griechenland und Irland meldeten den höchsten Grad an informellen Nachbarschaftskontakten und den niedrigsten Grad gesellschaftlicher Isolation. Außerdem gibt es in den südlichen Mitgliedstaaten und in Irland nach wie vor einen erheblichen Anteil von Haushalten mit mehreren Generationen, und der Löwenanteil der Betreuung von Kindern und abhängigen Erwachsenen wird von informellen Betreuungspersonen geleistet. Spanier, Portugiesen, Italiener, Griechen und Iren dürften daher eher schwere Einbußen in ihrem sozialen Netzwerk erleiden und diesen Verlust im täglichen Leben spüren, wenn sie weit weg in eine andere Region oder in ein anderes Land ziehen. Außerdem dürften sie weniger als Migranten aus den nördlichen Mitgliedstaaten geneigt sein, neue Netze aufzubauen und sich durch Beteiligung an formalen Organisationen zu integrieren.

Bei den Faktoren, welche die Mobilität junger Menschen bestimmen, sollte man den ihnen aus bezahlter Arbeit, familiärer und staatlicher Unterstützung zur Verfügung stehenden Ressourcenmix betrachten. Um ein ähnliches Wohlstandsniveau wie in ihrer Kindheit zu erreichen, verlassen sich junge Menschen in südlichen Mitgliedstaaten mehr auf familiäre Unterstützung und gehen in späteren Jahren aus dem Elternhaus. Im Vergleich dazu ist die einem jungen Menschen in Nord- und Mitteleuropa gewährte staatliche Unterstützung oft höher als diejenige, welche die Familie⁵⁰ leistet.

Sprachbarrieren behindern die Mobilität zwischen den Mitgliedstaaten

Für die Zuwanderer, die nicht die Sprache des Landes sprechen, in dem sie wohnen, sind die Eingliederungschancen erheblich eingeschränkt. Die Bereitschaft und Fähigkeit von Migranten, eine Sprachbarriere zu akzeptieren und zu überwinden, spielt eine entscheidende Rolle bei ihrer Fähigkeit, sich in die Gastgesellschaft zu integrieren. 29 % der EU-Bürger sagen, sie wären bereit, in einem anderen EU-Land, in dem eine andere Sprache als ihre Muttersprache gesprochen wird, zu leben. Die größte Bereitschaft wird von den Nordeuropäern und die geringste von in Griechenland und Spanien lebenden Menschen bekundet. Diese Bereitschaft, die Sprachbarriere zu überwinden, ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen. Sie steigt mit dem Bildungsniveau und dem Einkommen kontinuierlich und geht mit zunehmendem Alter zurück. Der höchste Bereitschaftsgrad ist bei Studenten und Führungskräften festzustellen.

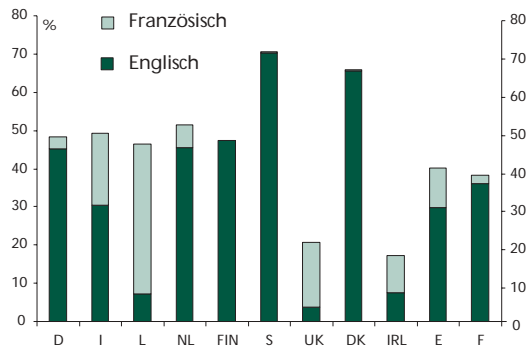


Wie gut beherrschen Europäer Fremdsprachen?

Eine kürzlich für das Europäische Jahr der Sprachen organisierte Eurobarometer-Erhebung⁵¹ ergab, dass 33 % der Europäer Englisch, 10 % Französisch, 4 % Deutsch und 2 % Spanisch als erste Fremdsprache sprechen. In Schweden und Dänemark wird Englisch, die wichtigste europäische Verkehrssprache, gut beherrscht. 47 % der Europäer behaupten, nur ihre Muttersprache sprechen zu können. Nimmt man die 1., 2. und 3. Fremdsprache zusammen, behaupten 81 % der Schweden, 80 % der Niederländer und 78 % der Dänen, Englisch zu können, verglichen mit nur 39 % der Italiener und 36 % der Spanier und Portugiesen. Französisch ist die am besten beherrschte Fremdsprache im Vereinigten Königreich (22 %) und Irland (25 %). Deutsch als Fremdsprache in Europa wird am besten in Luxemburg (81 %), den Niederlanden (68%), Dänemark (43 %) und Schweden (36 %) gesprochen. Dennoch ist in allen diesen Ländern mit Ausnahme Luxemburgs die am weitesten verbreitete Fremdsprache nach wie vor Englisch. Die Tendenz, eine andere Sprache zu beherrschen, nimmt mit zunehmendem Alter ab und steigt

50 G.B. Sgritta – Family and Welfare systems in the transition to adulthood (Familiäre und soziale Systeme beim Übergang ins Erwachsenenalter) – Europäische Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie.
 51 Eurobarometer 54 – Februar 2001 – Bericht für EG - EAC

S.b. 21 Erste gesprochene Fremdsprache ...



Quelle: Eurobarometer 54.2, 2001

mit dem Bildungsniveau. 59 % der Angestellten, 67 % der Manager und 78 % der Universitätsstudenten geben an, dass sie eine Fremdsprache einigermaßen beherrschen. Englisch wird von 75 % der Europäer als die nützlichste Fremdsprache erachtet, gefolgt von Französisch (40 %), Deutsch (23 %) und Spanisch (18 %). 66 % in der Altersgruppe 15 – 24 behaupten, Englisch zu sprechen, gegenüber 18 % derjenigen im Alter von 55 Jahren und darüber. 74 % der Eltern mit Kindern unter 20 Jahren halten es für wichtig, dass ihre Kinder eine Fremdsprache lernen, um ihre beruflichen Aussichten zu verbessern, und nur 7 % halten dies für nicht sehr wichtig. Diese Zahlen lassen den Schluss zu, dass es den Europäern in den nächsten Jahren leichter fallen wird, miteinander zu kommunizieren, wodurch der kulturelle Austausch gefördert wird.

In den Beitrittsländern⁵² erhält Englisch normalerweise den Vorzug vor Deutsch und Französisch. Deutsch wird jedoch gegenüber Englisch in der Tschechischen Republik, Ungarn und in der Slowakei bevorzugt, während Französisch in Rumänien an erster Stelle steht.

In einigen Mitgliedstaaten (beispielsweise in Deutschland) müssen Staatsangehörige von Drittländern Grundkenntnisse der Landessprache nachweisen, bevor sie eine Arbeiterlaubnis oder eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erlangen können. Einige Länder konzipieren auch spezifische Sprachkurse für erwachsene Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber, um ihnen bei der Eingliederung in die Gesellschaft des Gastlandes zu helfen. Erwachsene Asylbewerber haben in Dänemark, Griechenland, Schweden und Finnland formal das Recht auf Sprachunterricht, und in den beiden letztgenannten Ländern müssen sogar Sprachkurse belegt werden. In vielen anderen Ländern wird Sprachunterricht hauptsächlich von nichtstaatlichen Organisationen auf freiwilliger Grundlage angeboten. Aus den meisten Analysen geht hervor, dass die Beherrschung der Sprache des Gastlands eng mit der Beteiligung am Arbeitsmarkt und Bildungssystem zusammenhängt.

Leben in einem anderen Mitgliedstaat

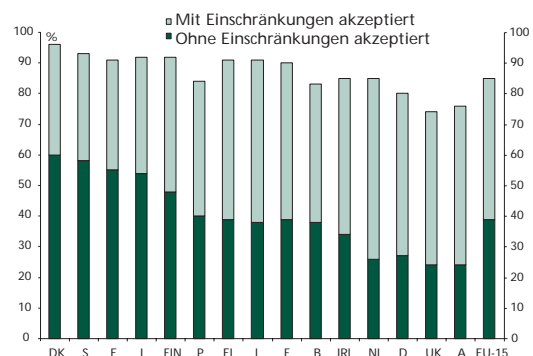
Alle Bürger der Union und ihre Familienangehörigen haben das Recht, an jeden Ort in der EU zu ziehen und dort zu

52 EB – CEEB 8 – Mai 1998

53 Haltung gegenüber Minderheitengruppen in der Europäischen Union, 2001 (Daten EB 53-2000)

leben, solange sie für den Gastmitgliedstaat während einer anfänglichen Aufenthaltsphase nicht zu einer ungebührlichen Belastung werden. Sie müssen einer entgeltlichen Beschäftigung nachgehen oder über ausreichende Mittel verfügen und in dem Gastland eine Krankenversicherung abschließen, damit sie für sich selbst und für ihre Familienangehörigen sorgen können. Seit dem Vertrag von Maastricht (1993) wird allen Bürgern Europas die europäische Staatsangehörigkeit gewährt. Wandernde europäische Bürger haben auch ein begrenztes Recht auf politische Beteiligung in dem Land, in dem sie leben: sie können an Wahlen zum Europäischen Parlament und an Kommunalwahlen teilnehmen.

S.b. 22 Akzeptanz von Bürgern anderer Länder der EU, die sich in meinem Land niederlassen wollen



Quelle: Eurobarometer 53, 2000

Laut einer vor kurzem durchgeführten Erhebung würden 39% der Europäer ohne Einschränkung Bürger aus anderen EU-Ländern aufnehmen, die sich in ihrem Land niederlassen wollen⁵³. 8 % würden sie nicht aufnehmen. 46 % akzeptieren diese Neuankommlinge nur unter bestimmten Bedingungen. Europäische Bürger werden am ehesten als Bewohner in den skandinavischen Mitgliedstaaten und in einigen Mittelmeerländern (Italien und Spanien) akzeptiert. Der geringste Grad uneingeschränkter Akzeptanz ist in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich festzustellen. In Deutschland, dem Vereinigten Königreich und in Belgien fand es sogar ein Siebtel der Befragten unmöglich, Zuwanderer aus anderen EU-Ländern unter irgendwelchen Bedingungen zu akzeptieren.

2.3.3 Migration und Beteiligung an bezahlter Arbeit

Nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte die Migration der Arbeitskräfte in Form massiver Ströme aus Ländern mit niedrigerem Lebensstandard und großer Überbevölkerung im Agrarbereich in die industrialisierten Länder Nordeuropas. Italien war eine wichtige Arbeitskräftequelle, gefolgt von Spanien, Portugal und Griechenland. Da die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter stark blieb, wurden Drittländer wie die Türkei, Marokko und das ehemalige Jugoslawien zu einem wichtigen Arbeitskräfteanbieter für die EU-Arbeitsmärkte. Mit dem Ende der Wachstumsphase (Anfang der 70er Jahre) war auch ein Rückgang der durch den Arbeitskräftebedarf

bestimmten Migration zu verzeichnen, und die Migrationsmuster wurden stärker durch die Familienzusammenführung und durch Ströme von Asylbewerbern und Flüchtlingen beeinflusst. Überdies war im letzten Jahrzehnt eine Zunahme der illegalen Migration sowie des Menschenschmuggels und -handels zu verzeichnen, was teilweise die Antwort auf den Arbeitskräftemangel und verfügbare Schwarzarbeit war, verbunden mit der Schwierigkeit, auf legalen Kanälen die Zulassung für Arbeitszwecke zu erlangen⁵⁴.

Migranten als Arbeitskräfte und Unternehmertum

In Kapitel 2.2. wurden eingehend Bildungsstand, Beschäftigungsstatus und Berufsprofile von in einem anderen Mitgliedstaat lebenden EU-Bürgern und von Staatsangehörigen von Drittländern analysiert. In diesem Abschnitt wird die Wirtschaftstätigkeit von Staatsangehörigen von Drittländern näher betrachtet.

Der Anteil der von Zuwanderern geführten Unternehmen hat sich in den Niederlanden zwischen 1986 und 1997⁵⁵ verdreifacht, und der Anteil der Selbständigen in den Zuwanderergruppen aus nichtindustrialisierten Ländern hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt. Im Vereinigten Königreich ist die Selbständigkeitsrate bei einigen ethnischen Minderheiten beträchtlich höher als bei der Mehrheit der Bevölkerung, wobei einer von vier Indern und Pakistani-Bangladeschern selbständig ist. Diese Arbeitnehmer, die oft nicht über genügend Mittel verfügen, beginnen die Selbständigkeit aus einer sehr benachteiligten Position auf dem Arbeitsmarkt heraus, und sie etablieren ihre Firmen gewöhnlich auf Märkten mit niedrigen Zugangsbarrrieren in Bezug auf Kapital und Qualifikationen (Restaurants, Friseur, Einzelhändler usw.).

Diese Unternehmer sind sozusagen "doppelt eingebettet". Sie sind in das lokale soziale, wirtschaftliche und institutionelle Umfeld eingebunden, aber hauptsächlich durch die Netze der Zuwanderergruppen und verwandten ethnischen Gruppen, die ihnen kostengünstige Arbeitskräfte, billige Produkte und einen geschützten Markt bieten. Die Arbeitskräfte können sogar mit Sachleistungen oder durch Stärkung der sozialen Beziehungen entlohnt werden, und die Arbeitnehmer tendieren dazu, sich auf ein informelles System der sozialen Solidarität auf der Grundlage des Vertrauens und der gemeinsamen Identität innerhalb ihrer ethnischen Gemeinschaft zu stützen.

Migranten als Arbeitskräfte und die Schattenwirtschaft

Definitionsgemäß ist das Ausmaß der Schattenwirtschaft und illegaler Aktivitäten schwer zu schätzen. Was die Zahl illegaler Migranten angeht, wurde geschätzt, dass 1998 in der EU 3 Millionen illegale Migranten lebten (verglichen mit weniger als 2 Millionen im Jahr 1991)⁵⁶. Viele Wirtschaftsmigranten versu-

chen, im Rahmen von Asylverfahren einzureisen oder kommen illegal ins Land. Dies führt zu einer verzerrten Antwort auf die Bedürfnisse und Anforderungen des Arbeitsmarktes. Es findet eine erhebliche illegale Zuwanderung in die EU statt, die Europol auf 500.000 Menschen pro Jahr schätzt, wobei viele als Schwarzarbeiter beschäftigt sind.⁵⁷ Viele illegale Bewohner der Europäischen Union sind mit einem gültigen Dokument eingereist, haben aber ihren Aufenthalt „überzogen“.

Angesichts der hohen Zahl von illegalen Migranten und nicht registrierten Bewohnern haben mehrere Mitgliedstaaten (allerdings nicht in Nordeuropa) Legalisierungs- bzw. Amnestiemaßnahmen ergriffen, und die Gesamtzahl derjenigen, die infolgedessen bleiben durften, wird auf etwa 1,8 Millionen seit den 70er Jahren geschätzt⁵⁸.

Einige Forscher unterstützen die Auffassung, dass die Größenordnung der illegalen Zuwanderung zu einem gewissen Ausmaß von der Größe der Schattenwirtschaft in einem Land und nicht nur von der Qualität der Kontrollen an den Außengrenzen abhängt. Migranten, die in ein Land mit einer großen Schattenwirtschaft kommen, finden eine Vielzahl von Arbeitsplätzen (in der Landwirtschaft, im Dienstleistungssektor und im verarbeitenden Gewerbe mit niedriger Produktivität), ohne Dokumente und Bescheinigungen vorlegen zu müssen. In Abschnitt 2.2 wurde dargestellt, dass Nicht-EU-Bürger in Wirtschaftszweigen wie Hotels und Restaurants, Haushaltsdienstleistungen und Baugewerbe, die besonders schwer zu kontrollieren sind, überrepräsentiert sind. Generell ist es für gering qualifizierte Migranten unabhängig von ihrem Rechtsstatus einfacher, einen illegalen als einen legalen Job zu finden.

Migranten werden, wenn sie in der Schattenwirtschaft arbeiten oder eine niedrig bezahlte Tätigkeit ausüben, selbst in Ländern, in denen lokale Schwarzarbeiter geduldet werden, stigmatisiert. Die Medien und die Öffentlichkeit tendieren zu der Auffassung, dass illegale Zuwanderer viel häufiger als lokale Staatsangehörige dazu neigen, die Grenze zwischen Schwarzarbeit und illegaler Tätigkeit zu überschreiten. Diese Auffassung wird durch die festzustellende Zunahme der Inhaftierung von Migranten in einigen Ländern gestützt.

In der Mitteilung über eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung (KOM(2001) 672) wird eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die den Kampf gegen die illegale Zuwanderung als Teil einer umfassenden Strategie zu Asyl und Zuwanderung betrachten. Unter anderem wird der Frage der Beschäftigung illegaler Bewohner aus Drittländern größere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere würden Strafmaßnahmen für Arbeitgeber von illegalen Arbeitnehmern die Attraktivität der illegalen Beschäftigung verringern. Maßnahmen, die es erschweren, mit einem Status als illegaler Bewohner eine Arbeit zu finden und Geld zu verdienen, würden unmittelbar den "Pull-Faktor", illegal auszuwandern, in Frage stellen⁵⁹.

54 KOM (2001) 672 Mitteilung der Kommission über eine gemeinsame Politik betreffend die illegale Zuwanderung
Daten aus: "Arbeiten in Randsektoren: Unternehmen von Einwanderern, wirtschaftliche Integration und informelle Praktiken", J. Rath
– von der EG finanziertes Projekt – SOE2-CT97-3065

55 Daten aus "Migrinf. Migrant insertion in the informal economy, deviant behaviour and the impact on receiving societies" – (Eingliederung von Migranten in die Schattenwirtschaft, abweichendes Verhalten und die Auswirkungen auf die aufnehmende Gesellschaft) - E. Reyneri
– finanziert von der EG – SOE1 –CT95-3005

56 KOM (2000) 757: Mitteilung über eine Migrationspolitik der Gemeinschaft

57 "Legalisierung der illegalen Einwanderung in die Europäische Union", Akademisches Netz für Rechtsstudien im Bereich Einwanderungs- und Asylrecht in Europa, unter Leitung von Philippe de Bruycker, Sammlung der juristischen Fakultät, Freie Universität Brüssel, 2000

58 Siehe Empfehlung des Rates vom 27/09/1996 und die Beschäftigungspolitischen Leitlinien für 2001, in denen darauf hingewiesen wird, dass mit der Beschäftigungspolitik die Verhinderung der Schwarzarbeit gestärkt werden müsse.

59 Von Eurostat zwischen 1990 und 1994 gesammelte Daten – die Grafik betrachtet für jedes Wohnsitzland die 10 obersten Geburtsländer der im Ausland geborenen Bevölkerung

Im 4. und 5. Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Technologische Entwicklung wurde eine breite Palette von Forschungstätigkeiten zu Fragen im Zusammenhang mit dem Thema „Migration und soziale Integration von Migranten“ finanziert. Die wesentlichen Schlussfolgerungen dieser Forschungstätigkeit wurden in einem von der Europäischen Kommission am 28. Januar 2002 organisierten Workshop erörtert (siehe: <http://www.cordis.lu/improving/socio-economic/mechnaism.htm>)

Eine der wesentlichen Schlussfolgerungen war, dass Deregulierung und der Umfang der Schattenwirtschaft in der Gastgesellschaft ein starker Zugfaktor für illegale Migranten und Schwarzarbeiter sein können.

In den Beratungen wurden auch die unterschiedlichen Dimensionen der (wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen) Integration und die Tatsache hervorgehoben, dass der Bildung und Ausbildung für die Gesellschaft als Ganzes und für Migrantengruppen große Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Die meisten dieser Fragen werden in anderen Teilen dieses Berichts beleuchtet.

Öffentliche Debatte über Migranten und Kriminalität

Die Öffentlichkeit bringt Zuwanderung oft mit einer Zunahme der Kriminalität und Gefühlen der Unsicherheit in Verbindung. Nach einer Eurobarometer-Erhebung aus dem Jahr 2000 unterstützten 58 % der EU-Bürger die Aussage, dass Migranten überdurchschnittlich häufig an Verbrechen beteiligt sind. Diese Meinung wird besonders stark in Griechenland (81 %) und weit weniger in Irland (31 %), dem Vereinigten Königreich (31 %) und Spanien (41 %) vertreten. Die Tendenz zu der Meinung, dass Minderheiten eine Ursache für Unsicherheit sein können, stieg von 37 % im Jahr 1997 auf 42 % im Jahr 2000.

Mit der Kriminalisierung hängt die höhere Zahl der Inhaftierungen von Ausländern zusammen. Eine Studie⁶⁰ hat ergeben, dass 1997 die Inhaftierungsrate von Ausländern im Vergleich zu Einheimischen in Spanien 16mal höher, in Italien 13mal, in den Niederlanden 8mal, in Portugal 7mal, in Belgien 6mal und in Frankreich und Deutschland 5mal höher war. Einige Sozialwissenschaftler erklären, ohne die Kriminalitätsstatistik in Frage stellen zu wollen, die Überrepräsentation von Ausländern in der Statistik mit der Tatsache, dass Zuwanderer in den eher benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen überrepräsentiert sind. Außerdem vertreten sie die Meinung, dass Menschen mit einem stabilen und gut-bezahlten Arbeitsplatz selten an kriminellen Tätigkeiten beteiligt sind. In mehreren Studien wird tatsächlich eine Verbindung zwischen illegaler Zuwanderung und Kriminalität hergestellt. Illegale Zuwanderer haben oft große Schwierigkeiten, in dem Zielland einen rechtlichen Status zu erhalten und einen legalen Job zu finden. Junge alleinstehende Männer, die alleine zuwanderten, Menschen aus Ländern mit einer schweren politischen und sozialen Krise sowie Menschen, die nicht die Hilfe der Migrantenkette bei der Eingliederung erhalten haben, zählen zu den verwundbarsten Gruppen. Die Haltung der Medien und der Institutionen kann diese Schwierigkeiten noch vergrößern, indem sie gegenüber Zuwanderern eine kritischere Haltung einnehmen als gegenüber Einheimischen. Hinzu kommt, dass die „Kriminalisierung“ der Zuwanderer ihre Fähigkeit, sich in die Gastgesellschaft einzugliedern, noch weiter einschränkt.

Migrantenschmuggel und Menschenhandel

Kriminelle Aktivitäten in Verbindung mit illegaler Zuwanderung, Migrantenschmuggel und Menschenhandel sind ein gemeinsames Anliegen aller Mitgliedstaaten. Obwohl es schwierig ist, zuverlässige Schätzungen über das Ausmaß der Phänomene abzugeben, sind sich die meisten betroffenen Akteure einig, dass sie zunehmen. Migrantenschmuggel und Menschenhandel gelten jetzt neben dem Drogen- und Waffenhandel als eine der Haupteinnahmequellen des organisierten Verbrechens. Menschenhandel ist eine kriminelle Aktivität, die eine verabscheuungswürdige Ausbeutung von Menschen, insbesondere von Frauen und Kindern, beinhaltet. Es muss daher unterstrichen werden, dass der Menschenhandel eine Verletzung der Grundrechte darstellt, und dies wird auch in der Europäischen Charta der Grundrechte anerkannt. Die Kommission wird weitere Maßnahmen zur Unterstützung und zum Schutz der Opfer ergreifen (z.B. die Programme STOP II und DAPHNE, Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zu kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigungen für Opfer, die gegen ihre Ausbeuter zusammenarbeiten).

2.3.4. Soziale Netze und Migrationsmuster

Die Präsenz von Gemeinschaften von Staatsangehörigen oder Migranten im Gastland erleichtert oft die Migrationsströme. Theorien betreffend „Migrantenketten“ bzw. „soziales Netz“ gehen davon aus, dass diese sozialen Netze eine zentrale Rolle bei dem Bemühen spielen, Informationen zur Verfügung zu stellen und soziale und wirtschaftliche Unterstützung zu leisten, welche zu Anfang die Eingewöhnung im Gastland erleichtert. Die vorherige Errichtung eines Migrantentrümpfes stellt einen starken Zugfaktor dar, besonders für die illegalen Migranten, die hinsichtlich der grundlegenden Bedürfnisse (z.B. Unterkunft, Arbeit, usw.) viel stärker auf soziale und andere Netze angewiesen sind als legale Migranten. Historische und kulturelle Bande sowie die geografische Nähe zwischen Herkunfts- und Zielland fördern ebenfalls die Migration spezifischer Gruppen zu bestimmten Zielorten.

Soziale Netze für Migranten und ethnische Minderheiten

Einige Mitgliedstaaten führen Protokoll über den Geburtsort von Einwanderern. Solche Informationen zeigen, wie das Migrationsverhalten durch Faktoren wie geografische Nähe, frühere koloniale Verbindungen, gemeinsame Sprache in Ursprungs- und Gastland oder durch besondere Strategien zur Rekrutierung von Arbeitskräften beeinflusst wird. Für einige Länder sind historische Verbindungen, eine gemeinsame Sprache und die Nähe die ausschlaggebenden Faktoren. Beispielsweise hat in Portugal, im Vereinigten Königreich, in den Niederlanden und in Frankreich die Beziehung zu den ehemaligen Kolonien eine relativ starke Rolle bei der Zuwanderung gespielt, wohingegen derartige Bindungen bei der Zuwanderung in Belgien wenig Bedeutung hatten. Die Nähe hat sich in den nördlichen Ländern und in Irland stark ausgewirkt, während die Zuwanderung nach Luxemburg und Belgien stark durch Strategien zur Anwerbung von Arbeitskräften bestimmt wurde.

60 Palida S. et al., 1999 „Deviant behaviour and the criminalisation of immigrants“ (Abweichendes Verhalten und die Kriminalisierung von Immigranten), in MIGRINF Forschungsprojekt finanziert durch EC- SOE1-CT95-3005

Menschen können mehrere Identitäten haben...

Der Begriff "Zuwanderer" wird ganz anders verstanden als der Begriff „Ausländer“ oder „im Ausland Geborener“. Ein Ausländer, der die Einbürgerung anstrebt, ist kein Ausländer mehr, bleibt aber ein Zuwanderer. Seine Kinder werden manchmal als "Zuwanderer der zweiten Generation" bezeichnet, aber was bedeutet das für diese Gruppe? Eine in Marseille unter in Frankreich geborenen Jugendlichen mit Eltern algerischer Herkunft durchgeführte Studie ergab, dass die Befragten selbst meinten, sie hätten eine mehrere parallele Identitäten. 84 % glaubten, sie seien aus Marseille, 68 % betrachteten sich als Algerier, 63 % als Franzosen, und 66 % waren der Meinung, sie seien Araber oder Muslime, während sich nur 22 % als Zuwanderer betrachteten.⁶¹

Nach 1989 bevorzugten einige Mitgliedstaaten **die ethnische Klassifizierung** und **die ethnische Zugehörigkeit** als Kriterium für die Zuwanderung von Bürgern aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion.

- In Deutschland gab es einen großen Zustrom von „ethnischen Deutschen (Aussiedlern)“. Personen, die nachweisen konnten, dass sie deutscher Abstammung sind, konnten mit allen Rechten auf volle Staatsangehörigkeit in Deutschland einreisen. Zwischen 1988 und 1994 "gingen" mehr als 1,8 Millionen im Rahmen dieser Regelung nach Deutschland „zurück“; sie machten etwa 50 % des gesamten Zustroms an Migranten aus.
- In Griechenland war eine ähnliche Entwicklung mit den sogenannten "Pontics", ethnischen Griechen aus der früheren Sowjetunion, zu verzeichnen, die ermuntert wurden, die griechische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Ethnischen Griechen aus Albanien wurden nicht die gleichen Möglichkeiten der Zuwanderung nach Griechenland angeboten.
- Ende der 80er Jahre wanderte eine große Zahl ethnischer Finnen (Ingrier) aus Schweden und der ehemaligen Sowjetunion nach Finnland; sie wurden ohne Schwierigkeiten eingebürgert. Seit 1992 hat sich dieser Zustrom aufgrund eines neuen Gesetzes und von Zwangskontrollen verringert.

Familienzusammenführung als Rahmen für die Zuwanderung in Europa

Familienzusammenführung bezieht sich auf die Einreise und die Wohnsitznahme der Familienangehörigen eines EU-Bürgers - oder eines Angehörigen eines Drittlands, der in dem fraglichen Mitgliedstaat seinen rechtmäßigen Wohnsitz hat - in einem Mitgliedstaat⁶². Das Recht auf Schutz des Familienlebens wird als Grundrecht anerkannt, und die Familienzusammenführung wird oft als notwendiges Mittel für die erfolgreiche Eingliederung von Nicht-EU-Bürgern dargestellt. Es gilt für den Partner (verheiratet oder nicht, abhängig vom Mitgliedstaat), minderjährige Kinder und mögliche andere Angehörige in auf- und absteigender Linie. Seit den 70'er Jahren ist in den meisten europäischen Ländern ein Anstieg des Zuwanderungsanteils aus familiären Gründen zu beobachten. Zu einem gewissen Ausmaß ist dies auf Familienzusammenführungen zurückzu-

führen, die mit früheren Einwanderungswellen zusammenhängen. Vorliegende Daten zeigen, dass in 1989 in Belgien und Deutschland Familienzusammenführungen 90% des gesamten Zustroms von Ausländern, in Frankreich über 65 % und im Vereinigten Königreich 40 % ausmachten (ohne Asylbewerber). Die Mehrzahl der Familienzusammenführungen entspricht folgendem Muster: der Mann wandert aus und etabliert sich, bevor er die Zusammenführung mit seiner Familie organisiert. 1997 erhielten über 87 % der Männer aus Entwicklungsländern in Italien aus beruflichen Gründen und weniger als 6 % aus familiären Gründen eine Aufenthaltsgenehmigung. Bei den Frauen betrug der jeweilige Prozentsatz 55 % aus beruflichen und 32 % aus familiären Gründen. Es gibt auch bedeutende Ströme weiblicher Migranten, insbesondere Frauen aus Südamerika oder den Philippinen, die normalerweise eine Arbeit im Hotelgewerbe oder in einem Haushalt finden.

Eheschließungen zwischen Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen:

In den letzten Jahrzehnten haben auch die Eheschließungen und Partnerschaften zwischen den ethnischen Gruppen zugenommen. Beispielsweise ist der Anteil der Neugeborenen mit mindestens einem ausländischen Elternteil in Italien von 1,1 % der Gesamtzahl der Geburten im Jahr 1986 auf 3,7 % im Jahr 1994 gestiegen. 11 % der Deutschen in der Altersgruppe 18-44 leben mit einem ausländischen Partner zusammen⁶³. Im Jahr 1998 machten Österreicher, die einen Ausländer heirateten, 14 % aller Eheschließungen in Österreich aus.

Die Aneignung von Sprachkenntnissen und die Ausübung einer sinnvollen Alltagstätigkeit sind entscheidende Faktoren für die Integration. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus sozialen Gründen wichtig, da sich die meisten Kontakte mit der Gastgesellschaft durch den Arbeitsplatz ergeben. Aber in vielen politischen Maßnahmen zur Familienzusammenführung werden die sozialen Rechte der durch die Familienzusammenführung ins Land gekommenen Person auf eine gewisse Zeitspanne begrenzt.

Erwachsene Familienmitglieder, die ankommen, um sich ihren Familien im Gastland anzuschließen, kann der Zugang zum Arbeitsmarkt für eine gewisse Zeit verwehrt werden. Diese, dem Migranten auferlegte Untätigkeit kann die Chancen, zu einem späteren Zeitpunkt einen Arbeitsplatz zu finden, stark schmälern. Darüber hinaus kann, wenn ein Mann den Antrag auf Familienzusammenführung stellt, die der einreisenden Ehefrau auferlegte Untätigkeit ihre Abhängigkeit vom Ehemann verstärken.

Das Schulsystem steht allen Kinder altersentsprechend offen. Die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen erhöht die sprachlichen Fertigkeiten der Kinder (schneller als bei ihren Eltern, besonders wenn sie nicht arbeiten) und vermittelt ihnen die Fertigkeiten, die zum Arbeiten und Leben in der Gastgesellschaft notwendig sind. Dennoch macht sie die existierenden Unterschiede zwischen den Werten ihrer Familie und denen der Gastgesellschaft offensichtlich. Dies kann zu gravierenden Spannungen und Konflikten zwischen Kindern und Eltern führen. In vielen Ländern unterstützen lokale Vereinigungen von Zuwanderern die Familien bei der Eingliederung.

61 Ref.: Migration Etudes (Migrationsstudien), 1999, 90, Ministerium für Beschäftigung und Solidarität, Frankreich

62 Siehe KOM(2000)624. geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zum Recht auf Familienzusammenführung

63 Siena-Bericht: Die Beobachtung der multikulturellen Gesellschaften", 1998.

64 Ref.: „Family/Reunification Evaluation Project („Projekt zur Bewertung der Familienzusammenführung“) – R. Bracletti – Studie finanziert von der Europäischen Union

Asylanträge

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und dem Fall der Berliner Mauer hat sich die Zahl der Asylanträge in den EU-Ländern⁶⁵ mehr als verdoppelt; sie ist von 319.800 im Jahr 1989 auf einen einmaligen Rekord von 672.400 im Jahr 1992 empor geschneilt. Nach 1992 gingen die Zahlen beträchtlich zurück, auf 227.800 im Jahr 1996. 1997 stiegen sie wieder an, und 1999 wurden 352.500 Anträge gestellt. Im Zeitraum 1988-1999 hat Deutschland die Liste der Zielländer angeführt, aber es zeichnen sich erhebliche Veränderungen ab. In diesem Zeitraum war das Vereinigte Königreich an zweiter Stelle, und Irland und Luxemburg sind neue Zielländer.

Antragsteller aus dem ehemaligen Jugoslawien waren in den meisten EU-Ländern die wichtigste nationale Gruppe unter den Asylsuchenden. Generell sind die meisten Anträge aus Mittel- und Osteuropa in Österreich und Deutschland gestellt worden. Alle, die Asyl beantragen, sollten Zugang zu einem Verfahren in dem zuständigen Mitgliedstaat erhalten, und derzeit findet eine Diskussion über Mindestnormen für die Aufnahme von Antragstellern, insbesondere im Hinblick auf materielle Bedingungen, Beschäftigung, Gesundheitswesen und Schule, statt⁶⁶.

Haltung in Bezug auf die Aufnahme von Zuwanderern⁶⁷

Die Bereitschaft von EU-Bürgern, Asylbewerber und andere Zuwanderer freundlich aufzunehmen, hängt von dem Status und der Herkunft der Neuankömmlinge ab. Die meisten befürworten gewisse Einschränkungen. Migranten aus Drittländern werden weit weniger akzeptiert als Migranten aus anderen EU-Staaten. Aus Meinungsumfragen geht eindeutig hervor, dass Menschen aus muslimischen Ländern oder aus Osteuropa, die in Europa arbeiten wollen, nur von 17-20% der EU-Bürger ohne Einschränkungen akzeptiert werden. Außerdem lehnen 14-18 % es ab, sie überhaupt zu akzeptieren.

Mehr Sympathie wird für Menschen bekundet, die wegen eines schweren internen Konflikts fliehen, oder für Menschen, deren Menschenrechte verletzt wurden und die politisches Asyl beantragen. Fast ein Viertel der Europäer sind bereit, ihr Land für diese Menschen vorbehaltlos zu öffnen.

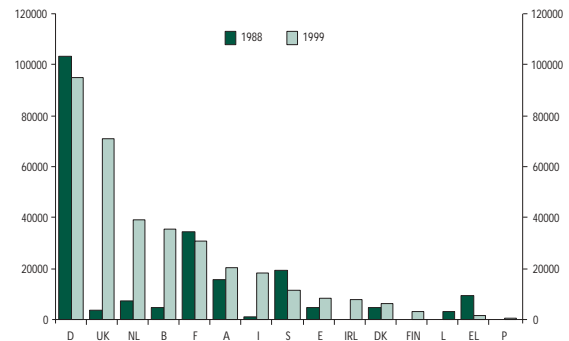
2.3.5. Migration und sozialer Zusammenhalt

Es ist wichtig zu beobachten, wie die öffentliche Entscheidungsfindung erfolgt. Wie finden die verschiedenen Trends und Werte in einer Gesellschaft auf der politischen Ebene ihren Niederschlag? Sind einige Gruppen der Meinung, dass ihre Interessen, Bedürfnisse, Erfahrungen und Denksätze nicht angemessen berücksichtigt werden, kann dies zu sozialen Problemen und dem Gefühl der Ausgrenzung führen.

Staatsangehörigkeit und Einbürgerung

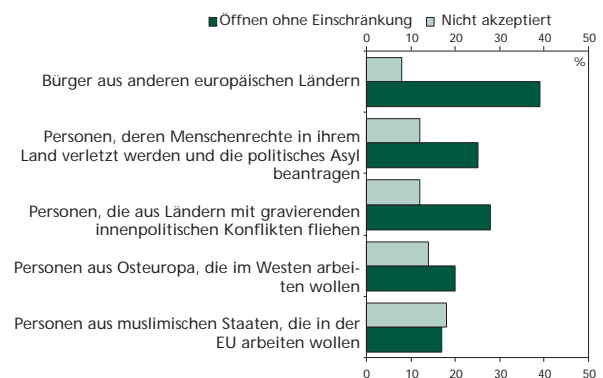
Generell ist in allen Mitgliedstaaten eine Tendenz zur verstärkten Einbürgerung festzustellen. In immer mehr Staaten

S.b. 23 Asylanträge nach Land



Quelle: Eurostat - Wanderungsstatistik

S.b. 24 Öffnung der Grenzen



Quelle: Eurobarometer 53, 2000

ist zur Einbürgerung nicht mehr der Verzicht auf die frühere Staatsangehörigkeit erforderlich, und sie kann einfach bei Erreichen der Volljährigkeit, nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer oder einer bestimmten Zeitspanne der Ehe oder Partnerschaft mit einem Staatsangehörigen des betreffenden Landes erworben werden.

Als Prozentsatz der ausländischen Bevölkerung ausgedrückt, reichen die jährlichen Einbürgerungsquoten von weniger als 0,1 % in Portugal bis zu über 11 % in den Niederlanden⁶⁸. In der Europäischen Union als Ganzes ist die Einbürgerungsquote über die ganze Zeit recht stabil, im Durchschnitt bei etwa 2 %. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Migrantengruppen eher dazu neigen, sich in Europa einzubürgern, mit einigen Ausnahmen wie Deutschland, Schweden und die Niederlande: in den beiden zuletzt genannten Ländern stieg die Einbürgerungsquote im Rahmen der Integrationspolitik steil an.

65 Es gibt spezielle Probleme der Vergleichbarkeit bei den Daten zu Asylanträgen. Weitere Einzelheiten siehe Abschnitt 3.4

66 KOM (2001)710 : Mitteilung über die gemeinsame Asylpolitik zur Einführung einer offenen Koordinierungsmethode

67 Eurobarometer 53, 2000

68 Für Deutschland. Ethnische Deutsche, die die Staatsangehörigkeit beantragen, sind nicht eingeschlossen. Von 1989 - 92 wären die Einbürgerungsquoten dadurch um das 3- bis %-fache angestiegen.

Die Einbürgerungsquoten sind bei Nicht-EU-Bürgern höher als bei EU-Bürgern. Aus Daten von 1993 geht hervor, dass in Belgien 0,5 % der EU-Bürger eingebürgert werden, während es bei den Nicht-EU-Bürgern 3,6 % sind; im Vereinigten Königreich sind es 0,7 % bzw. 3,3 %, in den Niederlanden 0,8 bzw. 7,2 %. Selbst in Deutschland gibt es einen großen Unterschied, mit einer Quote von 0,2 % bei EU-Bürgern und 0,8 % bei Nicht-EU-Bürgern.

Unter den Nicht-EU-Bürgern hat eine große Zahl von Staatsangehörigen aus der Türkei, Marokko, Indien, Pakistan und dem ehemaligen Jugoslawien eine fremde Staatsangehörigkeit erworben. In Deutschland, Österreich, den Niederlanden und in Schweden gab es bereits eine große Bevölkerungsgruppe jugoslawischer Zuwanderer, und die durch den Balkankrieg verursachte Unsicherheit veranlasste sie, in ihrem Aufenthaltsland die Staatsangehörigkeit zu beantragen.

Viele der Zuwanderer, die als Flüchtlinge und Asylbewerber aus Iran, Irak, Libanon, Vietnam und Laos kamen, beantragten die Einbürgerung als Flüchtlinge.

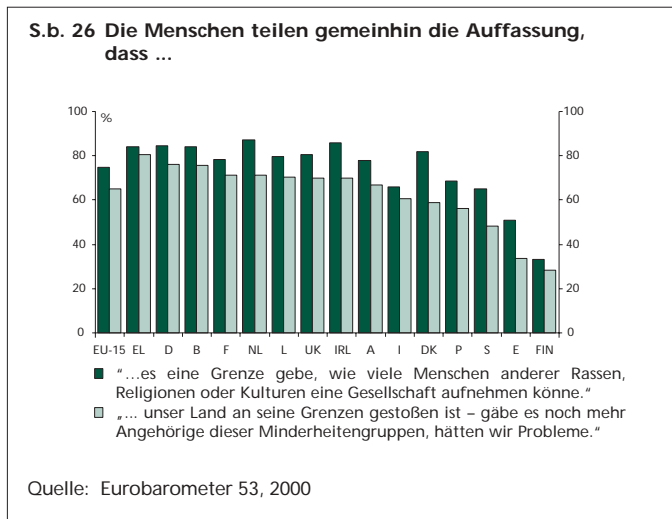
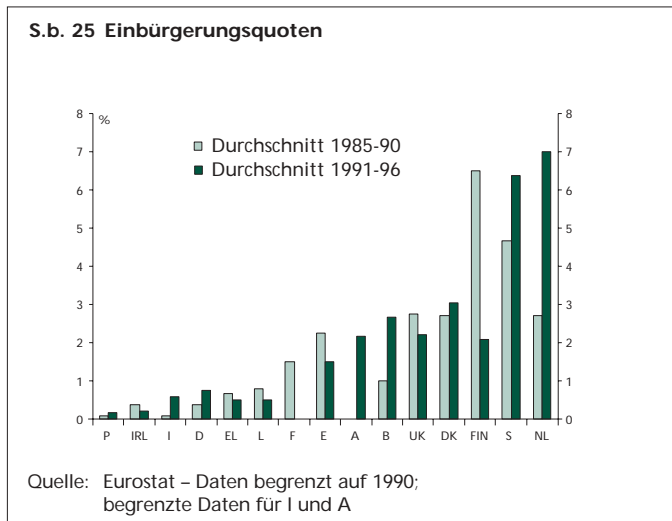
Durch die Einbürgerung erhalten die Ausländer eine neue Staatsangehörigkeit, weitere soziale und politische Rechte und Schutz seitens des Staates. Sie bleiben trotzdem in der weniger formalisierten Gruppe der „ethnischen Minderheiten“ bzw. der „Menschen, die als Zuwanderer kamen“ mit spezifischen Mustern sozialer Netze und sind spezifischen Risiken der Diskriminierung und der sozialen Ausgrenzung ausgesetzt.

Die Herausforderung durch die multikulturelle Gesellschaft in Europa

Die Europäische Union beruht auf den Werten einer demokratischen Ordnung, die in der Achtung der Würde und Freiheit des Einzelnen, der Solidarität, der Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Meinungsfreiheit verwurzelt ist. Diese Grundsätze wurden in der Charta der Grundrechte verankert, die auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2000 in Nizza verkündet wurde.

Einer von vier Europäern befürwortet die multikulturelle Gesellschaft (48 % im Jahr 2000)⁶⁹ 74 % der Europäer sagten, in ihrem Land habe es schon immer verschiedene kulturelle und religiöse Gruppen gegeben, und diese Vielfalt sei positiv. 71 % schlossen sich der Auffassung an, dass in den Fällen, in denen die Schulen die notwendigen Anstrengungen unternehmen, die Erziehung aller Kinder durch die Anwesenheit von Kindern aus Minderheitengruppen bereichert werden könne.

.. aber die Menschen äußern sich auch besorgt über die anhaltende Zuwanderung: drei Viertel (72-75 % im Jahr 1997) der Befragten stimmten der Feststellung zu, dass eine Gesellschaft nur eine begrenzte Zahl von Menschen anderer Rassen, Religionen oder Kultur aufnehmen könne, und 65 % gingen noch weiter, indem sie sagten, diese Grenze sei in ihrem Land bereits erreicht.



...und es gibt Befürchtungen, dass Minderheiten den sozialen Zusammenhalt gefährden könnten: Im Jahr 2000 äußerten die Menschen weiterhin die Befürchtung, dass Minderheitengruppen zu steigender Arbeitslosigkeit, dem Verlust an sozialem Wohlstand, der Verschlechterung des Bildungssystems und zu höherer Unsicherheit und Kriminalität beitragen. Wenn eine Person den Verlust an wirtschaftlichem Status und des Wohlbefindens befürchtet, dann könnte er/sie es als schwierig empfinden, sich an der Bereicherung des kulturellen Lebens durch Minderheitengruppen zu erfreuen und geneigt sein, nach Schuldigen für diese Bedrohung zu suchen.

Fremdenfeindlichkeit und Wiederbelebung der ethnischen Herkunft

Das Bekenntnis zur Tradition und das Beharren, „derselbe zu sein“, um wieder ein Gefühl der Sicherheit und Sinnhaftigkeit zu erlangen, ist eine übliche Reaktion, wenn eine gesellschaftliche Gruppe mit Stress und Unsicherheit konfrontiert

69 Daten des Eurobarometers 53 (2000).

ist. Fremdenfeindliche Äußerungen gehen in der EU nicht zurück. Sie können jedoch durch das subjektive Gefühl beeinflusst werden, dass das Gastland nicht in der Lage ist, mit den durch die Zuwanderung entstandenen Herausforderungen fertig zu werden. Dies wird durch Beobachtungen in mehreren europäischen Staaten bestätigt⁷⁰.

Die Wiederbelebung der ethnischen Herkunft ist die andere Seite der Medaille. Menschen, die unter strukturellen Nachteilen leiden, können sich an die Situation anpassen, indem sie die Unterschiede zwischen den Kulturen der Bevölkerung und den Migranten stärker hervorheben. Diese Strategie stärkt das eigene Identitätsgefühl, indem man auf die Identität der Gemeinschaftsgruppe aufbaut und ihre Tradition positiver bewertet. Schließlich kann dies zu einer verstärkten Ausgrenzung führen. Eine solche Wiederbelebung der ethnischen Herkunft drückt sich aus in der Existenz von Randgruppen junger Ausländer, die sich gegen die nationalen Behörden auflehnen, einer Rückbesinnung auf ethnische Werte und Normen und einem Hingezogenensein zu geschlossenen ethnischen Gruppen⁷¹.

Es ist kein einfaches Unterfangen, die Komplexität der Haltungen und Gefühle der Europäer gegenüber Minderheitsgruppen und bezüglich der besten Strategie für die Eingliederung von Zuwanderern zu analysieren. Eine Analyse auf der Grundlage von Erhebungsdaten schlägt vor, vier Arten von Haltungen⁷² zu unterscheiden:

- **aktiv tolerante Europäer (21 %)**: sie fühlen sich durch Minderheiten nicht gestört, sie befürworten die Akzeptanz von Minderheitenkulturen durch die Gastgesellschaft; sie unterstützen eine Politik zugunsten von Minderheiten;
- **passiv tolerante Europäer (39 %)**: sie beharren nicht auf der völligen Aufgabe von Minderheitenkulturen, unterstützen aber Fördermaßnahmen für diese Gruppen nicht in dem Maße;
- **zwiespältige Europäer (25 %)**: sie fühlen sich nicht gestört, befürworten aber eine völlige Angleichung an die Kultur der Mehrheit statt der kulturellen Vielfalt;
- **intolerante Europäer (14%)**: sie sind stark negativ eingestellt; sie fühlen sich durch Minderheiten irritiert, sie befürworten eine völlige Angleichung an die Kultur der Mehrheit und/oder die Rückführung.

Auf dem Weg zu einem multikulturellen Europa?

In Europa finden Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens verschiedener Kulturen in den Mitgliedstaaten und zur Förderung der kulturellen Vielfalt zunehmend Unterstützung. Nur ein Viertel der Europäer ist der Auffassung, dass Ausländer oder ethnische Minderheiten ihre eigene Kultur aufgeben sollten.

Dennoch sind selbst die aufgeschlossenen Europäer der Auffassung, dass die multikulturelle Gesellschaft nicht zu einer Bedrohung der Grundwerte des europäischen Demokratiemodells werden dürfe. Dieses Modell ist verankert in der Gedanken-, Vereinigungs- und Redefreiheit, der Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und dem Schutz von Minderheiten. Die Mehrheit der Europäer ist daher der Meinung, dass die Immigranten den Teil ihrer Kultur und Religion aufgeben müssen, der in Konflikt mit diesen Werten kommen könnte. In einigen Bereichen kann das Bekenntnis zu den Werten und Grundsätzen der Demokratie in Widerspruch zu den Zielen einer liberalen multikulturellen Gesellschaft geraten.

Die meisten Mitgliedstaaten haben im letzten Jahrzehnt bei ihren Versuchen, ihre politischen und sozialen Einrichtungen den neuen Migrationsmustern anzupassen, neue Strategien und Praktiken erprobt. Langfristiges Ziel ist es, einen hohen Grad an sozialer Teilhabe für alle in Europa lebenden Menschen und einen besseren sozialen Zusammenhalt herbeizuführen.

70 Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (1999) Der Realität ins Gesicht sehen: Die Lage betreffend Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Europäischen Gemeinschaft

71 "Die Integration von Ausländern der zweiten Generation in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland", U. Mammey, 2000, veröffentlicht vom Netz für integrierte europäische Bevölkerungsstudien, finanziert von EG-HPSE-CT-1999-00005

72 Analyse der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (2001) auf der Grundlage der Daten des Eurobarometers 53. Haltung gegenüber Gruppen von Minderheiten in der Europäischen Union

Abschnitt III

Statistische Profile

Sozialpolitische Themen – statistische Profile

In Abschnitt III wird eine Reihe statistischer Profile für ein Spektrum von für die Europäische Union sozialpolitisch relevanten Themen vorgestellt. Praktisch alle sozialpolitischen Schlüsselbereiche sind erfasst: Bevölkerung; Bildung und Ausbildung; Arbeitsmarkt; Sozialschutz; Einkommen, Armut und regionaler Zusammenhalt; Gleichstellung der Geschlechter sowie Gesundheit und Sicherheit.

Jedes statistische Profil wird in Form von Tabellen, Grafiken und Kommentaren dargestellt. Der diesjährige Bericht enthält 21 Profile, eines mehr als im vergangenen Jahr. Das neue Profil „Frauen in Entscheidungspositionen“ wird im Bereich ‚Gleichstellung der Geschlechter‘ behandelt. Geschlechtsspezifische Fragen werden nicht nur in den drei Profilen in diesem Bereich, sondern auch in anderen Profilen und den statistischen Anhängen erörtert, in denen mehrere Indikatoren nach Geschlecht aufgeschlüsselt sind.

Jedes Profil (abgesehen von den ersten zwei Profilen, die kontextbezogene Informationen liefern, eines zur wirtschaftlichen Lage, das andere zu Demografie, Haushalten und Familien) stützt sich auf einen ausgewählten Schlüsselindikator (siehe nachfolgende Tabelle). Zusammengenommen liefern all diese Indikatoren nicht nur eine Momentaufnahme der heutigen sozialen Lage, sondern dienen zugleich als Instrument zur Beobachtung und zum Vergleich der sozialen Fortschritte in den fünfzehn Mitgliedstaaten.

Die Schlüsselindikatoren wurden so weit wie möglich nach den folgenden Kriterien ausgewählt: i) politische Relevanz auf EU-Ebene, ii) Vergleichbarkeit zwischen den fünfzehn Mitgliedstaaten, iii) Verfügbarkeit bei Nutzung der harmonisierten Eurostat-Quellen, iv) Messbarkeit im Zeitverlauf und v) gute Verständlichkeit. Der Kontinuität halber sollte diese Gruppe von Indikatoren über die Zeit hinweg relativ unverändert bleiben. Eine gewisse Flexibilität ist jedoch unvermeidlich, wenn veränderten politischen Erfordernissen und künftigen Verbesserungen bei der Datenverfügbarkeit Rechnung getragen werden soll. Abgesehen davon, dass nur die Namen der Indikatoren, die auch strukturelle Indikatoren sind, geändert wurden, sind drei Indikatoren aus dem Vorjahr auch sachlich geändert worden (in den diesjährigen Profilen 16, 19 und 21), und ein neuer wurde hinzugefügt (zum neuen Profil 17).

Eine Zusammenfassung der Schlüsselindikatoren mit Daten für alle Mitgliedstaaten ist in Anhang I enthalten. Detaillierte statistische Daten zum gesamten Bericht sind Anhang II zu entnehmen.

Die Anhänge III und IV sind in diesem Jahr neu und enthalten statistische Daten zu sozialen Trends in den Beitrittsländern. Sie entsprechen so weit wie möglich den Anhängen I und II.

Die redaktionelle Arbeit an den Profilen wurde im Februar 2002 abgeschlossen. Zusätzliche bzw. neuere Daten können bei den Eurostat-Datashops (siehe Verzeichnis in Anhang V) angefordert werden.

Bereich	Statistisches Profil	Entsprechender Schlüsselindikator
Wirtschaft	1 Wirtschaftliche Lage	-
Bevölkerung	2 Demografie, Haushalte und Familien 3 Überalterung der Bevölkerung 4 Wanderungsbewegungen und Asyl	- Altersbelastungsquotient Nettozuwanderungsrate
Bildung und Ausbildung	5 Bildungsabschlüsse 6 Lebenslanges Lernen	Schulabbrecher, die nicht an einer Weiterbildungs- oder Berufsbildungsmaßnahme teilnehmen Lebenslanges Lernen (Teilnahme von Erwachsenen an Maßnahmen der allgemeinen oder beruflichen Bildung)
Arbeitsmarkt (siehe auch die Profile Nr. 18 und 19)	7 Beschäftigung 8 Beschäftigung älterer Arbeitnehmer 9 Arbeitslosigkeit 10 Jugendarbeitslosigkeit 11 Langzeitarbeitslosigkeit	Beschäftigungsquote Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer Arbeitslosenquote Quotient Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung Langzeitarbeitslosenquote
Sozialschutz	12 Sozialschutzausgaben 13 Altersversorgung	Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP Anteil der Altersversorgungsausgaben und Hinterbliebenenleistungen an den gesamten Sozialleistungen
Einkommen, Armut und regionaler Zusammenhalt	14 Einkommensverteilung und regionaler Zusammenhalt 15 Haushalte mit niedrigem Einkommen 16 Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt	Einkommensverteilung (S80/S20-Verhältnis) Armutquote vor und nach Sozialtransfers Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige
Gleichstellung der Geschlechter	17 Frauen in Entscheidungspositionen 18 Beschäftigungssituation von Frauen 19 Arbeitseinkommen von Männern und Frauen	Frauenanteil in nationalen Parlamenten Beschäftigungsquote von Frauen Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede
Gesundheit und Sicherheit	20 Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten 21 Unfälle und arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme	Lebenserwartung (ohne Behinderung) bei der Geburt Qualität der Arbeit (schwere Arbeitsunfälle)

Hinweis: Kein Schlüsselindikator wurde für eines der kontextbezogenen statistischen Profile ausgewählt (Nummer 1 und 2).

Symbole, Abkürzungen und Ländergruppierungen

*	vorläufige/geschätzte Daten oder geringe Zuverlässigkeit aufgrund einer kleinen Zahl von Beobachtungen
°	siehe Anmerkung. Die Zahlenangabe kann aus einem anderen Jahr stammen oder auf andere Weise eingeschränkt sein
:	nicht verfügbar
-	null
.	nicht zutreffend oder Daten statistisch nicht signifikant
0	weniger als die Hälfte der verwendeten Einheit

KKS	Kaufkraftstandard
BIP	Bruttoinlandsprodukt

EU-15	Europäische Union der fünfzehn Mitgliedstaaten
EUR-11	Mitgliedstaaten der Eurozone bis 31.12.2000: B, D, E, F, IRL, I, L, NL, A, P und FIN.
EUR-12	Mitgliedstaaten der Eurozone ab 01.01.2001: EUR-11 und Griechenland, das der Eurozone am 1. Januar 2001 beiträt

B	Belgien
DK	Dänemark
D	Deutschland
EL	Griechenland
E	Spanien
F	Frankreich
IRL	Irland
I	Italien
L	Luxemburg
NL	Niederlande
A	Österreich
P	Portugal
FIN	Finnland
S	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

Die ‚südlichen‘ Mitgliedstaaten sind EL, E, I und P.

Die ‚nordischen‘ Mitgliedstaaten sind DK, FIN und S.

1

Wirtschaftliche Lage

Gesundes Wirtschaftswachstum im Jahr 2000, aber Verlangsamung in der ersten Jahreshälfte 2001

Im Jahr 2000 stieg das Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union um 3,3 %, was eine beträchtliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (2,6 % im Jahr 1999) bedeutet. Das Wachstum in den vier größten Mitgliedstaaten war 2000 sehr ausgeglichen, wobei Frankreich die höchste Wachstumsrate (+ 3,1 %) verzeichnete, dicht gefolgt von Deutschland (+ 3,0 %) sowie Italien und dem Vereinigten Königreich (jeweils + 2,9 %). Obwohl alle vier höhere BIP-Wachstumsraten als 1999 zu verzeichnen hatten, weisen sie alle Wachstumsraten unter dem EU-15-Durchschnitt auf. In Irland und Luxemburg lagen die Wachstumsraten deutlich über denen der anderen Mitgliedstaaten: Irlands BIP stieg um 11,5 %, während das von Luxemburg um 7,5 % zunahm. Deutlich hinter diesen beiden, aber immer noch weit vor den anderen Mitgliedstaaten rangierte Finnland (+ 5,7 %). Alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Niederlande und Schwedens verzeichneten höhere oder zumindest gleich hohe Wachstumsraten wie 1999. Wenn man jedoch die Entwicklung in den vier Quartalen des Jahres 2000 betrachtet, kann man feststellen, dass das Wachstum in den ersten beiden Quartalen hoch war, sich aber im dritten und vierten Quartal verlangsamte.

In den ersten beiden Quartalen 2001 setzte sich der Abwärtstrend, der in der zweiten Jahreshälfte 2000 begonnen hatte, mit weiter sinkenden Wachstumsraten fort. Im zweiten Quartal betrug das BIP-Wachstum sowohl in der Europäischen Union als auch in der Eurozone nur +1,7 % verglichen mit demselben Quartal des Vorjahrs.

Pro-Kopf-BIP steigt, der Unterschied zwischen den Mitgliedstaaten verringert sich nur langsam

Im Jahr 2000 belief sich das Pro-Kopf-BIP für jeden Bürger in der Europäischen Union auf 22.500 KKS. Die höchsten Zahlen waren in Luxemburg (43.700 KKS) und Dänemark (27.100 KKS), die niedrigste in Griechenland (15.500 KKS) zu verzeichnen. Um leichter einen Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten ziehen zu können, kann das Pro-Kopf-BIP in Bezug auf den EU-Durchschnitt (EU-15 = 100) angegeben werden. Luxemburg liegt jetzt bemerkenswerte 94 % über dem EU-Durchschnitt. Die zweithöchste Zahl weist Dänemark auf, aber hier beträgt der Unterschied lediglich 20 %. Die größten Unterschiede bei den Zahlen unter dem EU-Durchschnitt sind in Griechenland (31 % unter dem Durchschnitt), Portugal (- 26 %) und Spanien (- 20 %) zu verzeichnen. Verglichen mit der Lage im Jahr 1999 ist festzustellen, dass die Positionen am oberen und unteren Ende unverändert blieben, selbst wenn sich die drei Länder am unteren Ende etwas mehr dem EU-Durchschnitt angenähert haben. Die offenkundigste Veränderung war in Irland festzustellen, das 1995 ein Pro-Kopf-BIP aufwies, das niedriger war als der EU-Durchschnitt, während es 2000 19 % über dem Durchschnitt lag, wodurch Irland an die dritte Stelle aller Mitgliedstaaten rückte.

Gemäßigte Inflation

Im Oktober 2001 fiel die jährliche Inflation in EU-15 von 2,4% im September 2001 auf 2,2 %, und die jährliche Inflation in der Eurozone ging im gleichen Zeitraum von 2,5 % auf 2,4 % zurück. Ein Jahr davor lauteten die entsprechenden Zahlen 2,4 % bzw. 2,7 %. Die höchsten Inflationsraten unter den Mitgliedstaaten gab es im Oktober in den Niederlanden (5,0%), Portugal (4,2 %) und Irland (3,8 %); die niedrigsten im Vereinigten Königreich (1,2 %), Luxemburg (1,7 %) und Frankreich (1,8 %). Gegenüber September 2001 stieg die jährliche Inflationsrate in zwei Mitgliedstaaten, ging in zehn Mitgliedstaaten zurück und blieb in drei unverändert. Gegenüber Oktober 2000 war der größte relative Anstieg in Schweden (1,3 % auf 2,9 %), den Niederlanden (3,2 % auf 5,0%) und im Vereinigten Königreich (1,0 % auf 1,2 %) zu verzeichnen; der größte relative Rückgang war in Luxemburg (4,3 % auf 1,7 %), Belgien (3,7 % auf 1,9 %) und Irland (6,0% auf 3,8 %) festzustellen. In den letzten sechs Monaten weisen die Zahlen eine gemäßigte Tendenz auf, obwohl seit Juni 2000 die jährliche Veränderungsrate der Eurozone beträchtlich über der von der EZB festgelegten Stabilitätsschwelle von 2,0 % liegt. Die 12-monatige Durchschnittsrate der Veränderung bei den Verbraucherpreisen, die von vorübergehenden Auswirkungen weniger beeinflusst wird, betrug 2,5 % für EU-15 und 2,7 % für die Eurozone. Auch diese beiden Raten waren höher als die mittelfristige Preisstabilitätsschwelle von 2,0 %.

Konvergierende Zinssätze

Die mittelfristige Entwicklung der Erträge staatlicher Anleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren, wie sie im Vertrag von Maastricht als Messgröße für die Geldstabilität festgelegt ist, wies in allen Mitgliedstaaten einen allgemeinen Rückgang und ein hohes Maß an Konvergenz auf. Seit Anfang 1999, als die dritte Phase der Währungsunion in Kraft trat, sind die Zinsunterschiede bei Anleihen mit 10-jähriger Laufzeit unter den Mitgliedern der Eurozone praktisch verschwunden. Im September 2001 betrug der Unterschied zwischen Deutschland, dem Mitgliedstaat mit den niedrigsten Zinssätzen, und Griechenland nur 50 Basispunkte, 39 zwischen Deutschland und Italien und 33 zwischen Deutschland und Spanien. Interessant ist auch die Feststellung, dass im September 2001 der Zinsunterschied zwischen den 12 Ländern in der Eurozone und den drei nicht an der WWU beteiligten Ländern fast verschwunden ist.

Der allgemeine Rückgang des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstands setzt sich fort

Das öffentliche Defizit wird im Vertrag von Maastricht als der Nettofinanzierungssaldo im Sinne des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen definiert. 2000 erzielten neun Mitgliedstaaten einen Haushaltsüberschuss (Finanzierungsüberschuss), während in allen anderen das Defizit weniger als 1,5 % des BIP betrug. Abgesehen von Dänemark, das schon seit mehreren Jahren einen Überschuss

vermeldet, haben alle anderen Länder im Jahr 2000 ihr Defizit abgebaut oder ihren Überschuss erhöht. Die allgemeine Verbesserung setzt sich somit fort. Die Durchschnittswerte für die Union insgesamt und für die Eurozone haben sich in den letzten fünf Jahren kontinuierlich verbessert und waren Ende 2000 zum ersten Mal seit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht im Durchschnitt in der Union insgesamt und in der Eurozone positiv, nämlich 1,2 % bzw. 0,3 % des BIP.

Der öffentliche Schuldenstand ist im Vertrag von Maastricht als Brutto-Gesamtschuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung definiert. Ende 2000 lag der öffentliche Schuldenstand in neun Ländern unter der 60%-Schwelle, und drei weitere waren von diesem Prozentsatz nicht sehr weit entfernt. Drei Mitgliedstaaten – Italien, Belgien und Griechenland – lagen noch immer über 100 %, doch ist der Wert seit 1995 Jahr für Jahr gesunken. Ende 2000 belief sich die durchschnittliche Schuldenquote für die 15 Mitgliedstaaten auf 64,1 % (69,6 % für die Länder in der Eurozone).

Politischer Hintergrund

Am 19. Juni 2000 nahm der Rat auf der Grundlage des von der Kommission erarbeiteten Vorschlags und des positiven Konvergenzberichts den Beschluss 2000/427/EG über die Einführung der einheitlichen Währung in Griechenland am 1. Januar 2001 an. Folglich trat Griechenland Anfang 2001 der Eurozone bei, die jetzt 12 Mitgliedstaaten umfasst.

Am 25. April 2001 nahm die Kommission in Übereinstimmung mit Artikel 99 Absatz 2 des Vertrags ihre Empfehlungen für die umfassenden Leitlinien der Wirtschaftspolitik für die Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft an. Die Empfehlung des Rates wurde am 15. Juni 2001 angenommen. In den Leitlinien wird die im vergangenen Jahr konzipierte Strategie zur Erfüllung der Ziele des Europäischen Rates von Lissabon bestätigt und im Lichte der Ergebnisse des Europäischen Rates von Stockholm weiter spezifiziert. Darüber hinaus beruhen die Leitlinien auf dem Bericht zur Umsetzung der Grundzüge 2000. (Sowohl die Leitlinien 2001 als auch der Bericht zur Umsetzung der Leitlinien 2000 sind abrufbar unter europa.eu.int/comm/economy_finance/publications_en.) Sie skizzieren eine umfassende Strategie, um kurzfristig die wirtschaftliche Expansion im Umfeld wenig günstiger globaler Bedingungen durch eine wachstums- und stabilitätsorientierte gesamtwirtschaftliche Politik aufrechtzuerhalten; mittelfristig das Wachstumspotenzial der EU-Wirtschaft durch entschlossene und beschleunigte Umsetzung der wirtschaftlichen Reformen und Förderung unternehmerischer Initiative, innovativer Ideen und einer wissenschaftlich gestützten Wirtschaft zu stärken, die eine umfassende und effiziente Nutzung der Produktivkräfte fördert und die Produktivität erhöht, und um sich längerfristig auf die Auswirkungen der Überalterung der Bevölkerung einzustellen. Die Leitlinien 2001 bestehen aus zwei Teilen. Der erste umfasst horizontale Leitlinien allgemeiner Art, die für jeden einzelnen Mitgliedstaat gelten. Der zweite Teil besteht aus länderspezifischen Empfehlungen, die die besonderen Gegebenheiten jedes Mitgliedsstaats und den unterschiedlichen Dringlichkeitsgrad der Maßnahmen berücksichtigen. Zusammen stellen sie das Referenzwerk für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten dar.

Methodische Anmerkungen

Alle Zahlen stehen in Übereinstimmung mit dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Gemeinschaft (ESVG 95). Das ESVG 95 ist Gegenstand der Verordnung Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996.

Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Aufschluss über die absolute Größenordnung der Wirtschaft eines Landes gibt, vermittelt die Berechnung des Pro-Kopf-BIP (im Verhältnis zur Bevölkerung) eine – wenn auch etwas vereinfachte –

Vorstellung vom Wohlstand eines Landes. Um einen internationalen Vergleich zu erleichtern, werden die Daten in Kaufkraftstandards (KKS) angegeben. Die Verwendung der KKS bietet den Vorteil, dass sie die Verzerrungen ausräumt, die durch die Unterschiede im Preisniveau in den EU-Staaten entstehen: Sie sind Umrechnungsfaktoren, ermittelt als gewichteter Durchschnitt der Preise für einen Korb homogener, vergleichbarer und für jeden Mitgliedstaat repräsentativer Waren und Dienstleistungen.

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise wird international am besten anhand der „Harmonisierten Verbraucherpreisindizes“ (HVPI) verglichen. Sie werden in jedem Mitgliedstaat der Union, in Island und in Norwegen ermittelt. HVPI werden von der Europäischen Zentralbank zur Überwachung der Inflation in der Wirtschafts- und Währungsunion und zur Bewertung der Inflationskonvergenz verwendet. Wie in dem Vertrag gefordert, ist die Wahrung der Preisstabilität das oberste Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB), die die Preisstabilität als „jährliche Zunahme des harmonisierten Verbraucherpreisindex für die Eurozone unterhalb der mittelfristig aufrecht zu erhaltenden 2 % definierte. Eine stabilere Messgröße für die Inflation ergibt sich durch die durchschnittliche Veränderung in 12 Monaten, d. h. den durchschnittlichen Index für die letzten zwölf Monate verglichen mit dem Index für die vorausgegangenen zwölf Monate. Diese reagiert weniger stark auf vorübergehende Preisänderungen, setzt aber eine längere Zeitreihe von Indizes voraus.

Je nachdem, ob die Einnahmen eines Landes dessen Ausgaben decken oder nicht, weist sein Haushalt einen Überschuss oder ein Defizit auf. Bei Mindereinnahmen sieht sich die Regierung zur Kreditaufnahme genötigt. Als prozentualer Anteil am BIP ausgedrückt, stellen der jährliche (Defizit) und der kumulative (Schuldenstand) Finanzbedarf eines Landes wichtige Indikatoren der Belastung dar, die die staatliche Kreditaufnahme für die Volkswirtschaft bedeutet. Dies sind zwei der Faktoren, die zur Bewertung der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten verwendet und im Vertrag von Maastricht im Zusammenhang mit der Berechtigung zur Einführung der einheitlichen Währung genannt werden.

Die Erträge staatlicher Anleihen sind ein guter Indikator für die langfristigen Zinssätze, da der staatliche Wertpapiermarkt normalerweise einen großen Teil des verfügbaren Kapitals anzieht. Er spiegelt auch recht gut die finanzielle Lage eines Landes und die Erwartungen an die Wirtschaftspolitik wider. Die Bedeutung staatlicher Anleihen als Messgröße der Wirtschafts- und Währungsunion wird in dem Vertrag über die Europäische Union anerkannt, in dem sie als eines der Kriterien für den Übergang zur Stufe drei der Währungsunion genannt wird.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

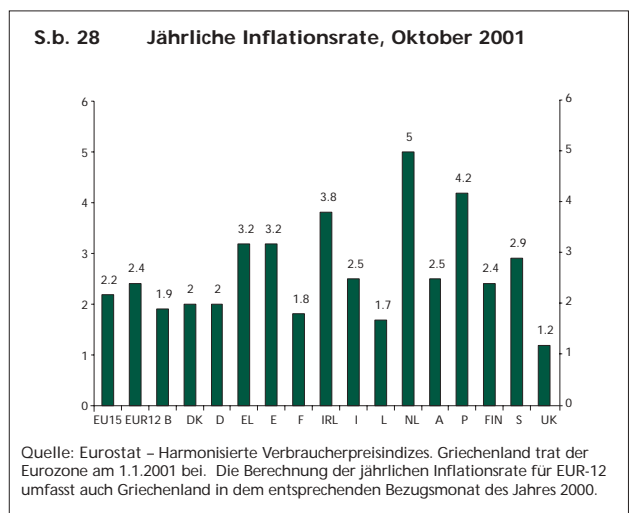
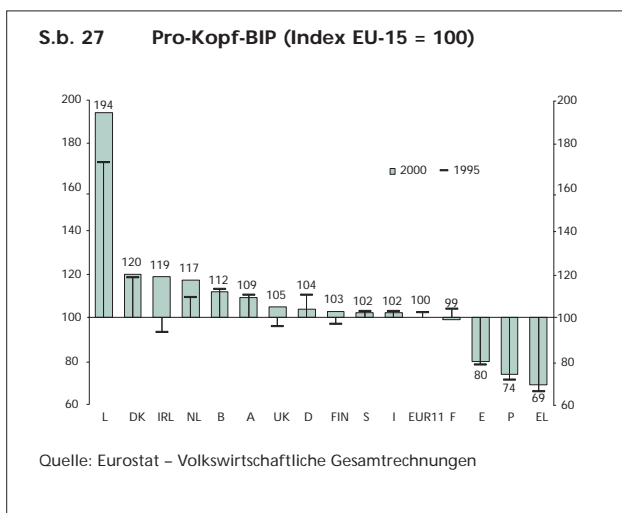
Beschäftigung (3.7), Arbeitslosigkeit (3.9), Wirtschaft (Anhänge II und IV).

Literaturhinweise

- The Economic Portrait of the Union 2000 (Porträt der Wirtschaft der Europäische Union 2000, Eurostat)
- Die Wirtschaft der EU, Überprüfung 2000, GD Wirtschaft und Finanzen
- Veröffentlichungen über volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Verbraucherpreise und Zinssätze sind in der Sammlung „Statistik kurzgefasst“ auf der Eurostat-Website (europa.eu.int/comm/eurostat) abrufbar.

	EU 15	EUR 11	EUR 12 (1)	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Jährliche Wachstumsrate / Quartals- Wachstumsrate des BIP zu Marktpreisen, zu konstante Preisen (1995)																		
1999	2,6	2,6	.	3,0	2,1	1,8	3,4	4,1	2,9	10,8	1,6	6,0	3,7	2,8	3,4	4,0	4,5	2,1
2000	3,3	3,4	.	4,0	3,2	3,0	4,3	4,1	3,1	11,5	2,9	7,5	3,5	3,0	3,4	5,7	3,6	2,9
2001Q1	2,5	.	2,4	3,1	1,8	1,8	:	3,4	2,8	:	2,5	:	1,6	2,1	2,2	3,3	2,7	2,7
2001Q2	1,7	.	1,7	1,6	1,3	0,6	:	2,9	2,3	:	2,1	:	1,4	1,2	2,5	0,4	1,9	2,3

Quelle: Eurostat – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
 (1) Griechenland trat der Eurozone am 1.1.2001 bei. Die Berechnung der BIP-Wachstumsraten für 2001Q1 und 2001Q2 für EUR-12 umfasst auch Griechenland in dem entsprechenden Bezugsquartal des Jahres 2000.



2

Demografie, Haushalte und Familien

377 Millionen Einwohner in der Union

Am 1. Januar 2001 hatte die Europäische Union 377 Millionen Einwohner. Damit ist die Bevölkerung der Union nach der Chinas (1273 Millionen) und Indiens (1030 Millionen) die drittgrößte der Welt noch vor den Vereinigten Staaten (278 Millionen) und Japan (127 Millionen). Deutschland hat mit 82 Millionen Einwohnern – das entspricht einem Anteil von 22 % an der Gesamtbevölkerung der Union – die größte Bevölkerung der EU-Länder. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien haben jeweils einen Anteil von 15–16% an der Gesamtbevölkerung.

Etwa 17 % der Bevölkerung in EU-15 sind unter 15 Jahre alt. Irland hat die jüngste Bevölkerung (22 % der Gesamtbevölkerung). Die Erwerbsfähigen (Altersgruppe 15 – 64) stellen 67 % der Gesamtbevölkerung der EU. Bei den restlichen 16 % handelt es sich um ältere Menschen der Altersgruppe 65 Jahre und darüber. Die Zahl der älteren Menschen hat in den letzten Jahrzehnten rapide zugenommen. Diese Entwicklung dürfte sich in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen. Siehe dazu Überalterung der Bevölkerung. (3.3).

In den vergangenen 35 Jahren ging das Bevölkerungswachstum in der Union schrittweise zurück. Im Zeitraum 1995-2000 betrug das durchschnittliche Bevölkerungswachstum pro Jahr 2,6 Promille, während der Durchschnitt in den 60er Jahren noch bei rund 8 Promille gelegen hatte. Seit Mitte der 80er Jahre hat die internationale Wanderung rasch an Bedeutung gewonnen und ist zu einem entscheidenden Faktor des Bevölkerungswachstums geworden. Siehe dazu Wanderung und Asyl (3.4).

Dem Basisszenario von Eurostat (Überarbeitung 1999) zufolge soll die Gesamtbevölkerung der EU etwa um das Jahr 2022 einen Spitzenwert erreichen. Innerhalb der Union wird das künftige Bevölkerungswachstum alles andere als einheitlich sein. Die Bevölkerung Italiens wird voraussichtlich in den nächsten Jahren zurückgehen, während für die Bevölkerung Irlands vor 2048 nicht mit einem Rückgang gerechnet wird.

Weniger Kinder und zu einem späteren Zeitpunkt

Die vollendete Fruchtbarkeit der Nachkriegsgenerationen ist seit Mitte der 60er Jahre ständig gesunken, aber die Gesamtfruchtbarkeitsrate steigt jetzt aufgrund eines geschätzten Geburtenwachstums von 1 % im Jahr 2000 wieder. Die vollendete Fruchtbarkeit ändert sich im Lauf der Zeit weit weniger abrupt und beträgt jetzt etwa 1,7, was deutlich unter der Reproduktionsgrenze (2,1 Kinder pro Frau) liegt. Siehe dazu Überalterung der Bevölkerung (3.3).

Weniger und spätere Eheschließungen sowie mehr geschiedene Ehen

Im Jahr 2000 wurden in EU-15 je tausend Einwohner nur fünf Ehen geschlossen gegenüber fast acht im Jahr 1970. Das Durchschnittsalter, in dem die erste Ehe eingegangen wird, hat sich ebenfalls erhöht: bei den Männern von 26 Jahren in 1980 auf über 30 derzeit und bei den Frauen von 23 auf 28

Jahre. Betrachtet man die Angehörigen gleicher Ehejahrgänge, so wird bei den 1960 geschlossenen Ehen der Anteil der Scheidungen auf 14 % geschätzt. Dieser Anteil hat sich bei den später geschlossenen Ehen (1980) auf 28 % verdoppelt. Dennoch gibt es beträchtliche länderspezifische Unterschiede: So werden in Dänemark, Finnland, Schweden und im Vereinigten Königreich mehr als 40 % der (1980 geschlossenen) Ehen geschieden, während die südlichen Mitgliedstaaten eine Scheidungsquote von maximal 15 % aufweisen.

Deutliche Zunahme der nichtehelichen Gemeinschaften...

Seit ungefähr zwanzig Jahren ist an die Stelle der Ehe in vielen Ländern zunehmend die nichteheliche Lebensgemeinschaft getreten. In der EU insgesamt wohnen 33 % aller jungen Menschen (unter 30 Jahren), die in einer Partnerschaft leben, unverheiratet zusammen, verglichen mit 8 % sämtlicher Paare. In der jungen Generation bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Während mehr als 70 % der jungen dänischen Paare ohne Trauschein zusammen wohnen, leben nur 9-17 % ihrer griechischen, spanischen, irischen, italienischen und portugiesischen Altersgenossen in Lebensgemeinschaften.

... und als Ergebnis dessen ein Anstieg der außerehelichen Geburten

Der Anstieg der außerehelichen Geburten nimmt weiter zu, was im Wesentlichen Ausdruck der zunehmenden Beliebtheit des nichtehelichen Zusammenlebens ist: außereheliche Geburten stiegen von 6 % aller Geburten im Jahr 1970 auf über 27 % im Jahr 2000. In Schweden hatte mehr als die Hälfte (55 %) der im Jahr 2000 geborenen Kinder unverheiratete Eltern. In mehreren anderen Ländern (Dänemark, Frankreich, Finnland und Vereinigtes Königreich) beträgt dieser Anteil ungefähr 40 %. Niedrig, wenn auch im Anstieg begriffen, sind dagegen die entsprechenden Werte in vielen südeuropäischen Ländern, so zum Beispiel in Griechenland (von 1,5 % 1980 auf 4,0 % 2000), Italien (von 4,3 % auf 9,2 % 1999) und Spanien (von 3,9 % auf 14,1 % 1999).

Ein Trend zu kleineren Haushalten mit...

Als Folge dieser und anderer Trends (wie etwa der wachsenden Zahl Alleinlebender) werden die Haushalte immer kleiner, und alternative Familienformen und Nicht-Familienhaushalte nehmen zu. Obwohl sich dieses Muster überall in der Union feststellen lässt, gibt es doch beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Die absolute Zahl der Haushalte hat zwar zugenommen, die durchschnittliche Haushaltgröße jedoch abgenommen. 2000 lebten in den fünfzehn Mitgliedstaaten schätzungsweise 371 Millionen Menschen in 154 Millionen privaten Haushalten. Das entspricht durchschnittlich 2,4 Personen je Haushalt gegenüber 2,8 im Jahr 1981. In allen Ländern der EU war in diesem Zeitraum ein Rückgang der durchschnittlichen Haushaltgröße zu verzeichnen. Lediglich in Spanien, Irland und Portugal bestehen die Haushalte aus ungefähr 2,9 – 3,0 Personen.

... mehr allein lebenden Menschen...

Im Jahr 2000 lebten schätzungsweise 12 % der Bevölkerung allein gegenüber 8 % im Jahr 1981. Am Höchsten ist der Anteil der Einpersonenhaushalte in den nordischen Ländern (17-20 %) und am niedrigsten (5 %) in Spanien und Portugal. Beim Anteil der Alleinlebenden bestehen deutliche Geschlechts- und Generationsunterschiede. In mehr als einem Drittel der Einpersonenhaushalte leben Frauen im Alter von 65 Jahren und darüber, wogegen die Männer der gleichen Altersgruppe nur 9 % dieser Haushalte ausmachen.

... und einem gravierenden Anstieg der Zahl der Kinder, die mit nur einem Elternteil leben...

Obwohl der Bevölkerungsanteil, der in Alleinerzieher-Haushalten lebt, verhältnismäßig klein ist (4 %), war in den letzten zwanzig Jahren doch ein deutlicher Anstieg der Zahl dieser Familien zu verzeichnen. 1998 lebten 13 % aller unterhaltsberechtigten Kinder mit nur einem Elternteil gegenüber gerade einmal 8 % 1983. Im Vereinigten Königreich hat sich der Anteil in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Heute reicht er von 6 % in Griechenland und Spanien bis zu 25 % im Vereinigten Königreich. Die große Mehrzahl der alleinerziehenden Elternteile sind Frauen.

...und weniger Paare mit Kindern

Parallel zu den vorstehend genannten Veränderungen geht der Bevölkerungsanteil, der in Familien bestehend aus zwei und mehr Erwachsenen mit unterhaltsberechtigten Kindern lebt, nach und nach zurück: von 52 % im Jahr 1988 auf 46 % im Jahr 2000. Die höchsten Prozentsätze sind in Spanien, Irland und Portugal festzustellen, was vor allem daran liegt, dass dort ein erheblicher Bevölkerungsanteil (etwa 20 %) in Familien mit drei und mehr Erwachsenen und unterhaltsberechtigten Kindern lebt. Dieser Anteil ist jedoch in Spanien und Portugal drastisch zurückgegangen, nachdem er 1988 noch knapp unter 30 % gelegen hatte.

Die Personen, die in Haushalten mit zwei Erwachsenen ohne unterhaltsberechtigte Kinder leben, machen 24 % der Bevölkerung aus, obwohl in dieser Zahl auch Paare erfasst sind, deren Kinder schon aus dem Haus oder aber noch zuhause, aber nicht mehr ‚unterhaltsberechtig‘ sind. Letztere machen 14 % der Bevölkerung aus, die in Haushalten bestehend aus drei und mehr Erwachsenen ohne unterhaltsberechtigte Kinder leben. Weitere Beispiele für diese Kategorie sind Haushalte, in denen ein oder mehrere Elternteile eines Paares mit diesem Paar zusammenleben. Dieser Haushaltstyp ist in den südlichen Mitgliedstaaten stärker verbreitet. Siehe Anhang II zu den Daten für die einzelnen Mitgliedstaaten.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Bevölkerungsstatistik. Bevölkerungs- und Haushaltsszenarien ausgehend vom Jahr 1999 (Basisvariante). Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (EHP) UDB, Version September 2001, und Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

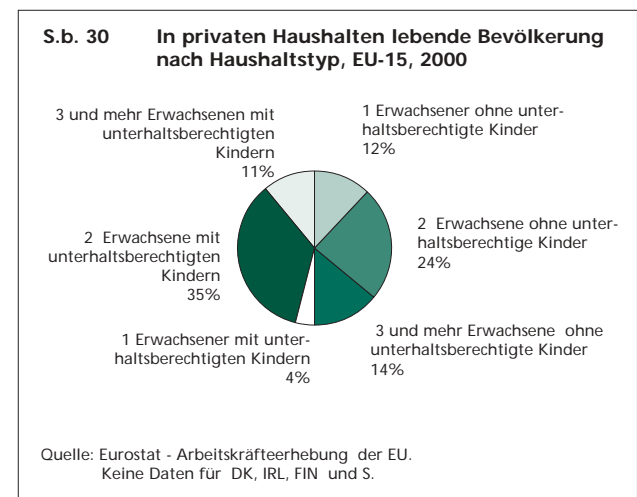
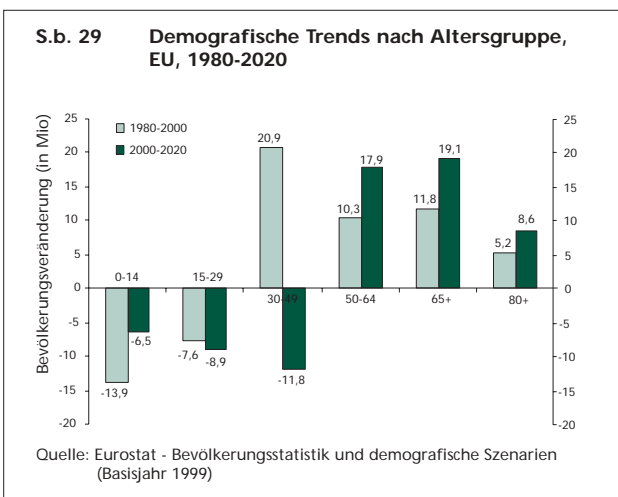
Überalterung der Bevölkerung (3.3), Wanderung und Asyl (3.4), Bevölkerung (Anhänge II und IV)

Literaturhinweise

- "Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung", Ausgabe 2001. Eurostat
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 2000 in Europa“, Nr. 15/2001. Eurostat.
- "Family Structure, Labour Market Participation and the Dynamics of Social Exclusion", (Familienstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und die Dynamik der sozialen Ausgrenzung), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission 2000. „Social Strategies in Risk Societies – SOS-TRIS“ (Soziale Strategien in Risikogesellschaften), Bericht der GD Forschung 1999.

	EU-15	EUR-12	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Gesamtbevölkerung, 1.1.2001	377026	302962	10 262	5 349	82 193	10 565	39 490	59 040	3 820	57 844	441	15 983	8 121	10 023	5 181	8 883	59 832
Prozentualer Anteil an der EU-Gesamtbevölkerung	100	80	3	1	22	3	10	16	1	15	0	4	2	3	1	2	16

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik.



3

Überalterung der Bevölkerung

Im Jahr 2000 gab es in der EU 61 Millionen Menschen im Alter von 65 Jahren und älter gegenüber nur 34 Millionen im Jahr 1960. Heute stellen die älteren Menschen 16 % der Gesamtbevölkerung bzw. 24 % der Gruppe, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (15 – 64 Jahre). Bis zum Jahr 2010 wird mit einem Anstieg dieser Quote auf 27 % gerechnet. In den nächsten fünfzehn Jahren wird der Anteil der „sehr Alten“ (80 Jahre und darüber) um fast 50 % zunehmen.

Rückgang der Geburtenhäufigkeit, höhere Lebenserwartung und das Älterwerden der geburtenstarken Jahrgänge führen zur Überalterung der EU-Bevölkerung

Die Überalterung der Bevölkerung hat drei wesentliche Gründe: Fruchtbarkeit unterhalb des Reproduktionsgrenze, Rückgang der Sterblichkeit und die Tatsache, dass die geburtenstarken Jahrgänge kurz vor dem Rentenalter stehen. Der Rückgang der Geburtenhäufigkeit scheint im Jahr 2000 gestoppt zu sein, da die seit sechs Jahren höchste Zahl von Geburten zu verzeichnen ist. Im Jahr 2000 wurden in der EU fast 40.000 mehr Babys geboren als 1999, als ein Nachkriegstief von knapp unter 4 Millionen erreicht wurde. Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer in der EU stieg von 1,45 Kinder je Frau im Jahr 1999 auf 1,53 im Jahr 2000, ist aber verglichen mit 2,59 im Jahr 1960 immer noch niedrig. Am deutlichsten ging die Geburtenhäufigkeit in jenen Ländern zurück, die zu Beginn der 80er Jahre noch die höchste Fertilität aufgewiesen hatten (Griechenland, Spanien, Irland und Portugal), nämlich um 32-46 %. Die niedrigste Gesamtfertilität ist heute in Spanien (1,22) und Italien (1,25) festzustellen. Irland verzeichnet weiterhin die höchste Ziffer (1,89) zusammen mit Frankreich, wo die Ziffer im letzten Jahr von 1,77 auf 1,89 stieg. Nur im Vereinigten Königreich (1,64) und in Deutschland (1,34) gingen die Ziffern im Jahr 2000 weiter zurück. Unterdessen ist in den letzten 50 Jahren die Lebenserwartung insgesamt um etwa 10 Jahre gestiegen, was auf die höheren Sozialfürsorgestandards und die bessere medizinische Behandlung und Betreuung zurückzuführen ist. Siehe dazu Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten (3.19).

Von 1960 bis heute stieg der Anteil der älteren Menschen (65 Jahre und darüber) an der Bevölkerung von 11 % auf 16 %. Alles deutet darauf hin, dass sich dieser Trend bis weit in dieses Jahrhundert fortsetzen wird, auch wenn die Veränderungen wegen des Geburtenrückgangs im zweiten Weltkrieg in diesem Jahrzehnt etwas langsamer erfolgen dürften. Dennoch wird es 2010 doppelt so viele ältere Menschen (69 Millionen) wie 1960 (34 Millionen) geben. Von den 69 Millionen werden 40 Millionen Frauen sein.

In den nächsten fünfzehn Jahren wird die Zahl der über 65-Jährigen um 22 % steigen. In Irland, Luxemburg, den Niederlanden und Finnland wird der Anstieg mehr als 30 % betragen. In Belgien, Spanien, Portugal und dem Vereinigten Königreich wird er weiterhin unter 20 % bleiben.

Stärkstes Bevölkerungswachstum bei den „sehr Alten“

Die Bevölkerung im Alter ab 80 Jahre wird in den nächsten fünfzehn Jahren sogar noch schneller wachsen: EU-weit wird die Zahl der „sehr Alten“ um fast 50 % auf über 20 Millionen ansteigen (darunter 13 Millionen Frauen). In Griechenland wird mit einem Anstieg von sage und schreibe 70 % gerechnet. In krassem Gegensatz dazu wird das Wachstum in Dänemark und Schweden sehr gering ausfallen (unter 10 %).

Erwähnenswert ist, dass auch die Bevölkerung der Altersgruppe 55-64 Jahre in den nächsten fünfzehn Jahren beträchtlich zunehmen wird (um etwa 20 %), wobei in Frankreich, Irland, Luxemburg und den Niederlanden mit einem Zuwachs von mehr als 40 % gerechnet wird. Lediglich in Deutschland und Italien wird der Anstieg weniger als 10 % betragen, obwohl die Zahl der Personen dieser Altersgruppe in den nachfolgenden Jahren auch dort stark zunehmen wird. Siehe dazu auch Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8).

Schwindende „demografische“ Unterstützung für die älteren Bürger

1990 machte die Bevölkerung von EU-15 im Alter von 65 Jahren und darüber 22 % der Gruppe aus, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (15-64 Jahre). Bis 2000 stieg der Altersbelastungsquotient auf 24 % an. Für alle Mitgliedstaaten wird bis 2010 mit einer Erhöhung dieses Quotienten gerechnet (EU -Durchschnitt 27 %), obwohl das Ausmaß des Anstiegs in den einzelnen Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede aufweisen dürfte. In Griechenland, Deutschland und Italien wird die Veränderung am stärksten ausfallen: Bis 2010 wird für alle drei Länder ein Quotient von ungefähr 30 % vorausgesagt. Währenddessen wird Irland weiterhin den niedrigsten Anteil an alten Menschen im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufweisen (17 %).

Durchschnittlich 45 % der „sehr Alten“ werden 2010 allein leben

Ungefähr ein Drittel (32%) der älteren Bevölkerung der Europäischen Union (im Alter von 65 Jahren und darüber) wird im Jahr 2010 allein leben. Mehr als die Hälfte (54 %) lebt mit einem Partner zusammen (in einem Haushalt, zu dem auch Kinder oder Erwachsene gehören können). Der restliche Teil wohnt bei seinen Kindern (oder anderen Verwandten/Freunden) oder in einem Heim bzw. einer anderen Einrichtung. Es liegt jedoch auf der Hand, dass der Bedarf an Unterbringung und Pflege mit zunehmendem Alter beträchtlich zunimmt. Daher sollten die älteren Menschen nicht in einer einzigen Altersgruppe zusammengefasst werden. Während 63 % der Menschen im Alter von 65-79 Jahren immer noch mit einem Partner zusammenleben, trifft dies nur auf 31 % der „sehr alten“ Menschen (80 Jahre und darüber) zu. Die „sehr Alten“ leben weiterhin tendenziell eher allein (45 %), in einem Gemeinschaftshaushalt (10 %) oder bei ihren Kindern/sonstigen Verwandten/Freunden (14 %). Es bestehen beträchtliche länderspezifische Unterschiede, insbesondere was den Anteil der „sehr alten“ Menschen anbelangt, die ohne Partner, aber bei ihren Kindern oder sonstigen Verwandten/Freunden leben: Während in Spanien und Portugal 30 % oder mehr Angehörige dieser Altersgruppe diese Form potenzieller Unterstützung erhalten, sind es in Dänemark, den Niederlanden und Schweden weniger als 5 %. In Dänemark und Schweden leben mehr als 60 % der Personen im Alter von 80 Jahren und darüber allein.

Politischer Hintergrund

In ihrer Mitteilung "Ein Europa für alle Altersgruppen – Wohlstand und Solidarität zwischen den Generationen" (KOM(1999) 221 endg.) gelangte die Kommission zu folgendem Schluss: "Die Größenordnung des demografischen Wandels an der Schwelle zum 21. Jahrhundert bietet der Europäischen Union die Chance und zwingt ihr gleichzeitig die Notwendigkeit auf, die veraltete Seniorenpolitik zu ändern. Sowohl vor als auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, in der zweiten Lebenshälfte einen größeren gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Die Fähigkeiten älterer Menschen bilden ein gewaltiges Leistungsreservoir, das bisher nur unzureichend erkannt und genutzt wird. Eine angemessene Gesundheits- und Pflegepolitik sowie entsprechende Dienstleistungen können die Abhängigkeit im Alter vermeiden, hinauszögern und minimieren. Darüber hinaus wird der Bedarf an derartigen Dienstleistungen neue Arbeitsplätze schaffen." Die Kommission wird die Möglichkeiten für neue horizontale Gemeinschaftsprogramme auf der Grundlage der Artikel 13, 129 und 137 des EG-Vertrags untersuchen, mit denen älteren Menschen, die von Diskriminierung, Arbeitslosigkeit oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind, geholfen werden könnte. Darüber hinaus wird das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Union im Bereich der Forschung gemäß Artikel 166 des Vertrags europäische Forschungsmittel dazu einsetzen, die Lebensqualität, Unabhängigkeit und soziale Integration älterer Menschen zu verbessern. Außerdem ist die Kommission dabei, ihren Entwurf für den gemeinsamen Bericht darüber, wie die Beteiligung der Arbeitskräfte erhöht und aktives Altern gefördert werden kann, entsprechend der Forderung des Europäischen Rates von Stockholm im März 2001 zu verabschieden. Um die demografische Herausforderung einer alternden Bevölkerung, bei der die Menschen im erwerbsfähigen Alter einen immer geringeren Anteil stellen, zu bewältigen, vereinbarte der Europäische Rat von Stockholm ferner, ein EU-Ziel zur Erhöhung der durchschnittlichen

Beschäftigungsrate älterer Männer und Frauen (55-64 Jahre) auf 50% im Jahr 2010 festzulegen.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Bevölkerungsstatistik. Bevölkerungsszenarien ausgehend vom Jahr 1999 (Basisvariante) und Haushaltsszenarien ausgehend vom Jahr 1999 (Basisvariante).

Der Altersbelastungsquotient gibt Aufschluss über den prozentualen Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bevölkerung, Haushalte und Familien (3.2), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Altersversorgung (3.13), Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten (3.20), Bevölkerung (Anhänge II und IV)

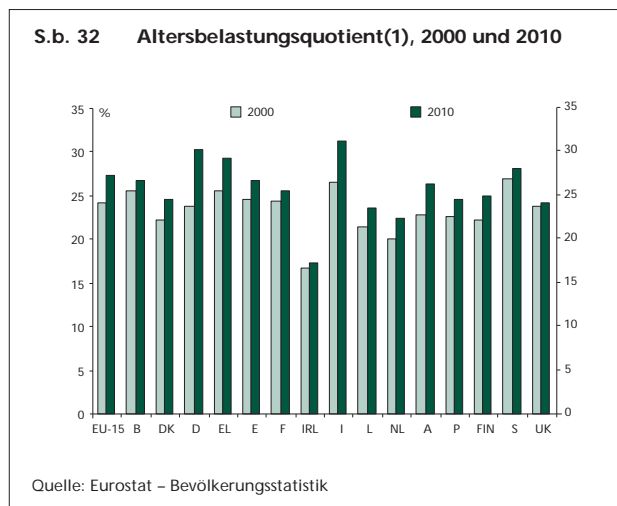
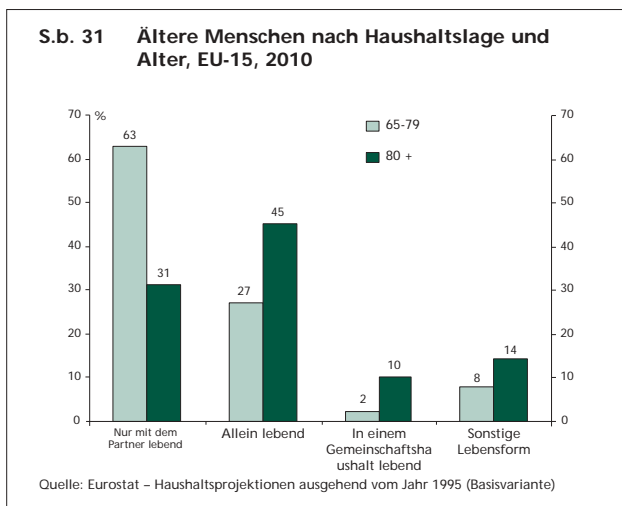
Literaturhinweise

- "Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung", Ausgabe 2001. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 2000 in Europa“, Nr. 15/2001. „Erste demografische Schätzungen für 2000“, Nr. 16/2000. Eurostat.
- "Ein Europa für alle Altersgruppen – Wohlstand und Solidarität zwischen den Generationen", KOM (99)221 endg. 1999.
- "Family Structure, Labour Market Participation and the Dynamics of Social Exclusion" (Familienstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und die Dynamik der sozialen Ausgrenzung), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000. „Social Strategies in Risk Societies – SOS-TRIS“ (Soziale Strategien in der Risikogesellschaft), Bericht der GD Forschung 1999.

Schlüsselindikator

Altersbelastungsquotient (1)	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
2000	24	26	22	24	26	25	24	17	27	21	20	23	23	22	27	24
2010	27	27	25	30	29	27	25	17	31	24	22	26	24	25	28	24

(1) Bevölkerung ab 65 Jahre im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 – 64 Jahre)
Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik



4

Wanderung und Asyl

Seit 1989 stellt die Nettozuwanderung die wichtigste Komponente der jährlichen Bevölkerungsentwicklung in der Union dar. Im Jahr 2000 betrug die jährliche Nettozuwanderungsquote 1,8 pro 1000 Einwohner, was rund 65 % des gesamten Bevölkerungswachstums entspricht. Rund 5% der EU -Bevölkerung sind Ausländer (3,4 % sind Staatsangehörige von Drittländern und 1,5 % Bürger der EU). 1999 wurden in den fünfzehn Mitgliedstaaten knapp über 400000 Asylanträge gestellt.

Wichtige Rolle der internationalen Wanderung für das Bevölkerungswachstum

Seit Mitte der achtziger Jahre hat die internationale Wanderung als wichtiger Faktor des Bevölkerungszuwachses rasch an Bedeutung gewonnen. In den vergangenen fünf Jahren trug sie zu diesem Zuwachs durchschnittlich 70 % bei. Derzeit handelt es sich um etwas mehr als 700 000 Personen pro Jahr. Ohne positive Nettozuwanderung wären die Einwohnerzahlen von Deutschland, Griechenland, Italien und Schweden rückläufig.

18 Millionen Ausländer in der EU, davon 13 Millionen Angehörige von Drittstaaten

Im Jahr 1999 lebten insgesamt rund 18 Millionen Ausländer in den fünfzehn Mitgliedstaaten, was 4,9 % der Gesamtbevölkerung entspricht. 1990 hatte dieser Wert 4,1 % betragen. In Belgien, Deutschland und Österreich ist der Ausländeranteil der Bevölkerung mit ungefähr 9 % beachtlich. Es folgen Frankreich und Schweden mit ungefähr 6 %. Luxemburg stellt einen Sonderfall dar; dort machen die Ausländer etwas mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Teilweise sind diese Unterschiede auf Unterschiede in der nationalen Gesetzgebung zum Erwerb der Staatsbürgerschaft zurückzuführen.

Rund ein Drittel (sechs Millionen Menschen) sind Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten, die übrigen zwei Drittel Staatsangehörige eines nicht zur Union gehörenden Landes. Belgien, Irland und Luxemburg sind die einzigen Länder, in denen die Zahl der Bürger anderer EU-Staaten höher ist als die der Nicht-EU-Bürger.

Die beiden größten Gruppen in der Union lebender Ausländer stellen türkische Staatsangehörige (rund 2,5 Millionen 1998) und Bürger der ehemaligen Republik Jugoslawien (rund 2 Millionen, davon 0,7 Millionen in Deutschland).

1999 waren rund 1,1 Millionen gemeldete Zuwanderer in der EU Nicht-EU-Bürger

Im Jahr 1999 wurde die Zahl der legalen Zuwanderer in den fünfzehn Mitgliedstaaten auf knapp über 2,0 Millionen geschätzt. Etwa 1,1 Millionen waren Staatsangehörige eines nicht zur EU gehörenden Landes. Die höchsten Zuwandererströme solcher Bürger verzeichnete Deutschland (539.000), gefolgt vom Vereinigten Königreich (177.000) und Italien (123.000 im Jahr 1997).

352 500 Asylanträge in der EU im Jahr 1999

Nach dem 1992 erreichten Höchstwert von 672.400 Asylanträgen sank deren Zahl in der EU bis 1996 auf 227.800. Seither ist die Tendenz wieder steigend. Im Jahr 1999 wurden in der EU schätzungsweise 352.500 Asylanträge gestellt, was gegenüber 1998 einen Anstieg um etwa 19 % bedeutet.

Den größten Zuwachs (zwischen 1998 und 1999 in absoluten Zahlen) gab es im Vereinigten Königreich (+25.100) und in Belgien (+13.800). Finnland, Luxemburg, Spanien, Irland, Belgien und das Vereinigte Königreich verzeichneten einen starken relativen Anstieg (über 50 %), der weitgehend auf den verhältnismäßig starken Zustrom von Personen aus der früheren Republik Jugoslawien zurückzuführen war.

1999 wurden in Deutschland die meisten Anträge eingereicht (95.100), gefolgt vom Vereinigten Königreich (71.200), den Niederlanden (39.300), Belgien (35.700) und Frankreich (30.900). Die höchsten Asylantragsquoten - gemessen an der Gesamtbevölkerung - verzeichneten Belgien (3,5 Antragsteller pro 1000 Einwohner), Österreich (2,5), die Niederlande (2,5) und Irland (2,1); (hiervon ausgenommen ist Luxemburg mit 6,8 Anträgen pro 1000 Einwohner, obwohl die Gesamtzahl der Anträge unter 3.000 lag).

Politischer Hintergrund

Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde ein neuer Titel IV (Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr) in den EG-Vertrag aufgenommen. Er regelt die folgenden Bereiche: freier Personenverkehr, Kontrolle der Außengrenzen, Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Staatsangehörigen dritter Länder, justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen und Zusammenarbeit in Verwaltungsangelegenheiten.

Damit begründet der Vertrag von Amsterdam die Zuständigkeit der Gemeinschaft in den Bereichen Einwanderung und Asyl. Der Europäische Rat forderte auf seiner Tagung in Tampere im Oktober 1999 die Entwicklung einer gemeinsamen Politik der EU in diesen Bereichen, die fol-

gende Elemente enthält: Partnerschaft mit Herkunftsländern, ein gemeinsames Europäisches Asylsystem, gerechte Behandlung von Drittstaatenangehörigen und Steuerung der Migrationsströme. Ein detailliertes Aktionsprogramm wird im "Anzeiger der Fortschritte bei der Schaffung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union" (halbjährliche Aktualisierung, KOM(2001) 628) dargelegt. Die Kommission hat bereits Vorschläge für ein gemeinsames Asylverfahren (KOM(2000) 755endg.) und einen einheitlichen Status (KOM(2001) 710endg.) sowie für eine Migrationspolitik der Gemeinschaft (KOM(2000) 757 und KOM(2001) 387) und eine Reihe von Richtlinien zur Festlegung des rechtlichen Rahmens vorgelegt, denen weitere folgen werden.

Darüber hinaus werden Wanderung und Asyl gemäß dem Vertrag von Amsterdam vom dritten Pfeiler

(Regierungszusammenarbeit) auf den ersten Pfeiler (Gemeinschaft) verschoben, wobei Entscheidungen in diesen Bereichen durch Gemeinschaftsinstrumente wie Richtlinien geregelt werden.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Migrationsstatistik.

Unter Bevölkerungswachstum versteht man den relativen Zuwachs der Gesamtbevölkerung pro 1000 Einwohner während des/der betreffenden Jahres/Jahre. Der Anstieg der Gesamtbevölkerung setzt sich aus dem natürlichen Zuwachs (Lebendgeburten abzüglich Sterbefälle) und der Nettozuwanderung zusammen. Die Nettozuwanderung wird anhand der Differenz zwischen Bevölkerungsentwicklung und natürlichem Zuwachs geschätzt (bereinigte Nettozuwanderungsrate pro 1000 Einwohner).

Die Gesamtzuwanderung umfasst die Zuwanderung von EU-Bürgern und Drittstaatenangehörigen. Die einzelnen Mitgliedstaaten wenden unterschiedliche Definitionen von Migration an. Oft stützen sich die Statistiken auf eine Person, die sich als Bewohner eines anderen Landes anmeldet, oder auf eine bekundete Absicht, über einen bestimmten Zeitraum hinaus in einem Land zu verbleiben (in der Regel zwölf Monate oder länger).

Einige Familienangehörige werden in einigen Ländern einbezogen, in anderen ausgeschlossen. Das Gleiche gilt für

Wiederholungsanträge. Einzelheiten sind in der Tabelle „Asylanträge“ im Teil „Bevölkerung“ in Anhang II enthalten.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bevölkerung, Haushalte und Familien (3.2), Bevölkerung (Anhänge II und IV)

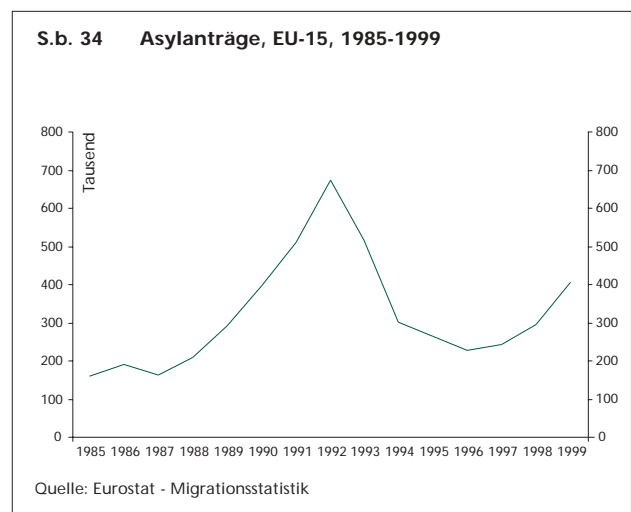
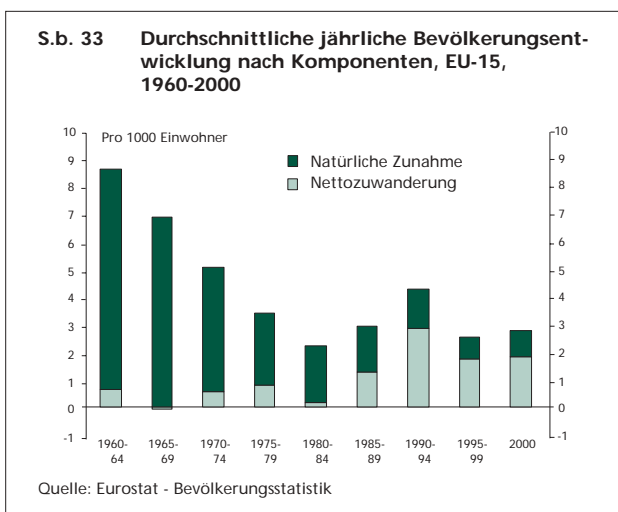
Literaturhinweise

- "Europäische Sozialstatistik – Wanderung", Ausgabe 2001. Eurostat.
- "Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung, Ausgabe 2001. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten für 2000 in Europa“, Nr. 15/2001. Eurostat.
- "Patterns and trends in international migration in Western Europe", (Muster und Trends der internationalen Wanderung in Westeuropa), 2000. Eurostat.
- "Migrants' insertion in the informal economy, deviant behaviour and the impact of receiving societies", (Eingliederung von Migranten in die Schattenwirtschaft, abweichendes Verhalten und Auswirkungen auf die aufnehmende Gesellschaft), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Nettozuwanderungsquote (pro 1000 Einwohner)																
2000	2,0	1,6	1,8	2,5	2,1	1,0	0,8	5,3	2,0	10,9	2,8	2,4	1,0	0,7	1,5	2,8
Durchschnittliche jährliche Nettozuwanderungsquote																
1995-99	1,8	1,1	3,0	2,5	1,9	1,1	0,7	4,3	2,1	10,0	2,0	1,0	1,1	0,8	1,1	2,0
1990-94	2,9	1,9	2,0	7,0	5,7	0,4	1,3	-0,4	1,9	10,5	2,7	7,5	-1,3	1,8	3,7	1,3

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik



5

Bildungsabschlüsse

Das Bildungsniveau der Bevölkerung ist in den letzten dreißig Jahren beträchtlich gestiegen, insbesondere bei den Frauen. Heute haben mehr als 76 % der jungen Menschen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren in der Union einen Abschluss des Sekundarbereichs II. Gleichzeitig verlassen jedoch 20 % der 18 – 24-Jährigen das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss des Sekundarbereichs I.

Die junge Generation ist besser gebildet

Ein Vergleich der gegenwärtigen Absolventen des Bildungssystems mit früheren Generationen ermöglicht es, die Entwicklung des Bildungsniveaus über einen langen Zeitraum von etwa dreißig Jahren zu verfolgen. Im Jahr 2000 hatten 76 % der Jugendlichen in der Altersgruppe von 25-29 Jahren zumindest die Sekundarbereich II abgeschlossen (GCE „A-Levels“, Baccalauréat, Abitur oder gleichwertiger Abschluss). In der Altersgruppe 50-64 Jahre traf dies nur auf 51 % der Personen zu. Im Allgemeinen weisen die nördlichen Mitgliedstaaten ein höheres Bildungsniveau auf: Zwischen 83 % und 90 % der jungen Menschen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren in den drei nordischen Ländern, Deutschland, Österreich und dem Vereinigten Königreich haben einen Abschluss, der über den Pflichtschulabschluss hinausgeht. In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal ist das Bildungsniveau nach wie vor am niedrigsten, wobei dort jedoch in den letzten dreißig Jahren die größten Fortschritte erzielt wurden. In diesen Ländern ist der Anteil derjenigen, die zumindest die Sekundarbereich II abgeschlossen haben, in der jüngsten Generation mehr als zwei- oder dreimal so hoch wie in der ältesten. Die Folge ist, dass die Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Mitgliedstaaten geringer werden.

Seit ungefähr dreißig Jahren sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bildungsniveau unionsweit zurückgegangen (in der jüngeren Generation haben die Frauen die Männer sogar leicht überholt): Während 77 % der jungen Frauen in der EU in der Altersgruppe von 25-29 Jahren einen Abschluss besitzen, der über den Pflichtschulabschluss hinausgeht (im Vergleich zu 75 % der Männer), haben nur 45 % der Frauen in der Altersgruppe von 50-64 Jahren eine derartige Qualifikation (im Vergleich zu 57 % der Männer der gleichen Altersgruppe). Zu den Daten für die einzelnen Mitgliedstaaten siehe Anhang II.

Fast jeder fünfte Schulabgänger besitzt nur einen Abschluss der Sekundarbereich I

Obwohl das Bildungsniveau weiter steigt, weisen 20 % der 18-24-Jährigen in der Union am Ende ihrer Ausbildung keinen Abschluss auf, der über die Sekundarstufe I hinausgeht (was in allen Mitgliedstaaten gleichbedeutend mit dem Pflichtschulabschluss ist). In Spanien (28 %), Italien (29 %) und Portugal (43 %) ist der Anteil der jungen Menschen mit geringer Qualifikation am höchsten. In nahezu allen Mitgliedstaaten gehören Frauen (EU – Durchschnitt 17 %) seltener als Männer (EU-Durchschnitt 22 %) zu dieser Gruppe.

Um die vorstehend genannten Zahlen im richtigen Kontext zu sehen, ist ein Blick auf den Beschäftigungsstatus der 18-24-

Jährigen hilfreich. EU-weit befinden sich schätzungsweise 50 % dieser Altersgruppe in einer allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahme (16 % verbinden Ausbildung und Beschäftigung miteinander), wobei davon ausgegangen werden kann, dass die Mehrzahl von ihnen zumindest die Sekundarstufe II abgeschlossen hat. Für die Union als Ganzes ergibt sich alles andere als ein homogenes Bild, was an den Unterschieden in den Bildungssystemen, der Ausbildungsdauer, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Chancen für Jugendliche ohne Arbeitserfahrung usw. liegt. Siehe dazu auch Jugendarbeitslosigkeit (3.10).

Eine höhere Qualifikation verringert das Risiko, arbeitslos zu werden ...

Allgemein lässt sich feststellen, dass eine höhere Bildung die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten verringert, wenn auch in unterschiedlichem Maße. In EU-15 lag die Arbeitslosenquote bei Personen mit Hochschulabschluss im Jahr 2000 bei 4 %, während sie bei denjenigen, die nicht über die Sekundarstufe I hinausgekommen waren, 11 % betrug.

... erhöht das Einkommen ...

Aus den Zahlen geht auch hervor, dass Personen mit höherer Qualifikation zumeist höhere Einkommen beziehen. Im Durchschnitt betrug das Äquivalenzeinkommen von Personen mit Pflichtschulabschluss 90 % des nationalen Medians, bei Personen mit Hochschulabschluss dagegen 147 %. Am größten waren die Unterschiede zwischen den Personen mit niedrigster und höchster Qualifikation in Irland (82 % gegenüber 185 %) und Portugal (92 % gegenüber 287 %) und am geringsten in Dänemark (88 % gegenüber 117 %) und Deutschland (95 % gegenüber 124 %).

Wie die Zahlen außerdem belegen, liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mitglied eines Haushalts mit hohem Bildungsniveau (d.h. mindestens ein Mitglied hat einen Hochschulabschluss) auf Dauer in einem einkommenschwachen Haushalt lebt, bei lediglich 3 %; bei Personen aus Haushalten mit niedrigem Bildungsniveau dagegen bei 12 % (d.h. alle Mitglieder waren nicht über den Pflichtschulabschluss hinausgekommen).

... und eröffnet größere Weiterbildungsmöglichkeiten

Unionsweit haben Erwachsene um so größere Weiterbildungsmöglichkeiten, je höher ihr Bildungsniveau ist. Siehe dazu auch Lebenslanges Lernen (3.6).

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Titel XI, Kapitel 3, Art. 149 Absatz 1) heißt es: „Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die

Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und [deren] Tätigkeit ... erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“ Art. 150 Absatz 1 besagt: „Die Gemeinschaft führt eine Politik der beruflichen Bildung durch, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten ... unterstützt und ergänzt.“

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Qualität ihrer Bildungs- und Ausbildungssysteme sowie die einschlägigen Lehrpläne zu verbessern, um jungen Menschen die grundlegenden Qualifikationen zu vermitteln, die auf dem Arbeitsmarkt verlangt werden und für eine Teilnahme am lebenslangen Lernen erforderlich sind, um dem Analphabetentum bei Jugendlichen und Erwachsenen entgegen zu wirken und die Zahl der Schulabbrecher spürbar zu verringern (als gemeinsames Ziel wurde die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher zwischen 18 und 24 Jahren bis 2010 festgelegt), um günstigere Bedingungen zu schaffen für einen besseren Zugang von Erwachsenen - einschließlich der im Rahmen atypischer Arbeitsverträge Beschäftigten - zum lebenslangen Lernen und den Anteil der erwachsenen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (also der 25- bis 64 - Jährigen), die zu einem bestimmten Zeitpunkt an allgemeinen und berufsbildenden Maßnahmen teilnehmen, anzuheben. Zur Förderung von Mobilität und lebenslangem Lernen sollten die Mitgliedstaaten für Verbesserungen bei der Anerkennung von Befähigungsnachweisen und erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten sorgen (Leitlinie Nr. 4).

Gemäß den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Qualität ihrer Bildungs- und Ausbildungssysteme zu verbessern und lebenslanges Lernen zu fördern, um jungen Menschen die grundlegenden Fertigkeiten einschließlich IT- und Sprachfertigkeiten zu vermitteln, dem Analphabetentum entgegen zu wirken und die Zahl der Schulabbrecher beträchtlich zu verringern (als gemeinsames Ziel wurde die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher zwischen 18 und 24 Jahren bis 2010 festgelegt), den Zugang der Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter (24-64 Jahre) zu lebenslangem Lernen zu verbessern und die Beteiligung an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen zu erhöhen und dazu Ziele festzulegen. Zur Förderung von Mobilität und lebenslangem Lernen sollten die Mitgliedstaaten für Verbesserungen bei der Anerkennung von Befähigungsnachweisen, erworbenen Kenntnissen und Fertigkeiten sorgen (Leitlinie Nr. 4 - „Fähigkeiten und lebenslanges Lernen“).

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union und Verdienststrukturstatistik.

Die Definition des Bildungsniveaus erfolgt gemäß ISCED (Internationale Standardklassifikation im Bildungswesen – Fassung UNESCO 1997). Schulabgänge vor Abschluss der Sekundarstufe II entsprechen ISCED 0-2, abgeschlossene Sekundarstufe II ISCED 3-4 (einschließlich Post-Sekundarbildung ohne Hochschulbildung) und Hochschulbildung ISCED

5-6. Die Vollzeitschulpflicht in allen Mitgliedstaaten beinhaltet ISCED 2. In Belgien, Deutschland und den Niederlanden gibt es bis zum Alter von 18 Jahren eine Pflichtzeitzeit ISCED-3-Ausbildung. Der Schlüsselindikator zeigt den Anteil der 18-24-Jährigen, die das Bildungssystem mit einer niedrigen Qualifikation verlassen haben, an der Gesamtbevölkerung der Altersgruppe 18-24.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Lebenslanges Lernen (3.6), Beschäftigung (3.79, Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Arbeitslosigkeit (3.9), Jugendarbeitslosigkeit (3.10), Allgemeine und berufliche Bildung (Anhänge II und IV).

Literaturhinweise

- "Bildung in der Europäischen Union – Statistiken und Indikatoren 1999", 2000, Eurostat.
- "Schlüsselzahlen zum Bildungswesen – 1999/2000", 1999, Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur/Eurostat.
- „The transition from education to working life: Key data on vocational training in the European Union“ (Von der Schule zum Berufsleben: Schlüsselzahlen zur beruflichen Bildung in der Europäischen Union), 2001, GD Bildung und Kultur, Eurostat und Cedefop (Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung)
- „Young People’s training: Key data on vocational training in the European Union“ (Ausbildung junger Menschen: Schlüsseldaten zur beruflichen Ausbildung in der Europäischen Union), 1999, GD Bildung und Kultur, Eurostat und Cedefop.
- "Beschäftigung in Europa 2001". Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten.
- "Education for the twenty-first century: issues and prospects", ("Bildung im 21. Jahrhundert: Themen und Chancen"), 1998, UNESCO-Veröffentlichung.
- "An age of learning: vocational training policy at European level" (Ein Zeitalter des Lernens: Berufsbildungspolitik auf europäischer Ebene), 2000, Cedefop.
- "Living conditions in Europe, statistical pocketbook" (Lebensbedingungen in Europa – Statistiktaschenbuch), Ausgabe 2000, Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): Dauernde Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union", Nr. 13/2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Bildung in den Regionen der Europäischen Union“, Nr. 6/2001.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): "Schlüsseldaten zum Bildungsniveau in Europa in den 90er Jahren", Nr. 7/2001. Eurostat

Schlüsselindikator

Schulabbrecher, die nicht an einer Weiterbildungs- oder Berufsbildungsmaßnahme teilnehmen (Anteil der 18 – 24 Jährigen mit einem Abschluss geringer als Sekundarbereich II (ISCED 0-2) außerhalb des Bildungs- und Ausbildungssystems)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
2000	20*	12	12	15	17	28	13	19	29	17	17	11	43	10	8	:

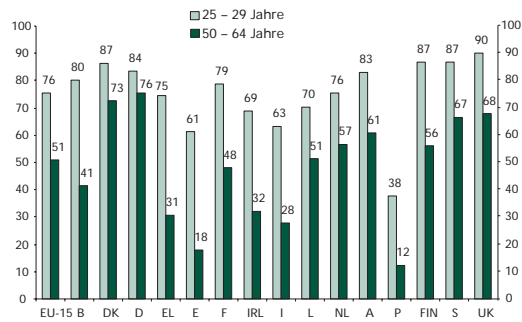
18 – 24-Jährige nach Beschäftigungsstatus (%), 2000

Innerh. des Bildungs- und Beschäft.ssystems	16	6	40	27	2	6	9	11	3	5	44	13	7	24	16	29
Innerh. des Bildungs- und außerh. des Beschäft.systems	35	47	23	29	42	46	48	32	35	49	19	28	37	29	42	19
Außerh. des Bildungs- und innerh. des Beschäft.systems	34	36	31	33	34	35	30	42	31	39	32	51	46	33	34	39
Weder im Bildungs- noch im Beschäft.system	15	11	6	11	22	14	14	14	32	7	5	8	10	13	8	13

Anmerkung: IRL, A – Daten für 1997.

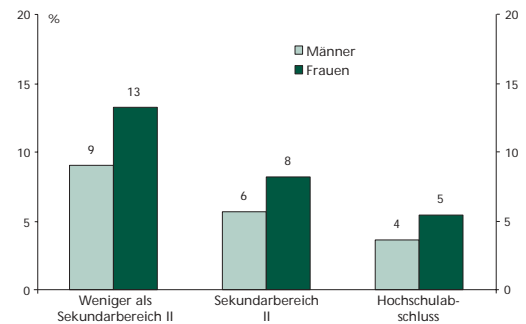
Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union

S.b. 35 Bevölkerungsanteil, der zumindest den Sekundarbereich II abgeschlossen hat, nach Altersgruppe, 2000



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.
 IRL: Daten für 1997. Anmerkung: UK – GCSE ‘O’-Abschlüsse sind in der Sekundarstufe II beinhaltet (ISCED 3).

S.b. 36 Arbeitslosenquoten der 25 – 59 Jährigen nach Geschlecht und Bildungsabschluss, EU-15, 2000



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union
 Anmerkung: UK – GCSE ‘O’-Abschlüsse sind in der Sekundarstufe II beinhaltet (ISCED 3).

6

Lebenslanges Lernen

Im Jahr 2000 hatten EU-weit 8 % der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren in den vier Wochen vor dem Stichtag an Bildungs-/Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen. Besonders verbreitet sind solche Bildungsmaßnahmen offenbar in den nordischen Ländern, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich. Älteren Menschen wird seltener eine Fortbildung zuteil als jüngeren. Personen mit einer höheren Qualifikation nehmen häufiger an solchen Maßnahmen teil als gering Qualifizierte.

Lebenslanges Lernen in den nordischen Ländern und im Vereinigten Königreich weiter verbreitet

Im Frühjahr 2000 gaben 8 % der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren an, dass sie in den vier Wochen vor der Befragung an Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung teilgenommen haben. Am höchsten ist die Beteiligung mit 16-22 % in den nordischen Ländern, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich. Die südlichen Mitgliedstaaten liegen durchweg unter dem EU-Durchschnitt. In Frankreich wurde ebenfalls ein niedriger Wert festgestellt, doch bezieht sich dieser dort auf einen anderen Bezugszeitraum (siehe dazu Methodische Anmerkungen).

Beträchtliche Unterschiede von Land zu Land bei der Teilnahme von Frauen

In der Europäischen Union insgesamt kommen Frauen mit 9 % etwas häufiger in den Genuss von allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen als Männer (8%). Besonders groß ist der Vorsprung der Frauen in Dänemark (24% gegenüber 18 %) und im Vereinigten Königreich (24% gegenüber 18%). In Belgien, Deutschland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich dagegen nehmen zumeist mehr Männer daran teil als Frauen.

Mehr Weiterbildung für junge und qualifizierte Menschen

EU-weit geht der Grad der Teilnahme an solchen Bildungsmaßnahmen mit zunehmendem Alter zurück: von 14 % bei Personen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren auf 3 % in der Altersgruppe 55-64 Jahre. Erwähnenswert ist jedoch, dass der Anteil der Personen in den älteren Altersgruppen, denen eine Fortbildung zuteil wird, in einigen Ländern verhältnismäßig hoch bleibt: rund 11-14 % in den älteren Altersgruppen in Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich.

Das Bildungsniveau hat ebenfalls Einfluss auf die Chancen für eine Teilnahme von Personen der Altersgruppe von 25-64 Jahren am „lebenslangen Lernen“: 16 % der Hochschulabsolventen nahmen an einer Weiterbildung teil, aber nur 2 % der untersten Bildungsstufe.

Beträchtliche Altersunterschiede bei den Hochschulstudenten

Eine andere Möglichkeit zur Ermittlung des „lebenslangen Lernens“ besteht darin, den Anteil der Hochschulstudenten im Alter von 30 Jahren und darüber zu betrachten. Im Jahr 1998 waren rund 2,1 Millionen Hochschulstudenten in der Union mindestens 30 Jahre alt. Anders ausgedrückt stellte diese Altersgruppe 17 % aller Studenten in der Tertiärausbildung. In Dänemark (24 %), Deutschland (23 %), Österreich (22 %), Finnland (27 %), Schweden (31 %) und dem Vereinigten Königreich ist dieser Anteil erheblich höher.

Staatliche Bildungsausgaben: 5,0 % des BIP der EU

Auch wenn die Investitionen in die Bildung von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst werden (z.B. vom Beteiligungsgrad oder der Dauer der Ausbildungsgänge), gibt doch der Anteil des Volkvermögens, der für Bildungszwecke eingesetzt wird, Aufschluss über die Bedeutung, die die jeweiligen Regierungen der Bildung beimessen. Die öffentlichen Mittel, die zur Finanzierung sämtlicher Bildungsebenen eingesetzt wurden (ohne private Aufwendungen), entsprachen 1999 im Durchschnitt ungefähr 5,0 % des BIP der Union. Die staatlichen Aufwendungen für die Bildung können von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen und reichen von 3,7 % des BIP in Griechenland bis zu 7,7 % in Schweden und 8,0 % in Dänemark. Die Aufteilung der Bildungshaushalte auf die Bildungsebenen folgte einem einheitlicheren Muster, wobei auf die Primarstufe und die Hochschulausbildung im Durchschnitt jeweils rund 1,0 % des BIP entfielen und auf die Sekundarstufe 2,5 %.

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Titel XI, Kapitel 3, Art. 150 Absatz 2) heißt es: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele ... Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung ...; Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen.“

Die Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 beinhalten zum erstenmal eine horizontale Leitlinie (Leitlinie B), in der „umfassende und kohärente nationale Strategien für das lebenslange Lernen“ gefordert werden. Kurzum, die Leitlinie B fordert die Mitgliedstaaten auf, umfassende, kohärente Strategien für das lebenslange Lernen zu entwickeln, die alle verschiedenen Bildungs- und Ausbildungssysteme erfassen, um die Beschäftigungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit zu verbessern und die Teilhabe an der wissensgestützten Gesellschaft zu erhöhen. Dies beinhaltet die gemeinsame Übernahme der Verantwortung durch alle Hauptakteure und

besondere Maßnahmen der Sozialpartner zur Aushandlung und Vereinbarung von Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für Erwachsene, um die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen. Die Mitgliedstaaten sollten nationale Zielvorgaben für eine Erhöhung der Investitionen in die Humanressourcen sowie für die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen festlegen und die Fortschritte auf dem Weg zur Erfüllung der Zielvorgaben regelmäßig überprüfen.

In der Leitlinie 3 werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, eine Politik des aktiven Alterns zu entwickeln, indem sie positive Maßnahmen beschließen, die darauf abstellen, die Arbeitsfähigkeit und Qualifikationen älterer Arbeitnehmer zu erhalten, flexible Arbeitsmodelle einführen und Arbeitgeber für das Potenzial älterer Arbeitskräfte sensibilisieren. Sie sollten die Steuer- und Sozialleistungssysteme mit dem Ziel überprüfen, negative Anreize abzubauen und es für ältere

Arbeitnehmer attraktiver zu machen, weiterhin am Arbeitsmarkt teilzunehmen.

In der Leitlinie 15 werden die Sozialpartner aufgefordert, gegebenenfalls Vereinbarungen zum lebenslangen Lernen zu treffen, um Anpassungsfähigkeit und Innovation zu fördern.

Der Europäische Rat von Lissabon vom März 2000 nannte vier Kernbereiche einer aktiven Beschäftigungspolitik. Einer dieser Bereiche lautete: "Aufwertung des lebenslangen Lernens als Grundbestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells, indem unter anderem Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern über Innovation und lebenslanges Lernen gefördert werden, indem die positive Wechselwirkung von lebenslangem Lernen und Anpassungsfähigkeit durch flexible Gestaltung der Arbeitszeiten und den Wechsel zwischen Ausbildung und Beschäftigung nutzbar gemacht wird und indem eine europäische Auszeichnung für besonders progressive Unternehmen eingeführt wird. Für die Fortschritte im Hinblick auf diese Ziele sollten Benchmarks geschaffen werden". In den Schlussfolgerungen von Lissabon werden verstärkte Investitionen in menschliche Ressourcen gefordert.

Wie in Abschnitt 4.1.1.1 der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) betont wird, müssen sich die Bemühungen darauf konzentrieren, "die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und Qualifikationslücken zu verringern, insbesondere dadurch, dass lebenslanges Lernen und ‚e-Learning‘ sowie die wissenschaftliche und technologische Bildung gepflegt werden; Erziehungs- und Ausbildungssysteme müssen so weiterentwickelt und verbessert werden, dass sie der Strategie des lebenslangen Lernens Rechnung tragen."

In der Mitteilung der Kommission "Einen Europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen" (KOM(2001)678 endg. vom 21.11.2001) werden Vorschläge zur Verbesserung der Beteiligung von Europäern an Maßnahmen im Rahmen des lebenslangen Lernens aufgeführt.

Im Jahr 2001 wurde in Stockholm ein Bericht des Bildungsrats an den Europäischen Rat über „Die konkreten künftigen Ziele der Bildungs- und Ausbildungssysteme“ vorgelegt. Darin haben die Bildungsminister folgende konkrete strategischen Ziele verabschiedet: Erhöhung der Qualität und Leistungsfähigkeit der Bildungs- und Ausbildungssysteme in der Europäischen Union, Erleichterung des Zugangs aller zu Bildungs- und Ausbildungssystemen, Öffnung der Bildungs- und Ausbildungssysteme für einen größeren Kreis. Diese gemeinsamen Ziele stellen für die Mitgliedstaaten eine Grundlage dar, auf europäischer Ebene in den nächsten zehn Jahren zusammenzuarbeiten, um zur Erreichung der in Lissabon, insbesondere im Zusammenhang mit den Luxemburg- und Cardiff-Prozessen, umrissenen Ziele beizutragen.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union und UOE (UNESCO, OECD und Eurostat) Fragebögen zur Bildungsstatistik (Daten zu den staatlichen Bildungsausgaben).

Zwar wurden vorstehend einige statistische Informationen zum "Lebenslangen Lernen" (LLL) vorgestellt, doch ist der Begriff des LLL sehr umfassend, und seine Untersuchung erfordert klare Aussagen zu den Themen, denen vorrangig auf den Grund gegangen werden soll. Darüber hinaus lassen sich einige Aspekte einfach nicht messen. Die statistischen

Informationen müssen deshalb durch Kontextinformationen ergänzt werden. Eurostat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich unter anderem mit den Prioritäten des LLL und deren operationeller Aufbereitung für den Bedarf der Statistik befassen soll. Ihren endgültigen Bericht hat sie im Februar 2001 vorgestellt. In dem Bericht wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Wissensbasis über lebenslanges Lernen auf der Ebene des Einzelnen zu verbessern, und es wird eine EU-Erhebung über Erwachsenenbildung im Jahr 2003 vorgeschlagen.

Bei den meisten Mitgliedstaaten beziehen sich die Daten auf Personen, die in den vier Wochen vor der Befragung an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen haben. In Frankreich und Portugal muss die Bildungsmaßnahme zum Zeitpunkt der Befragung stattgefunden haben, um erfasst worden zu sein.

Die Bildungsausgaben für Frankreich beinhalten nicht die französischen Übersee-Territorien.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Beschäftigung (3.7), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Arbeitslosigkeit (3.9), Bildung und Ausbildung (Anhänge II und IV)

Literaturhinweise

- "Bildung in der Europäischen Union – Statistiken und Indikatoren 1999", 2000, Eurostat.
- "Schlüsselzahlen zum Bildungswesen – 1999/2000", 1999, Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur/Eurostat.
- „The transition from education to working life: Key data on vocational training in the European Union“ (Von der Schule zum Berufsleben: Schlüsselzahlen zur beruflichen Bildung in der Europäischen Union), 2001, GD Bildung und Kultur, Eurostat und Cedefop (Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung“)
- „Young People’s training: Key data on vocational training in the European Union“ (Ausbildung junger Menschen: Schlüsselzahlen zur beruflichen Ausbildung in der Europäischen Union), 1999, GD Bildung und Kultur, Eurostat und Cedefop
- "Beschäftigung in Europa 2001". Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten.
- "Education for the twenty-first century: issues and prospects", ("Bildung im 21. Jahrhundert: Themen und Chancen"), 1998, UNESCO-Veröffentlichung.
- "An age of learning: vocational training policy at European level" (Ein Zeitalter des Lernens: Berufsbildungspolitik auf europäischer Ebene), 2000, Cedefop.
- "Living conditions in Europe, statistical pocketbook" (Lebensbedingungen in Europa – Statistiktaschenbuch), Ausgabe 2000, Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): Bildung junger Europäer – Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den PHARE-Ländern“, Nr. 14/2000. „Staatliche Bildungsausgaben in der EU im Jahr 1997“, Nr. 8/2000. Eurostat
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Bildung in den Regionen der Europäischen Union“, Nr. 6/2001.
- „Einen Europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“, KOM(2001) 678 endg. vom 21.11.2001.

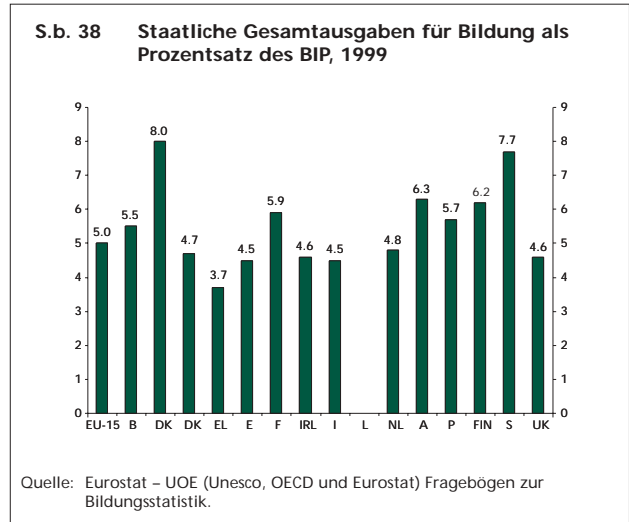
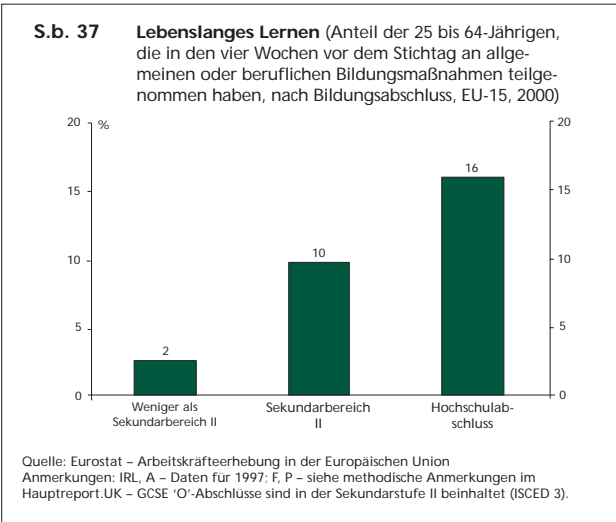
Schlüsselindikator

Lebenslanges Lernen (Teilnahme von Erwachsenen an Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung)

Anteil der 25 bis 64 Jährigen, die in den vier Wochen vor dem Stichtag an Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildungsmaßnahmen teilgenommen haben (%)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Insgesamt, 25-64	8	7	21	5	1	5	3*	5*	5	5	16	8*	3*	20	22	21
25-34	14	11	30	13	3	12	7	9	11	8	24	14	8	27	28	25
35-44	8	8	22	5	0	3	2	5	4	5	17	8	3	22	23	23
45-54	6	5	18	3	0	2	1	3	3	4	11	5	1	19	19	19
55-64	3	2	11	1	0	1	0	1	1	1	6	2	0	8	14	13

Anmerkung: IRL, A – Daten für 1997; F, P – siehe methodische Anmerkungen.
Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.



7 Beschäftigung

Im Jahr 2000 waren in der Union schätzungsweise 166 Millionen Menschen erwerbstätig, über 10 Millionen mehr als im Jahr 1995. Das entspricht einer jährlichen Zunahme um etwa 1,3 %. Im Jahr 2000 stieg die Beschäftigung um 1,7 %. Die Beschäftigungsquote für die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren lag 2000 bei 63,2 %.

Beachtliches Beschäftigungswachstum in nahezu allen Mitgliedstaaten

Im Jahr 2000 waren in der Union schätzungsweise 166 Millionen Menschen erwerbstätig, über 10 Millionen mehr als 1995. Absolut gesehen war der größte Anstieg der Beschäftigtenzahlen in Spanien (+ 2,1 Millionen) und dem Vereinigten Königreich (+ 1,7 Millionen) zu verzeichnen. Verglichen mit dem Jahr davor stieg die Beschäftigung in der Union um 1,7 %, die größte Zunahme in den letzten zehn Jahren. Obwohl im Jahr 2000 die Beschäftigung in allen Mitgliedstaaten zugenommen hat, war in vielen der Anstieg geringer als im Jahr zuvor. In den drei großen Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Italien war der Beschäftigungsanstieg jedoch höher als ein Jahr zuvor. Irland verzeichnete das bei weitem höchste Wachstum (rund 5 %). In Spanien, Frankreich, den Niederlanden, Schweden, Portugal und Finnland lag die Zunahme der Beschäftigung ebenfalls über dem EU-Durchschnitt.

Beträchtlich erhöht hat sich in diesem Zeitraum (1995-2000) in der gesamten Union die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Im Gegensatz dazu gingen überall in der Union Arbeitsplätze im Agrarsektor zurück, außer im Vereinigten Königreich.

Beschäftigungsquote der EU noch immer niedriger als in den USA und Japan

2000 lag die Beschäftigungsquote der Bevölkerung der Altersgruppe 15-64 zwischen 54 % in Italien und 55 % in Spanien und 76 % in Dänemark. Der EU-Durchschnitt von 63 % liegt erheblich unter dem in den USA (74 %) und Japan (69 %). Der geschlechtsspezifische Unterschied in den Beschäftigungsquoten in der Union beträgt 18,5 Prozentpunkte (72,5 % bei Männern verglichen mit 54,0 % bei Frauen). Siehe dazu Beschäftigungssituation von Frauen (3.18).

67% aller Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungssektor

EU-weit sind 4 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, im Jagdwesen, in der Forstwirtschaft und der Fischerei, 29 % in der Industrie und die übrigen 67 % im Dienstleistungssektor tätig. Dieses Muster sieht in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Griechenlands (17 %) und Portugals (13 %), wo noch ein verhältnismäßig hoher Bevölkerungsanteil in der Landwirtschaft, im Jagdwesen, in der Forstwirtschaft und der Fischerei tätig ist, recht ähnlich aus. Das erklärt vielleicht teilweise auch den recht hohen Anteil der Selbständigen in diesen beiden Ländern: 32 % bzw. 23 % verglichen mit einem Durchschnitt von 14 % für die gesamte Union. Generell verzeichnet Griechenland jedoch die höchsten Selbständigenquoten in allen Bereichen. Es gibt Unterschiede zwischen den Geschlechtern, da 81 % der beschäftigten Frauen im Dienstleistungssektor, aber nur 15 % in der Industrie arbeiten.

Innerhalb der Mitgliedstaaten ist zumeist in den Hauptstadtregionen der höchste Anteil an Beschäftigten des Dienstleistungssektors zu verzeichnen: Im Jahr 2000 waren das Inner-London (87 % aller Beschäftigten) im Vereinigten Königreich, Brüssel-Hauptstadt (86 %) in Belgien, Stockholm (85 %) in Schweden, Ile de France (80 %) in Frankreich, das Latium (77 %) in Italien, Berlin (78 %), aber auch Hamburg (78%) in Deutschland, Wien (77 %) in Österreich und Attika (74 %) in Griechenland.

Zahl der Teilzeitbeschäftigten steigt weiter

Die übliche Vollzeitbeschäftigung geht in der EU offenbar zurück. Teilzeitarbeit, eine Verkürzung und mitunter Polarisierung der Arbeitsstunden – wobei die Beschäftigten von der üblichen Arbeitswoche abgehen und entweder verkürzt oder auch länger arbeiten – und Zeitarbeitsverträge sind heute weitverbreitete Strukturmerkmale der Beschäftigung in der EU. Der Anteil der Teilzeitarbeit an der Gesamtbeschäftigung stieg zwischen 1991 und 2000 von 14 % auf 18 %. Mehr als 21 % der Beschäftigten in Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich und über 40 % in den Niederlanden gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Griechenland, Spanien und Italien sind Ausnahmen; in diesen Ländern liegt die Teilzeitbeschäftigungsquote höchstens bei 8%.

Längste Arbeitszeiten im Vereinigten Königreich

Die Vollzeitbeschäftigten in EU-15 arbeiteten im Jahr 2000 im Durchschnitt 40 Stunden in der Woche, wobei das Bild in der gesamten Union relativ einheitlich ist. Die einzige Ausnahme bildet mit 44 Stunden das Vereinigte Königreich. EU-weit arbeiteten fast 20 % der Vollzeitbeschäftigten länger als die durchschnittlichen 40 Wochenstunden. Etwa 8 % arbeiteten gewöhnlich mindestens 49 Stunden pro Woche. Der entsprechende Wert für das Vereinigte Königreich lag sogar bei 21 %. Die Männer arbeiten in allen Mitgliedstaaten länger als Frauen, obwohl der Unterschied in den Niederlanden, Österreich und Schweden noch nicht einmal eine Stunde ausmacht. Im Vereinigten Königreich betrug der Unterschied hingegen mehr als vier Stunden.

Auf EU-Ebene hatten 16 % der Beschäftigten einen Arbeitsplatz, auf dem sie „gewöhnlich“ oder „manchmal“ nachts arbeiten mussten, während 25 % im Jahr 2000 Sonntagsarbeit leisteten. Fasst man all diese Daten (sowie die Samstagsarbeit) zusammen, so waren 49 % der männlichen und 42 % der weiblichen Beschäftigten außerhalb der Regelarbeitszeit tätig.

Der Anteil der Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen in der EU steigt weiter an: von 11 % im Jahr 1991 auf 13 % im Jahr 2000. In Spanien ist dieser Anteil mit Abstand am größten (32 %). EU-weit werden 61 % der Zeitverträge für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr geschlossen.

Politischer Hintergrund

Im Vertrag von Amsterdam wurde ein wesentlicher Schritt unternommen, um ein hohes Beschäftigungsniveau zu einem ausdrücklichen politischen Ziel der Union zu machen: „Das Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus wird bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitiken und –maßnahmen berücksichtigt“ (Art. 127 Absatz 2).

Auf dem Beschäftigungsgipfel von Luxemburg im November 1997 wurde eine auf folgenden vier Pfeilern beruhende Strategie vereinbart: Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit. Nach dem in Art. 128 festgelegten Verfahren sind jährliche Leitlinien mit spezifischen Zielen vorgesehen, die die einzelnen Mitgliedstaaten in ihrer Beschäftigungspolitik zu erreichen haben. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien werden dann von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer nationalen Beschäftigungspolitischen Aktionspläne umgesetzt, die einem europäischen Beobachtungsverfahren und einer Beurteilung unterliegen, deren Ergebnisse in einem gemeinsamen Beschäftigungsbericht zusammengefasst werden; werden sie als geeignet erachtet, können den einzelnen Mitgliedstaaten Empfehlungen gegeben werden, damit sie ihre Aufmerksamkeit auf spezifische Herausforderungen richten.

In der Mitteilung der Kommission vom 1. März 2000 über die Gemeinschaftspolitiken zur Förderung der Beschäftigung heißt es, dass die Gewährleistung einer weiten Verbreitung und eines hohen Maßes an Fertigkeiten und Wissen einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der verschiedenen Aspekte des Beschäftigungsproblems leisten können, einschließlich regionaler Ungleichgewichte, Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, Unterschiede zwischen den Geschlechtern, Qualifikationsdefizite und Langzeitarbeitslosigkeit.

Der Europäische Rat von Lissabon nannte im März 2000 vier Kernbereiche einer aktiven Beschäftigungspolitik: i) Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Reduzierung der Qualifikationsdefizite; ii) Aufwertung des lebenslangen Lernens als Grundbestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells; iii) Ausbau der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich und iv) Förderung der Chancengleichheit in allen ihren Aspekten. Er stellte fest, dass „das übergeordnete Ziel dieser Maßnahmen darin bestehen sollte, die Beschäftigungsquote von heute 61 % bis 2010 möglichst nahe an 70 % anzuheben. Die Mitgliedstaaten sollten - jeweils unter Berücksichtigung ihrer Ausgangslage - die Festlegung nationaler Ziele für die Steigerung der Beschäftigungsquote prüfen. Dies wird zu einer Zunahme der Erwerbsbevölkerung führen und dadurch die langfristige Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme stärken“. (Schlussfolgerungen 29 und 30 des Vorsitzes). Das Ziel, bis 2010 eine Beschäftigungsquote von 70 % zu erreichen, wurde in Abschnitt 4.1.1.1 der Sozialpolitischen Agenda bekräftigt (KOM(2000) 379 endg.). Auf dem Europäischen Rat in Stockholm im März 2001 wurden Zwischenziele für die Beschäftigungsquote (67 % insgesamt und 57 % bei Frauen bis zum Jahr 2005) und ein Ziel für die Beteiligung älterer Arbeitnehmer bis 2010 (50 %) festgelegt; alle Ziele in Bezug auf die Beschäftigungsquote wurden als horizontales Ziel A in den Entwurf der Beschäftigungspolitischen Leitlinien für 2002 aufgenommen.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Die vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen von Eurostat bestehen aus Beschäftigung nach Wirtschaftszweig und Beschäftigungsstatus, weiter aufgeschlüsselt nach Geschlecht und einigen Merkmalen der Tätigkeit. Sie beruhen auf der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union und dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95). Alle anderen Daten stammen aus der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union.

Die Beschäftigungsquote entspricht dem prozentualen Anteil der Beschäftigten im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe. Zu den beschäftigten Personen zählen jene, die im Bezugszeitraum (der Woche der Arbeitskräfteerhebung) mindestens eine Stunde lang einer Arbeit nachgingen, für die sie entlohnt wurden oder mit der sie einen Gewinn erzielten, sowie jene Personen, die in diesem Zeitraum zwar nicht arbeiteten, jedoch eine Beschäftigung hatten, der sie zeitweilig fernblieben. Beschäftigte in Familienbetrieben werden mitgezählt. Die Klassifizierung nach Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung hängt von einer direkten Frage in der Arbeitskräfteerhebung ab; Ausnahmen sind Österreich und die Niederlande, wo die Einteilung davon abhängt, ob eine bestimmte Zahl von Arbeitsstunden überschritten wurde.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Lebenslanges Lernen (3.6), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Arbeitslosigkeit (3.9), Beschäftigung der Frauen (3.18), Arbeitsmarkt (Anhänge II und IV)

Literaturhinweise

- "Beschäftigung in Europa 2001", 2001 und aktualisierte Fassung Januar 2002. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales
- "Europäische Sozialstatistik- Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2000", 2001. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): Arbeitskräfteerhebung – Wichtigste Ergebnisse 2000", Nr. 10/2001. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): Beschäftigung in den EU-Regionen: Der Dienstleistungssektor ist Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen – Ausbildung ist entscheidend", Nr. 13/2001. Eurostat. .
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): Beschäftigungsquoten in Europa – 2000", Nr. 8/2001. Eurostat.
- "Die Arbeitsbeziehungen in Europa", 2000. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- "Employment precarity, unemployment and social exclusion" (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung) und „Inclusion through participation“ (Einbeziehung durch Partizipation), Berichte der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000.

Schlüsselindikator

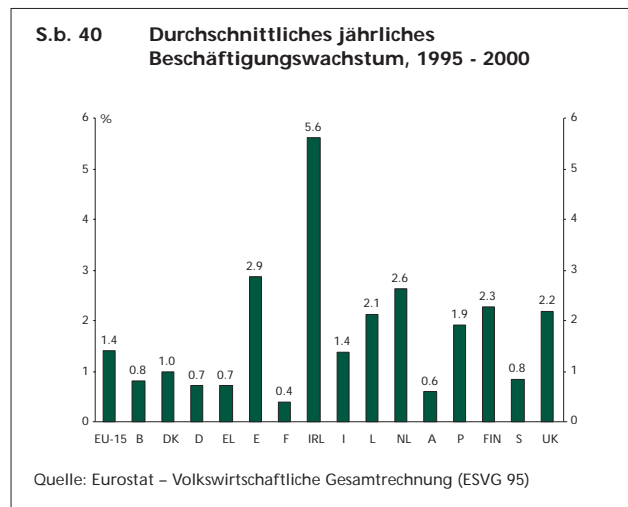
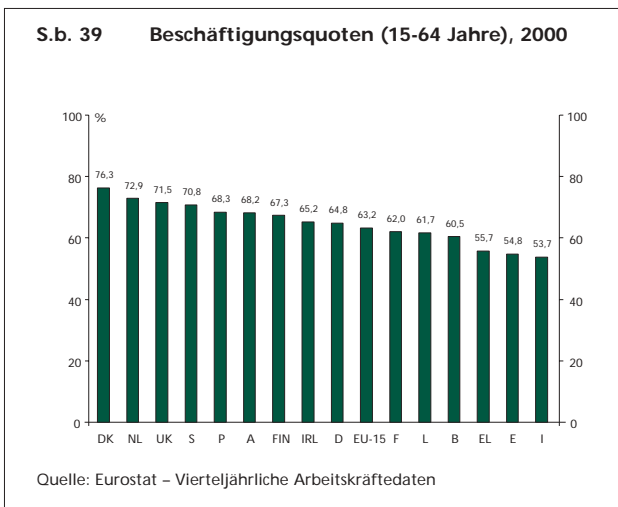
	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquote (Erwerbstätige Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren als Anteil der Gesamtbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren)																
2000	63,2	60,5	76,3	:	55,7	54,8	62,0	65,2	53,7	:	72,9	68,2	68,3	67,3	70,8	71,5
1999	62,3	59,3	76,0	64,8	55,3	52,5	60,8	63,3	52,6	61,7	71,3	68,2	67,4	66,4	70,1	71,0

Beschäftigungstrend

Gesamtbeschäftigung 2000 (Millionen)	165,9	3,9	2,7	38,7	:	15,6	23,3	1,7	23,1	:	8,1	4,0	4,9	2,3	4,3	29,1
Gesamtbeschäftigung 1999 (Millionen)	163,2	3,9	2,7	38,1	3,9	15,2	22,8	1,6	22,7	0,2	7,9	4,0	4,8	2,2	4,2	28,9
Gesamtbeschäftigung 1995 (Millionen)	154,7	3,8	2,6	37,3	3,8	13,6	22,9	1,3	21,5	0,2	7,1	3,9	4,5	2,0	4,1	26,1
2000/1995 (durchschnittliches Jahres. %)	1,4	0,8	1,0	0,7	0,7*	2,9	0,4	5,6	1,4	2,1*	2,6	0,6	1,9	2,3	0,8	2,2
2000/1999 (jährliches Wachstum in %)	1,7	1,8	0,7	1,6	0,2*	3,1	2,4	4,7	1,6	2,2*	2,3	0,9	2,0	1,8	2,2	0,5

Anmerkung: EL und L: die Daten sind von 1999 statt von 2000, die Zahlen beziehen sich auf 1999/1995 bzw. 1999/1998.

Quelle: Eurostat – Vierteljährliche Arbeitskräftedaten, Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (ESVG 95)



8 Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

In den letzten zehn Jahren ist in der EU die Beschäftigungsquote der Männer im Alter von 55 bis 64 Jahren um etwa 3 % auf 48 % zurückgegangen. Der Grund für diesen Rückgang ist weniger in dem Wunsch nach einem frühen Rückzug aus dem Erwerbsleben zu suchen als vielmehr in einer Kombination von Arbeitsplatzmangel, geringerer Mobilität und unzulänglichen Qualifikationen. Die vergleichbare Quote der Frauen ist im Gegensatz dazu um fast 4 %-Punkte auf 28 % im Jahr 2000 angestiegen. Insgesamt waren im Jahr 2000 38 % der Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren erwerbstätig.

Auswirkung der Überalterung der Bevölkerung auf die Beschäftigung

Die Überalterung der Bevölkerung wird sich nachhaltig auf den Arbeitsmarkt auswirken, wenn die ersten geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen. In der Union insgesamt und in den meisten Mitgliedstaaten wird das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) 2010 zum Stillstand gekommen sein. Dieser Bevölkerungsrückgang wird mehrere Jahrzehnte anhalten. Von dieser Entwicklung werden praktisch alle Mitgliedstaaten betroffen sein, wobei die Intensität und der Beginn des Rückgangs jedoch auf nationaler als auch auf regionaler Ebene unterschiedlich ausfallen werden. Beispielsweise hat er in Deutschland, Griechenland und Italien bereits eingesetzt. Hingegen wird in Irland und Portugal der Höchstwert der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erst 2033 bzw. 2023 erwartet. In Luxemburg wird dagegen mit überhaupt keinem Rückgang gerechnet.

Die Auswirkungen eines Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung auf das Arbeitskräfteangebot und die Wirtschaft könnten ausgeglichen werden, indem unter anderem die Beschäftigungsquote der Erwerbsfähigen einschließlich der älteren Arbeitskräfte erhöht wird.

16,5 Millionen Beschäftigte in der EU sind 55 bis 64 Jahre alt

EU-weit gehörten 2000 38 % der Bevölkerung, die vor dem Rentenalter steht (55-64 Jahre), der Erwerbsbevölkerung an. Dass diese Quote in den gesamten neunziger Jahren relativ stabil war, verdeckt wichtige Veränderungen, die sich in diesem Zeitraum bei den Quoten der Männer und der Frauen vollzogen haben. Bei den Männern dieser Altersgruppe ging die Quote in den letzten zehn Jahren um rund 3 Prozentpunkte zurück, dieser Rückgang wurde jedoch durch den Anstieg bei der Erwerbsbeteiligung der Frauen (4 Punkte) mehr als ausgeglichen. Doch trotz dieses Trends ist die Quote der Männer (48 %) nach wie vor beträchtlich höher als die der Frauen (28 %).

Schweden hat die mit Abstand höchste Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (65 %), wogegen ihr Anteil in

Dänemark, Portugal und dem Vereinigten Königreich über 50% liegt. Am anderen Ende der Skala stehen Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und Österreich, wo weniger als 30 % der älteren Menschen arbeiten.

In Portugal hohe Beschäftigungsquoten in der Gruppe der über 65-Jährigen

Ein genauerer Blick auf die einzelnen Altersgruppen zeigt Folgendes: Die Beschäftigungsquote der 55-59-Jährigen liegt bei 52 %, die der 60-64-Jährigen dagegen bei 23 %. In der Altersgruppe ab 65 Jahre sinkt die Beschäftigungsquote drastisch. EU-weit sind nur 7 % der 65-69-Jährigen erwerbstätig. Einen Sonderfall stellt Portugal dar, wo 25 % dieser Altersgruppe noch immer erwerbstätig sind.

Ältere Menschen gehen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nach

In der Union insgesamt gehen 21 % der erwerbstätigen Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren einer Teilzeitbeschäftigung nach, womit der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in dieser Altersgruppe etwas höher ist als in der Gruppe der 15-64-Jährigen (18 %). Die größte Lücke zwischen den Generationen klafft im Vereinigten Königreich (32 % gegenüber 24 %). Wie bei den jüngeren Beschäftigten sind auch bei den Angehörigen dieser Altersgruppe deutlich mehr Frauen (42 %) als Männer (9 %) teilzeitbeschäftigt.

Älteren Beschäftigten wird seltener als jüngeren eine Fortbildung zuteil

In der gesamten Union nimmt die Weiterbildung der Arbeitnehmer mit zunehmendem Alter ab: EU-weit sinkt der Anteil der Beschäftigten, die an Schulungen teilnehmen, von 10 % bei den 30-39-Jährigen auf 7 % bei den 50-59-Jährigen. Am kleinsten ist die Lücke zwischen den Generationen in den drei nordischen Mitgliedstaaten und im Vereinigten Königreich – den Ländern, wo die Beteiligung an Fortbildungsmaßnahmen insgesamt am höchsten ist. In diesen Ländern nahmen 2000 17-21 % der Beschäftigten zwischen 50 und 59 Jahren (in den vier Wochen vor der Befragung) an Bildungsmaßnahmen teil.

Politischer Hintergrund

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 – Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit (Nr. 4) heißt es, jeder Mitgliedstaat werde "eine Politik des 'aktiven Alterns' auf den Weg bringen, die unter anderem abstellt auf die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, auf lebenslanges Lernen und auf die Einführung flexibler Arbeitsmodelle. Älteren Arbeitskräften soll dadurch ermöglicht werden, länger erwerbstätig zu bleiben." Diese Aussage wurde in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 (Nr. 3) gestärkt mit dem Hinweis auf positive Maßnahmen zur Erhaltung der

Arbeitsfähigkeit und der Qualifikationen älterer Arbeitnehmer, nicht zuletzt in einem wissensgestützten Arbeitsmarkt und der Überprüfung des Steuer- und Sozialleistungssystems, um negative Anreize abzubauen und es für ältere Arbeitnehmer attraktiver zu machen, weiterhin am Arbeitsmarkt teilzunehmen.

Der Europäische Rat von Lissabon gelangte im März 2000 zu dem Schluss: "Die Beschäftigungsquote ist zu niedrig und durch eine ungenügende Beteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt gekennzeichnet." (Schlussfolgerung Nr. 4 des Vorsitzes).

In Stockholm legte der Europäische Rat für 2010 eine Beschäftigungsquote von 50 % für die Personen der Altersgruppe 50-64 Jahre fest (siehe dazu Überalterung der Bevölkerung(3.3)).

Die Kommission verabschiedete am 11. Oktober 2000 ihre Mitteilung (KOM(2000) 622 endg.) "Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunftssichere Renten". Abschnitt 2.3 befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen zukunftssicheren Renten, der Lissabonner Strategie und der Beschäftigungsförderung: „In der Regel begünstigen die heutigen Rentensysteme ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt; sie werden daher häufig zum Personalabbau unter Vermeidung von Entlassungen genutzt. Oft bleiben dabei die unterschiedlichen persönlichen Bedürfnisse außer Betracht. Einige Rentensysteme bieten den mobilsten und flexibelsten Arbeitnehmern keinen ausreichenden Schutz. Generell gesehen muss die Anreizstruktur der Rentensysteme dahin gehend revidiert werden, dass die Systeme beschäftigungsfreundlich werden.“

Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung wäre zum Erreichen der Beschäftigungsziele, die in Lissabon und Sockholm bis 2010 gesetzt wurden, entscheidend. Um aktives Altern zu unterstützen (COM (2002) 9), ist es notwendig, einen dynamischen Lebenszyklusansatz zur Erwerbsbeteiligung zu entwickeln, um die zugrunde liegenden Trends zu identifizieren und um zielgerichtete Antworten der Politik hierauf zu entwickeln.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Vierteljährliche Arbeitskräfte- und Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union.

Definitionen der Erwerbs- und Beschäftigungsquoten siehe Beschäftigung (3.7).

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Überalterung der Bevölkerung (3.3), Lebenslanges Lernen (3.6), Beschäftigung (3.7), Arbeitslosigkeit (3.9), Arbeitsmarkt (Anhänge II und IV)

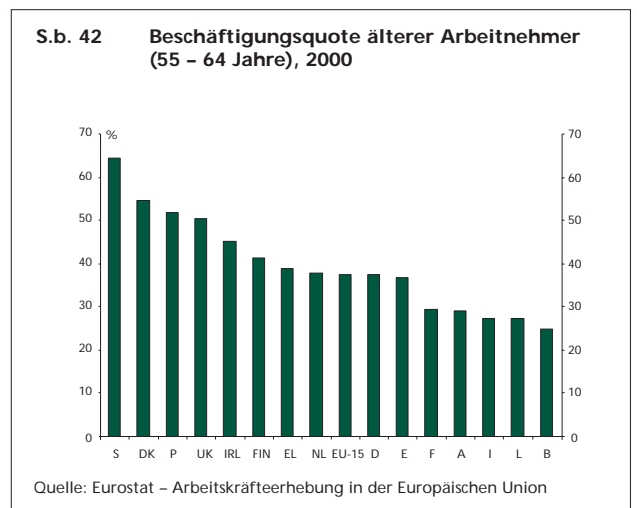
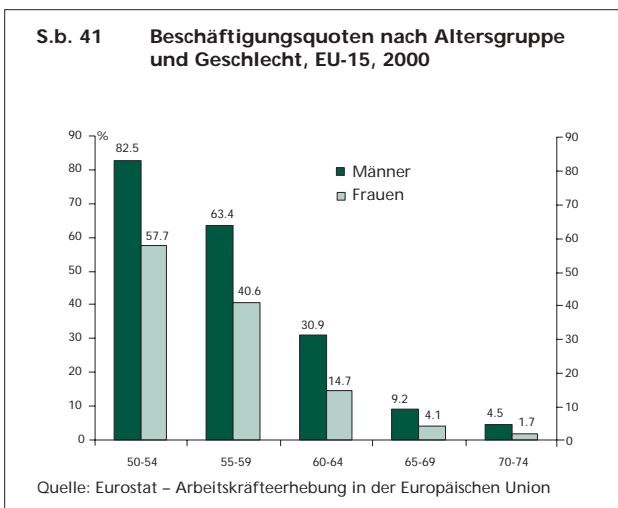
Literaturhinweise

- "Europäische Sozialstatistik – Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2000". Eurostat.
- "Beschäftigung in Europa 2001", 2001. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- "Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersbarrieren in der Erwerbstätigkeit – Forschungsbericht", 1998. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.
- "Employment precarity, unemployment and social exclusion" (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung) und „Inclusion through participation“ (Einbeziehung durch Partizipation), Berichte der GD Forschung der Europäischen Kommission, 2000.
- Increasing labour force participation and promoting active ageing (Die Erwerbsbeteiligung erhöhen und aktives Altern fördern) - COM(2002) 9

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (erwerbstätige ältere Arbeitnehmer (im Alter von 55 – 64 Jahren) als Anteil an der gesamten Bevölkerung im Alter von 55 – 64 Jahren), 2000																
Insgesamt	37,5	25,0	54,6	37,4	39,0	36,6	29,3	45,1	27,3	27,2	37,9	29,2	51,7	41,2	64,3	50,5
Männer	47,6	35,1	61,9	46,2	55,3	54,8	32,8	63,0	40,3	37,9	49,9	41,4	62,5	41,8	67,0	59,8
Frauen	27,7	15,4	46,2	28,7	24,4	19,9	26,0	27,1	15,2	16,8	25,8	17,8	42,3	40,7	61,7	41,4
Beschäftigte 55-64 Jahre, 2000 (1000)	16530	247	322	4515	496	1672	1644	149	2044	17	627	291	552	216	663	3076

Quelle: Eurostat –Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union



9 Arbeitslosigkeit

Im Jahr 2000 sank die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Europäischen Union auf 14,2 Millionen. Diese Zahl entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,2 %, der niedrigsten Quote seit 1992. Zwischen 1999 und 2000 verzeichneten Belgien, Spanien und Frankreich den größten Rückgang ihrer Arbeitslosenquote, obwohl Spanien nach wie vor die höchste Quote aufweist (14,1%). Die Quote ging in allen Mitgliedstaaten zurück, außer in Luxemburg, wo sie auf dem niedrigen Stand von 2,4 % blieb.

Arbeitslosenquote der EU auf dem niedrigsten Stand seit 1992

Im Jahr 2000 lag die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der EU bei 14,2 Millionen, was 8,2 % der Erwerbsbevölkerung entsprach. Das ist die niedrigste Quote seit 1992. Die Quote ist in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Luxemburg gesunken, wo sie bei einem niedrigen Stand von 2,4 % blieb. Den stärksten Rückgang vermeldeten Belgien, Spanien und Frankreich.

Betrachtet man die Arbeitslosenquote über einen längeren Zeitraum hinweg – nämlich seit dem 1994 erreichten Höchststand in EU 15 von 11,1 % -, so zeigt sich in Dänemark, Spanien, Portugal, Finnland und dem Vereinigten Königreich ein Rückgang um nahezu 40 %. In Irland und den Niederlanden sank die Quote auf mehr als die Hälfte.

Im Jahr 2000 war Spanien mit einer Quote von 14,1 % das am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffene Land. Im Gegensatz dazu lag die Arbeitslosenquote in Dänemark, Irland, Luxemburg den Niederlanden, Österreich und Portugal bei 5 % oder darunter. Damit wiesen diese Länder ähnliche Werte auf wie Japan (4,7 %) und die USA (4,0 %).

Frauen sind nur in drei Mitgliedstaaten weniger häufig von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer

Die Arbeitslosenquote der Frauen (9,7%) ist 2000 in der Europäischen Union um fast 3 Prozentpunkte höher als die der Männer (7,0 %), obwohl sich die Lücke zunehmend schließt. Diese für Frauen ungünstigere Situation besteht in nahezu allen Mitgliedstaaten, angeführt von Griechenland, Spanien und Italien, wo die Arbeitslosenquote der Frauen doppelt so

hoch wie die der Männer ist. Die einzigen Ausnahmen bilden Irland, Schweden und insbesondere das Vereinigte Königreich, wo 6,0 % der zur Erwerbsbevölkerung zählenden Männer, jedoch nur 4,9 % der zur Erwerbsbevölkerung zählenden Frauen arbeitslos sind.

Regionale Ungleichgewichte bei der Arbeitslosigkeit

Hinter den nationalen Arbeitslosenquoten verbergen sich häufig bedeutende regionale Ungleichgewichte innerhalb der Mitgliedstaaten. Dies gilt insbesondere für Deutschland (Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Bundesländern); Italien (Unterschied zwischen Norden und Süden) und das Vereinigte Königreich (ebenfalls zwischen Norden und Süden). In Deutschland reichte die Arbeitslosenquote im Jahr 2000 von weniger als der Hälfte des nationalen Durchschnitts von 7,9 % in Oberbayern (3,5 %) bis 20 % in Sachsen-Anhalt. Ähnlich verhielt es sich in Italien, wo viele Regionen im Norden des Landes weitgehend von der Arbeitslosigkeit verschont blieben, während in den südlichen Regionen Kampanien, Kalabrien und Sizilien 20 % bis 25 % der Erwerbsbevölkerung ohne Arbeit waren. Zu den weiteren Regionen in der Union, in denen die Arbeitslosenzahlen deutlich über dem nationalen Durchschnitt lagen, zählten der Hennegau (13 %) in Belgien, Andalusien und Extremadura (25 %) in Spanien, Languedoc-Roussillon (16 %) in Frankreich und Itä-Suomi (16 %) in Finnland.

Noch ausgeprägter waren die regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit junger Menschen unter 25 Jahren. Dytiki Macedonia in Griechenland und verschiedene Regionen in Italien vermeldeten 2000 jeweils Jugendarbeitslosenquoten von rund 50 % und mehr.

Politischer Hintergrund

In den allgemeinen Grundsätzen der Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Präambel) steht zu lesen: "Es müssen weiterhin anhaltend koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur dauerhaften Verbesserung des derzeitigen Beschäftigungsniveaus durchgeführt werden." In Leitlinie Nr. 3 heißt es, dass jeder Mitgliedstaat sich bemühen wird, "die Zahl der Personen, die in den Genuss aktiver Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit kommen, spürbar zu erhöhen". Darüber hinaus wird jeder Mitgliedstaat "seine Sozialleistungs- und Steuersysteme überprüfen und ggf. neu ausrichten, um Arbeitslosen und anderen nicht Erwerbstätigen Anreize zu bieten, sich um Arbeit oder um eine Teilnahme an Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu bemühen und entsprechende Angebote wahrzunehmen, und um Arbeitgebern Anreize zu bieten, neue Arbeitsplätze zu schaffen." (Leitlinie Nr. 4). Diese Botschaft wurde in den allgemeinen Grundsätzen der Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 erneut bekräftigt.

Der Europäische Rat von Lissabon im März 2000 nannte 4 Kernbereiche einer aktiven Beschäftigungspolitik. Einer dieser Bereiche lautete: „Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und die Reduzierung der Qualifikationsdefizite insbesondere durch ... Förderung spezieller Programme, die Arbeitslosen die Möglichkeit geben, Qualifikationsdefizite abzubauen.“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Arbeitslosenquoten und die Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft, (AKG).

Arbeitslose sind gemäß den von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) aufgestellten Kriterien Personen im Alter von 15 Jahren und darüber, die i) ohne Arbeit sind, ii) verfügbar sind, innerhalb der folgenden zwei Wochen eine Arbeit aufzunehmen, und iii) irgendwann in den vergangenen 4 Wochen aktiv Arbeit gesucht oder eine Arbeit gefunden haben, die sie zu einem späteren Zeitpunkt beginnen werden. Die Arbeitslosenquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigungslosen Personen an der Erwerbsbevölkerung des selben Alters. Die Erwerbsbevölkerung wird als die Summe aus Beschäftigten und Arbeitslosen definiert.

Die regionalen Arbeitslosenquoten beruhen auf den Schätzungen der Beschäftigten und arbeitslosen Personen, aufgrund der Arbeitskräfteerhebungen auf nationaler Ebene, die jeweils zu einem bestimmten Referenzdatum im April erfolgen. In einem zweiten Schritt werden die geschätzten Arbeitslosenzahlen auf die einzelnen Regionen umgelegt, wobei die regionalen Strukturen der registrierten Arbeitslosigkeit oder die regional repräsentative Resultate der Arbeitskräfteerhebungen herangezogen werden. NUTS ist die Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik. In der derzeitigen Systematik wird das Gebiet der Union in 78 NUTS-1-Regionen, 211 NUTS-2-Regionen und 1.093 NUTS-3-Regionen unterteilt. Obwohl die meisten Regionen der NUTS-2-Ebene von ihrer Größe her weitgehend miteinander vergleichbar sind, gibt es doch einige extreme Abweichungen.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Beschäftigung (3.7), Jugendarbeitslosigkeit (3.10), Langzeitarbeitslosigkeit (3.11), Arbeitsmarkt (Anhang II und IV).

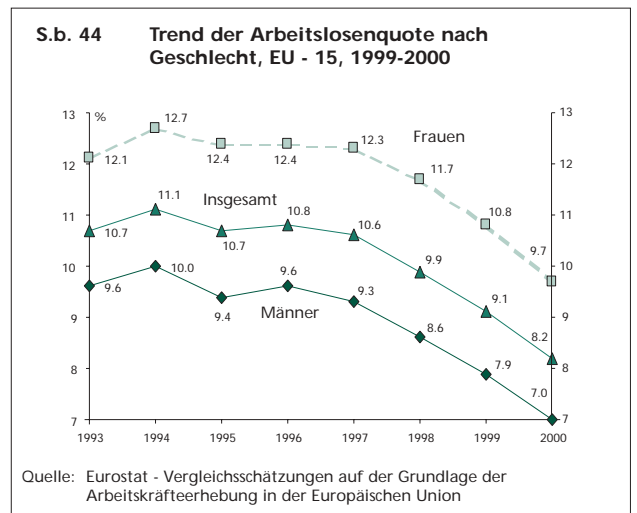
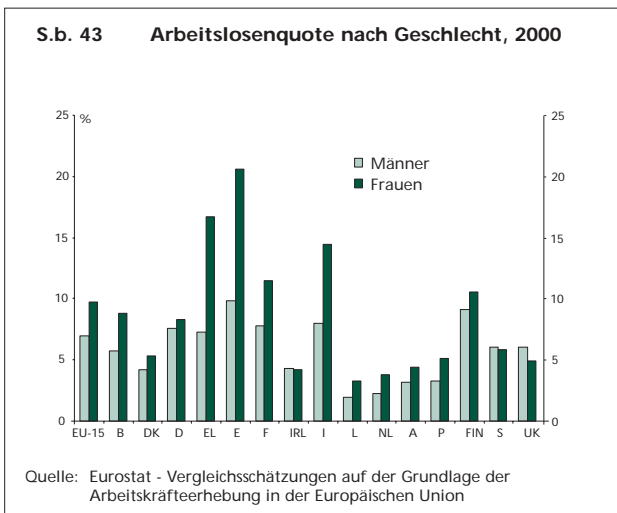
Literaturhinweise

- "Europäische Sozialstatistik – Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2000", Eurostat.
- "Beschäftigung in Europa 2001", Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): "Arbeitskräfteerhebung – wichtigste Ergebnisse 2000", Nr.10/2001. (Allgemeine Statistik): "Regionale Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union 1999", Nr. 3/2000. Eurostat.
- "Employment precarity, unemployment and social exclusion", (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung), Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission 2000.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Arbeitslosenquote																
2000	8,2	7,0	4,7	7,9	11,1	14,1	9,5	4,2	10,5	2,4	3,0	3,7	4,1	9,8	5,9	5,5
1999	9,1	8,8	5,2	8,6	11,6	15,9	11,2	5,6	11,3	2,4	3,4	4	4,5	10,2	7,2	6,1
1994	11,1	10,0	8,2	8,4	8,9	24,2	12,3	14,3	11,1	3,2	7,1	3,8	6,9	16,6	9,4	9,6
Arbeitslosigkeit (1000), 2000	14193,3	311,3	134,6	3132,5	492,6	2379,9	2455,0	73,6	2465,7	4,5	238,6	142,4	210,7	252,9	264,4	1630,4

Quelle: Eurostat – Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.



10

Jugendarbeitslosigkeit

In der EU waren im Jahr 2000 7,8 % der jungen Menschen (im Alter von 15 bis 24 Jahren) ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote (als Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung) der Jugendlichen betrug 16,2 %. Bei diesen beiden Prozentzahlen gibt es deutliche länderspezifische Unterschiede. Während aus dem ersten Wert hervorgeht, dass nur ein relativ geringer Anteil der Jugendlichen ohne Beschäftigung ist, gibt der zweite Aufschluss über die Arbeitsmarktsituation junger Menschen. In den meisten Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 1999 und 2000 zurückgegangen, was dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit entspricht.

Längere Ausbildungszeiten

Aufgrund der längeren Ausbildungsdauer treten die jungen Menschen heute in einem späteren Alter in den Arbeitsmarkt ein als in der Vergangenheit. In der Union insgesamt gehen 50 % der Jugendlichen erst im Alter von 22 Jahren mindestens 12 Stunden pro Woche einer Arbeit nach. Allerdings bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Beispielsweise liegt das entsprechende Alter in Deutschland, Österreich und dem Vereinigten Königreich im Durchschnitt bei 19 Jahren.

Die Jugendarbeitslosigkeit hängt zum einen mit der allgemeinen Situation auf dem Arbeitsmarkt zusammen. Sie gibt aber auch Aufschluss darüber, wie gut einander die Ausbildungs- und Beschäftigungssysteme im Bezug auf die Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt ergänzen und wie gut das Bildungs- und Berufsbildungssystem die junge Menschen auf die Erwerbstätigkeit vorbereitet. Bei der Betrachtung der Arbeitslosenquote der 15 – 24-Jährigen gilt es zu berücksichtigen, dass die betreffenden Jugendlichen sich zum Großteil erstmals auf Arbeitssuche begeben und dass ein beträchtlicher Teil von Ihnen nur eine geringe Qualifikation hat.

Etwas jeder 12. Jugendliche ist beschäftigungslos

Im Jahr 2000 hatten in der Europäischen Union ungefähr 3,5 Mio. Jugendliche im Alter von 15-24 Jahren keine Arbeit. Das sind 7,8 % der jugendlichen Bevölkerung oder 16,2 % der Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe. Die Jugendarbeitslosenquote reicht von 5 – 7 % in Luxemburg, den Niederlanden und Österreich bis rund 30 % in Griechenland, Spanien und Italien.

Von 1999 bis 2000 ging die Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen um 10 % zurück und somit um den gleichen Anteil wie bei den erwachsenen Arbeitslosen, so dass die Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen von 17,9 % auf 16,2 % fiel. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen stieg in Luxemburg an, blieb in Deutschland unverändert und war in allen anderen Mitgliedstaaten rückläufig. Über einen längeren Zeitraum betrachtet – seit dem Höchstwert von 22,0 % in

EU-15 im Jahr 1994 – sanken die Quoten in 10 Mitgliedstaaten mindestens um ein Viertel. In Schweden und den Niederlanden sanken die Quoten um die Hälfte und Irland konnte mit mehr als 70 % den größten Rückgang vermelden. In 5 Mitgliedstaaten hat sich die Arbeitslosenquote der Jugendlichen nicht wesentlich verändert. In Deutschland (9 %), Luxemburg (7 %) und Österreich (5 – 6 %) war die Quote der Jugendarbeitslosigkeit auf einem niedrigeren Niveau verhältnismäßig konstant, während in Griechenland und in Italien die Quote bei rund 30 % lag.

Jugendliche sind meist doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Erwachsene ab 25 Jahren

In der Union insgesamt und auch in den meisten Mitgliedstaaten sind Jugendliche unter 25 Jahren meist doppelt so oft von der Arbeitslosigkeit betroffen wie Menschen im Alter von 25 Jahren und darüber. In Griechenland und Italien ist die Jugendarbeitslosenquote mehr als dreimal so hoch wie die Arbeitslosenquote in der Altersgruppe von 25 Jahren und darüber. Der große Unterschied zwischen den beiden Quoten lässt sich zum Teil durch geringe Beteiligung der Jugendlichen am Arbeitsmarkt erklären. Die einzige Ausnahme ist Deutschland, wo die Quote nur geringfügig höher als die der Altersgruppe der über 25-Jährigen ist, was teilweise auf das System der Lehrausbildung zurückzuführen ist.

Bei weiblichen Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit höher als bei männlichen

Junge Frauen (17,6 %) sind häufiger arbeitslos als junge Männer (14,9 %), obwohl die Kluft zwischen den Geschlechtern in dieser Altersgruppe nicht so groß ist wie bei der Bevölkerung im Alter von 25 Jahren und darüber. In Griechenland, Spanien und Italien liegt die Arbeitslosenquote für die jungen Frauen bei über 30 %. In Deutschland und dem Vereinigten Königreich ist der Anteil der Arbeitslosen unter bei jungen Männern deutlich höher als bei jungen Frauen.

Die Langzeitarbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag 2000 bei 8,4 %. Siehe Langzeitarbeitslosigkeit (3.11).

Politischer Hintergrund

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 heißt es: "Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ... werden sich die Mitgliedstaaten verstärkt bemühen, präventive Strategien auszuarbeiten, die ... auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit abzielen." Laut Leitlinie Nr. 1 sollen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass "allen arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von 6 Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz vermittelt oder ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden

Maßnahme ermöglicht" wird. In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 wird zudem spezifiziert, dass die Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von individuellen berufsorientierenden und beratenden Maßnahmen begleitet werden sollen.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Harmonisierte Arbeitslosenquoten

Die Definition der Arbeitslosigkeit entspricht jener der IAO wie unter Kapitel (3.5). Das Verhältnis

Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung entspricht dem prozentuellen Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren an der Bevölkerung der selben Altersgruppe. Die Jugendarbeitslosenquote ist der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren an der Erwerbsbevölkerung der selben Altersgruppe. Die Erwerbsbevölkerung wird als Summe der Beschäftigten und Arbeitslosen definiert.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Beschäftigung (3.7), Arbeitslosigkeit (3.9), Langzeitarbeitslosigkeit (3.11), Arbeitsmarkt (Anhänge II und IV)

Literatur Hinweise

- "Europäische Sozialstatistik – Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2000", Eurostat.
- "Jugend in der Europäischen Union. Von der Schule zum Berufsleben", 1997. Eurostat.
- "Beschäftigung in Europa 2001", 2001, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und Soziale Bedingungen): "Von der Schule ins Berufsleben: Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit", Nr.13/1998. Eurostat.
- "Youth unemployment and the processes of marginalisation on the northern European periphery", (Jugendarbeitslosigkeit und Ausgrenzungsprozesse im nördlichen Teil Europas) Bericht der GD Forschung der Europäischen Kommission, 1999. "Employment precarity, unemployment and social exclusion", (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und Soziale Ausgrenzung) Bericht der GD Forschung 2000.

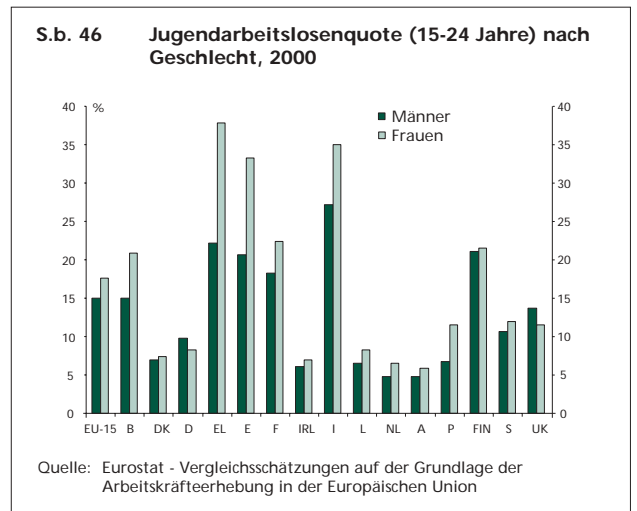
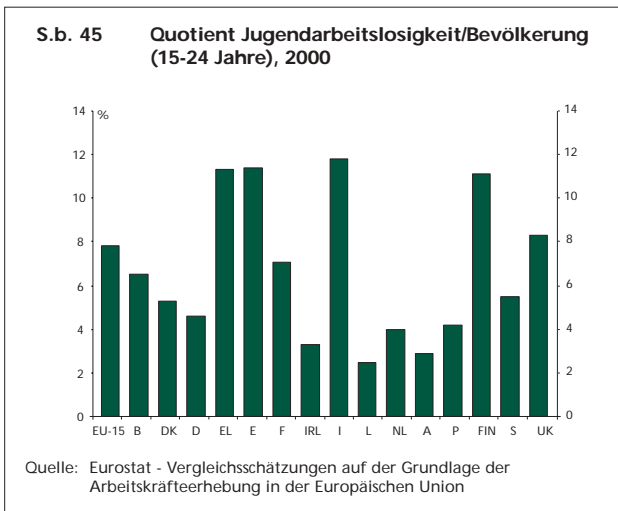
Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Quotient Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung																
2000	7,8	6,5	5,3	4,6	11,3	11,4	7,1	3,3	11,8	2,5	4,0	2,9	4,2	11,1	5,5	8,3
1999	8,6	8,2	7,0	4,7	12,5	12,5	8,6	4,3	12,5	2,4	4,8	3,1	4,3	10,8	6,6	8,7
1994	10,7	8,8	7,8	4,8	10,2	19,4	10,8	10,7	12,6	3,3	7,0	3,5	6,8	15,5	11,7	11,2

Jugendarbeitslosenquote

2000, Männer und Frauen	16,2	17,7	7,3	9,1	29,6	26,2	20,1	6,5	30,8	7,3	5,6	5,3	8,9	21,4	11,3	12,8
2000, Männer	14,9	15,1	7,0	9,8	22,2	20,6	18,1	6,1	27,2	6,5	4,6	4,8	6,8	21,1	10,7	13,8
2000, Frauen	17,6	20,8	7,5	8,2	37,9	33,2	22,3	7,0	35,1	8,3	6,6	5,8	11,6	21,6	11,9	11,5
1999	17,9	23,7	9,6	9,1	31,3	29,5	24,3	8,4	32,7	7,1	7,2	5,3	9,0	21,4	13,6	13,2
1994	22,0	24,2	11,1	8,8	27,7	45,1	29,2	23,0	32,3	7,3	11,5	5,7	15,0	34,0	22,0	17,0

Quelle: Eurostat – Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der EU.



11

Langzeitarbeitslosigkeit

Im Jahr 2000 waren 3,6 % der Erwerbsbevölkerung in EU-15 von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Das bedeutet, dass 44 % der erwerbslosen Personen mindestens ein Jahr lang ohne Arbeit waren. Die Langzeitarbeitslosenquote ist zwar in den letzten Jahren gesunken, liegt aber in Griechenland, Spanien und Italien immer noch bei etwa 6%. In der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre waren 8,4 % (als Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung) mindestens sechs Monate arbeitslos.

Knapp die Hälfte der Arbeitslosen hat seit mindestens 12 Monaten keinen Arbeitsplatz

Im Jahr 2000 waren 3,6 % der Erwerbsbevölkerung in EU-15 mindestens seit einem Jahr arbeitslos. In Dänemark, Irland, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Schweden und dem Vereinigten Königreich waren höchstens 2 % der Erwerbsbevölkerung betroffen. Im Gegensatz dazu waren in Griechenland, Spanien und Italien 6 % der Erwerbsbevölkerung seit mindestens einem Jahr arbeitslos.

Frauen sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer

EU-weit sind arbeitslose Frauen geringfügig stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer. In Griechenland und Spanien tragen beschäftigungslose Frauen ein sehr viel größeres Risiko als Männer, länger als 12 Monate ohne Arbeit zu bleiben. Im Gegensatz dazu ist in Schweden und dem Vereinigten Königreich der Prozentsatz der arbeitslosen Männer, die längere Zeit keinen Arbeitsplatz finden, größer als der der Frauen.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist rückläufig ...

Die Langzeitarbeitslosenquote in der EU sank im Zeitraum von 1997 bis 2000 stärker als die Gesamtarbeitslosenquote, nachdem sie 3 Jahre lang stabil geblieben war. Die Folge war, dass

der Anteil der Erwerbspersonen, die länger als 12 Monate ohne Arbeit waren, in der Union insgesamt zurückgegangen ist. In Dänemark, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich war der Anteil der Langzeitarbeitslosen seit 1997 rückläufig, während er sich in Frankreich und Österreich kaum veränderte und in Deutschland und Griechenland sogar anstieg.

... und auch der Anteil der jungen Menschen ohne Arbeit ist gesunken

Die Quote der Langzeitarbeitslosigkeit unter Jugendlichen (in dieser Gruppe wird bereits ab einer Arbeitslosigkeit von 6 Monaten von Langzeitarbeitslosigkeit gesprochen) lag im Jahr 2000 bei 8,4 %, was einen deutlichen Rückgang gegenüber dem 1994 verzeichneten Höchststand von 14,2 % und auch gegenüber dem 1998 erreichten Wert von 11,0 % entspricht. In Griechenland, Spanien und Italien sind Jugendliche besonders stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen (16 – 24 % der Erwerbsbevölkerung), was in diesen 3 Ländern aber auch für Personen gilt, die älter als 25 Jahre sind.

Im Zeitraum von 1994 – 2000 sank der Anteil der jungen Menschen, die mindestens 6 Monate beschäftigungslos waren. Im Jahr 2000 waren 52 % der arbeitslosen Jugendlichen seit 6 oder mehr Monaten ohne Arbeit, während es 1994 noch rund 64 % waren. In Italien und Spanien galt dies für 79 % und 71 % der jugendlichen Arbeitslosen im Jahr 2000 verglichen mit 14 % in Finnland und lediglich 6 % in Dänemark.

Politischer Hintergrund

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Einleitung zu Nr. 1 heißt es): „Zur Bekämpfung der ... Langzeitarbeitslosigkeit werden sich die Mitgliedstaaten verstärkt bemühen, präventive Strategien auszuarbeiten, die ... auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit abzielen.“ Die Mitgliedstaaten werden sicherstellen, dass „allen arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von 6 Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz vermittelt oder ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahme ermöglicht“ wird (Leitlinie Nr. 1) und dass „arbeitslosen Erwachsenen innerhalb von 12 Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz vermittelt, ein Neuanfang in Form einer Ausbildung, einer Umschulung, eines Praktikums oder einer anderen die Beschäftigungsfähigkeit fördernden Maßnahmen ermöglicht oder eine individuelle Berufsberatung angeboten wird, wobei eine effektive Eingliederung in den Arbeitsmarkt anzustreben ist.“ (Leitlinie Nr. 2). Diese präventiven Strategien zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit sollten mit Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der Langzeitarbeitslosen kombiniert werden. Dieser Gedanke wurde in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 erneut bekräftigt.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat – Harmonisierte Arbeitslosenquoten und Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE) .

Die Definition von Arbeitslosigkeit entspricht jener der IAO. Definition siehe Arbeitslosigkeit (3.5). Arbeitslose werden zu den Langzeitarbeitslosen gezählt, wenn sie mindestens 12 Monate lang ohne Beschäftigung sind. Die Langzeitarbeitslosenquote wird berechnet, indem man die Zahl der seit 12 oder mehr Monaten arbeitslosen Personen durch die Zahl der Erwerbspersonen in der selben Altersgruppe dividiert und das Ergebnis mit 100 multipliziert. Für die Altersgruppe der 15 – 24-Jährigen wurde die Schwelle auf 6 Monate herabgesetzt. Die Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit werden auch im Verhältnis zur Gesamtzeit der Arbeitslosen dargestellt.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3,5), Beschäftigung (3,7), Arbeitslosigkeit (3,9), Jugendarbeitslosigkeit (3,10), Arbeitsmarkt (Anhänge II und IV)

Literaturhinweise

- "Europäische Sozialstatistik – Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2000, Eurostat
- "Beschäftigung in Europa 2001", 2001, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und Soziale Bedingungen): "Dynamische Indikatoren zur

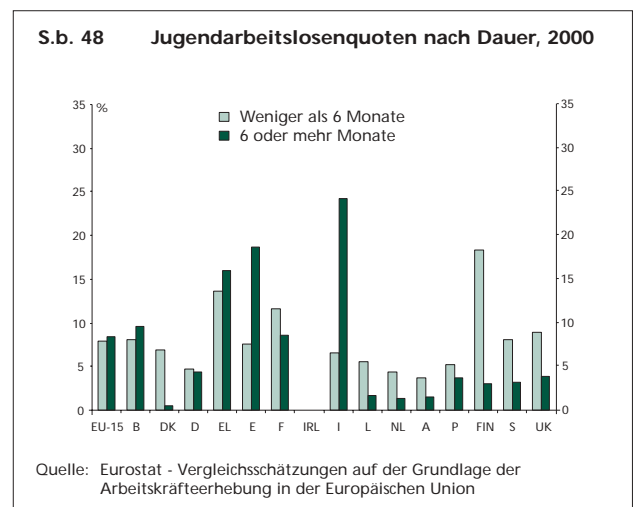
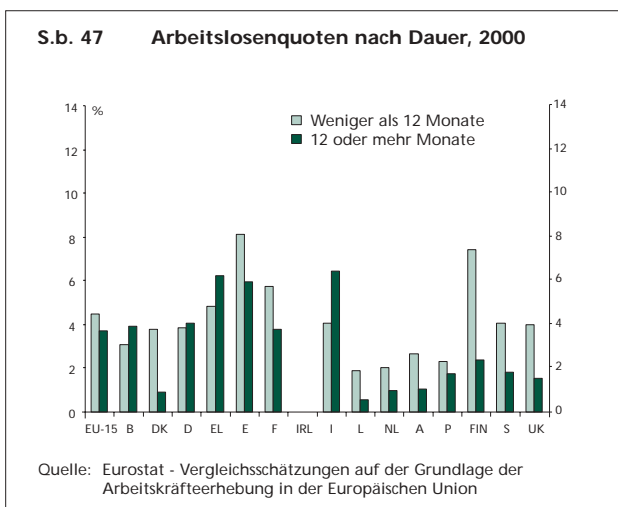
Erwerbssituation, insbesondere zur Arbeitslosigkeit", 1. Profile und Entwicklung Nr.17/1999. Eurostat. "Dynamische Indikatoren zur Erwerbssituation, insbesondere zur Arbeitslosigkeit: 2. Erwerbstatus nach Zugehörigkeitsdauer", Nr. 18/1999. Eurostat.

- "Employment precarious, unemployment and social exclusion", (Beschäftigungsunsicherheit, Arbeitslosigkeit und Soziale Ausgrenzung) Bericht der GD Forschung 2000.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate oder länger)																
2000	3,6	3,8	1,0	:	6,1	5,9	3,7	1,6	6,3	:	0,8	1,0	1,6	2,8	1,7	1,5
1999	4,2	4,9	1,2	4,4	6,5	7,3	4,4	2,6	6,7	0,7	1,2	1,1	1,7	3,0	2,2	1,7
1994	5,2	5,6	2,9	3,8	4,4	12,9	4,7	9,4	6,5	0,9	3,1	0,9	2,6	6,1	2,5	4,2
Anteil der 12 oder mehr Monate arbeitslosen Personen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen																
2000	44	54	21	:	55	42	39	38	60	:	27	27	39	29	29	27
1999	46	56	23	51	56	46	39	46	59	29	35	28	38	29	31	28
1994	47	56	35	45	49	53	38	66	59	28	44	24	38	37	27	44
Langzeitarbeitslosigkeit der Jugendlichen (6 Monate oder länger)																
2000	8,4	9,6	0,4	4,4	15,9	18,6	8,5	:	24,2	1,8	1,3	1,6	3,7	3,1	3,2	3,9
1999	9,5	14,0	1,6	4,8	18,5	21,4	8,8	:	25,6	3,1	5,9	1,7	4,8	2,6	3,7	4,3
1994	14,2	16,5	3,6	4,4	19,8	32,7	14,1	17,3	26,5	3,6	9,4	:	6,6	:	:	9,4
Anteil der 6 oder mehr Monate arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen																
2000	51,6	54,2	6,1	48,0	53,9	71,0	42,3	:	78,7	24,2	23,3	29,7	41,9	14,3	27,9	30,2
1999	53,1	59,1	15,9	52,4	72,6	59,2	36,3	:	78,3	:	82,0	31,3	53,7	12,5	27,1	32,3

Quelle: Eurostat – Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union



12

Ausgaben für den Sozialschutz

Im Jahr 1999 machten die Sozialschutzausgaben 27,6 % des BIP aus (wie 1998), womit sich der Abwärtstrend dieses Indikators bestätigte, der seit dem 1993 erreichten Höchstwert von 28,8 % festzustellen ist. Verglichen mit den 25,5 % im Jahr 1990 ist dies immer noch ein Fortschritt. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gibt es erhebliche Unterschiede und vor allem ein recht deutliches Nord-Süd-Gefälle. Trotz dieser Unterschiede ist eine Angleichung der Sozialschutzausgaben zu verzeichnen, da die größten Zuwächse in den letzten Jahren in den Ländern mit den niedrigsten Ausgaben beobachtet wurden.

Anstieg von 1990 bis 1993, dann geringfügiger Rückgang

Im Jahr 1990 machten die Gesamtausgaben für den Sozialschutz in der Union 25,5 % des BIP aus. In den drei folgenden Jahren stieg diese Quote stark an, um 28,8 % im Jahr 1993 zu erreichen. Die EU-weite Zunahme in diesem Zeitraum war in erster Linie auf eine Verlangsamung des BIP-Wachstums und steigende Arbeitslosenzahlen zurückzuführen. Der Anstieg war in der gesamten Union zu beobachten, insbesondere aber in Portugal, Finnland und dem Vereinigten Königreich. Zwischen 1993 und 1998 gingen die Ausgaben für den Sozialschutz als prozentualer Anteil des BIP geringfügig zurück, was zum Teil auf das erneute BIP-Wachstum, zum Teil aber auch auf den langsameren Anstieg dieser Ausgaben zurückzuführen war. Am deutlichsten ausgeprägt war der Rückgang in den Ländern, in denen die Ausgaben 1993 noch besonders hoch waren, wie etwa in Schweden (-5,7 Prozentpunkte), Finnland (-7,9 Prozentpunkte) und den Niederlanden (-5,5 Prozentpunkte). Zudem wird darauf hingewiesen, dass der deutliche Anstieg des BIP in den letzten Jahren den Rückgang in Irland weitgehend erklärt (- 5,5 %).

Geringerer Anstieg der realen Ausgaben von 1993 bis 1998

Die realen Ausgaben für den Sozialschutz (d. h. gemessen zu konstanten Preisen pro Kopf der Bevölkerung) stiegen im Zeitraum von 1990 bis 1993 in EU-15 jährlich real um ungefähr 4,0 %. Besonders deutlich fiel der Anstieg in Portugal (13 % pro Jahr) und im Vereinigten Königreich (9 % pro Jahr) aus. Im Gegensatz dazu lag die jährliche Wachstumsrate für die gesamte Union im Zeitraum 1993 bis 1998 lediglich bei rund 1,4 %. Griechenland, Irland, Luxemburg und Portugal zeichneten in diesem Zeitraum Wachstumsraten, die erheblich über dem Durchschnitt lagen. In praktisch allen anderen Mitgliedstaaten war bei den realen Pro-Kopf-Ausgaben in diesem Zeitraum ein relativ langsamer Anstieg festzustellen. Allerdings stiegen die realen Ausgaben 1999 rascher an.

Die länderspezifischen Unterschiede treten deutlicher zutage, wenn die Ausgaben als Pro-Kopf-KKS ausgedrückt werden

Der EU-Durchschnitt der Ausgaben für den Sozialschutz als prozentualer Anteil des BIP (27,6 %) verbirgt die großen Unterschiede, die zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. Der höchste Anteil wurde 1998 in Schweden (33%) festgestellt,

gefolgt von Frankreich und Deutschland (rund 30 %), während Irland und die südlichen Mitgliedstaaten mit 15 - 25 % die niedrigsten Anteile vermeldeten. Wenn der Sozialschutz als KKS pro Einwohner ausgedrückt wird, treten die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten noch deutlicher zutage. So betrug das Verhältnis zwischen Luxemburg (dem Land mit den höchsten Ausgaben) und Spanien (dem Land mit den niedrigsten Ausgaben) im Jahr 1999 2,5 zu 1. Das entspricht allerdings einer Verringerung der im Jahr 1990 beobachteten Differenz, als das Verhältnis noch 3,6 zu 1 betragen hatte. Die Unterschiede zwischen den Ländern spiegeln die unterschiedlichen Gegebenheiten in bezug auf soziale Sicherungssysteme, demografischen Wandel, Arbeitslosigkeit und andere soziale, institutionelle und wirtschaftliche Faktoren wider.

Zwei Muster in der Finanzierung des Sozialschutzes

Auf EU-Ebene werden die Sozialschutzsysteme in erster Linie mit den Sozialbeiträgen (von Arbeitgebern und Arbeitnehmern), die im Jahr 1998 60,6 % der Gesamteinnahmen ausmachten, sowie mit staatlichen Beiträgen finanziert, die aus Steuergeldern stammen (35,7 %). Der europäische Durchschnitt überdeckt allerdings beträchtliche länderspezifische Unterschiede in der Finanzierungsstruktur. Die Sozialversicherungsbeiträge spielen in Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Österreich eine größere Rolle (mindestens 58 % der Gesamteinnahmen). Im Gegensatz dazu wird das Sozialschutzsystem in Dänemark, Irland sowie – in geringerem Maße – in Schweden und dem Vereinigten Königreich vorwiegend mit Steuergeldern finanziert.

Beträchtlicher Anstieg der allgemeinen staatlichen Beiträge zwischen 1990 und 1999

Der Anteil der staatlichen Beiträge an der Gesamtfinanzierung stieg in EU-15 zwischen 1990 und 1999 um 6,9 Prozentpunkte. Die größten Zuwächse wurden in Frankreich, Italien und Portugal beobachtet. Hingegen ging der staatliche Anteil in Dänemark, Griechenland und den Niederlanden deutlich zurück. Im Jahr 1999 wurden nur 15,3 % des niederländischen Sozialschutzes mit allgemeinen staatlichen Beiträgen finanziert. Der Anteil der Sozialbeiträge an den Gesamteinnahmen sank zwischen 1990 und 1999 in EU-15 von 67,1 % auf 60,6 %.

Zur Struktur der Ausgaben für den Sozialschutz siehe auch Altersversorgung (3.13).

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag heißt es in Art. 2, dass die Aufgabe der Gemeinschaft darin besteht, „in der ganzen Gemeinschaft ... ein hohes Maß an sozialem Schutz ... zu fördern.“

Besondere Aufmerksamkeit wurde auf dem Europäischen Rat von Lissabon im März 2000 der Rolle geschenkt, die den

Sozialschutzsystemen beim Erreichen des von ihm abgesteckten strategischen Gesamtziels zukommt. Der Rat wies auf die Aufgabe des europäischen Gesellschaftsmodells hin, mit seinen entwickelten Sozialschutzsystemen die Umstellung auf die wissensbasierte Wirtschaft zu unterstützen, und stellte anschließend fest, dass diese Systeme jedoch als Teile eines aktiven Wohlfahrtsstaates angepasst werden müssen, um sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und dass die Systeme

angesichts einer alternden Bevölkerung auch langfristig aufrechterhalten werden können, um die soziale Integration und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und eine gute Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten.

In ihrem Zwischenbericht für den Gipfel von Feira im Juni 2000 unterstrich die Hochrangige Gruppe „Sozialschutz“ die Bedeutung des Sozialschutzes und stellte fest, dass dieser eine Seite eines Dreiecks bilden müsse, dessen andere, mit ihm verbundene, aber doch eigenständige Seiten die Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungspolitik sind; in diesem Kontext sei die Rolle des Sozialschutzes als produktiver Faktor zu festigen, was unter Bejahung des europäischen Gesellschaftsmodells geschehen müsse.

Eines der Ziele der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) lautet, „den Sozialschutz zu modernisieren und zu verbessern, um auf den Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft und den Wandel bei den Sozial- und Familienstrukturen zu reagieren und sich auf den Sozialschutz als produktiven Faktor zu stützen“ (Abschnitt 4.2.1.1).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

Sozialschutz sind alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen, um die Lasten privater Haushalte und Einzelpersonen zu decken, die ihnen durch eine genau festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, ohne dass der Begünstigte eine gleichwertige und gleichzeitige

Gegenleistung erbringt. Die Risiken und Bedürfnisse, die den Sozialschutz begründen können, werden vereinbarungsgemäß acht „Sozialschutzfunktionen“ zugeordnet. Siehe dazu Altersversorgung (3.13). Ausgenommen sind alle Versicherungen, die von Personen oder Haushalten ausschließlich im eigenen Interesse aus privater Initiative abgeschlossen werden. Die Daten für 1999 für B, D, EL, E, F, I, NL, P, FIN, S und UK sind provisorisch.

Die Kaufkraftparitäten (KKP) wandeln die nationalen Währungseinheiten in eine gemeinsame Referenzeinheit um, den Kaufkraftstandard (KKS). Mit dieser Einheit kann in sämtlichen Mitgliedstaaten in einem gegebenen Jahr die selbe Menge von Gütern und Dienstleistungen erworben werden.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Altersversorgung (3.13), Einkommensverteilung und regionaler Zusammenhalt (3.14), Sozialschutz (Anhänge II und IV)

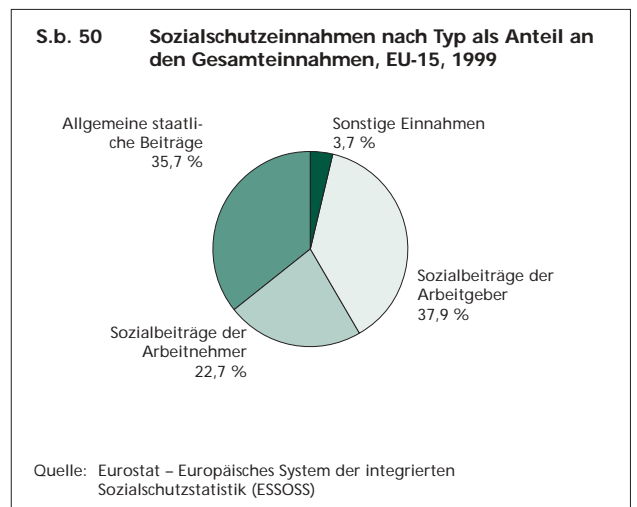
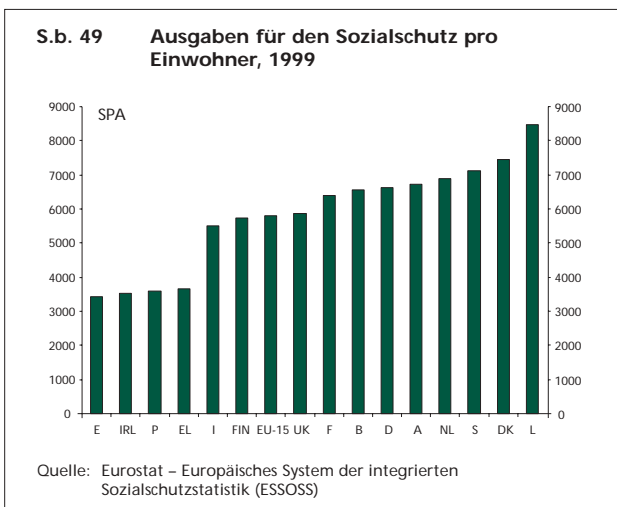
Literaturhinweise

- „Europäische Sozialstatistik - Sozialschutz - Ausgaben und Einnahmen 1980-1999“, 2001. Methodik: „ESSOSS-Handbuch 1996“, Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Der Sozialschutz in Europa“, Nr. 1/2002. Eurostat.
- „Sozialschutz in Europa 1999“, 2000. „Sozialschutz in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union - Situation am 1. Januar 1998 und Entwicklung“, 1998. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Sozialschutzausgaben als Anteil des BIP																
1999	27,6	28,2	29,4	29,6	25,5	20,0	30,3	14,7	25,3	21,9	28,1	28,6	22,9	26,7	32,9	26,9
1993	28,8	29,5	31,9	28,4	22,0	24,0	30,7	20,2	26,4	23,9	33,6	28,9	20,7	34,6	38,6	29,1
1990	25,5	26,4	28,7	25,4	22,9	19,9	27,9	18,4	24,7	22,1	32,5	26,7	15,2	25,1	33,1	23,0

Quelle: Eurostat – Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)



13

Altersversorgung

Im Jahr 1999 entfiel in den meisten Mitgliedstaaten der größte Teil der Sozialschutzausgaben auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Das galt insbesondere für Italien (wo dieser Bereich 64,0 % der Gesamtleistungen gegenüber 46 % im EU-Durchschnitt ausmachte). EU-weit stiegen im Zeitraum 1990 - 1999 die Leistungen im Rahmen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung real pro Kopf der Bevölkerung um 25 % an. Dieser Anstieg ist vor allem durch die Bevölkerungsentwicklung zu erklären. Außerdem wirken sich auch Verrentungsmaßnahmen (insbesondere der Vorruhestand) auf die Entwicklung dieser Leistungen aus.

Auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung entfällt der größte Teil der Leistungen

In den meisten Mitgliedstaaten macht die Alters- und Hinterbliebenenversorgung den größten Posten in den Ausgaben für den Sozialschutz aus. Im EU-Durchschnitt entfielen im Jahr 1999 darauf 46 % der Gesamtleistungen oder 12,1 % des BIP. Das galt insbesondere für Italien, wo für diese beiden Funktionen 64,0 % der gesamten Sozialleistungen aufgewandt wurden. In Irland hingegen entfielen lediglich 25,2 % der Leistungen auf Altersversorgung und Hinterbliebenenrenten zusammengenommen. Tatsächlich ist Irland das „jüngste“ Land in der EU: Im Jahr 1999 waren 31,4 % der irischen Bevölkerung unter 20 Jahre alt (EU-Durchschnitt 23,1 %), während der Anteil der Altersgruppe ab 65 Jahre nur 11,3 % betrug (EU-Durchschnitt 16,1 %). Daher überrascht es nicht, dass die Ausgaben für Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Irland niedrig sind, während die Ausgaben für Familien- und Kinderbeihilfen zu den höchsten in der Union zählen.

In Irland, Portugal und Finnland fließt der größte Teil der Sozialleistungen in die Funktionen Krankheit/Gesundheitsversorgung/Invalidität/Gebrechen. Auch was das relative Gewicht der Arbeitslosenunterstützung anbelangt, gibt es wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Auf die entsprechenden Sozialleistungen entfielen 1999 in Spanien 13 % der Gesamtleistungen, während es in Italien lediglich 2 % waren. Auf Familie/Kinder entfielen 8,5 % aller Sozialleistungen in EU-15. Doch während in Dänemark, Irland, Luxemburg 13 - 15 % aller Sozialleistungen in diese Bereiche flossen, waren es in Spanien, Italien und den Niederlanden noch nicht einmal 5 %.

Die Struktur der Ausgaben für Sozialleistungen änderte sich zwischen 1990 und 1999

Zwischen 1990 und 1999 wuchsen die Gesamtsozialleistungen real (d. h. in konstanten Preisen pro Kopf der Bevölkerung) um 24 %. Die Sozialleistungen wiesen in diesem Zeitraum bei den verschiedenen Funktionen unterschiedliche Zuwachsraten auf. Die Abweichungen beruhen auf veränderten Erfordernissen sowie auf Änderungen der Gesetzgebung zum Sozialschutz.

Die Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung nahmen sehr kontinuierlich zu, ebenfalls real um 25 %. Auf EU-Ebene war ihr Anteil an den Gesamtleistungen Anfang der

Neunzigerjahre zurückgegangen, hatte jedoch bis 1999 wieder den 1990 verzeichneten Stand erreicht. Besonders deutlich fiel der Rückgang in diesem Zeitraum in Deutschland (-3,7 Prozentpunkte) und Irland (-5,2 Prozentpunkte) aus. In Italien, wo die Ausgaben für diese Funktionen bereits 1990 hoch gewesen waren, stiegen sie schneller als in der übrigen Union, wodurch der Anteil der beiden Bereiche an den Gesamtleistungen in diesem Neunjahreszeitraum um 6,0 Prozentpunkte anwuchs. Eine Reihe von Ländern hat angesichts der Tatsache, dass die Erwerbsbevölkerung stetig altert, mit der Reformierung ihrer Rentensysteme begonnen. Die Wirkungen dieser Eingriffe werden im Laufe der Zeit zutage treten. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Renten auf EU-Ebene den Hauptteil der Ausgaben für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung ausmachen.

Die Ausgaben für Krankheit/Gesundheitsversorgung/Invalidität/Gebrechen machten im Jahr 1999 in EU-15 einen geringeren Teil der Sozialleistungen aus als 1990. Infolge der Bemühungen zur Senkung der Kosten in diesen Bereichen ging ihr Anteil an den Ausgaben in fast allen Mitgliedstaaten zurück.

Der Trend in der Entwicklung der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung kann zum Teil mit dem unterschiedlichen Niveau der Arbeitslosigkeit erklärt werden. Zwischen 1990 und 1999 erhöhten sie sich in EU-15 real um 19 %, wobei es sich jedoch nicht um eine gleichmäßige Zunahme handelte: Zwischen 1990 und 1993 stiegen diese Leistungen sehr rasch an, so dass sich ihr Anteil an den Gesamtausgaben von 7,3 % auf 9,7 % erhöhte. Doch setzte 1993 ein realer Rückgang der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung in EU-15 (6,8 % im Jahr 1999) ein, der zum Teil Ausdruck der allmählichen Verbesserung der Wirtschaftslage war, in dem sich aber auch die in mehreren Ländern vorgenommenen Reformen der Unterstützungssysteme (z. B. Änderungen bei den Anspruchsvoraussetzungen für Leistungen) widerspiegeln. Darüber hinaus können auch die neuen Formen der Arbeitsverträge (Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverträge usw.) zu einer Reduzierung der Zahl der Leistungsberechtigten beigetragen haben.

Der Anteil der Ausgaben für Familien an den Gesamtleistungen stieg zwischen 1990 und 1999 in EU-15 von 7,7 % auf 8,5 %. Besonders deutlich fiel dieser Anstieg (real +35 % zwischen 1990 und 1999) im Jahr 1996 aus, als Deutschland Reformen durchführte und das System der Familienunterstützung erweiterte.

Politischer Hintergrund

Im Rahmen seiner allgemeinen Hinweise zur Bedeutung der Sozialschutzsysteme und seines Appells zu deren Anpassung erteilte der Lissabonner Gipfel vom März 2000 der Hochrangigen Gruppe „Sozialschutz“ den Auftrag, „als ihre erste Priorität“ auf der Grundlage einer Mitteilung der Kommission eine Studie über die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive unter besonderer Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Altersversorgungs-

systeme zu erstellen. Die Kommission ihrerseits nahm daraufhin am 11. Oktober 2000 eine Mitteilung (KOM(2000) 622 endg.) „Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunftsichere Renten“ an. In Abschnitt 2.6 heißt es: „Den Mitgliedstaaten obliegt es zu entscheiden, welches Rentensystem sie wünschen und welcher Policy-Mix erforderlich ist, damit ältere Menschen auch künftig über ein ausreichendes Einkommen verfügen, ohne dass die Stabilität der öffentlichen Finanzen gefährdet, Beschäftigungsanreize ausgehöhlt oder andere wesentliche öffentliche Ausgaben

gestrichen werden.“ Doch sind die „... Mitgliedstaaten mit den gleichen ... dargestellten Problemen konfrontiert. Gemeinsam sind ihnen ferner die Zielsetzung der Rentenreform und eine Reihe von Grundsätzen, denen sie verpflichtet sind. Hierzu zählen Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt ... Daher lädt die Kommission die Mitgliedstaaten ein, ihre Bemühungen zu koordinieren und Gedanken und Informationen über ihre laufenden und geplanten Reformen auszutauschen.“ In einem Zwischenbericht, vorgelegt auf dem Gipfel von Nizza im Dezember 2000, wurden die Mitgliedstaaten von der Hochrangigen Arbeitsgruppe aufgefordert, bis spätestens 15. Februar 2001 nationale Beiträge über die Strategien zu erarbeiten, mit denen sie die grundlegenden Ziele ihrer Altersversorgungssysteme gewährleisten und gleichzeitig deren Nachhaltigkeit in Anbetracht der Probleme der Bevölkerungsentwicklung sicherstellen wollen.

Der Europäische Rat in Göteborg von Juni 2001 betonte die Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes, um der Herausforderung einer alternden Gesellschaft zu begegnen und verabschiedete die drei umfassenden Prinzipien zur Sicherung der langfristigen Beständigkeit von Alterssicherungssystemen: die Leistungsfähigkeit von Alterssicherungssystemen gewährleisten, damit sie ihrem sozialen Ziel gerecht werden, Personen im Ruhestand sichere und adäquate Einkommen zu bieten; die finanzielle Beständigkeit von Alterssicherungssystemen zu garantieren; die Fähigkeit von Alterssicherungssystemen zu stärken, auf die sich wandelnden Bedürfnisse von Gesellschaft und Individuen reagieren zu können.

Der Europäische Rat von Laeken beschloss den Vorschlag von Zielen und Arbeitsmethoden, um die Offene Methode der Koordinierung auf den Bereich der Alterssicherungspolitik anzuwenden. Der integrierte Rahmen für eine Zusammenarbeit bei den Maßnahmen auf diesem Gebiet zielt darauf, die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung ihrer eigenen nationalen Strategien zu unterstützen, damit das Angebot adäquater Pensionen lang anhaltend gesichert werden kann. Die erste Serie Nationaler Strategieberichte ist im September 2002 fällig, und ein gemeinsamer Bericht wird von Kommission und Rat konzipiert.

Der Europäische Rat von Laeken (2001) sprach sich für einen ähnlichen Ansatz im Bereich der Gesundheitsversorgung und im Bereich Altenpflege aus. Die langfristigen Ziele, die in der Mitteilung der Kommission (COM (2001) 723) vorgestellt wurden, sind: Zugangsmöglichkeit, Qualität und finanzielle Lebensfähigkeit von Gesundheits- und Pflegesystemen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Einfluss der Europäischen Integration auf die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten gewidmet werden müssen.

Siehe auch Ausgaben für den Sozialschutz (3.12).

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

Siehe Ausgaben für den Sozialschutz (3.12). Die Sozialleistungen werden ohne Abzug von Steuern oder anderen Zwangsabgaben, die die Empfänger für sie zu entrichten

haben, angegeben. „Steuerliche Vergünstigungen“ (Steuerermäßigungen für Haushalte für Zwecke des Sozialschutzes) sind grundsätzlich nicht erfasst. Die Sozialleistungen werden in folgende acht Funktionen unterteilt: Krankheit/Gesundheitsversorgung; Invalidität/Gebrechen; Alter; Hinterbliebene; Familie/Kinder; Arbeitslosigkeit; Wohnen; soziale Ausgrenzung, die keiner anderen Kategorie zugeordnet werden kann (n.a.z.). Die Altersversorgung beinhaltet Leistungen zur Deckung altersbedingter Risiken: Verlust des Einkommens, unzureichendes Einkommen, Abhängigkeit bei der Bewältigung täglicher Aufgaben, reduzierte Beteiligung am sozialen Leben und so weiter. Die medizinische Versorgung älterer Personen ist nicht berücksichtigt (sie wird dem Bereich Krankheit/Gesundheitsversorgung zugerechnet). Es ist nicht immer leicht, eine Sozialleistung richtig zuzuordnen. In den meisten Mitgliedstaaten der EU besteht eine starke Interdependenz zwischen den drei Funktionen Altersversorgung, Hinterbliebene und Invalidität. Um die Daten EU-weit besser vergleichen zu können, wurden die Bereiche Altersversorgung und Hinterbliebene zusammengefasst. F, IRL und P erfassen Behindertenrenten, die an Personen im Rentenalter gezahlt werden, als Leistungen des Bereichs Invalidität/Gebrechen und nicht des Bereichs Alter.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Überalterung der Bevölkerung (3.3), Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (3.8), Ausgaben für den Sozialschutz (3.12), Sozialschutz (Anhänge II und IV)

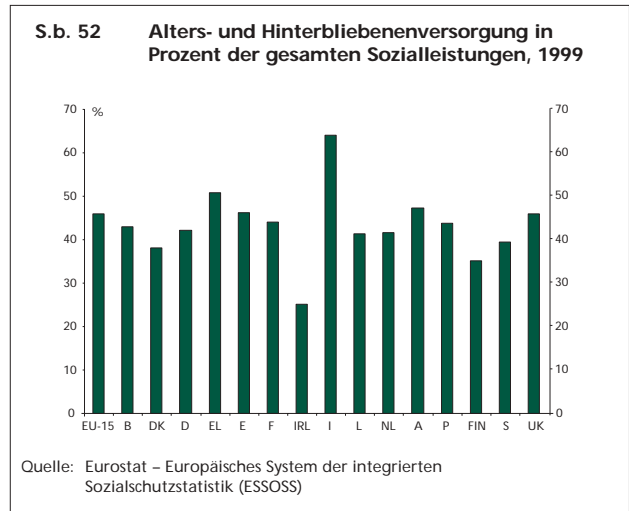
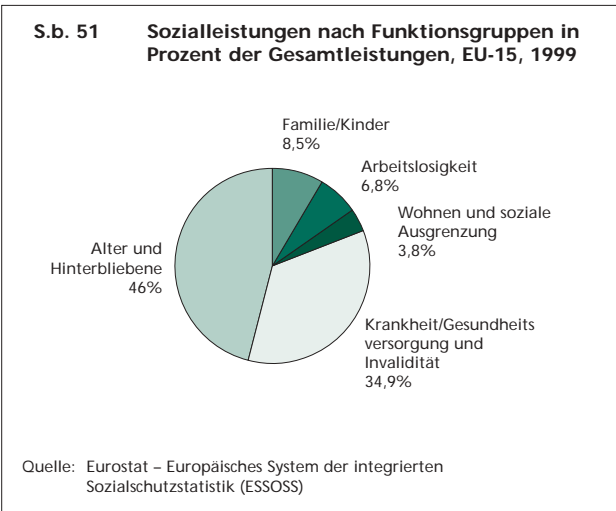
Literaturhinweise

- „Europäische Sozialstatistik - Sozialschutz - Ausgaben und Einnahmen 1980-1999“, 2001. Methodik: „ESSOSS-Handbuch 1996“, 1996. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Der Sozialschutz in Europa“, Nr. 1/2002. „Der Sozialschutz in Europa: Rentenausgaben“, Nr. 9/2001.
- „Die Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunftssichere Renten“. Europäische Kommission.
- „Social protection for dependency in old age in the 15 EU Member States and Norway“ (Sozialschutz für Altersabhängigkeit in den 15 EU-Mitgliedstaaten und Norwegen), 1998. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- Objectives and working methods in the area of pensions – Joint report of the Social Protection Committee and the Economic Policy Committee (Ziele und Arbeitsmethoden auf dem Gebiet der Alterssicherung – Gemeinsamer Bericht des Ausschusses für den Sozialschutz und des wirtschaftspolitischen Ausschusses) – November 2001
- Supporting national strategies for safe and sustainable pensions through an integrated approach (Unterstützung der nationalen Strategien für eine sichere und nachhaltige Alterssicherung durch einen integrierten Ansatz) – COM (2001) 362
- The future of health care and care for the elderly: guaranteeing accessibility, quality and financial viability (Die Zukunft der Gesundheitsversorgung und Altenpflege: Zugangsmöglichkeiten, Qualität und finanzielle Lebensfähigkeit garantieren) - COM (2001) 723

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent der gesamten Sozialleistungen																
1999	46,0	43,0	38,0	42,1	50,7	46,2	44,2	25,2	64,0	41,4	41,5	47,4	43,7	35,1	39,5	46,1
1990	45,9	41,8	36,7	45,8	51,7	42,9	42,7	30,4	57,6	46,7	37,4	50,1	41,9	33,8	:	45,3

Quelle: Eurostat – Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).



14

Einkommensverteilung und regionaler Zusammenhalt

Auf EU-Ebene erzielten 1998 die 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen 8 % des Gesamteinkommens, während auf die 20% mit dem höchsten Einkommen 39 % des Gesamteinkommens entfielen, d.h. 5,4-mal so viel. Am kleinsten ist diese Kluft zwischen den "Reichsten" und den "Ärmsten" in Dänemark (2,7), Finnland (3,0, 1997) und Schweden (3,4). Am größten ist sie in den südlichen Mitgliedstaaten, in Belgien, im Vereinigten Königreich und in Irland.

In Mitgliedstaaten mit niedrigerem Durchschnittseinkommen ist die Ungleichheit zumeist höher

Im Jahr 1998 lag der Medianwert des Äquivalenznettojahreseinkommens⁷³ bei rund 11.700 KKS (gewichtetes arithmetisches Mittel der EU-15 Bevölkerung). In etwa der Hälfte der Mitgliedstaaten - unter ihnen Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich - lag der Wert bei über 12.000 KKS. Allerdings besteht das Nord-/Süd-Gefälle weiter. In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal liegt das Einkommensniveau zwischen 6.500 und 9.500 KKS. Irland liegt ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt von 10.400 KKS. Für Luxemburg und Finnland lagen die Daten aus dem Jahr 1998 nicht vor, aus den Vorjahresangaben geht allerdings hervor, dass Finnland geringfügig über dem EU-Durchschnitt liegt und Luxemburg, wo das Einkommensniveau außergewöhnlich hoch ist, einen Sonderfall darstellt.

Die Einkommensverteilung kann anhand der Verteilung des Gesamteinkommens auf verschiedene Bevölkerungsschichten analysiert werden, die dem Einkommen entsprechend definiert werden. EU-weit erzielten 1998 die ärmsten 20 % der Bevölkerung 8,0 % des Gesamteinkommens, während auf die reichsten 20 % 39 % des Einkommens entfielen. Diese Zahlen werden im Anteilsverhältnis S80/S20 ausgedrückt, das den Anteil der oberen 20 % in Beziehung zu dem der unteren 20 % setzt. Dieses Verhältnis ist in den südlichen und nicht auf dem Kontinent gelegenen Mitgliedstaaten am höchsten (angeführt von Portugal mit 7,2, allerdings liegen auch Belgien, Spanien, Griechenland, Italien und das Vereinigte Königreich über dem EU-Durchschnitt von 5,4). Am anderen Ende der Skala befinden sich Dänemark (2,7), Schweden (3,4) und Österreich (3,8). Die Angaben aus dem Jahr 1998 liegen für Finnland noch nicht vor, aus den Vorjahresangaben geht allerdings hervor, dass in Finnland das Verhältnis ähnlich wie das der übrigen skandinavischen Staaten ist.

Eine andere Betrachtungsweise der Ungleichheit bei der Einkommensverteilung ist ein Vergleich der Lorenz-Kurve der aktuellen Einkommensverteilung mit der Kurve der genau übereinstimmenden Einkommensverteilung⁷⁴. Die geringsten Ungleichheiten wurden in Dänemark (Koeffizient 0,22), die größten in Portugal (0,37) festgestellt.

Im Allgemeinen ist in Mitgliedstaaten mit einer größeren Ungleichheit auch das Durchschnittseinkommen niedriger (obwohl in Großbritannien sowohl ein überdurchschnittliches Einkommen als auch eine überdurchschnittliche Ungleichheit zu verzeichnen sind).

Über 70 % der Bevölkerung erhalten Sozialleistungen, obwohl diese lediglich 25 % des Äquivalenzeinkommens ausmachen

1996 wurden in den meisten Ländern 70 % des Äquivalenzeinkommens mit Arbeit, rund 25-30 % mit Renten und anderen Sozialleistungen und der geringfügige Rest aus Kapitalerträgen und anderen privaten Einkommensquellen erzielt. Zwar ist der prozentuale Anteil der Sozialleistungen am Äquivalenzeinkommen nicht hoch, dennoch profitieren 73 % der EU-Bürger direkt oder indirekt (d. h. über andere Mitglieder des Haushaltes) von solchen Transferleistungen. Der prozentuale Anteil der Begünstigten schwankt zwischen nur 50 % in Griechenland und Italien und rund 90 % in Belgien⁷⁵, Irland und Portugal. EU-weit leben 13 % der Bevölkerung in Haushalten, deren einzige Einkommensquelle Sozialleistungen sind. Ihr Anteil reicht von 4% in Frankreich bis zu 19 % in Belgien. Im Durchschnitt entspricht das Äquivalenzeinkommen von (in Haushalten lebenden) Personen, die Renten beziehen, jenem der Gesamtbevölkerung. Überdurchschnittlich hoch ist es in Frankreich, Italien, den Niederlanden und vor allem in Irland. Die Sozialleistungen mit Ausnahme der Renten sind in der gesamten Union - wenn auch in unterschiedlichem Maß - vorwiegend auf Haushalte mit niedrigem Einkommen konzentriert. Siehe dazu Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.15).

Regionale Ungleichgewichte beim "Vermögen"

Wenn man die regionalen Ungleichgewichte beim Vermögen messen will, muß man zuerst "Vermögen" und dann "Regionale Ungleichgewichte" definieren. Regionales Vermögen kann als die Konsummöglichkeiten der in einer Region ansässigen Haushalte bezeichnet werden. Ein angemessener Indikator wäre z.B. das regionale verfügbare Einkommen. Diese Daten sind leider nicht verfügbar. Es sind jedoch Daten über das regionale BIP, eine Produktionsmaßnahme, verfügbar. Daraus lässt sich ersehen, wie viel in einer Region produziert wurde. Da es zwischen den Ländern Unterschiede im Preisniveau gibt, die im Wechselkurs nicht berücksichtigt werden, wird von EUROSTAT eine Korrektur vorgenommen, d.h. das BIP ist nicht nur in Euro sondern auch in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt. Dadurch sind die Daten besser vergleichbar. Natürlich sind die Regionen unterschiedlich groß, deshalb wird nicht das Gesamt-BIP berücksichtigt, sondern das BIP am Anteil der Wohnbevölkerung. Ein Gradmesser des Vermögens könnte deshalb das regionale BIP pro Kopf in KKS sein. Es muß dabei jedoch berücksichtigt werden, dass dies nicht dasselbe ist, wie das den Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen.

73 Für die Welle 5 (1998) des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft wurden von verschiedenen Ländern (d. h. Belgien, Frankreich, Portugal) die Datensätze auch für die vorangegangenen Jahre (1994, 95, 96) wesentlich aktualisiert und verbessert. Bei bestimmten Ländern (z.B. Deutschland und dem Vereinigten Königreich) umfasst dies eine Umstellung vom Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft auf die nationalen Panels, die für EHP-Zwecke umformatiert wurden. Die Daten für das Vereinigte Königreich haben vorläufigen Charakter. Für Finnland und Luxemburg liegen noch keine Angaben vor.

74 Mathematisch kann dies als Gini-Koeffizient ausgedrückt werden (d.h. Verhältnis des Kurvenwerts zwischen der Linie der Idealgleichverteilung und der Kurve der eigentlichen Verteilung zum Gesamtbetrag des Graphen unter der Linie der Idealgleichverteilung).

75 Bei Belgien handelt es sich um vorläufige Angaben.

Andere Indikatoren sind z.B. der Variationskoeffizient⁷⁶ (VK) im Pro-Kopf-BIP der Regionen in KKS. Dieser Indikator reagiert sehr empfindlich auf extreme Werte und sollte nicht überinterpretiert werden. Da das Kapital eines Landes oftmals einen überaus hohen Pro-Kopf-BIP zeigt, sind die Ergebnisse mit Vorsicht zu genießen. Wenn diese hohen Werte nun bei der Berechnung nicht berücksichtigt werden, d.h. wenn die Region „Inner London - West“ unberücksichtigt bleibt, dann sinkt der hohe Wert für Großbritannien von 51 % auf 21,7 %.

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Art. 2) heißt es: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, ... die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität ... zu fördern.“ Laut Art. 3 umfasst die Tätigkeit der Gemeinschaft unter anderem „die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“.

Der Europäische Rat von Lissabon im März 2000 hat sich „ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Siehe auch Mitteilung der Kommission „Ein Europa schaffen, das alle einbezieht“ vom März 2000.

Eine Liste von statistischen „Strukturindikatoren“ wurde auf dem Gipfeltreffen von Nizza im Dezember 2000 vereinbart, zu denen im Bereich der sozialen Kohäsion sieben Indikatoren gehören. Diese Liste würde für den Ergebnisbericht der Kommission für den Gipfel in Barcelona im März 2002 aktualisiert. Der Ansatz wurde von der Indikator-Untergruppe des Sozialschutz-Ausschusses weiter entwickelt, die eine Liste von „Kohäsionsindikatoren“ für das Gipfeltreffen in Laeken im Dezember 2001 vorschlug.

In der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) heißt es: „Sozialtransfers in Gestalt von Renten und Sozialversicherungsleistungen tragen nicht nur zu einer ausgeglicheneren Einkommensentwicklung über die gesamte Lebenszeit und Einkommensverteilung zwischen sozialen Gruppen bei, sondern fördern darüber hinaus die Qualität der Beschäftigung mit entsprechenden positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft.“

Am 20.06.2001 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Beschäftigung und Sozialpolitiken“: Ein Rahmenplan für die Investition in die Qualität“

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (EHP), Welle 5, Ausgabe Dezember 2001. Die Einkommensdaten beziehen sich auf das Kalenderjahr 1997. Die Daten zum Pro-Kopf-BIP auf NUTS-3-Ebene sind den regionalen Eurostat-Rechnungen entnommen und beruhen im Wesentlichen auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Wenn diese Korrektur für die Hauptstadt erfolgt, dann ist das Land mit der höchsten Ungleichheit Deutschland, was einfach durch die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland erklärt werden kann. Die zweithöchsten Ungleichheiten werden in Italien festgestellt, wo es den Unterschied zwischen dem Süden und dem Norden gibt. Die niedrigsten Werte gibt es in Schweden.

Unter dem Gesamteinkommen eines Haushalts werden sämtliche Nettogeldeinnahmen verstanden, die ein Haushalt und all seine Mitglieder zum Zeitpunkt der Befragung (1998) während des Referenzjahres der Erhebung (1997) bezogen haben. Hierin eingeschlossen sind Erwerbseinkommen, private Einkommen (etwa aus Investitionen oder Vermögen), Renten und andere direkt bezogene Sozialtransferleistungen. Nicht berücksichtigt wurden indirekte Sozialleistungen, Naturalleistungen und unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum. Da das Gewicht dieser Einkommenspositionen von Land zu Land unterschiedlich ausfällt, ist die volle Vergleichbarkeit der Einkommensstatistik beeinträchtigt. Vergleichbare Daten liegen nun für die meisten Länder vor, sie stehen aber nicht länger für Luxemburg zur Verfügung.

Um beim Vergleich der Einkommensniveaus den Unterschieden in Bezug auf Haushaltsgröße und -zusammensetzung Rechnung zu tragen, wird das Gesamteinkommen eines Haushalts durch seine „Äquivalenzgröße“ geteilt, die anhand der modifizierten OECD-Äquivalenzskala berechnet wird. In dieser Skala werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene mit 1,0, der zweite sowie jede weitere Person im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Um das Anteilsverhältnis zu berechnen, werden die Personen zunächst aufgrund ihres Äquivalenzeinkommens einer Kategorie zugeordnet und anschließend in 5 Gruppen gleicher Größe unterteilt, die als Quintile bezeichnet werden. S80/S20 gibt den Anteil der oberen 20 % im Verhältnis zu jenem der unteren 20 % wieder. Informationen zu NUTS siehe Anmerkungen im Abschnitt Arbeitslosigkeit (3.9).

Die in der Analyse verwendeten Daten zum Pro-Kopf-BIP sind in KKS ausgedrückt und berücksichtigen somit die Unterschiede zwischen den Preisniveaus der einzelnen Länder, jedoch nicht zwischen verschiedenen Regionen ein und des selben Landes. Der Variationskoeffizient des Pro-Kopf-BIP in Regionen der NUTS-3-Ebene ist ein Gradmesser der Gesamtabweichungen vom Durchschnitt. Die Berechnungsmethode wurde im letzten Jahr geändert.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Ausgaben für den Sozialschutz (3.12), Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.15), Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt (3.16), Einkommensverteilung, Armut und regionaler Zusammenhalt (Anhänge II und IV).

⁷⁶ Die regionalen Ungleichgewichte können auch mit Hilfe eines Indikators für die Abweichung vom Durchschnitt gemessen werden. Eine häufig verwendete Methode ist die Standardabweichung. Da die Standardabweichung von dem Niveau abhängt und es Niveauunterschiede in den regionalen BIP gibt, muss diese standardisiert werden, um die Vergleichbarkeit zwischen den Datensätzen der verschiedenen Länder sicherzustellen. Das geschieht durch eine Teilung der Standardabweichung durch den Durchschnitt. Das Ergebnis dieses Rechenvorgangs wird als Variationskoeffizient bezeichnet.

Literaturhinweise

- „European social statistics: Income, Poverty and Social Exclusion in the Member States of the European Union“ (Europäische Sozialstatistik: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union), Ausgabe 2000.
- „Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft: Ausgewählte Indikatoren aus der Welle 1995“, 1999. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU“, Nr. 9/2000. Eurostat.

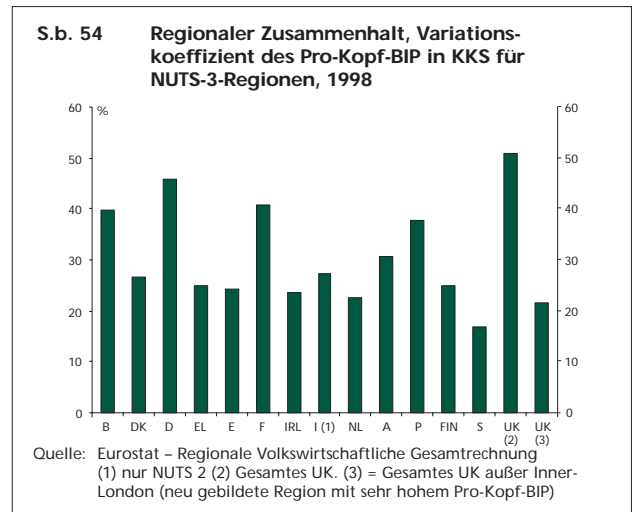
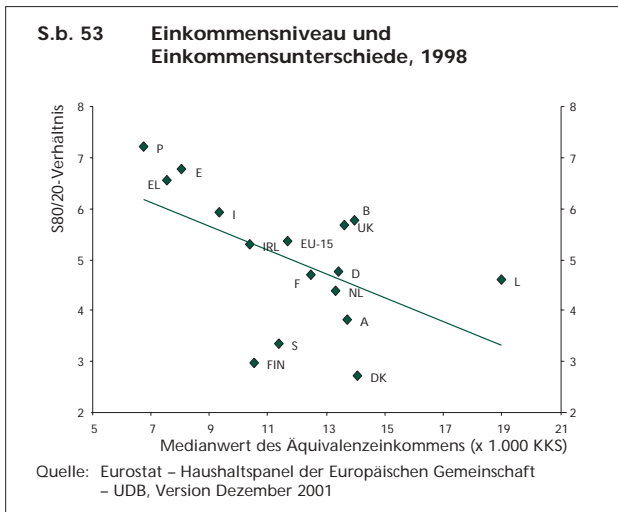
- „Beschäftigung in Europa 2000“, Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- „Unity, solidarity, diversity for Europe, it's people and territory – Second report on Economic and Social Cohesion“ (Einheit, Solidarität, Unterschiede in Europa, zwischen den Völkern und seinen Staaten - 2. Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Kommission), 2001. Europäische Kommission.
- „Evaluation of income support policies at the local urban level“ (Beurteilung von Maßnahmen zur Einkommenshilfe auf der lokalen städtischen Ebene), Berichte der GD Forschung der Europäischen Kommission 1999.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Einkommensverteilung (S80/S20-Verhältnis) (1)																
1998	5,4	5,8	2,7	4,8	6,5	6,8	4,7	5,3	5,9	4,6	4,4	3,8	7,2	3,0	3,4	5,7

(1) Der Anteil der reichsten 20 % der Bevölkerung am nationalen Gesamteinkommen gegenüber dem der ärmsten 20 % . EU-15 ohne L und FIN. L: Daten für 1996, FIN: Daten für 1997.

Quelle: Eurostat – Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, UDB, Version Dezember 2001



15

Haushalte mit niedrigem Einkommen

Bei Betrachtung der Gesamtbevölkerung verfügten im Jahr 1998 rund 18 % der EU-Bürger über ein Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60 % des nationalen Medianwerts betrug. Dies entspricht etwa 68 Millionen Menschen. Nimmt man 60% des nationalen Medianwerts als Schwellenwert, war der Anteil der von Armut bedrohten Menschen relativ hoch (über 20 %) in Griechenland und dem Vereinigten Königreich, und relativ niedrig in Belgien, Deutschland, Luxemburg (1996), den Niederlanden, Österreich und Schweden (12 bis 16 %). Besonders niedrig war er in Dänemark (9 %) und Finnland (8 %, 1997). Durch die Sozialleistungen verringert sich der Anteil der von Armut bedrohten Menschen in allen Mitgliedstaaten, wenn auch in unterschiedlichem Maße: Der Rückgang reicht von 5 – 15 % in Griechenland und Italien bis zu über 70 % in Finnland, wobei der EU-Durchschnitt bei 31 % liegt.

Mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden haben ein „niedriges Einkommen“

Im Jahr 1998 fiel eine Reihe von Haushalten durch überdurchschnittliche „Armutsrisikoniveaus“ auf: Alleinerziehende mit unterhaltsberechtigten Kindern (35 %), allein lebende junge Menschen (32 %), allein lebende ältere Menschen (28%) und allein lebende Frauen (27%). Paare mit drei oder mehr unterhaltsberechtigten Kindern (41 %) waren ebenfalls sehr gefährdet. 1998 verfügten nahezu 50 % der Alleinerziehenden in Deutschland, Irland und dem Vereinigten Königreich über ein „niedriges Einkommen“. Einen hohen Anteil (rund 40 %) hatten auch Spanien, die Niederlande und Portugal. 1998 verfügten auch über 50 % Haushalte mit mehr als 3 Kindern in Deutschland, Italien und Portugal über ein „niedriges Einkommen“. 1998 verfügten rund 50 % der jungen allein lebenden Menschen (unter 30 Jahre) in Dänemark über ein „niedriges Einkommen“. Es gab auch überdurchschnittliche Werte (32 %) in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Die Angaben aus dem Jahr 1997 für Finnland lassen auf ein ähnlich hohes Niveau schließen. Mehr als 60 % der älteren allein lebenden Menschen (über 65 Jahre) hatten in Irland „ein niedriges Einkommen“. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 28 % waren die Raten auch in Portugal und dem Vereinigten Königreich hoch (über 50 %).

Frauen gehören eher als Männer, Kinder eher als Erwachsene zu den „Armen“

In der gesamten Union verfügen Frauen etwas häufiger als Männer über ein „niedriges Einkommen“ (17 % gegenüber 19 % im EU-Durchschnitt). Größer ist die Kluft zwischen den Geschlechtern bei allein lebenden älteren Menschen (über 65 Jahre) insbesondere in Deutschland, Irland, Österreich, und dem Vereinigten Königreich. Diese Angaben sollten jedoch mit Vorsicht interpretiert werden, da über die Einkommensverteilung innerhalb der Familien nur Schätzungen vorliegen.

Der Anteil der Kinder (unter 16 Jahren), die in Haushalten mit niedrigem Einkommen leben, ist 1998 mit 24 % um nahe ein Drittel höher als der entsprechende Anteil der Gesamtbevölkerung (17 %). Besonders schlecht scheint die Situation von Kindern in Deutschland (60 % höher) zu sein. Hingegen leben Kinder in Belgien, Dänemark, Schweden und Griechenland (gemäß den Angaben aus dem Jahr 1997 auch in Finnland) wesentlich seltener in einem „armen“ Haushalt als Erwachsene.

Arbeitslose sind besonders gefährdet

Durchschnittlich 40 % der Arbeitslosen hatten 1998 ein niedriges Einkommen. In Italien liegt dieser Anteil bei gut 50 % und er liegt in Irland und Frankreich über dem Durchschnitt. Am niedrigsten ist der Anteil in Dänemark mit 45 %, gefolgt von den Niederlanden (21 %) und Finnland (17 %, laut Angaben aus dem Jahr 1997). In Belgien haben Arbeitslose rund 16 mal

und in Irland 10 mal häufiger ein geringes Einkommen als Erwerbstätige, während in Dänemark, Griechenland, den Niederlanden und Portugal dieses Verhältnis weniger als 3 : 1 beträgt. In der Union insgesamt zählen 7 % der Beschäftigten (ausgenommen Selbständige) zur Kategorie der „Armen“. Siehe dazu auch Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt (3.16).

Signifikante Auswirkungen der Sozialleistungen auf den Anteil der „Armen“

Vergleicht man die Zahl der Personen mit niedrigem Einkommen vor und nach der Zahlung von Sozialleistungen (ohne Renten), so wird eine der wichtigsten Zweckbestimmungen dieser Leistungen deutlich: ihr Umverteilungseffekt und insbesondere der Umstand, dass mit ihrer Hilfe der Bevölkerungsanteil, der ein niedriges Einkommen hat, verringert werden kann.

Ohne Einrechnung der Sozialleistungen gibt es in Irland, Schweden und dem Vereinigten Königreich einen großen Anteil (über 30 %) von Personen mit niedrigem Einkommen. Die Zahlen für die anderen Mitgliedstaaten schwanken zwischen 23 % (Griechenland und Italien) und 30 %, wobei der EU-Durchschnitt bei 26 % liegt. Durch die Sozialleistungen verringert sich in allen anderen Mitgliedstaaten der Anteil der von Armut bedrohten Personen - jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. In Griechenland, Spanien, Italien und Portugal ist der Rückgang mit weniger als 30 % am geringsten. In anderen Mitgliedstaaten liegt er zwischen 30 % und 50 % und beträgt in Dänemark und Schweden mehr als 70 %. (Die Angaben aus dem Jahr 1997 für Finnland lassen auf ein ähnliches Niveau schließen.)

Dänemark und Schweden weisen auch die niedrigste „Armutsrisikoquote“ nach Einrechnung von Sozial- und anderen Leistungen auf. Griechenland und Portugal verzeichnen den höchsten Anteil von Personen mit niedrigem Einkommen bei Einrechnung dieser Leistungen (und Italien hat nach Einrechnung der Leistungen nicht mehr eine der niedrigsten Armutsrisikoquoten, sondern eine Armutsrisikoquote, die etwa dem EU-Durchschnitt entspricht).

Irland und das Vereinigte Königreich haben mit die höchsten Armutsrisikoquoten in der EU ohne Berücksichtigung der Sozialleistungen, und auch bei deren Einrechnung sind dort die Ungleichgewichte noch höher als der Gemeinschaftsdurchschnitt. Allerdings wurde in ihnen ein Umverteilungseffekt verzeichnet.

Armutsücke der Gemeinschaft bei 30 %

Betrachtet man nur das Einkommen, das unterhalb der Armutsgrenze liegt, so wird zwar deutlich, wie viele Personen von ihrem Einkommen her der Kategorie der „von Armut Bedrohten“ zuzurechnen sind, jedoch nicht, wie gravierend diese Armut ist. Die Messung des Gefälles zwischen dem Einkommensniveau der „Armen“ und der Armutsgrenze (Armutsücke) verschafft Einblicke in das Ausmaß der

Einkommensarmut. Im Jahr 1998 stand in der EU den Personen, die in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen lebten, ein Äquivalenz-Haushaltseinkommen zur Verfügung, das 23 Prozent unter der gewichteten durchschnittlichen Armutsgrenze der EU lag. Bei einer durchschnittlichen Armutsgrenze von 7.100 KKS⁷⁶ in der Europäischen Union entspricht das einer relativen Äquivalenz-Armutsücke von rund 1.600 KKS.

Rund 35 Mio. Menschen sind ständig von Armut bedroht

Im Jahr 1998 lebten 11 % der Bevölkerung der Europäischen Union mindestens für 2 der 3 vorangegangenen Jahre in

einem Haushalt mit niedrigem Einkommen. Bei einer strengeren Definition von anhaltender Armut, die die 3 zurückliegenden Jahre umfasst, ist der Anteil mit 9 % etwas geringer. Diese Zahlen lassen darauf schließen, dass mehr als die Hälfte aller Menschen in Haushalten mit einem niedrigen Einkommen 1998 andauernd von Armut bedroht war. Die Quote der dauernd von Einkommensarmut Bedrohten reicht von 3 % in Dänemark und 5 % in den Niederlanden bis 14 % in Griechenland und 16 % in Portugal.

Politischer Hintergrund

In Art. 136 des EG-Vertrags wird die „Bekämpfung von Ausgrenzungen“ als eines von sechs Zielen der europäischen Sozialpolitik genannt. In Art. 137 Absatz 1 wird die Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen als einer jener Bereiche angeführt, in denen die Tätigkeit der Mitgliedstaaten durch Gemeinschaftsaktionen unterstützt und ergänzt werden soll. Art. 137 Absatz 2 definiert den Handlungsrahmen auf Gemeinschaftsebene; demnach wird der Rat zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Initiativen fördern, welche „die Verbesserung des Wissensstandes, die Entwicklung des Austausches von Informationen und bewährten Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze und die Bewertung von Erfahrungen zum Ziel haben“.

Der Europäische Rat von Lissabon gelangte im März 2000 zu folgendem Schluss: „Die Zahl der Menschen, die in der Union unterhalb der Armutsgrenze und in sozialer Ausgrenzung leben, kann nicht hingenommen werden. ... Die neue Wissensgesellschaft bietet ein enormes Potential für die Reduzierung der sozialen Ausgrenzung...“ (Schlussfolgerung Nr. 32 des Vorsitzes). Diese Schlussfolgerung wurde auf den Ratstreffen von Nizza und Stockholm im Dezember 2000 und Frühjahr 2001 bekräftigt.

In der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) werden ebenfalls die Themen Armut und soziale Ausgrenzung angesprochen. Dabei gilt als Hauptziel: „Armut und Ausgrenzung sollen verhindert und eliminiert werden und die Eingliederung aller Menschen in das wirtschaftliche und soziale Leben soll gefördert werden“ (Abschnitt 4.2.2.1).

Der Rat von Lissabon stimmte darin überein, dass die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung auf einer Offenen Methode der Koordinierung basieren sollten, welche gemeinsame Ziele, Nationale Aktionspläne und ein Programm, das von der Kommission vorgestellt wurde, um zur Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu ermutigen, miteinander kombiniert. Der Europäische Rat von Nizza beschloss im Dezember 2000 die gemeinsamen Ziele im Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Armut: "die Erwerbsbeteiligung und den Zugang zu den Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen für alle erleichtern; den Risiken der Ausgrenzung vorbeugen; den am wenigsten Geschützten helfen; alle relevanten Kräfte mobilisieren".

Die ersten beiden jährlichen Pläne wurden von den Mitgliedsstaaten im Juni 2001 angenommen, und der erste gemeinsame Bericht zur sozialen Eingliederung, der diese verbindet und analysiert, wurde durch den Rat für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten am 3. Dezember 2001 beschlossen.

Eine erste Serie von zehn primären und acht sekundären abgestimmten Indikatoren wurde durch den Ausschuss für den Sozialschutz vorgestellt: Diese Indikatoren werden dem Zweck dienen, den Prozess hin zu den gemeinsamen Zielen, auf die man sich in Nizza geeinigt hat, zu überwachen.

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (EHP), Welle 5, Ausgabe Dezember 2001.

Niedriges Einkommen (oder relative monetäre Armut) wird gemessen, indem man ermittelt, wie groß die Bevölkerungsgruppe mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medianwerts des Äquivalenzeinkommens in einem Land ist. Der Medianwert des Einkommens ist dem Durchschnittseinkommen vorzuziehen, da er von den Extremwerten der Einkommensverteilung weniger beeinflusst wird.

Die relative Armutslücke wird definiert als das zusätzliche Einkommen, das erforderlich ist, um das Äquivalenzhaushaltseinkommen einer unter der Armutsriskogrenze lebenden Person auf das Einkommensniveau anzuheben, das der Armutsriskogrenze entspricht. Erläuterung der Einkommenskonzepte und Anmerkungen zu den Daten siehe Einkommensverteilung (3.14).

Für Finnland und Schweden liegen aus den vorangegangenen Jahren keine Einkommensdaten vor, somit konnte ebenso wie auch für Österreich 1997 keine vierjährige dauernde Einkommensarmut berechnet werden (dreijährige dauernde Einkommensarmut ist unter dem EU-Durchschnitt). Für Luxemburg liegen keine Daten vor.

Beim Treffen des Europäischen Rates in Laeken wurde eine Sprachregelung für Indikatoren im Bereich des sozialen Zusammenhaltes empfohlen. Die jetzige Ausgabe spiegelt diese in hohem Maße wider, in zukünftigen Ausgaben wird sie voll implementiert sein.

76 Weitere Einzelheiten zu den Kaufkraftstandards siehe "Kaufkraftparitäten und damit zusammenhängende Wirtschaftsindikatoren: Ergebnisse für 1998" (Eurostat, 2000)

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Beschäftigung (3.7), Ausgaben für den Sozialschutz (3.12), Einkommensverteilung (3.14), Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt (3.16), Einkommen, Armut und regionaler Zusammenhalt und Verbrauch (Anhänge II und IV).

Literaturhinweise

- „European social statistics: Income, Poverty and Social Exclusion in the Member States of the European Union“ (Europäische Sozialstatistik: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union), Ausgabe 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Dauernde Einkommensarmut und soziale

Ausgrenzung in der Europäischen Union“, Nr. 13/2000. „Einkommensarmut in der Europäischen Union: bei Kindern, nach Geschlecht und Umfang der Armutslücken“, Nr.12/2000. „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU - Neueste Daten“, Nr. 9/2000. „Soziale Ausgrenzung in den EU-Mitgliedstaaten“, Nr. 1/2000. „Niedrige Einkommen und niedrige Löhne auf Haushaltsebene (EU-12)“, Nr. 6/1998. Eurostat.

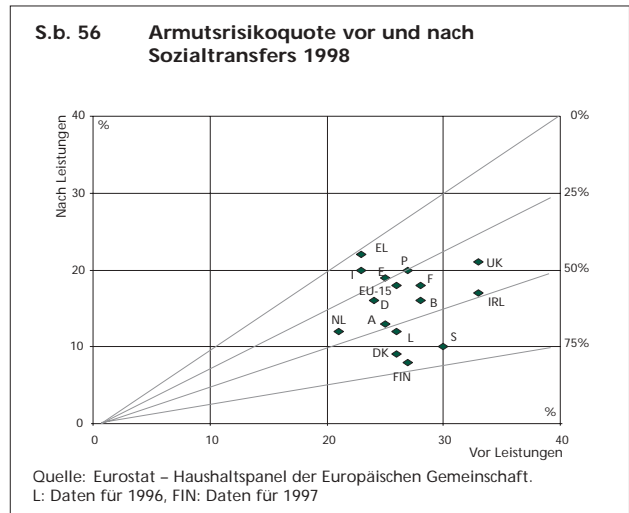
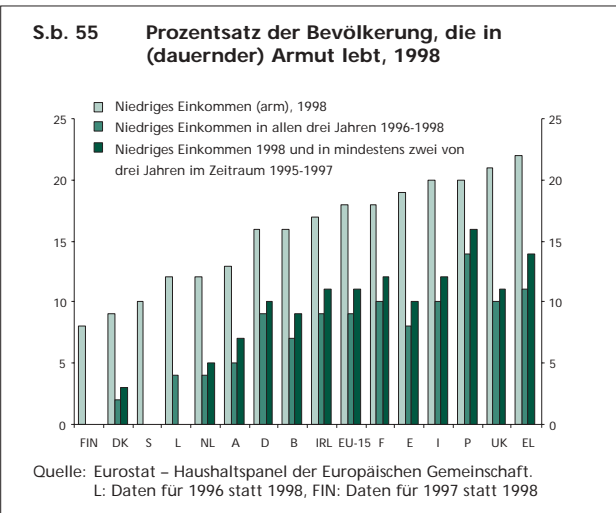
- „Evaluation of income support policies at the local urban level“ (Beurteilung von Maßnahmen der Einkommenshilfe auf lokaler städtischer Ebene), Berichte der GD Forschung der Europäischen Kommission, 1999.
- Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung – COM (2001) 565

Schlüsselindikator

Armutsrisikoquote vor und nach Sozialtransfers (Prozentsatz der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze vor und nach Sozialtransfers. Armutsgrenze definiert als 60 % des nationalen Äquivalenzmedianeinkommens (1), 1998

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Vor Sozialleistungen	26	28	26	24	23	25	28	33	23	26	21	25	27	27	30	33
Nach Sozialleistungen	18	16	9	16	22	19	18	17	20	12	12	13	20	8	10	21
Landeswährung (LW)		BEF	DKK	DEM	GRD	ESP	FRF	IEP	ITL	LUF	NLG	ATS	PTE	FMK	SEK	GBP
60% des Medianw. des Jahreseink. (LW)		336484	79620	16820	1159200	654128	52290	4526	9627 (2)	463848	17064	120150	581876	43250	74220	5883
60% des Medianw. des Jahreseink. (KKS)	7 010	8 381	8 443	8 040	4 526	4 838	7 495	6 242	5 591	11 409	8 004	8 224	4 035	6 324	6 834	8 170

EU-15-Schätzwert ohne L und FIN. (1) Renten/Pensionen sind in "vor" und "nach" enthalten. (2) I – Daten in 1000.L: Daten für 1996 statt 1998, FIN: Daten für 1997 statt 1998. Quelle: Eurostat – Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft – UDB, Version Dezember 2001.



16

Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt

Zwei wichtige Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung sind Arbeitslosigkeit und niedriges Arbeitsentgelt. 1998 betrug die Armutsrisikoquote in Haushalten, in denen keine Person im erwerbstätigen Alter erwerbstätig ist 51 % - diese Quote ist etwa 2,3 mal so hoch wie die Quote in Haushalten mit mindestens einem Erwerbstätigen.

In Haushalten ohne Erwerbstätige ist der Anteil der Armen 2,3 so hoch wie in Haushalten, in denen es mindestens einen Erwerbstätigen gibt

Im Jahr 2000 gab es in rund 79 % aller Haushalte in der EU mindestens eine Erwerbsperson (d. h. eine Person, die eine Erwerbstätigkeit ausübte oder suchte). Von diesen Haushalten können rund 4,5 % als „Haushalte ohne Erwerbstätige“ angesehen werden; d. h. keines der Haushaltsmitglieder war beschäftigt. Am niedrigsten fiel ihr Anteil mit 0,9 % in Luxemburg, den Niederlanden (1,1 %) und Portugal (1,2 %) aus (für die nordischen Länder liegen keine Daten vor). Dagegen wurden in Irland (6,6 %) und Frankreich (5,5%) die höchsten Werte verzeichnet.

EU-weit lag die Armutsrisikoquote für Personen, die in Haushalten ohne Erwerbstätige leben, bei 51 % gegenüber 22 % für Angehörige von Erwerbstätigenhaushalten, in denen mindestens eine Person einer Beschäftigung nachgeht und 5% für Angehörige von Haushalten, in denen alle Personen im erwerbsfähigen Alter beschäftigt sind. Mitglieder von Haushalten ohne eine erwerbstätige Person laufen somit 2,3 Mal so große Gefahr, unterhalb der Armutschwelle zu leben, wie Mitglieder von Erwerbstätigenhaushalten. Das Gefälle zwischen diesen beiden Gruppen ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt. In Belgien, Irland und Finnland ist der Anteil der Armen in Haushalten ohne Erwerbstätige mindestens fünfmal so hoch wie in Erwerbstätigenhaushalten, in Griechenland, Italien oder Portugal dagegen nur weniger als zweimal so hoch.

Im Jahr 1998 lebten in Deutschland, Spanien, Frankreich und Irland mehr als die Hälfte aller Angehörigen von Haushalten ohne eine erwerbstätige Person unterhalb der Armutschwelle. Wesentlich niedriger lag dieser Anteil hingegen in Dänemark (25 %) und Finnland (28 %, 1997). In Belgien, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal und dem Vereinigten Königreich lag der Anteil stets zwischen 41 und 50 %. Für die Niederlande, Luxemburg und Schweden liegen keine Angaben vor.

Erwerbstätige Arme: ein komplexes Bild

Auch wenn für Erwerbstätige die Wahrscheinlichkeit, dass sie

in einem Haushalt mit niedrigem Einkommen leben müssen und somit zu den „erwerbstätigen Armen“ gehören, weniger groß ist, besteht für sie dennoch die Gefahr der Armut. Der Lebensstandard eines Arbeitnehmers (am Einkommen gemessen) wird nur teilweise durch das Arbeitsentgelt bestimmt. Tatsächlich werden oftmals Niedriglöhne, die ein Haushaltsmitglied bezieht, durch das höhere Arbeitsentgelt eines oder mehrerer anderer Haushaltsmitglieder „ausgeglichen“. Ebenso kann ein Haushalt andere Einkommen als Löhne beziehen (Einkommen aus selbständiger Arbeit oder anderweitige Einkommensarten wie Sozialleistungen, Einkommen aus Vermögen usw.). Außerdem hängt der Lebensstandard nicht nur von den verfügbaren Mitteln ab, sondern auch von der Haushaltsgröße und von den wirtschaftlichen (Anzahl der erwerbstätigen Personen usw.) und demografischen (Anzahl der Kinder und anderen Unterhaltsberechtigten usw.) Merkmalen des Haushalts. Aus diesem Grunde leben nicht alle Niedriglohneempfänger in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Andererseits können Arbeitnehmer, deren Arbeitsentgelt oberhalb der Niedriglohngrenze liegt, in „armen Haushalten“ leben, z. B. wenn sie für mehrere Unterhaltsberechtigte zu sorgen haben.

EU-weit gehören 7 % der Arbeitnehmer zur Kategorie der „Armen“

Die Armutsrisikoquote der Arbeitnehmer beträgt 1998 für die EU insgesamt etwa 7 %. In Griechenland und Portugal liegt sie wesentlich höher (9-10 %), in Belgien, Dänemark und Finnland niedriger (1997, 2-3 %). In allen untersuchten Ländern ist die Armutsrisikoquote unter den Beschäftigten erwartungsgemäß niedriger als die Armutsrisikoquote für die Gesamtbevölkerung. Dennoch weisen die Länder mit den höchsten Armutsrisikoquoten nicht unbedingt den größten Anteil an von Armut bedrohten Arbeitnehmern auf. Ein extremes Beispiel hierfür ist Dänemark, das mit die niedrigsten Armutsrisikoquoten sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch für die Arbeitnehmer verzeichnet. Portugal dagegen weist mit die höchste Armutsrisikoquote unter den Arbeitnehmern und auch für die Gesamtbevölkerung auf.

Auf EU-Ebene und in den meisten, aber nicht in allen Mitgliedstaaten ist die Armutsrisikoquote der Beschäftigten weniger als halb so hoch als bei der Gesamtbevölkerung.

Politischer Hintergrund

Am 20.06.2001 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung, über „Beschäftigung und Sozialpolitik: Ein Rahmenprogramm für die Investition in Qualität“.

Siehe dazu Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.15)

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Daten zur Bevölkerung, die in Haushalten mit und ohne Erwerbstätige lebt). Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (UDB, Ausgabe Dezember 2001) 1998, Welle 5. Die Einkommensdaten beziehen sich auf das Kalenderjahr 1997.

Zum Einkommenskonzept und zur Definition des Äquivalenzeinkommens siehe Einkommensverteilung (3.10). Zur Definition der einkommensschwachen (oder armen) Haushalte siehe Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.15).

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Beschäftigung (3.7), Ausgaben für den Sozialschutz (3.12), Einkommensverteilung (3.14), Haushalte mit niedrigem Einkommen (3.15), Einkommen Armut und regionaler Zusammenhalt (Anhänge II und IV)

Literaturhinweise

- „European social statistics: Income, Poverty and Social Exclusion in the Member States of the European Union“ (Europäische Sozialstatistik: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung in den Mitgliedstaaten der Europäischen

Union), Ausgabe 2000. „Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft: Ausgewählte Indikatoren aus der Welle 1995“, 1999. Eurostat.

- Kapitel IV über die Qualität in der Arbeit und die soziale Ausgrenzung von „Beschäftigung in Europa 2001“ 2001 Europäische Kommission, GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Einkommensarmut in der Europäischen Union: bei Kindern, nach Geschlecht und Umfang der Armutslücken“, Nr. 12/2000. „Niedriglöhne in den Ländern der EU“, Nr. 11/2000. „Sozialleistungen und ihre Umverteilungseffekte in der EU - Neueste Daten“, Nr. 9/2000. „Soziale Ausgrenzung in den EU-Mitgliedstaaten“, Nr. 1/2000.
- „Low pay and earning mobility in Europe“ (Niedriglohn und Lohnmobilität in Europa“, TSER-Programm. Edward Elgar Publishing, Vereinigtes Königreich, 1999.

Schlüsselindikator

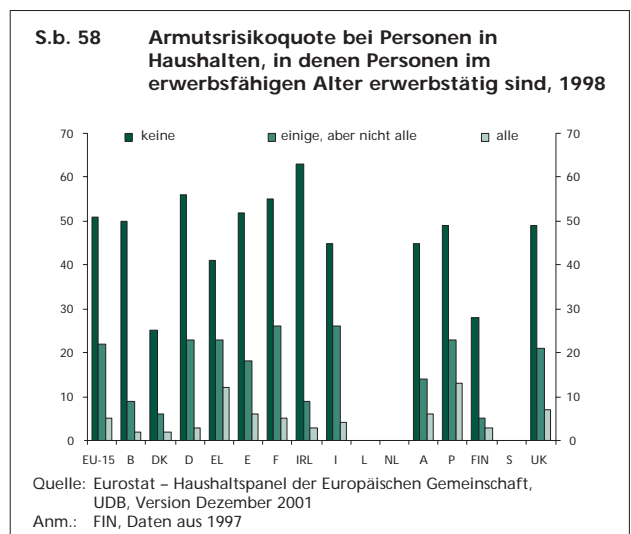
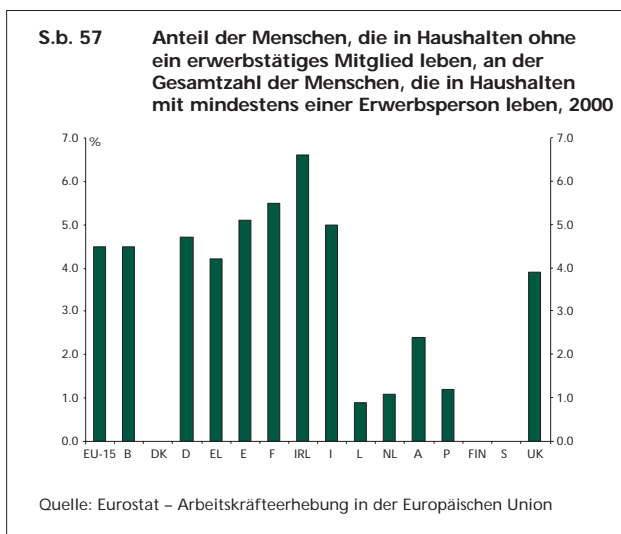
	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Menschen in Haushalten ohne Erwerbstätige (Anteil der Menschen in Haushalten ohne ein berufstätiges Mitglied an der Gesamtzahl der Haushalte mit mindestens einer Erwerbsperson) 2000	4,5	4,5	:	4,7	4,2	5,1	5,5	6,6	5,0	0,9	1,1	2,4	1,2	:	:	3,9

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union 2000. IRL – Daten für 1997

Armutsrisikoquoten (in %) bei Personen in Haushalten, in denen Personen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig sind, 1998

... keine...	51	50	25	56	41	52	55	63	45	:	:	45	49	28	:	49
... einige, aber nicht alle	22	9	6	23	23	18	26	9	26	:	:	14	23	5	:	21
... alle...	5	2	2	3	12	6	5	3	4	:	:	6	13	3	:	7

Quelle: Eurostat – Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, UDB, Version Dezember 2001. FIN: Daten für 1997



17

Frauen in Entscheidungspositionen

Auf EU-Ebene hat sich der Anteil von Frauen im Europäischen Parlament seit 1984 bei jeder Wahl stetig erhöht und liegt jetzt bei 30 %. In den nationalen Parlamenten sind die Frauen in allen Mitgliedstaaten nach wie vor unterrepräsentiert, da der Anteil der von weiblichen Abgeordneten in diesen Gremien von 9 % in Griechenland bis zu 44 % in Schweden reicht.

Zunehmend macht sich die Erkenntnis breit, dass eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern im Entscheidungsfindungsprozess eine Voraussetzung für die Demokratie ist und auch positive Auswirkungen auf die Gesellschaft hat. Unterschiedliche Ideen und Werte fließen in den Entscheidungsfindungsprozess ein und führen zu Ergebnissen, die die Interessen und Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung berücksichtigen.

In Europa sind Frauen in Entscheidungspositionen in der Politik, in der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Universitäten, der Zivilgesellschaft und der Justiz weiterhin unterrepräsentiert. Der Zugang zu diesen Institutionen ist nun zwar allen Bürgern offen, die Frauen nehmen jedoch noch nicht in dem selben Maße am Entscheidungsfindungsprozess teil.

Politische Entscheidungsfindung

In den Parlamenten der Mitgliedstaaten hatten im Frühjahr 2001 die Frauen lediglich 23 % der Sitze inne. Die Unterschiede zwischen den Ländern waren groß und reichten von einem Mindestanteil von 9 % in Griechenland, zu dem größten Anteil von 44 % in Schweden.

Ein Vergleich der Regionalparlamente ist schwieriger, da einige Mitgliedsstaaten nicht über solche Einrichtungen verfügen. Von 9.842 Abgeordneten in regionalen Parlamenten waren 2.896 bzw. 29 % Frauen (Angaben aus dem Jahr 2000).

Für die Kommunalräte in den EU-Mitgliedstaaten liegen keine vollständigen und auch nicht immer vergleichbare Angaben vor, da Entscheidungsfindungsprozesse auf der lokalen Ebenen sehr unterschiedlich ablaufen. Die Angaben aus 1997 lassen auf eine Beteiligung der Frauen von nahezu 20 % in diesen Kommunalräten schließen.

Einige Mitgliedstaaten und Parteien auf nationaler Ebene haben Maßnahmen ergriffen, um die Hürden zu überwinden, denen sich Frauen bei der Teilnahme in politischen Gremien gegenüber sehen, indem sie einen Mindest-(Höchst-)Anteil von Männern und Frauen auf der Kandidatenliste fordern.

Das Europäische Parlament hat hinsichtlich des Gleichgewichts der Geschlechter in den letzten Jahren langsame Fortschritte gemacht: Derzeit sind 30 % seiner Mitglieder Frauen, während es 1991 lediglich 19 % waren.

Die Beteiligung in den Exekutivgremien

In 12 Mitgliedstaaten ist der Anteil der Frauen auf der Ebene der nationalen Regierung höher als in den nationalen Parlamenten (oder im Unterhaus). Der Unterschied ist in Frankreich besonders krass, da es 10 % weibliche Abgeordnete in der Nationalversammlung gibt und die Frauen in der nationalen Regierung einen Anteil von 29 % haben.

Auf regionaler Ebene ist eine umgekehrte Tendenz zu erkennen, mit einem höheren Anteil von Frauen in den Regionalversammlungen (29 %) als in den Exekutivgremien: Von 940 Mitgliedern in regionalen Exekutivstrukturen sind 206 Frauen, d. h. 22%. In einem föderalen Staat wie Deutschland z. B. ist der Anteil der Frauen in den nationalen und regionalen Parlamenten mit 32 % bzw. 31 % ähnlich hoch. Die Werte gehen jedoch bei den Exekutivgremien weit auseinander, und betragen 39 % bzw. 24 % auf nationaler bzw. regionaler Ebene.

Die Europäische Kommission und einige Mitgliedstaaten haben Verordnungen für eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern in Expertengruppen und Ausschüssen verabschiedet.

Die Beteiligung von Frauen in den höchsten Positionen in der öffentlichen Verwaltung liegt zwischen 40 % in Schweden und 10 % in Österreich, Belgien, Deutschland, Irland, Italien und Luxemburg. 2001 gab es bei den öffentlichen Bediensteten der Europäischen Kommission in den beiden höchsten Verwaltungsebenen 7,4 % und 11,3 % Frauen (Besoldungsstufe A1 und A2). Im Bericht des Beschäftigungsausschusses über die Indikatoren zur Arbeitsqualität wird die Entwicklung eines Indikators vorgeschlagen, der den Anteil der beschäftigten Frauen in einer Führungsposition am Arbeitsplatz im Vergleich zu dem der Männer misst.

Ausgewogene Beteiligung

In jedem Mitgliedstaat gibt es eine Definition der ausgewogenen Beteiligung. In einigen Mitgliedstaaten wie den nordischen Ländern und dem Vereinigten Königreich wurde ein fester Anteil von 50 % zum Ziel gesetzt, in anderen Ländern geht man davon aus, dass ein Anteil von mindestens 30 % die kritische Masse darstellt, über den Frauen und Männer einen tatsächlichen Einfluß geltend machen können.

Politischer Hintergrund

In der Erklärung und der Aktionsplattform für die 4. Weltfrauenkonferenz (Peking 4-15/9/95) wurde betont, dass es notwendig sei sicherzustellen, dass die Verantwortlichkeiten, die Befugnisse und Rechte gleichmäßig verteilt würden.

Die Empfehlung des Rates (2-12/1996) zur ausgewogenen Beteiligung von Frauen und Männern in dem Entscheidungsfindungsprozess (96/694/EG) an die Mitgliedstaaten lautet, eine umfassende integrative Strategie zu verabschieden, die auf die Förderung der ausgewogenen Beteiligung von Frauen und Männern im Entscheidungsfindungsprozess und die Entwicklung oder

Einführung geeigneter Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels gerichtet ist; ... Die Sammlung und Veröffentlichung von Statistiken zu verbessern, um ein deutlicheres Bild zu erhalten, wie Männer und Frauen auf allen Ebenen des Entscheidungsprozesses in politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Sphären vertreten sind; ... Eine ausgeglichene Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen in Regierungsinstitutionen zu fördern (siehe der Bericht der Kommission von COM(2000)120 von 07/03/2000).

Im Beschluss des Rates über das Gleichgewicht der Geschlechter innerhalb von Ausschüssen und Expertengruppen (2000/407/EG von 19/06/00) wurde das Ziel von mindestens 40 % von Männern oder Frauen mittelfristig in jedem Ausschuss oder jeder Gruppe festgelegt.

Am 20.6.2001 legte die Kommission ihre Mitteilung „Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik: ein Konzept für Investitionen in Qualität“ vor, in der die Gleichstellung der Geschlechter als eine Dimension der Qualität am Arbeitsplatz bezeichnet wird.

Methodische Anmerkungen

Es stehen Angaben über die Zahl der Frauen im Parlament und in den meisten nationalen Regierungen zur Verfügung. Die hier genutzten Quellen sind die Europäische Datenbank – Frauen in Entscheidungspositionen – (<http://www.db-decision.de>).

Nicht alle Länder verfügen über schlüssige Statistiken über die Beteiligung von Frauen in anderen entscheidungsfindenden Gremien. Siehe auch den Bericht der finnischen Präsidentschaft über die neuen Indikatoren zur Messung von Fortschritten im Bereich der Entscheidungsfindung (SI(1999)873).

Das Thema der Frauen im Entscheidungsfindungsprozess muß auch in anderen Bereichen sorgfältig geprüft werden, und zwar in der Wirtschaft, den Verbänden, Sozialorganisationen, wissenschaftlichen Instituten, öffentlichen Verwaltungen und den Medien. In diesen Bereichen ist auch noch mehr Forschung erforderlich.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Bildungsabschlüsse (3.5), Beschäftigung der Frauen (3.18), Arbeitseinkommen von Männern und Frauen (3.19), Gleichstellung der Geschlechter (Anhänge II und IV).

Literatur Hinweise

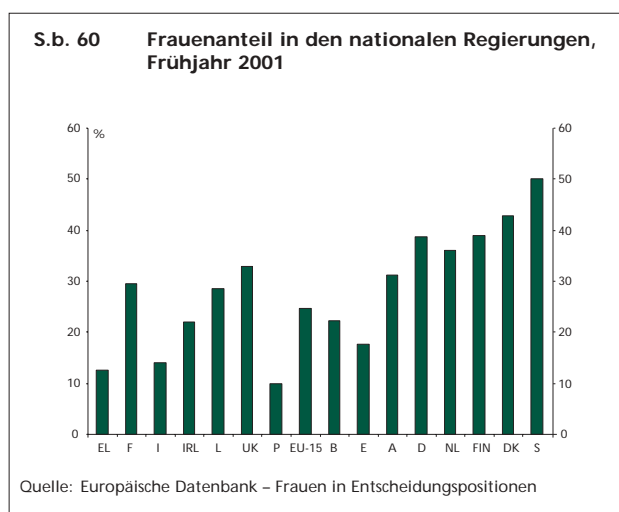
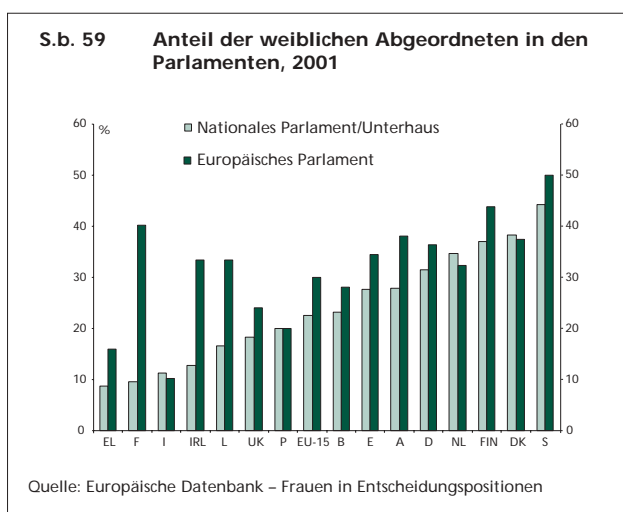
Frauen und Entscheidungsfindung in der Wissenschaft:

- ETAN report on Women and sciences: Promoting excellence through mainstreaming gender equality (ETAN-Bericht über Frauen und die Wissenschaft: Förderung der Spitzenkräfte durch die Einführung der Gleichstellung der Geschlechter), 2000.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Frauenanteil in nationalen Parlamenten (Anteil der weiblichen Abgeordneten in den nationalen Parlamenten), Frühjahr 2001	23	23	38	32	9	28	10	13	11	17	35	28	20	37	44	18
Anteil der weiblichen Abgeordneten im Europäischen Parlament.	30	28	38	36	16	34	40	33	10	33	32	38	20	44	50	24
Frauenanteil in den nationalen Regierungen, Frühjahr 2001	25	22	43	39	13	18	29	22	14	29	36	31	10	39	50	33

Quelle: Europäische Datenbank – Frauen in Entscheidungspositionen



18

Beschäftigungssituation von Frauen

Zwischen 1995 und 2000 ist die Beschäftigungsquote der Männer in der EU um mehr als 2 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die Quote der Frauen um 4 % an, wodurch sich die Kluft zwischen den Geschlechtern verringerte. Dennoch liegt die Quote der Männer (72,5%) immer noch beträchtlich über der der Frauen (54 %). Die höchste Quote der Frauen ist in den drei nordischen Ländern, im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden zu verzeichnen.

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt

Trotz des Fortschritts während der letzten Jahre ist es für Frauen immer noch problematisch, Zugang zum Arbeitsmarkt und insbesondere zu Führungspositionen zu erlangen (siehe dazu Abschnitt 3.17: Frauen in Führungspositionen), einen angemessenen Verdienst zu erzielen und das berufliche mit dem familiären Leben in Einklang zu bringen. Zwar wurden die im letzten Jahrzehnt netto neu geschaffenen Arbeitsplätze nahezu alle mit Frauen besetzt, dieser Beschäftigungszuwachs konnte jedoch nicht mit der wachsenden Zahl von Frauen Schritt halten, die arbeiten wollen. Die Folge ist, dass die Arbeitslosigkeit unter Frauen viel höher ist als unter Männern. Während die Frauen rund 43 % der Erwerbsbevölkerung der EU bilden, stellen sie etwas mehr als die Hälfte der Arbeitslosen (51 %). Die Beschäftigungsquoten der Frauen liegen durchweg unter jenen der Männer. Hinzu kommt, dass viele Frauen einer Teilzeitarbeit nachgehen.

Trotz sinkender Tendenz weiterhin große Differenzen zwischen Frauen und Männern

Die Kombination von zunehmender Bildung und veränderten Einstellungen hat zur Folge, dass sich der Anteil der arbeitenden Frauen dem der Männer annähert – zwischen 1995 und 2000 stieg die Beschäftigungsquote unter den Frauen im erwerbsfähigen Alter um 4 Prozentpunkte auf 53 %, während diese Quote bei den Männern um 2 Prozentpunkte auf 72,5 % stieg. Der Abstand hat sich somit zwar verringert, in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten ist er allerdings weiterhin groß. In Finnland und Schweden liegt die Beschäftigungsquote der Frauen immer noch bei rund 90 % der Quote der Männer, obwohl die Zahl der arbeitenden Frauen in diesen Ländern in den letzten Jahren relativ gesunken ist. In praktisch allen Mitgliedstaaten ist die Differenz zwischen den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern in der jüngeren Generation geringer als in der älteren.

EU-weit ist die Frauenbeschäftigung im wachsenden Dienstleistungssektor konzentriert (in dem 82,5 % aller beschäftigten Frauen gegenüber 58,3 % der erwerbstätigen Männer tätig sind), weshalb Frauen ein geringeres Risiko als Männer tragen, den Arbeitsplatz zu verlieren. Männer sind unverhältnismäßig stark in der Landwirtschaft und der Industrie vertreten, wo in letzter Zeit umfangreiche Umstrukturierungen stattfanden. Die Geschlechtertrennung

auf dem Arbeitsmarkt kann die Wahlmöglichkeiten von Frauen einschränken, die in den Arbeitsmarkt eintreten oder eintreten möchten. In den „Spitzenjobs“ sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Nur 6 % aller berufstätigen Frauen haben Führungspositionen inne, während 11 % der Männer solche Stellungen bekleiden.

Generell lässt sich feststellen, dass Mütter im Alter zwischen 25 und 49 Jahren mit mindestens einem Kleinkind (0-5 Jahre) mit geringerer Wahrscheinlichkeit (56 %) eine Beschäftigung haben als kinderlose Frauen desselben Alters (70 %). Besonders groß ist die Lücke zwischen diesen beiden Gruppen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich. In Belgien und Portugal dagegen sind die Quoten in beiden Gruppen fast gleich hoch. Die Unterschiede zwischen den Ländern reflektieren den Umfang der Kinderbetreuungsangebote, die Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit, das unterschiedliche Maß an Diskriminierung, die Steuergesetzgebung, die Sozialleistungen, die Einstellung zu Frauen am Arbeitsplatz usw.

Jede dritte beschäftigte Frau geht einer Teilzeitarbeit nach

EU-weit haben 33% der beschäftigten Frauen eine Teilzeitarbeit, während es bei den Männern lediglich 6 % sind. Besonders verbreitet ist die weibliche Teilzeitarbeit in den Niederlanden (70,5 %) und im Vereinigten Königreich (44,6 %). Vollzeitbeschäftigte Frauen haben in allen Mitgliedstaaten eine kürzere Arbeitszeit, obwohl die Differenz in den Niederlanden, in Österreich und Schweden weniger als eine Stunde beträgt. Im Gegensatz dazu arbeiten die Männer im Vereinigten Königreich fast 4 Stunden länger.

Unionsweit haben weibliche Beschäftigte (14 %) häufiger einen befristeten Arbeitsvertrag als ihre männlichen Kollegen (13 %). In Belgien und Spanien (mit 34 %, dem höchsten Prozentsatz der weiblichen Beschäftigten mit einem befristeten Arbeitsvertrag in der EU), den Niederlanden, Finnland und Schweden liegt der Anteil um 4 oder mehr Prozentpunkte höher.

Relativ mehr Frauen als Männer sind arbeitslos

Im Jahr 2000 war die Arbeitslosenquote der Frauen in den meisten Ländern der Union höher als die der Männer und lag im Durchschnitt bei 9,7 % gegenüber 7 %. Siehe dazu Arbeitslosigkeit (3.9).

Politischer Hintergrund

Laut EG-Vertrag (Art. 137) „unterstützt und ergänzt die Gemeinschaft die Tätigkeit der Mitgliedstaaten“ zur Herstellung von „Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz“.

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Nr. 19) heißt es: „Die Mitgliedstaaten werden sich bemühen, die

Diskrepanz zwischen den Arbeitslosenquoten bei Frauen und Männern zu verringern, indem sie aktiv auf ein höheres Beschäftigungsniveau bei den Frauen und auf die Herstellung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in allen Wirtschaftsbereichen und allen Berufen hinarbeiten.“ Um die Chancengleichheit zu fördern, „werden die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner eine familienfreundliche Politik erarbeiten, umsetzen und vorantreiben und dabei u. a. die Bereitstellung bezahlbarer, leicht zugänglicher und hochwertiger Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige

Personen sowie Elternurlaubsregelungen und sonstige Möglichkeiten einer vorübergehenden Arbeitsbefreiung vorsehen". (Leitlinie Nr. 20).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über ein Gemeinschaftsprogramm für die Gleichstellung der Geschlechter (2001-2005).

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über „Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik: ein Konzept für Investitionen in Qualität“, in der die Indikatoren zur Messung der Qualität am Arbeitsplatz vorgeschlagen werden und die Gleichstellung der Geschlechter als grundlegendes horizontales Prinzip betrachtet wird (COM(2001) 313).

Bericht über die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking durch die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen, Rat der Europäischen Union, 11829/1/99.

Der Europäische Rat von Lissabon gelangte im März 2000 zu folgendem Schluss: „Die Beschäftigungsquote ist zu niedrig und durch eine ungenügende Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt gekennzeichnet.“ (Schlussfolgerung Nr. 4 des Vorsitzes). Der Anteil der berufstätigen Frauen soll auf über 60 % im Jahre 2010 gesteigert werden. Darüber hinaus nannte der Rat vier Kernbereiche einer aktiven Beschäftigungspolitik, von denen einer lautet: „Förderung der Chancengleichheit in allen ihren Aspekten, darunter auch Reduzierung von geschlechtsspezifischen Ungleichgewichten im Beschäftigungsbereich, und Erleichterung der Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben, insbesondere durch die Festlegung einer neuen Benchmark für bessere Maßnahmen zur Kinderbetreuung“. Das Gipfeltreffen von Stockholm im Jahr 2001 gab das mittelfristige Ziel vor, dass der Anteil der berufstätigen Frauen bis 2005 auf 57 % gesteigert werden sollte, und forderte den Rat und die Kommission auf,

Indikatoren für die Bereitstellung von Betreuungsangeboten für Kinder und andere abhängige Familienangehörige zu schaffen.

Ein Hauptziel der Sozialpolitischen Agenda (KOM(2000) 379 endg.) besteht laut Abschnitt 4.1.1.1 darin, „den Anteil der berufstätigen Frauen auf über 60 % im Jahre 2010 zu steigern“. Darüber hinaus wird dort festgestellt: „Die Chancengleichheit muss eine höhere Priorität erhalten.“

Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKG) und vierteljährliche Daten zum Arbeitsmarkt.

Definitionen von Erwerbstätigkeit, Beschäftigung sowie Arbeitslosenquoten und Vollzeit-/Teilzeitarbeit sind in den Abschnitten Beschäftigung (3.7) und Arbeitslosigkeit (3.9) enthalten.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Beschäftigung (3.7), Arbeitseinkommen von Männern und Frauen (3.19), Arbeitsmarkt und Gleichstellung der Geschlechter (Anhänge II und IV).

Literaturhinweise

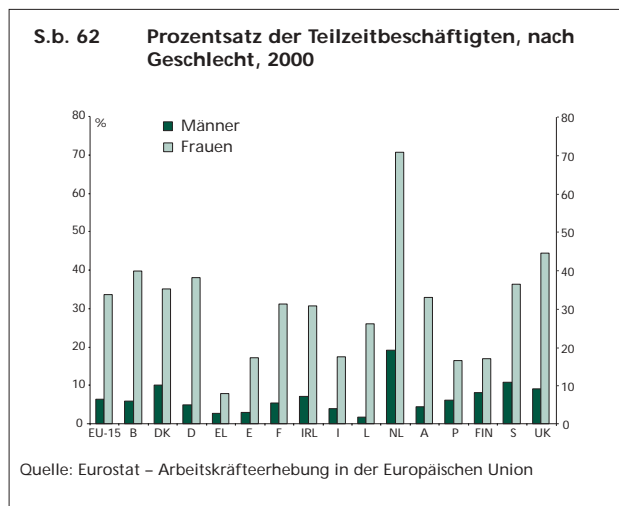
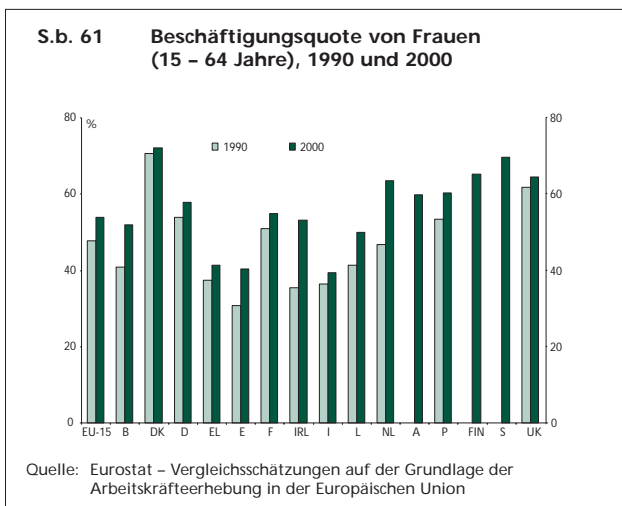
- „Europäische Sozialstatistik - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2000“, 2001. Eurostat.
- „Beschäftigung in Europa 2001“. „Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union - Jahresbericht 1999“. „Zeitschrift: Chancengleichheit“, Vierteljahresbericht. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales,
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Teilzeitarbeit in der Europäischen Union“, Nr. 13/1997. „Arbeitskräfteerhebung – Wichtigste Ergebnisse 1999“, Nr. 10/2001. Eurostat.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquote (15 – 64 Jahre), 2000																
Frauen	54,0	51,5	71,6	57,1*	41,2	40,3	55,1	54,1	39,6	48,6*	63,6	59,5	60,3	64,3	69,3	64,8
Männer	72,5	69,5	80,8	72,4*	71,1	69,7	69,1	76,2	67,9	74,5*	82,1	76,9	76,5	70,2	72,3	78,1

D, L: Daten für 1999

Quelle: Eurostat – Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.



19

Arbeitseinkommen von Männern und Frauen

Im Jahr 1998 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen in der EU um schätzungsweise 16 % unter dem der Männer. Am geringsten sind die Unterschiede in Portugal, Belgien, Italien und Dänemark. Die Kluft verringert sich allmählich, wenn auch nur langsam. Die Diskrepanz kann teilweise erklärt werden – wahrscheinlich gibt es bei der Bezahlung nach wie vor eine gewisse "rein" geschlechtsspezifische Diskriminierung.

Im Schnitt beträgt der Verdienst der Frauen 84 % des Verdienstes der Männer – Unterschiede von 76 – 94 % in den Mitgliedstaaten

Seit 1994 ist der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen in den meisten EU-Mitgliedstaaten gegenüber dem der Männer gestiegen, die Erhöhung war jedoch nur gering und der Durchschnittsverdienst der Frauen liegt in allen EU-Mitgliedstaaten in der Regel unter dem der Männer.

Laut dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft – (EHP) belief sich im Jahr 1998 der durchschnittliche Bruttostundenverdienst einer Frau auf 84 % des Durchschnittsverdienstes eines Mannes. Die Bevölkerung besteht aus allen bezahlten Erwerbstätigen zwischen 16 und 64 Jahren, die mindestens 15 Stunden in der Woche arbeiten. (anstatt bei 15 Stunden liegt die Grenze in den Niederlanden bei 12 Stunden und in Luxemburg bei 10 Stunden).

Zwischen den Mitgliedstaaten gibt es natürlich Unterschiede: Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen als Anteil jenes der Männer reicht von 76 % im Vereinigten Königreich und 79 % in Österreich und den Niederlanden, bis zu 93 % in Belgien und 94 % in Portugal.

Es gibt auch Unterschiede zwischen den jeweiligen Sektoren. In der Grafik auf der nächsten Seite ist die Entwicklung des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Frauen in 3 Dienstleistungssektoren dargestellt.

Die Diskrepanz kann teilweise erklärt werden – wahrscheinlich gibt es bei der Bezahlung nach wie vor eine gewisse "rein" geschlechtsspezifische Diskriminierung

EU-weit belief sich 1995 der Bruttostundenverdienst (ohne Zulagen) der Frauen, die eine Vollzeitbeschäftigung ausübten, gemäß der Europäischen Verdienststrukturerhebung ESES auf 76,3 % jenes der Männer in den Kategorien C – K, NACE Rev.1. (In diesen Statistiken werden Personen nicht berücksichtigt, die selbstständig sind, in Betrieben mit weniger als 10 Mitarbeitern arbeiten sowie auch Beschäftigte in der Landschaft und der Fischerei, der öffentlichen Verwaltung und Verteidigung, dem Bildungssektor, Gesundheit und Sozialarbeit, anderen Gemeinde-, sozialen und persönliche Betreuungsdiensten, Privathaushalten und extraterritorialen

Organisationen. Die der Statistik zugrunde liegenden Beschäftigungsgruppen eignen sich nicht besonders für Rückschlüsse auf den Verdienst von Frauen, weil die Sektoren wie etwa Gesundheit, Bildung und persönliche Betreuung, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, nicht berücksichtigt wurden. Die Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern sind in diesen Kategorien wahrscheinlich geringfügig weniger wichtig, gleichzeitig sind jedoch die Durchschnittsverdienste niedriger, was wiederum die allgemeinen Durchschnittswerte für Frauen verringern würde.) Auch bei einer Neuberechnung der Verdienste der Frauen in diesen Kategorien, bei der die drei größten strukturellen Auswirkungen – Alter, Beschäftigung und wirtschaftliche Aktivitäten des Arbeitgebers – nicht berücksichtigt werden, bleibt beim durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen weiterhin ein Unterschied von rund 15 % (ursprünglich durchschnittlich 23,7 %). Das zeigt entweder, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger Lohn erhalten oder dass strukturelle Unterschiede noch nicht vollständig korrigiert wurden oder dass beides zutrifft, was wahrscheinlich der Fall ist. Wenn es die Zahlen erlauben würden, dann müssten als wichtigste strukturelle Unterschiede das Dienstalter und die tatsächlichen personellen oder finanziellen Entscheidungsbefugnisse in den jeweiligen Tätigkeiten untersucht werden. Das Alter lässt in diesen Statistiken nur bedingt Rückschlüsse auf das Dienstalter zu, da insbesondere Frauen ihre berufliche Laufbahn unterbrechen, während die Beschäftigungskategorien die Frage der hierarchischen Ebene bei Führungspositionen nicht berücksichtigen. Selbstverständlich sollten beide Aspekte eingehende Berücksichtigung finden.

Ein weiteres Beispiel stützt sich auch auf die Europäische Verdienststrukturerhebung: Die Differenz des Bruttostundenverdienstes bei den Angestellten betrug 1995 in Belgien 25,4 %. Nahezu die Hälfte dieser Differenz, 12,2 %, können durch 11 Variablen erklärt werden: Wirtschaftssektor (3,8 Prozentpunkte), Humankapital (3,5 Prozentpunkte, drei Variablen), Tätigkeit (1,9 Prozentpunkte) und die verbleibenden sechs Variablen (3,0 Prozentpunkte). Das Humankapital besteht aus den folgenden drei Variablen: Dienstalter (2,0 Prozentpunkte), Arbeitserfahrung (1,0 Prozentpunkte) und Bildungsniveau (0,5 Prozentpunkte). Auch wenn man diese elf Variablen berücksichtigt, bleibt immer noch eine Differenz von 13,2 %.

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Art. 141) heißt es: „Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher. Unter „Entgelt“ im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen bezahlt. Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts

bedeutet: (a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird; (b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.“

In den Beschäftigungspolitischen Leitlinien 2000 (Nr. 19) heißt es: „Sie (die Mitgliedstaaten) werden geeignete Maßnahmen treffen, um die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit sicherzustellen und eine Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu erreichen.“ Die

Beschäftigungsrichtlinien 2001 spezifizieren darüberhinaus, dass Maßnahmen nötig sind, um Verdienstlücken zwischen den Geschlechtern sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor zu verringern und dass die Wirkung von Politiken in Bezug auf geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede identifiziert werden.

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über „Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik: ein Konzept für Investitionen in Qualität“

Der Bericht des Beschäftigungsausschusses über die Indikatoren zur Qualität am Arbeitsplatz enthält auch Indikatoren zu Verdiensten in Form von Übergangstabellen.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (EHP) Users' Data Base Ausgabe Dezember 2001 (ausgenommen Frankreich und Schweden); Frankreich: Arbeitskräfteerhebung (AKG), Schweden: Verdienststrukturhebung .

Der Wert wird geschätzt als gewichtetes Mittel der nationalen Werte ohne die fehlenden Länder.

Die EHP-Angaben wurden nicht um Alter, Beschäftigung und NACE (Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaften) berichtigt. 2002 wird die EHP-Arbeitsgruppe die Möglichkeiten einer Berechnung der korrigierten Verdienstdifferenz der Geschlechter bei den Bruttostundenverdiensten prüfen.

Das EHP wird 2003 durch ein neues Instrument, EU-SILC (Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen) ersetzt werden.

Sowohl im Ergebnisbericht für das Gipfeltreffen in Barcelona im Frühjahr 2002 als auch im Bericht des Beschäftigungsausschusses über die Indikatoren zur Qualität am Arbeitsplatz sollen derselbe Indikator für die Einkommensunterschiede der Geschlechter wie in diesem Bericht Anwendung finden.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Beschäftigungssituation von Frauen (3.18), Arbeitsmarkt und Gleichheit der Geschlechter (Anhänge II und IV)

Literaturhinweise

- Löhne und Gehälter in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe – Arbeitsstunden in der Industrie, 1996-1998, Ausgabe 2000. Eurostat.
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): Allmähliche, aber zögerliche Annäherung der Verdienste von Frauen und Männern in der EU No. 5/2001 und "Löhne und Gehälter der Frauen in der E.U: 28 % Löhne und Gehälter der Männer", No. 6/1999 . Eurostat.
- „Arbeitsbeziehungen in Europa“, 2000. Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales.
- Indicators on gender pay equity: The Belgian Presidency's Report, 2001 (Indikatoren über geschlechtsspezifische Verdienstgerechtigkeit: Bericht der Belgischen Präsidentschaft, 2001).

Schlüsselindikator

Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede (durchschnittlicher Bruttostundenverdienst der Frauen als Prozentsatz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer) Die Gruppe umfasst alle Arbeitnehmer im Alter zwischen 16 und 64 Jahren, die pro Woche 15 Stunden oder mehr bezahlte Arbeit leisten.)

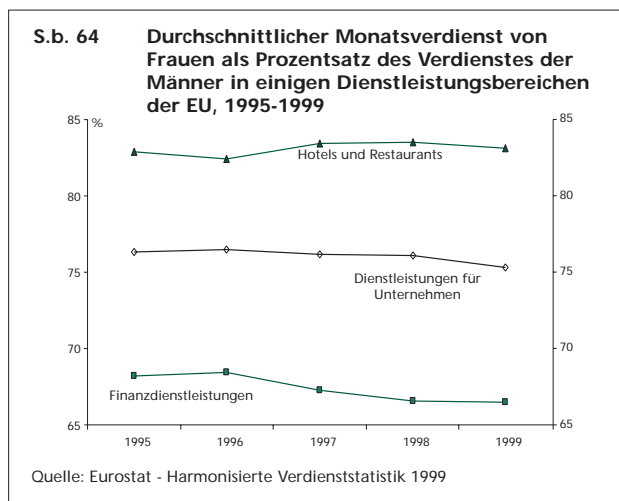
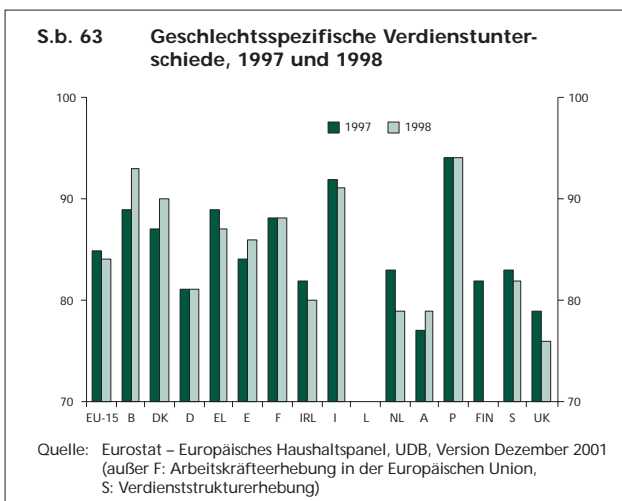
	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1998	84	93	90	81	87	86	88	80	91	:	79	79	94	:	82	76
1997	85	89	87	81	89	84	88	82	92	:	83	77	94	82	83	79
1996	84	89	85	79	85	87	87	81	91	83	81	80	94	83	83	75
1995	83	88	85	79	83	86	87	81	92	82	79	78	95	:	85	74
1994	83	87	89	79	87	90	87	81	92	83	77	:	90	:	84	72

Quelle: Eurostat – Europäisches Haushaltspanel, UDB, Version Dezember 2001 (außer F: Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union, S: Verdienststrukturhebung)

Durchschnittlicher Monatsverdienst von Frauen als Prozentsatz des Verdienstes der Männer in einigen Dienstleistungsbereichen in der EU

	1995	1996	1997	1998	1999
Finanzdienstleistungen	68,2	68,4	67,3	66,6	66,5
Hotels und Restaurants	82,9	82,4	83,4	83,5	83,1
Dienstleistungen für Unternehmer	75,4	76,2	75,1	75,6	75,5

Quellen: Eurostat - 1) Harmonisierte Verdienststatistik 1999, 2) Statistik zur Verdienststruktur 1995. Die Datenerfassung innerhalb der Dienstleistungsbereiche ist von Land zu Land verschieden.



20

Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten

Die Lebenserwartung steigt weiter und liegt jetzt bei 81 Jahren für Frauen und 75 Jahren für Männer. In allen Mitgliedstaaten leben Frauen länger als Männer. EU-weit leben Frauen im Durchschnitt 66 und Männer 63 Jahre ohne jede Behinderung.

Durchschnittliche Lebensdauer steigt weiter

In den vergangenen 50 Jahren ist die Lebenserwartung von Männern und Frauen stetig gestiegen, nämlich um rund 10 Jahre bei beiden Geschlechtern. In der gesamten Union leben Frauen länger als Männer. Im Jahr 1999 betrug die Lebenserwartung von Frauen in EU-15 81 Jahre und die von Männern 75 Jahre. Laut Schätzungen von Eurostat wird die Lebenserwartung bis zum Jahr 2020 auf 84 (Frauen) beziehungsweise 78 Jahre (Männer) steigen.

Frauen leben im Durchschnitt 66 Jahre und Männer 63 Jahre ohne jede Behinderung

Bei den Gesundheitsaussichten werden mehrere Indikatoren zusammengefasst, die Daten über Sterblichkeit und Behinderungen/Erkrankungen enthalten. Im vorliegenden Bericht wird die Lebenserwartung ohne (schwere) Behinderung herangezogen. Auf EU-Ebene leben Frauen im Schnitt 66 Jahre ohne jede Behinderung und 63 Jahre ohne schwere Behinderung. Menschen mit schwerer Behinderung haben eine niedrige Lebenserwartung, z.B. haben Frauen, die mit 16 Jahren eine schwere Behinderung haben, eine Lebenserwartung von weiteren 5 Jahren, bei Männern sind es weitere 4 Jahre.

Deutlicher Rückgang der Kindersterblichkeit

Die Fortschritte in der medizinischen Forschung und Versorgung haben auch eine drastische Verringerung der Kindersterblichkeit in EU-15 ermöglicht. Kamen 1970 auf 1000 Lebendgeburten noch 23 Todesfälle, so ging diese Quote bis 1999 auf 5 Fälle pro 1000 Lebendgeburten zurück. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind praktisch verschwunden.

Die Gesundheitsausgaben machen 8 % des EU-BIP aus

Im Jahr 1999 machten die Gesamtausgaben für die Gesundheitsversorgung in der EU im Durchschnitt 8 % des EU-BIP aus. Deutschland (10,3 %) und Frankreich (9,4 %) gaben am meisten aus, obwohl sie immer noch weit hinter den USA (12,9 %) lagen. Im Laufe des letzten Jahrzehnts stieg der prozentuale Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP in der Mehrheit der Mitgliedstaaten an. Die deutlichsten Anstiege waren in Belgien, Deutschland und Portugal zu beobachten. Schweden verzeichnete als einziges Land einen Rückgang.

Fast jeder vierte ältere Mensch bezeichnet seinen Gesundheitszustand als „schlecht“

EU-weit betrachten rund 10 % der Erwachsenen (im Alter von 16 Jahren und darüber) ihren Gesundheitszustand als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. 68 % sind der Meinung, bei „guter“ oder „sehr guter“ Gesundheit zu sein, während die übrigen 22 % ihren Gesundheitszustand als „zufriedenstellend“ bezeichnen. Der Prozentsatz der Personen, die sich der Kategorie „(sehr) schlecht“ zuordnen, nimmt mit steigendem

Alter zu - fast jeder vierte ältere Mensch bezeichnet seinen Gesundheitszustand als schlecht. In allen Altersgruppen betrachten Frauen ihren Gesundheitszustand eher als Männer als „(sehr) schlecht“. Dieses Muster ist mit ein oder zwei geringfügigen Abweichungen in sämtlichen Mitgliedstaaten zu beobachten.

Personen mit hohem Bildungsniveau bezeichnen ihren Gesundheitszustand als besser als Personen mit niedrigem Bildungsniveau. Im Durchschnitt schätzen nur 6 % der Personen mit Tertiärausbildung ihren Gesundheitszustand als „(sehr) schlecht“ ein (gegenüber 15 % der Personen mit bestenfalls Pflichtschulbildung).

Etwas mehr als 47 % der EU-Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber geben an, in ihren täglichen Aktivitäten durch eine chronische Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Gesundheit beeinträchtigt zu sein oder an einer Krankheit oder Behinderung zu leiden (22 % sind „ernsthaft“ beeinträchtigt, 25 % „in gewissem Grade“).

Herz-Kreislauferkrankungen und Krebs sind nach wie vor die häufigsten Todesursachen

Bei den Mortalitätsmustern gibt es große Unterschiede je nach Alter und Geschlecht. Generell gilt, dass in allen Altersgruppen die Sterblichkeit bei den Männern höher ist als bei den Frauen. Bei Männern und Frauen stellen überall in der Union die Erkrankungen des Kreislaufsystems die häufigste Todesursache dar (mit nur einer Ausnahme: Frankreich, wo für Männer die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu sterben, größer ist): 700.000 Männer und 850.000 Frauen starben 1998 an diesen Krankheiten. Das waren 349 bzw. 210 Todesfälle je 100.000 Einwohner. Unter jungen Menschen (der Altersgruppe 15-34 Jahre) überwiegen äußere Verletzungsursachen und Vergiftungen, die jedoch bei den Personen im Alter von 55 Jahren und darüber nur einen kleinen Anteil ausmachen. Bei den 45- bis 64-Jährigen ist Krebs die häufigste Todesursache. Bei den Menschen im Alter von 75 Jahren und darüber sind Herz-Kreislauferkrankungen für etwa die Hälfte aller Todesfälle verantwortlich.

Jedes Jahr begeben sich etwa 10 % aller Europäer mindestens einmal in ein Krankenhaus

Ungefähr 10 % der erwachsenen EU-Bevölkerung haben 1999 mindestens eine Nacht in einem Krankenhaus verbracht. Bei den „sehr alten Menschen“ erhöht sich dieser Anteil auf mehr als 20 %. Bei älteren Männern sind Krankenhausaufenthalte häufiger als bei älteren Frauen. Hinsichtlich der Häufigkeit der Aufnahme (Entlassung aus dem Krankenhaus) gemäß der Internationalen Klassifizierung von Krankheiten der WHO sind die Erkrankungen des Herzkreislaufsystems (2.420 pro 100.000) die häufigste Ursache für eine Aufnahme gefolgt von Krebs (1.367) Traumata und Vergiftungen (1.646) und Atemwegserkrankungen (1.427). Physische Erkrankungen (655) und Infektionskrankheiten (394) sind nicht so häufig.

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Titel XIII Gesundheit, Art. 152) heißt es: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet. Sie umfasst die Bekämpfung der weit verbreiteten schweren Krankheiten; dabei werden die Erforschung der Ursachen, der Übertragung und der Verhütung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert.“

In Art. 1 des Aktionsprogramms der Gemeinschaft für Gesundheitsberichterstattung (Beschluss Nr. 1400/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 1997) heißt es: „Ziel dieses Programms ist es, zur Einrichtung eines gemeinschaftlichen Gesundheitsberichterstattungssystems beizutragen, das es ermöglicht, a) den Gesundheitszustand sowie die Gesundheitstrends und -determinanten in der gesamten Gemeinschaft zu messen ...“

Der Europäische Rat von Laeken (2001) sprach sich für die Entwicklung eines Ansatzes auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung und der Altenpflege, ähnlich zu demjenigen, wie er für die Alterssicherung entwickelt wurde, aus. Die langfristigen Ziele, die in der Mitteilung der Kommission (COM (2001) 723) vorgestellt wurden, sind: Zugangsmöglichkeit, Qualität und finanzielle Lebensfähigkeit von Gesundheits- und Pflegesystemen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Einfluss der Europäischen Integration auf die Gesundheits- und Pflegesysteme der Mitgliedstaaten gewidmet werden müssen.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Bevölkerungsstatistik und Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (EHP). UDB Ausgabe September 2001 OECD Gesundheitsdaten, 1998.

Die Säuglingssterblichkeit wird definiert als Zahl der Kinder, die im ersten Lebensjahr sterben, dividiert durch die Zahl der Lebendgeburten (pro 1000 Lebendgeburten). Die Lebenserwartung bei der Geburt entspricht der durchschnittli-

chen Zahl der Jahre, die eine Person leben würde, wenn die in einem bestimmten Kalenderjahr oder Zeitraum ermittelten altersspezifischen Sterblichkeitsraten weiterhin Gültigkeit hätten. Die behinderungsfreie Lebenserwartung wird anhand der Sullivan-Methode berechnet, welche die Sterblichkeitsdaten und Zahlen zur Prävalenz von Behinderungen aus dem EHP heranzieht. Für die Hochrechnungen ab der Geburt hat Eurostat für alle Länder und beide Geschlechter einen konstanten Prozentsatz von Behinderungen (von 1 %) zwischen der Geburt und bis zum 16. Lebensjahr kalkuliert. Die Lebenserwartung ohne Zahlen zur Behinderung in den Jahren 1994 wurden letztes Jahr in diesem Bericht veröffentlicht, sind jedoch nicht direkt mit den Zahlen dieses Berichts (betreffend 1996 vergleichbar). Die Daten zum subjektiven Gesundheitszustand beruhen auf einer subjektiven Frage, die im Rahmen des EHP an private Haushalte gerichtet wird. Bei der Gesamtbevölkerung (insbesondere bei der im Alter von 65 und mehr Jahren) könnte der prozentuale Anteil der Personen, die ihren Gesundheitszustand als (sehr) schlecht betrachten, noch etwas höher sein, da eine beträchtliche Zahl von Personen zur Langzeitpflege in Heimen oder Institutionen untergebracht ist.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Überalterung der Bevölkerung (3.3), Gesundheit und Sicherheit (Anhänge II und IV)

Literaturhinweise

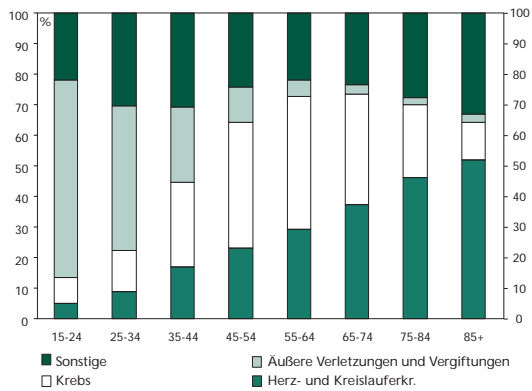
- „Key data on Health 2000“ (Schlüsselzahlen über Gesundheit 2000), Ausgabe 1999. Eurostat.
- „Europäische Sozialstatistik – Bevölkerung“, Ausgabe 2000. Eurostat.
- The future of health care and care for the elderly: guaranteeing accessibility, quality and financial viability (Die Zukunft von Gesundheitsversorgung und Altenpflege: Zugangsmöglichkeiten, Qualität und finanzielle Lebensfähigkeit garantieren) - COM (2001) 723
- Adapting to change in work and society: a new Community strategy on health and safety at work 2002–2006 (Anpassung an den Wandel in Arbeit und Gesellschaft: Eine neue Strategie der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit und der Arbeitssicherheit 2002–2006) – COM(2002) 118

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Lebenserwartung bei der Geburt, 1999																
Männer	74,6	74,3	74,0	74,5	75,5	75,3	74,9	73,5	75,5	73,7	75,2	74,4	71,7	73,7	77,1	74,8
Frauen	80,9	80,5	78,8	80,6	80,6	82,5	82,3	79,1	81,8	80,5	80,5	80,9	78,9	81,0	81,9	79,7
Behinderungsfreie Lebenserwartung (bei der Geburt), 1996																
Männer	63	65	62	63	67	65	60	64	67	61	63	62	59	56	:	61
Frauen	66	69	62	69	70	68	63	67	70	64	63	66	61	59	:	62

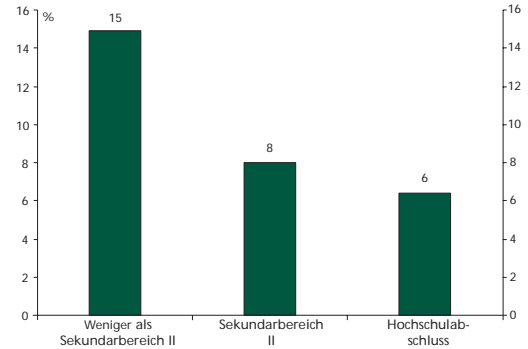
Quelle: Eurostat – Sterblichkeitsstatistik und Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft.

S.b. 65 Häufigste Todesursachen nach Altersgruppe, EU - 15, 1998



Quelle: Eurostat - Sterblichkeitsstatistik

S.b. 66 Bevölkerungsanteil, der den eigenen Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht bezeichnet, nach Bildungsabschluss, EU-15, 1997



Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, UDB, Version September 2001. Anmerkung: UK - GCSE 'O'-Abschlüsse sind in der Sekundarstufe II beinhaltet (ISCED 3).

21

Unfälle und arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme

Im Jahr 1998 erlitten rund 4,1 % der Arbeitskräfte in der EU einen Arbeitsunfall, der eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen nach sich zog. Wenn man Fälle, bei denen es zu keiner Arbeitsunfähigkeit bzw. einer Arbeitsunfähigkeit von bis zu drei Tagen kam, hinzurechnet, waren es 6,4 %. Seit 1994 ist die Zahl der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit um 10 % zurückgegangen (Index 1998 = 90, wobei 1994 = 100). 1998/1999 litten 5,4 % der Arbeitnehmer pro Jahr unter arbeitsbedingten gesundheitlichen Problemen. Ca. 500 Millionen Arbeitstage gehen jedes Jahr durch Arbeitsunfälle (150 Millionen Tage) und mit arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme (350 Millionen Tage) verloren. Die Zahl der Verkehrstoten ist seit 1970 zwar um 44 % zurückgegangen, aber dennoch fanden im Jahr 2000 immer noch über 40.000 Menschen den Tod auf den Straßen der EU.

Jüngere Arbeitskräfte und Arbeitskräfte mit einem niedrigeren Dienstalter erleiden häufiger Arbeitsunfälle

Im Jahr 1998 ereigneten sich in der Union rund 4,7 Millionen Arbeitsunfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatten. Einschließlich der Unfälle, die keine Abwesenheit oder eine Abwesenheit von mehr als 3 Tagen zur Folge hatten, beläuft sich die geschätzte Gesamtzahl der Unfälle am Arbeitsplatz in der EU 1998 auf 7,4 Millionen. Das entspricht einer Quote von schätzungsweise 4.089 Arbeitsunfällen und 6.380 Arbeitsunfällen pro 100.000 Beschäftigte; mit anderen Worten wurden 6,4 % aller Beschäftigten im Laufe des Jahres Opfer eines Unfalls am Arbeitsplatz (4,1 % Arbeitsunfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen zu Folge hatten). Einem drastischen Rückgang (bei Arbeitsunfällen, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen nach sich zogen) von 9,9 % gab es zwischen 1994 und 1998 (1998: Index = 90 und 1994 = 100), nach ersten Schätzungen wird diese Quote 1999 wieder angehtiegen sein (rd. 42.000 je 100.000 Beschäftigte, Index = 93). Zudem wurden 1998 in EU-15 5.476 tödliche Arbeitsunfälle registriert, von denen 36 % Verkehrsunfälle oder Transportunfälle am Arbeitsplatz waren.

Die Anteile schwanken selbstverständlich abhängig von der jeweiligen Tätigkeit und der Größe des Unternehmens sowie vom Alter und Geschlecht der Arbeitskräfte und den Arbeitsbedingungen. Am häufigsten sind Unfälle im Baugewerbe: Dort führten 8 008 Arbeitsunfälle zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen, und es ereignen sich rund 13 tödliche Unfälle pro 100.000 Arbeitskräfte. Werden auch Arbeitsunfälle berücksichtigt, die eine Arbeitsunfähigkeit von bis zu 3 Tagen zur Folge haben, dann ist die Unfallrate besonders hoch in der Fischereindustrie (wo die Unfallgefahr 2,4 mal höher ist, als der Durchschnitt aller Industriezweige in der EU). In der Landwirtschaft, im Baugewerbe und der Gesundheits- und Sozialarbeit (1,3 – 1,4 mal). In den Betrieben der verarbeitenden, der Bau- und der Verkehrsindustrie mit zwischen 10 und 49 Beschäftigten ist das Risiko 1,2 bis 1,4 mal größer als im Durchschnitt für diese Gewerbegebiete (Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen). Das Risiko ist auch in den Betrieben hoch, die 1 bis 9 Personen in der verarbeitenden Industrie beschäftigen (1,3 mal höher als der Durchschnitt für den Gewerbegebiet), und im Transportsektor (1,2 mal). Mit Ausnahme von Griechenland, Irland und Portugal ist die Unfallhäufigkeit mit dem Alter in allen Mitgliedstaaten abnehmend. Im Gegensatz dazu nimmt die Häufigkeit von tödlichen Unfällen mit dem Alter deutlich zu.

Bei Männern ist die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitsunfalls (mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen) ungefähr dreimal und die Wahrscheinlichkeit eines tödlichen Unfalls rund neunmal so hoch wie bei Frauen. Dieses Verhältnis ist damit zu erklären, dass die von Männern ausgeführten Arbeiten und ihre Tätigkeitsbereiche höhere Risiken bergen als die der Frauen. Hinzu kommt, dass relativ mehr Frauen einer Teilzeitarbeit nachgehen, was ihr Risiko ebenfalls verringern dürfte. Schließlich ist bei Personen, die weniger als

2 Jahre in einem Unternehmen gearbeitet haben, Schichtarbeitern, Nachtarbeitern und Personen, die weniger als 20 Stunden in der Woche arbeiten, das Unfallrisiko 20 bis 25 % höher als der Durchschnitt.

Arbeitsunfälle 148 Millionen Tage gehen der Wirtschaft verloren

Diese Unfälle haben nicht nur gravierende Auswirkungen im rein menschlichen Bereich, sie verursachen auch hohe sozioökonomische Kosten: 37 % der Unfälle hatten eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen, 30 % von weniger als zwei Wochen zur Folge, bei 29 % dauerte die Arbeitsunfähigkeit zwischen zwei Wochen und drei Monaten, und bei den übrigen 4 % der Unfälle blieben die Betroffenen mindestens drei Monate der Arbeit fern oder zogen sich eine bleibende Teil- oder Vollbehinderung zu. Schätzungen zufolge gingen 1998 in der Europäischen Union 149 Millionen Arbeitstage als Folge von Arbeitsunfällen mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen verloren. Das ergibt einen Durchschnitt von 20 Tagen pro Unfall (31 Tagen pro Unfall mit mehr als 3 Tagen arbeitsunfähig) und entspricht einem verloren gegangenen Arbeitstag pro Jahr und erwerbstätiger Person. Darüber hinaus mussten 5 % der Unfallopfer die Art ihrer Arbeit oder ihren Beruf wechseln oder die Stundenzahl reduzieren. Schließlich haben 14 % der Personen, die Opfer eines Arbeitsunfalles geworden sind, mehr als einen Unfall pro Jahr.

350 Millionen Arbeitstage gehen aufgrund arbeitsbedingter Gesundheitsprobleme verloren

Auf der Grundlage der für 11 EU-Mitgliedstaaten verfügbaren Arbeitskräfteerhebung (Selbsteinschätzung durch eine Umfrage nach dem arbeitsbedingten Gesundheitszustand) wird geschätzt, dass im Zeitraum 1998 bis 1999 nahezu jedes Jahr 8 Mio. Beschäftigte oder ehemalige Beschäftigte in der EU unter gesundheitlichen Problemen leiden, die keine Unfallverletzungen sind, die durch ihren aktuelle oder ein vorangegangene Beschäftigung verursacht wurden. Die Quote für Arbeitnehmer liegt bei 5.372 Fällen pro 100.000 Personen im Jahr (7.150 für die Altersgruppe 55 – 64 Jahre) in Verbindung mit ihrer derzeitigen Beschäftigung. 53 % der Fälle betreffen muskuloskeletale Erkrankungen, die in den Sektoren Bau, Transport, Gesundheit und Sozialarbeit am häufigsten sind. Die Häufigkeit in diesen Sektoren ist 1,2 bis 1,6 mal höher als im Durchschnitt. Stress, Depressionen oder Sorgen stellen 18 % der Probleme dar, und 26 % der Probleme, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 2 Wochen nach sich ziehen (diese Quote ist im Bildungs- und Gesundheitssektor und bei der Sozialarbeit doppelt so hoch). Schließlich sind jährlich 0,6 Mio. Menschen von Lungenerkrankungen betroffen (in den extrahierenden Industrien ist das Risiko doppelt so hoch). Von 1998 bis 1999 gehen nach Schätzungen 350 Mio. Arbeitstage in jedes Jahr in der EU aufgrund von arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen verloren.

Die ersten Ergebnisse der Dritten Europäischen Statistik über Arbeitsbedingungen, die von der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen 2000 durchgeführt wurde, ergab, dass Probleme aufgrund der Gesundheit, des Arbeitstemplos und der Arbeitszeit an den Arbeitsplätzen in Europa ständig zunehmen. Der Anteil der Arbeit, der mit großem Lärm, schmerzzeugenden/ermüdenden Körperhaltungen und dem Umgang mit schweren Gegenständen zutun hat, nimmt ständig zu, und auch das Arbeitstempo hat zugenommen. Zahlreiche Arbeitnehmer beschwerten sich über Stress und Ausgebranntsein.

Rund 600 000 Wegeunfälle in der Union

Die Anzahl der Wegeunfälle (Unfälle auf dem Weg zu und von der Arbeit) in der Union, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hatten, wurde 1998 auf ungefähr 580.000 geschätzt (zusätzlich zu den Arbeitsunfällen). Die Unfallhäufigkeit betrug 410 Unfälle pro 100.000 Beschäftigte. Die Zahl der Wegeunfälle mit tödlichem Ausgang – hauptsächlich Straßen- und sonstige Verkehrsunfälle – betrug für die gesamte EU rund 3.100.

Im Jahr 2000 gab es in der Union 41.000 tödliche Unfälle im Straßenverkehr

In der EU insgesamt sind die Straßenverkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang ständig zurückgegangen. Obwohl sich der Straßenverkehr seit 1970 mehr als verdoppelt hat, sank ihre Zahl in diesem Zeitraum um 44 %. Die größten Fortschritte (Rückgänge von 60 % und mehr) wurden in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Finnland und Schweden verzeichnet. Keine solche allgemein rückläufige Tendenz seit Anfang der Siebzigerjahre war in Griechenland, Spanien und

Portugal festzustellen, wo die Zahl der privaten Kraftfahrzeuge sehr schnell zugenommen hat und wo sich nach wie vor sehr viele Verkehrsunfälle ereignen. Von 1991 bis 2000 sind die tödlichen Verkehrsunfälle in allen Mitgliedstaaten zurückgegangen, bis auf einen Rückgang von 27 % für EU-15. Den größten Rückgang verzeichneten Finnland und Österreich (beide 37 %), den geringsten Griechenland (2 %), und Irland (7 %).

Trotz der allgemein größeren Sicherheit im Straßenverkehr kam es 2000 in EU-15 zu ungefähr 41.000 Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang. Unabhängig vom verwendeten Indikator (Zahl der Todesfälle im Verhältnis zur Bevölkerung oder zur Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge) war es um die Sicherheit im Straßenverkehr in Griechenland und Portugal am schlechtesten bestellt. Während auf EU-Ebene insgesamt je einer Million Einwohner ungefähr 108 Personen durch Straßenverkehrsunfälle den Tod fanden, betrug die entsprechenden Zahlen für Griechenland und Portugal 196 bzw. 185. Schweden und das Vereinigte Königreich haben die niedrigste Todesrate (60 bzw. 65), gefolgt von den Niederlanden (73) und Finnland (77). Relativ wenige tödliche Unfälle gab es im Eisenbahnverkehr, der bezüglich der Sicherheit gegenüber dem Straßenverkehr eindeutig im Vorteil ist.

Haus- und Freizeitunfälle

Im Jahr 1995 gab es in der EU schätzungsweise 430.000 Haus- und Freizeitunfälle (bei 240.000 waren Männer, bei 190.000 Frauen betroffen). Am größten ist die Unfallwahrscheinlichkeit zu Hause (32 % aller Unfälle bei den Männern und 46 % bei den Frauen), gefolgt von Sportunfällen (18 % bei den Männern, 10 % bei den Frauen).

Politischer Hintergrund

Im EG-Vertrag (Art. 137) heißt es, die Gemeinschaft werde die Maßnahmen unterstützen und ergänzen, die der „Verbesserung ... der Arbeitsumwelt zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer“ dienen. In Art. 140 ist ergänzend festgehalten, die Kommission werde „die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten“ fördern und „die Abstimmung ihres Vorgehens in allen unter dieses Kapitel fallenden Bereichen der Sozialpolitik“ erleichtern, „insbesondere auf dem Gebiet ... der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten“.

Am 29. April 1999 verabschiedete der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union eine Stellungnahme zum Thema „Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz - Anwendung der Gemeinschaftsmaßnahmen und neue Risiken“ (ABl. C 51 vom 23.02.2000, S. 33). Darin werden die Veränderungen in den Systemen der Arbeitsorganisation und die damit verbundenen Risiken für Arbeitnehmer - wie z. B. häufiger auftretende psychosoziale Probleme und Ausgebranntsein - untersucht.

Am 17. März 2000 verabschiedete die Kommission die Mitteilung (KOM(2000) 125 endg.) „Prioritäten für die Sicherheit des Straßenverkehrs in der EU: Fortschrittsbericht und Einstufung der Maßnahmen“. Darin werden die Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Behörden aufgerufen, „die Kosten und Auswirkungen von Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu ermitteln und diese in Beziehung zu den Kosten der vermiedenen Unfälle zu setzen“ und „die Investitionen in Projekte zur Förderung der Verkehrssicherheit zu erhöhen...“

Am 20.06.2001 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung über „Beschäftigungspolitik und Sozialpolitik: ein Konzept für Investitionen in Qualität“. Damit werden die Zusagen aus der Agenda der Sozialpolitik und die Lissabonner Strategie durch Nizza und Stockholm verstärkt, um die Qualität in der Beschäftigung zu fördern. Insbesondere wird darin der Ansatz einer Verbesserung der Qualität der Arbeit am Arbeitsplatz definiert und dessen Integration in die Beschäftigungs- und Sozialpolitiken sichergestellt. Zu diesem Zweck wird eine Reihe von Indikatoren zur Qualität am Arbeitsplatz festgelegt, die im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie verwendet werden sollen.

Die Liste der Indikatoren sowohl des Ergebnisberichts als auch des Berichts des Beschäftigungsausschusses über Indikatoren der Qualität am Arbeitsplatz umfasst die Entwicklung der Häufigkeitsquote von Arbeitsunfällen, wie sie von der Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz pro 100.000 Beschäftigter definiert ist. Künftig wird ein kombinierter Indikator für Unfälle und Berufskrankheiten einschließlich durch Stress verursachte Krankheiten von der Kommission entwickelt werden.

Methodische Anmerkungen

Quellen: Eurostat – Europäische Arbeitsunfallstatistik (ESAW), Ad-hoc-Modul über Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten in der Arbeitkräftestatistik 1999 und Verkehrstatistik. Europäische Kommission, GD Verkehr – Gemeinschaftliche Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (CARE). Gemeinschaftliches Informationssystem über Haus- und Freizeitunfälle (EHLASS).

Als Straßenverkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang gelten alle Unfälle, bei denen Personen innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall sterben. Bei Mitgliedstaaten, die sich nicht dieser Definition bedienen, wurden Berichtigungsfaktoren angewendet.

In den Daten über Arbeitsunfälle sind fast 90 % der Beschäftigten in der Union berücksichtigt. Es wurden nur die Arbeitsunfälle erfasst, die zu einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen führten. Unfälle, die keine Abwesenheit vom Arbeitsplatz oder von bis zu drei Tagen zur Folge hatten, wurden auch in dem Ad-hoc-Modul über Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten der Arbeitskräftestatistik 1999 berücksichtigt. Die Quoten wurden für neun wichtige Wirtschaftsbereiche (die Abschnitte von NACE Rev. 1) berechnet.

Die dritte Europäische Statistik über die Arbeitsbedingungen wurde 2000 von der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erstellt. Die vorangegangenen Statistiken/Erhebungen wurden 1990 und 1996 durchgeführt.

Das EHLASS (Gemeinschaftliches Informationssystem über Haus- und Freizeitunfälle) wurde eingeführt durch die Entscheidung des Rates vom 29. Oktober 1993 zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Informationssystems über Haus- und Freizeitunfälle (93/683/EWG). Seit 1999 wurde das EHLASS-System in das Aktionsprogramm der Gemeinschaft betreffend die Verhütung von Verletzungen integriert.

Hinweise auf andere Teile des Berichts

Gesundheit und Sicherheit (Anhang II und IV)

Literaturhinweise

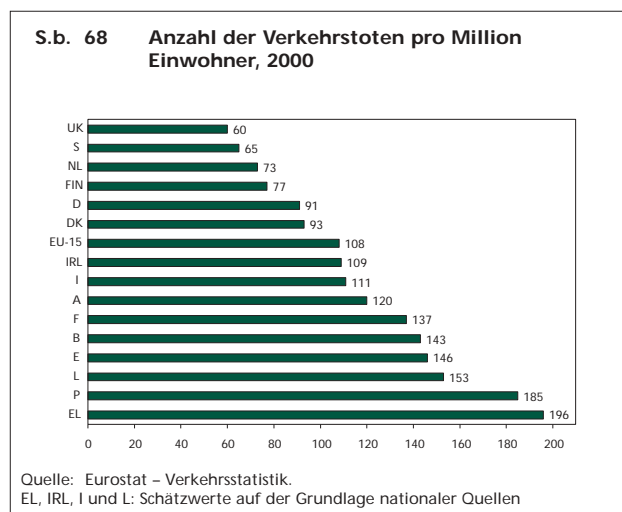
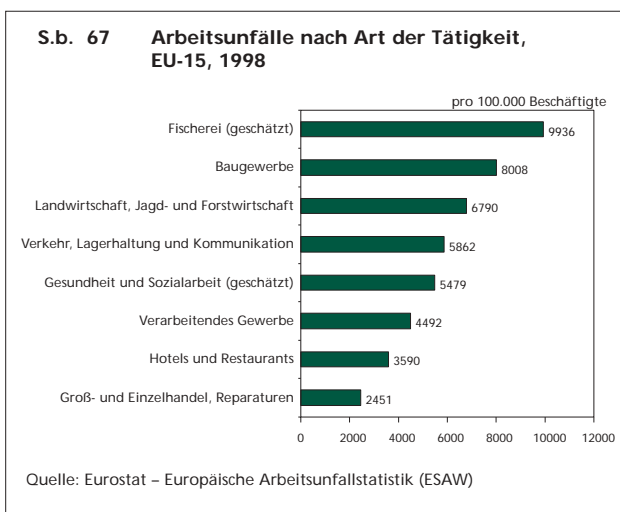
- Statistik kurzgefasst (Bevölkerung und soziale Bedingungen): „Arbeitsunfälle in der Europäischen Union 1998-1999“, Nr.16/2001, Arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme in der EU 1998 – 1999“, Nr. 17/2001, Statistik kurzgefasst (Verkehr): „Verkehrssicherheit“, Nr. 3/2000. Eurostat., Statistik kurzgefasst (Allgemeine Statistik): Verkehrsunfälle in den Regionen Europas“, Nr. 5/2001; Eurostat
- „Europäische Statistik über Arbeitsunfälle – Methodologie“, Ausgabe 2001. Eurostat. Und GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, „Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz“.
- „Schlüsselzahlen über Gesundheit“, 2000. Eurostat.
- „Dritte europäische Erhebung über Arbeitsbedingungen“, 2000. „Ungesicherte Arbeitsverhältnisse und
- Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union“, 1999. „Für eine bessere Qualität bei der Arbeit des Arbeitsplatzes...“, September 2001, Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.
- „Stress am Arbeitsplatz – ein Leitfaden. Würze des Lebens oder Gifthauch des Todes?“, Europäische Kommission, 2000-12-16.
- Adapting to change in work and society: a new Community strategy on health and safety at work 2002–2006 (Anpassung an den Wandel in Arbeit und Gesellschaft: Eine neue Strategie der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit und der Arbeitssicherheit 2002–2006) – COM(2002) 118

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Qualität der Arbeit (schwere Arbeitsunfälle) Inzidenz (Fallzahl pro 100.000 Beschäftigte) Berücksichtigt wurden nur Arbeitsunfälle, die zu mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit führten, 1998 – Index 1994 = 100 (1)																
Gesamt	90	116	121	89	79	115	89	96	88	105	91	93	93	88	118	79
18-24 Jahre	74	137	111	97	64	118	97	100	94	110	96	115	:	94	111	74
45-54 Jahre	97	132	130	98	78	111	88	90	82	107	92	92	:	95	108	73

(1) Außer IRL und A : 1996 = 100.

Quelle: Eurostat – Europäische Arbeitsunfallstatistik (ESAW).



Anlagen

Anhang I: Soziale Schlüsselindikatoren je Mitgliedstaat

Anhang II: Statistische Daten - EU-Mitgliedstaaten

- 1 Wirtschaft
- 2 Bevölkerung
- 3 Allgemeine und berufliche Bildung
- 4 Arbeitsmarkt
- 5 Sozialschutz
- 6 Einkommen, Armut und regionaler Zusammenhalt
- 7 Gleichstellung der Geschlechter
- 8 Gesundheit und Sicherheit
- 9 Verbrauch

Anhang III: Soziale Schlüsselindikatoren je Beitrittsland

Anhang IV: Statistische Daten - Beitrittsländer

- 1 Wirtschaft
- 2 Bevölkerung
- 3 Allgemeine und berufliche Bildung
- 4 Arbeitsmarkt
- 5 Sozialschutz
- 6 Einkommen, Armut und regionaler Zusammenhalt
- 7 Gleichstellung der Geschlechter
- 8 Gesundheit und Sicherheit
- 9 Verbrauch

Anhang V: Liste der Eurostat Datashops

Anhang I: Soziale Schlüsselindikatoren je Mitgliedsstaat

Nr.	Indikator	Einheit	Jahre	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
3	Altersbelastungsquotient	% je 1000 Einwohner	2000	24	26	22	24	26	25	24	17	27	21	20	23	23	22	27	24
4	Nettozuwanderungsrate		2000	2,0	1,6	1,8	2,5	2,1	1,0	0,8	5,3	2,0	10,9	2,8	2,4	1,0	0,7	1,5	2,8
5	Schulabbrecher, die nicht an einer Weiterbildungs- oder Berufsbildungsmaßnahme teilnehmen%		2000	20*	12	12	15	17	28	13	19°	29	17	17	11°	43	10	8	:
6	Lebenslanges Lernen (Teilnahme von Erwachsenen an beruflichen Bildung)	%	2000	8	7	21	5	1	5	3°	5°	5	5	16	8°	3°	20	22	21
7	Beschäftigungsquote	%	2000	63,2	60,5	76,3	64,8°	55,7	54,8	62,0	65,2	53,7	61,7°	72,9	68,2	68,3	67,3	70,8	71,5
8	Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer%	%	2000	37,5	25,0	54,6	37,4	39,0	36,6	29,3	45,1	27,3	27,2	37,9	29,2	51,7	41,2	64,3	50,5
9	Arbeitslosenquote	%	2000	8,2	7,0	4,7	7,9	11,1	14,1	9,5	4,2	10,5	2,4	3,0	3,7	4,1	9,8	5,9	5,5
10	Quotient Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung	%	2000	7,8	6,5	5,3	4,6	11,3	11,4	7,1	3,3	11,8	2,5	4,0	2,9	4,2	11,1	5,5	8,3
11	Langzeitarbeitslosenquote	%	2000	3,6	3,8	1,0	4,4	6,1	5,9	3,7	1,6	6,3	0,7	0,8	1,0	1,6	2,8	1,7	1,5
12	Sozialschutzausgaben als Anteil des BIP	%	1999	27,6	28,2	29,4	29,6	25,5	20,0	30,3	14,7	25,3	21,9	28,1	28,6	22,9	26,7	32,9	26,9
13	Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent der gesamten Sozialleistungen	%	1999	46,0	43,0	38,0	42,1	50,7	46,2	44,2	25,2	64,0	41,4	41,5	47,4	43,7	35,1	39,5	46,1
14	Einkommensverteilung (S80/S20-Verhältnis)	Quotient	1998	5,4	5,8	2,7	4,8	6,5	6,8	4,7	5,3	5,9	4,6	4,4	3,8	7,2	3,0	3,4	5,7
15a	Armutsrisikoquote vor Sozialtransfers	%	1998	26	28	26	24	23	25	28	33	23	26	21	25	27	37	30	33
15b	Armutsrisikoquote nach Sozialtransfers	%	1998	18	16	9	16	22	19	18	17	20	12	12	13	20	8	10	21
16	Menschen in Haushalten ohne Erwerbstätige	%	2000	4,5	4,5	:	4,7	4,2	5,1	5,5	6,6	5,0	0,9	1,1	2,4	1,2	:	:	3,9
17	Frauenanteil in nationalen Parlamenten	%	2001	23	23	38	32	9	28	10	13	11	17	35	28	20	37	44	18
18	Beschäftigungsquote von Frauen	%	2000	54,0	51,5	71,6	57,1°	41,2	40,3	55,1	54,1	39,6	48,6°	63,6	59,5	60,3	64,3	69,3	64,8
19	Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede	%	1998	84	93	90	81	87	86	88	80	91	83°	79	79	94	82°	82	75
20a	Lebenserwartung bei der Geburt - Männer	Jahre	1999	74,6	74,3	74,0	74,5	75,5	75,3	74,9	73,5	75,5	73,7	75,2	74,4	71,7	73,7	77,1	74,8
20b	Lebenserwartung bei der Geburt - Frauen	Jahre	1999	80,9	80,5	78,8	80,6	80,6	82,5	82,3	79,1	81,8	80,5	80,5	80,9	78,9	81,0	81,9	79,7
20c	Behinderungsfreie Lebenserwartung (bei der Geburt) - Männer	Jahre	1996	63	65	62	63	67	65	60	64	67	61	63	62	59	56	:	61
20d	Behinderungsfreie Lebenserwartung (bei der Geburt) - Frauen	Jahre	1996	66	69	62	69	70	68	63	67	70	64	63	66	61	59	:	62
21	Qualität der Arbeit (schwere Arbeitsunfälle)	Indexpunkte (1994 = 100)	1998	90	116	121	89	79	115	89	96°	88	105	91	93°	93	88	118	79

°= siehe Kommentare in der entsprechenden Darstellung. Die Zahlenangabe kann aus einem anderen Jahr stammen oder auf andere Weise eingeschränkt sein.

Anmerkungen zu den einzelnen Schlüsselindikatoren:

- 3 Im Jahr 2000 machte die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber EU-weit 24 % der Gruppe aus, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (die 15- bis 64-Jährigen)
- 4 Die Nettozuwanderungsquote lag in der Union im Jahr 2000 bei 2,0 je 1000 Einwohner.
- 5 Im Jahr 2000 wiesen 20 % der 18 - 24-Jährigen beim Ausscheiden aus den Bildungssystemen keine Qualifikation auf, die über die Sekundarbereich I hinausgeht.
- 6 EU-weit nahmen im Jahr 2000 8 % der Altersgruppe von 25 - 64 Jahren an Bildungs-/Ausbildungsmaßnahmen teil (in den vor dem Stichtag vier Wochen)
- 7 2000 standen 63,2 % der EU-Bevölkerung im Alter von 15 - 64 Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis
- 8 2000 standen 37,5 % der EU-Bevölkerung im Alter von 55 - 64 Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis
- 9 2000 waren 8,2 % der Erwerbsbevölkerung in der EU (Beschäftigte und Arbeitssuchende) arbeitslos.
- 10 2000 waren 7,8 % der EU-Bevölkerung im Alter von 15 - 24 Jahren arbeitslos.
- 11 2000 waren 3,6 % der Erwerbsbevölkerung in der EU (Beschäftigte und Arbeitssuchende) mindestens ein Jahr arbeitslos.
- 12 1999 lag der Anteil der Sozialschutzausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 27,6 %.
- 13 EU-weit machen die Leistungen für Altersversorgung und Hinterbliebene den größten Anteil an den Sozialschutzausgaben (46,0 % der Gesamtleistungen im Jahr 1999) aus.
- 14 1998 erhielten die ärmsten 20 % der Bevölkerung nur 8 % des Gesamteinkommens, die reichsten 20% hingegen 39 %, d.h. 5,4-mal so viel.
- 15a EU-weit hätten im Jahr 1998 26 % der Bevölkerung ohne Transfer von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze gelebt.
- 15b EU-weit lebten im Jahr 1998 18 % der Bevölkerung nach dem Transfer von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze.
- 16 2000 lebten 4,5 % der Menschen, die in Haushalten mit wenigstens einer Erwerbsperson lebten, in Haushalten ohne ein berufstätiges Mitglied.
- 17 EU-weit waren im Jahr 2001 23 % der Abgeordneten in den nationalen Parlamenten (Unterhaus) Frauen.
- 18 2000 standen 54,0% der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis.
- 19 1998 lagen die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der Frauen bei 84 % der Löhne der Männer. Die Population umfasst alle Arbeitnehmer zwischen 16 und 64 Jahren, die pro Woche 15 Stunden und mehr bezahlte Arbeit leisten.
- 20a Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern bei der Geburt lag 1999 in der EU bei 74,6 Jahren.
- 20b Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Frauen bei der Geburt lag 1999 in der EU bei 80,9 Jahren.
- 20c Männer sollten in der EU im Schnitt bis zum 63. Lebensjahre ohne Behinderung leben (Daten von 1996).
- 20d Frauen sollten in der EU im Schnitt bis zum 66. Lebensjahre ohne Behinderung leben (Daten von 1996).
- 21 1998 ereigneten sich EU-weit 10 % (100-10 = 90) weniger Arbeitsunfälle (die eine Arbeitsunfähigkeit von drei Tagen oder mehr zur Folge hatten) pro 100000 Beschäftigte als 1994.

Anhang II: Statistische Daten - EU-Mitgliedstaaten

1 WIRTSCHAFT

EU-15 EUR* B DK D EL E F IRL I L NL A P FIN S UK

*EUR entspricht der historischen Zusammensetzung, so dass die Jahresangaben für EUR11 gelten, die Quartals- und Monatsangaben für EUR11, wenn sie sich auf 2000 beziehen, und EUR12, wenn sie sich auf 2001 beziehen. Die Wachstumsraten werden im Verhältnis zu den korrekten Bezugsgrößen berechnet.

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

2000, Mrd. Euro

Wachstumsraten BIP, konstante Preise (1995)																			
Jährliche Wachstumsrate, 1999	2,6	2,6	3,0	2,1	1,8	3,4	4,1	2,9	10,8	1,6	6,0	3,7	2,8	3,4	4,0	4,5	2,1		
Jährliche Wachstumsrate, 2000	3,3	3,4	4,0	3,2	3,0	4,3	4,1	3,1	11,5	2,9	7,5	3,5	3,0	3,4	5,7	3,6	2,9		
Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres, 2001Q1	2,5	2,4	3,1	1,8	1,8	:	3,4	2,8	:	2,5	:	1,6	2,1	2,2	3,3	2,7	2,7		
Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres, 2001Q2	1,7	1,7	1,6	1,3	0,6	:	2,9	2,3	:	2,1	:	1,4	1,2	2,5	0,4	1,9	2,3		

BIP pro Kopf (Index EU-15=100, in KKS)

1995

2000

1995	100	102	113	118	110	66	78	104	93	103	171	109	110	71	97	103	96		
2000	100	100	112	120	104	69	80	99	119	102	194	117	109	74	103	102	105		

BIP pro Kopf in KKS

2000

Quelle: Eurostat - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Schuldenstand des Staates (in % des BIP)

1998	68,9	73,5	119,7	55,6	60,9	105,0	64,7	59,5	54,8	116,4	6,4	66,8	63,9	54,7	48,8	70,5	48,1		
1999	68,0	72,1	115,9	52,0	61,3	103,9	63,4	58,5	49,3	114,6	6,0	63,1	64,7	54,5	47,3	65,3	45,7		
2000	64,1	69,6	110,3	46,1	60,3	102,7	60,7	57,6	38,6	110,5	5,3	56,1	63,1	53,7	44,0	55,7	42,8		

Defizit des Staates (in % des BIP)

1998	-1,6	-2,2	-0,8	1,1	-2,2	-2,4	-2,6	-2,7	2,3	-2,8	3,5	-0,8	-2,4	-2,4	1,3	1,9	0,4		
1999	-0,7	-1,3	-0,6	3,1	-1,6	-1,8	-1,1	-1,6	2,3	-1,8	3,7	0,4	-2,2	-2,1	1,9	1,8	1,3		
2000	1,2	0,3	0,1	2,8	1,2	-1,1	-0,3	-1,3	4,5	-0,3	6,1	2,2	-1,1	-1,5	6,9	4,1	4,3		

Quelle: Eurostat - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Finanzierungskonten

Jährliche Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Oktober 2000	2,4	2,7	3,7	2,8	2,4	3,8	4,0	2,1	6,0	2,7	4,3	3,2	2,2	3,7	3,4	1,3	1,0		
August 2001	2,6	2,7	2,5	2,5	2,6	4,0	3,8	2,0	3,7	2,8	2,5	5,2	2,5	4,0	2,7	3,0	1,8		
September 2001	2,4	2,5	1,9	2,1	2,1	4,0	3,4	1,6	3,8	2,6	1,9	5,3	2,5	4,1	2,6	3,3	1,3		
Oktober 2001	2,2	2,4	1,9	2,0	2,0	3,2	3,2	1,8	3,8	2,5	1,7	5,0	2,5	4,2	2,4	2,9	1,2		

Inflationsrate, Zwölfmonatsdurchschnitt

Oktober 2001

Die jährliche Inflationsrate misst die Preisveränderungen zwischen dem laufenden Monat und demselben Monat des Vorjahres. Diese Maßzahl gibt rezente Preisveränderungen an, kann aber durch einmalige Effekte in einem der Monate beeinflusst werden. Diese Volatilität wird im Zwölfmonatsdurchschnitt überwunden, indem durchschnittliche Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) der letzten 12 Monate mit dem Mittelwert der vorangegangenen 12 Monate verglichen werden. Diese Maßzahl ist weniger anfällig für kurzfristige Preisänderungen.

Quelle: Eurostat - Preisstatistik."

Zinssätze Staatspapiere (10 Jahre) (Maastricht langfristige Zinssätze), monatlicher durchschnittlicher Zinssatz

September 2000	5,5	5,5	5,6	5,7	5,3	6,1	5,6	5,4	5,5	5,6	5,6	5,4	5,6	5,6	5,5	5,3	5,4		
Juli 2001	5,2	5,3	5,4	5,3	5,0	5,5	5,4	5,2	5,2	5,4	5,1	5,2	5,3	5,4	5,3	5,4	5,3		
August 2001	5,0	5,1	5,2	5,1	4,8	5,3	5,2	5,0	5,0	5,2	4,8	5,0	5,1	5,2	5,1	5,2	5,1		
September 2001	5,0	5,0	5,1	5,1	4,8	5,3	5,1	4,9	5,0	5,2	4,7	5,0	5,1	5,2	5,1	5,3	5,0		

Zinssätze Staatspapiere (10 Jahre) (Maastricht langfristige Zinssätze), jährlicher durchschnittlicher Zinssatz

1995	8,8	8,7	7,5	8,3	6,9	17,3	11,3	7,5	8,3	12,2	7,2	6,9	7,1	11,5	8,8	10,2	8,3		
1998	4,9	4,7	4,8	4,9	4,6	8,5	4,8	4,6	4,8	4,9	4,7	4,6	4,7	4,9	4,8	5,0	5,6		
1999	4,7	4,7	4,8	4,9	4,5	6,3	4,7	4,6	4,7	4,7	4,7	4,6	4,7	4,8	4,7	5,0	5,0		
2000	5,4	5,4	5,6	5,6	5,3	6,1	5,5	5,4	5,5	5,6	5,5	5,4	5,6	5,6	5,5	5,4	5,3		

Quelle: Eurostat - Finanzindikatoren.

Nettonationaleinkommen pro Kopf

2000, EU-15 = 100

Verbrauch der privaten Haushalte pro Kopf

2000, EU-15 = 100

Dem Verbrauch der Haushalte werden auch die Verbrauchsausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zugerechnet.

Nettoersparnis pro Kopf

2000, EU-15 = 100

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer

2000, EU-15 = 100

Arbeitnehmerentgelt umfasst Löhne und Gehälter sowie die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt wird nach dem Inlandskonzept, die Zahl der Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept berechnet. Das hat wichtige Auswirkungen auf die Kennzahlen von Ländern wie Luxemburg mit einem relativ hohen Anteil von Arbeitnehmern aus den Nachbarländern.

Quelle: Eurostat - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

2 BEVÖLKERUNG	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Gesamtbevölkerung (in 1000)																
1.1.1960	314 826	9 129	4 565	72 543	8 300	30 327	45 465	2 836	50 026	313	11 417	7 030	8 826	4 413	7 471	52 164
1.1.1980	354 572	9 855	5 122	78 180	9 588	37 242	53 731	3 393	56 388	363	14 091	7 546	9 714	4 771	8 303	56 285
1.1.2000	375 974	10 239	5 330	82 163	10 543	39 442	58 744	3 777	57 680	436	15 864	8 103	9 998	5 171	8 861	59 623
1.1.2001, korrigierte Schätzung	377 988	10 263	5 349	82 260	10 565	40 122	59 040	3 826	57 844	441	15 987	8 121	10 243	5 181	8 883	59 863
1.1.2002, erste Schätzung	379 449	10 292	5 367	82 360	10 596	40 428	59 344	3 874	58 018	447	16 101	8 140	10 303	5 195	8 910	60 075
2010, Basisszenario, Revision 1999	383 397	10 352	5 476	83 435	10 768	39 857	61 369	4 141	57 277	471	16 690	8 149	10 309	5 267	8 951	60 885
2015, Basisszenario, Revision 1999	385 186	10 419	5 514	83 477	10 817	39 824	62 192	4 295	56 761	485	16 993	8 163	10 437	5 295	9 017	61 495
2020, Basisszenario, Revision 1999	385 984	10 483	5 554	83 295	10 806	39 528	62 840	4 427	55 985	500	17 270	8 170	10 526	5 314	9 115	62 173
2050, Basisszenario, Revision 1999	364 485	10 104	5 555	76 006	10 231	35 145	62 153	4 757	48 072	559	17 679	7 612	10 669	4 951	9 197	61 793

Die jüngsten Schätzungen für 1.1.2001 und 1.1.2002 konnten nicht in das Profil "2. Bevölkerung, Haushalte und Familien" in Abschnitt 3 aufgenommen werden.

Bevölkerungswachstum (je 1000 Personen), 2000

Gesamtwachstum	2,8	2,3	3,6	0,4	2,1	1,2	5,0	11,4	2,8	12,8	7,5	2,3	2,5	1,9	2,4	3,5
Natürliches Wachstum	1,0	1,1	1,7	-0,9	-0,2	0,7	4,1	6,1	-0,3	4,5	4,1	0,2	1,4	1,4	-0,3	1,2
Wanderungssaldo	1,8	1,2	1,9	1,3	2,3	0,5	0,9	5,3	3,1	8,3	3,3	2,1	1,1	0,5	2,7	2,3

Das Wachstum der Gesamtbevölkerung setzt sich zusammen aus dem natürlichen Wachstum (Lebendgeburten abzüglich Sterbefälle) und dem Wanderungssaldo. Dieser wird geschätzt auf der Grundlage der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Wachstum (korrigierter Wanderungssaldo).

Bevölkerungsstruktur (in Prozent des Gesamtwerts), 2000

Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
0-19	23,0	23,6	23,7	21,3	21,8	21,7	25,6	30,8	19,8	24,4	24,4	22,8	23,5	24,7	24,2	25,3
20-59	55,4	54,5	56,6	55,7	55,1	56,7	53,9	54,1	56,3	56,5	57,5	56,8	55,9	55,5	53,6	54,3
60-79	18,0	18,4	15,8	19,4	19,6	17,9	16,9	12,6	20,0	16,0	15,0	16,9	17,8	16,5	17,2	16,5
80 und darüber	3,7	3,5	3,9	3,6	3,5	3,7	3,6	2,5	3,9	3,1	3,2	3,5	2,8	3,3	4,9	4,0

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik.

Altersgruppe 0-14

2000 (1000s)	63533	1795	983	12915	1603	5940	11145	826	8290	82	2946	1360	1677	943	1638	11390
Unterschied in %, 2000/2015	-8	-11	-6	-11	-1	-4	-4	6	-10	-3	-2	-18	7	-12	-18	-11

Altersgruppe 15-24

2000 (1000s)	46736	1240	620	9123	1476	5778	7722	658	6823	49	1877	954	1484	662	1025	7244
Unterschied in %, 2000/2015	-7	-1	15	-2	-26	-31	-4	-17	-17	30	11	-1	-21	-3	10	7

Altersgruppe 25-54

2000 (1000s)	163365	4434	2344	35831	4446	17158	25441	1549	25324	197	7299	3611	4245	2258	3678	25549
Unterschied in %, 2000/2015	-3	-6	-7	-3	3	2	-3	19	-6	0	-6	-3	4	-10	-3	-1

Altersgruppe 55-64

2000 (1000s)	41549	1042	595	10955	1199	3960	5473	319	6808	44	1583	912	1060	543	987	6070
Unterschied in %, 2000/2015	19	36	16	3	13	25	46	49	9	41	41	16	18	37	14	23

Altersgruppe 65 und älter

2000 (1000s)	60988	1712	790	13313	1819	6596	9419	424	10343	62	2154	1253	1535	766	1533	9268
Unterschied in %, 2000/2015	22	17	28	28	20	15	23	32	22	32	36	23	16	36	21	18

Altersgruppe 80 und älter

2000 (1000s)	13752	353	208	2897	373	1453	2117	95	2240	13	501	278	285	171	436	2332
Unterschied in %, 2000/2015	48	61	7	49	71	59	66	26	63	67	36	38	51	44	6	18

Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik. Demografisches Basisszenario, Projektion 1995, Korrektur 1999.

Anteil der Personen, die in den letzten 10 Jahren umgezogen sind

Sind umgezogen	37,5	34,8	57,1	36,4	28,9	32,2	41,5	28,3	19,9	39,2	53,4	30,1	25,3	59,2	55,7	52,1
Sind nicht umgezogen	62,0	64,2	42,9	62,5	70,8	67,5	58,4	70,9	79,9	60,3	46,3	68,4	74,7	40,6	44,3	47,6
Keine Antwort	0,5	1,0	0,0	1,1	0,3	0,3	0,1	0,9	0,2	0,4	0,3	1,5	0,0	0,2	0,0	0,3

Anteil der Anzahl der Umzüge unter den Personen, die in den letzten 10 Jahren umgezogen sind

Einmal	57,6	58,3	43,9	61,7	68,1	64,2	46,3	63,8	71,3	60,7	48,8	50,9	77,0	42,5	39,4	59,8
Zweimal	19,8	20,0	20,0	21,4	16,8	16,7	24,0	14,7	19,5	18,8	24,1	24,5	8,4	19,7	21,5	15,7
Dreimal	9,5	11,1	12,3	8,3	9,7	7,6	12,7	6,4	3,1	11,1	10,5	11,1	6,3	13,3	16,7	9,4
Viermal	4,6	4,2	9,8	1,9	3,2	3,1	6,1	6,1	3,9	3,7	7,1	5,3	1,8	8,6	9,3	5,1
Fünfmal und mehr	7,3	3,9	13,7	4,8	2,2	5,9	10,4	7,1	1,6	4,0	9,4	4,4	1,7	15,9	12,4	9,1
Unbekannt	1,3	2,4	0,4	1,9	0,0	2,6	0,5	2,0	0,6	1,7	0,2	3,7	4,8	0,0	0,6	1,0

Durchschnittliche Anzahl der Umzüge unter den Personen, die in den letzten 10 Jahren umgezogen sind

	1,9	1,8	2,5	1,7	1,6	1,7	2,2	1,8	1,5	1,7	2,1	1,9	1,4	2,6	2,5	2,0
--	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

2 BEVÖLKERUNG (Forts.)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Anteil der Personen, die mindestens einmal in demselben Wohnort umgezogen sind, an der Gruppe von Personen, die in den letzten 10 Jahren umgezogen sind																
Umzug innerhalb des selben Ortes ...	68,2	69,6	68,8	66,3	63,1	73,6	59,6	68,5	60,8	51,2	70,3	63,2	73,1	76,1	81,9	74,6
Kein Umzug innerhalb des selben Ortes ...	30,7	28,8	30,3	31,3	36,9	25,5	39,8	27,7	39,2	45,9	28,6	35,3	26,9	21,9	17,8	24,5
Unbekannt	1,1	1,6	0,9	2,4	0,0	0,9	0,6	3,7	0,0	2,9	1,1	1,5	0,0	2,0	0,3	1,0
Anteil der Personen, die mindestens einmal in einen anderen Ort in derselben Region umgezogen sind, an der Gruppe von Personen, die in den letzten 10 Jahren umgezogen sind																
Umzug in einen anderen Ort innerhalb der selben Region ...	36,3	42,3	40,1	38,4	13,8	32,5	48,9	28,2	29,8	53,7	36,5	38,4	24,9	36,6	37,6	30,1
Kein Umzug in einen anderen Ort innerhalb der selben Region ...	61,2	53,0	58,8	56,3	86,2	66,3	50,5	65,9	70,2	43,7	61,8	60,0	74,6	57,1	61,8	66,7
Unbekannt	2,5	4,6	1,1	5,3	0,0	1,2	0,6	5,9	0,0	2,7	1,7	1,6	0,5	6,3	0,6	3,2
Anteil der Personen, die mindestens einmal in eine andere Region in demselben Land umgezogen sind, an der Gruppe von Personen, die in den letzten 10 Jahren umgezogen sind																
Umzug in eine andere Region innerhalb des selben Landes	21,2	19,2	29,8	18,2	26,8	11,7	29,2	19,1	17,6	39,4	26,9	37,9	10,6	23,5	25,8	18,9
Kein Umzug in eine andere Region innerhalb des selben Landes	75,4	74,8	68,9	74,2	73,2	87,0	68,9	75,2	82,4	57,3	71,5	60,5	89,1	68,7	73,7	77,6
Unbekannt	3,4	6,0	1,3	7,6	0,0	1,2	1,9	5,8	0,0	3,3	1,6	1,6	0,2	7,9	0,5	3,5
Anteil der Personen, die mindestens einmal in einen anderen EU-Mitgliedstaat umgezogen sind, an der Gruppe von Personen, die in den letzten 10 Jahren umgezogen sind																
Umzug in einen anderen EU-Mitgliedstaat	4,4	6,4	5,2	3,4	2,4	2,8	5,6	13,4	2,1	20,4	6,6	13,0	4,2	5,8	4,6	4,2
Kein Umzug in einen anderen EU-Mitgliedstaat	91,9	86,4	93,3	89,7	97,6	95,7	91,7	80,4	97,9	73,4	91,3	86,6	95,6	85,5	94,8	91,1
Unbekannt	3,7	7,2	1,5	6,8	0,0	1,5	2,7	6,3	0,0	6,2	2,1	0,4	0,2	8,7	0,6	4,6
Anteil der Personen, die in einem Drittland gelebt hatten, unter denen, die in den letzten 10 Jahren umgezogen sind																
Haben in einem Drittland gelebt	4,6	3,5	7,5	5,0	4,7	4,5	4,4	6,9	2,1	6,7	4,3	8,7	3,6	5,1	9,3	4,0
Haben in der EU gelebt	92,6	93,2	91,0	88,4	95,0	94,0	92,3	86,0	97,9	86,6	93,2	91,1	95,6	90,9	90,1	95,0
Unbekannt	2,8	3,3	1,5	6,6	0,3	1,5	3,3	7,1	0,0	6,7	2,5	0,2	0,8	4,1	0,6	1,0

Source: Europäische Kommission - Eurobarometer 54.2, Winter 2000, Fragen 35, 36 and 37a)-e).

Zuwanderung nach Staatsangehörigkeit, 1999

Gesamt	2 062 982	68 466	51 372	874 023	12 630	127 365	57 846	47 522	171 967	12 794	119 151	86 710	14 476	14 744	49 839	354 077
Staatsangehörige	510 137	10 682	22 542	200 150	:	28 243	:	25 922	28 816	1 018	40 786	14 331	:	6 807	15 266	115 574
Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten	354 588	28 022	7 983	135 268	2 888	32 104	5 551	14 695	9 240	8 204	20 439	13 326	4 568	1 521	8 836	61 943
Staatsangehörige von Drittstaaten	1 198 257	29 762	20 847	538 605	9 742	67 018	52 295	6 905	133 911	3 572	57 926	59 053	9 908	6 416	25 737	176 560

DK und EL: 1998, I: 1996.

Abwanderung nach Staatsangehörigkeit, 1999

Gesamt	1 256 000	41 307	40 340	672 048	:	:	:	29 000	46 273	8 075	59 023	66 923	:	11 966	35 705	245 340
Staatsangehörige	403 139	16 927	24 693	116 410	:	:	:	:	38 984	1 172	38 358	19 644	:	9 966	22 123	114 862
Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten	244 527	15 997	5 807	141 205	:	:	:	:	2 173	5 560	10 127	7 653	:	947	6 365	48 693
Staatsangehörige von Drittstaaten	579 334	8 383	9 840	414 433	:	:	:	:	5 116	1 343	10 538	39 626	:	1 053	7 217	81 785

DK: 1998, IRL und I: 1997.

Nettozuwanderung nach Staatsangehörigkeit, 1999

Gesamt	:	27 159	11 032	201 975	:	:	:	:	4 719	60 128	19 787	:	2 778	14 134	108 737
Staatsangehörige	:	- 6 245	- 2 151	83 740	:	:	:	:	- 154	2 428	- 5 313	:	- 3 159	- 6 857	712
Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten	:	12 025	2 176	- 5 937	:	:	:	:	2 644	10 312	5 673	:	574	2 471	13 250
Staatsangehörige von Drittstaaten	:	21 379	11 007	124 172	:	:	:	:	2 229	47 388	19 427	:	5 363	18 520	94 775

DK: 1998.

Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, in Tausend, 2000 (oder jüngere Angaben)

Gesamt	374 667	10 239	5 314	82 163	10 487	39 442	58 521	3 787	57 680	424	15 864	8 103	9 998	5 171	8 861	58 614
Staatsangehörige	355 974	9 386	5 057	74 820	10 325	38 640	55 258	3 660	56 409	276	15 212	7 349	9 807	5 084	8 374	56 317
Ausländische Staatsbürger	18 692	853	256	7 344	161	801	3 263	127	1 271	148	652	754	191	88	487	2 298
Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten	5 801	564	53	1 859	45	312	1 195	92	149	131	196	99	52	16	177	859
Staatsangehörige von Drittstaaten	12 892	290	203	5 485	116	489	2 068	34	1 122	16	456	654	138	71	310	1 439

DK: 1999, EL: 1997, F: 1999, L: 1998, UK: 1999. A: Die Aufgliederung der ausländischen Staatsangehörigen wurde auf Basis des Verhältnisses von Staatsangehörigen von EU-Mitgliedstaaten zu Staatsangehörigen von Drittstaaten berechnet. Die EU-15-Zahlen sind lediglich die Summe der anderen Zahlen der Reihe. Da die Angaben von 5 Ländern von vor 2000 stammen, ist die EU-15-Gesamtbevölkerung in der Tabelle zu niedrig angegeben. Die aktuellen Schätzungen liegen bei 375 974 000. Die Zahlen werden im Frühjahr 2002 auf der Grundlage der neuesten französischen und spanischen Daten korrigiert werden.

2 BEVÖLKERUNG (Forts.)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, in % 2000 (oder jüngere Angaben)																
Gesamt																
Staatsangehörige	95,0	91,7	95,2	91,1	98,5	98,0	94,4	96,7	97,8	65,1	95,9	90,7	98,1	98,3	94,5	96,1
Ausländische Staatsbürger	5,0	8,3	4,8	8,9	1,5	2,0	5,6	3,3	2,2	34,9	4,1	9,3	1,9	1,7	5,5	3,9
Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten	1,5	5,5	1,0	2,3	0,4	0,8	2,0	2,4	0,3	31,0	1,2	1,2	0,5	0,3	2,0	1,5
Staatsangehörige von Drittstaaten	3,4	2,8	3,8	6,7	1,1	1,2	3,5	0,9	1,9	3,8	2,9	7,9	1,4	1,4	3,5	2,5

DK: 1999, EL: 1997, F: 1999, L: 1998, UK: 1999. A: Aufgliederung der ausländischen Staatsangehörigen: 1998.

Asylanträge. In 1000

1990	397,0	12,9	5,3	193,1	4,1	8,6	54,8	0,1	3,6	0,1	21,2	22,8	0,1	2,7	29,4	38,2
1991	511,2	15,4	4,6	256,1	2,7	8,1	47,4	0,0	24,5	0,2	21,6	27,3	0,2	2,1	27,4	73,4
1992	672,4	17,7	13,9	438,2	2,1	11,7	28,9	0,0	2,6	0,1	20,3	16,2	0,7	3,6	84,0	32,3
1993	516,7	26,7	14,3	322,6	0,9	12,6	27,6	0,1	1,3	0,2	35,4	4,7	2,1	2,0	37,6	28,5
1994	300,3	14,3	6,7	127,2	1,1	12,0	26,0	0,4	1,8	0,3	52,6	5,1	0,6	0,8	18,6	32,8
1995	263,7	11,4	5,1	127,9	1,3	5,7	20,4	0,4	1,8	0,3	29,3	5,9	0,3	0,8	9,0	44,0
1996	227,8	12,4	5,9	117,3	1,6	4,7	17,4	1,2	0,7	0,3	22,9	7,0	0,3	0,7	5,8	29,6
1997	242,8	11,8	5,1	104,4	4,4	5,0	21,4	3,9	1,9	0,4	34,4	6,7	0,3	1,0	9,7	32,5
1998	295,5	22,0	5,7	98,6	3,0	4,9	22,4	4,6	13,1	1,7	45,2	13,8	0,4	1,3	12,8	46,0
1999	352,5	35,7	6,5	95,1	1,5	8,4	30,9	7,7	18,5	2,9	39,3	20,1	0,3	3,1	11,2	71,2

Rate je 1 000 Einwohner, 1999	0,9	3,5	1,2	1,2	0,1	0,2	0,5	2,1	0,3	6,8	2,5	2,5	0,0	0,6	1,3	1,2
-------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

B: ohne unterhaltsberechtigter Kinder. Die Zahlen für 1999 sind die Summe der monatlich an Eurostat weitergeleiteten Daten. I: ohne unterhaltsberechtigter Kinder. DK: ohne Anträge außerhalb Dänemarks und an der Grenze abgewiesene Anträge. D: ohne wiederholte Anträge. Mit unterhaltsberechtigten Kindern, sofern die Eltern einen Antrag für sie gestellt haben. EL: die Zahlen für 1989-92 sind die Summe der bei den griechischen Behörden und bei UNHCR (United Nations High Commission for Refugees registrierten Anträge). E: bis 1998 - ohne Unterhaltsberechtigter; 1999 - mit Unterhaltsberechtigten. F: ohne Kinder und einige erwachsene Begleitpersonen. NL, A: ohne Vertriebene aus dem ehemaligen Jugoslawien mit besonderer Aufenthaltsgenehmigung. S: ohne wiederholte Anträge. UK: ohne Unterhaltsberechtigter.

Quelle: Eurostat - Migrationsstatistik.

Zahl der Haushalte, (in Tausend), 2000

	154 332	4 314	2 434	37 478	3 886	12 982	24 411	1 192	21 660	164	6 822	3 264	3 389	2 373	4 369	25 597
--	---------	-------	-------	--------	-------	--------	--------	-------	--------	-----	-------	-------	-------	-------	-------	--------

Durchschnittliche Haushaltsgröße

1981/82	2,8	2,7	2,4	2,5	3,1	3,6	2,7	3,6	3,0	2,8	2,8	2,7	3,3	2,6	2,3	2,7
2000	2,4	2,4	2,2	2,2	2,7	3,0	2,4	3,0	2,6	2,6	2,3	2,4	2,9	2,2	2,0	2,3

IRL: 1997. DK, FIN, S: Angaben aus einzelstaatlichen Quellen. Quelle: Eurostat - Volkszählungen (1981/82). Erhebung über Arbeitskräfte (2000).

Anteil von in privaten Haushalten lebenden Personen nach Haushaltstyp (%), 2000

Bevölkerung insgesamt.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigte Kinder	12	12	17	16	8	5	13	7	9	10	14	12	5	17	20	13
... unter 30	2	1	4	3	1	0	2	1	0	2	3	2	0	4	5	2
... zw. 30-64	5	5	7	7	3	2	5	3	5	3	5	6	1	8	9	6
... ab 65	5	6	6	6	4	3	5	3	5	4	5	5	3	6	6	6
... Männlich	5	5	8	7	3	2	5	4	3	4	6	5	1	7	10	6
... .. unter 30	1	1	2	1	1	0	1	0	0	1	2	1	0	2	3	1
... .. zw. 30-64	3	3	4	4	1	1	3	2	2	3	4	3	1	4	5	3
... .. ab 65	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2
... Weiblich	7	8	9	9	5	3	8	4	6	5	8	8	3	10	10	7
... .. unter 30	1	1	1	1	1	0	1	0	0	1	1	1	0	2	2	1
... .. zw. 30-64	2	2	2	3	1	1	3	1	2	2	3	3	1	4	3	3
... .. ab 65	4	5	5	5	3	2	4	2	4	3	4	4	2	4	5	4
2 Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte Kinder	24	25	28	29	22	17	25	14	18	19	29	23	16	26	25	27
... Beide < 65	14	14	19	18	9	7	15	8	8	12	20	14	8	16	15	17
... Wenigstens einer 65 oder älter	10	11	9	11	13	10	10	6	10	7	9	9	9	9	10	10
3 oder mehr Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte Kinder	14	11	8	10	21	23	8	13	21	12	10	15	18	5	1	11
1 Erwachsener mit unterhaltsberechtigten Kindern	4	5	3	4	2	2	5	3	2	3	3	3	3	5	7	8
2 Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern	35	40	35	33	34	34	42	39	36	44	35	33	38	41	45	32
... 1 Kind	11	12	11	12	10	11	12	8	13	14	9	11	16	13	12	9
... 2 Kinder	17	17	15	15	18	18	18	15	18	19	17	16	17	17	20	15
... 3 oder + Kinder	8	11	9	6	5	5	12	17	5	11	8	6	5	11	13	9
3 Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern	11	7	10	7	13	20	8	24	13	12	9	14	20	6	1	8

Zu den unterhaltsberechtigten Kindern zählen alle Kinder bis zum Alter von 15 Jahren zuzüglich aller Personen bis zum Alter von 15-24 Jahren, die nicht erwerbstätig sind (zumeist, weil sie sich in einer Ausbildung befinden) und mit mindestens einem Elternteil leben.

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union (2000), DK, IRL, FIN, S: 1997.
 Quelle: Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, UDB, Version September 2001.

2 BEVÖLKERUNG (Forts.)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
In Haushalten lebende Personen nach Haushaltstyp (%), 1988																
Bevölkerung insgesamt.	100	100	:	100	100	100	100	100	100	100	100	:	100	:	:	100
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigten Kindern	10	11	:	15	6	3	11	6	8	9	11	:	4	:	:	10
2 Erwachsene ohne unterhaltsberechtigten Kindern	21	21	:	25	18	13	22	13	18	21	23	:	15	:	:	25
3 oder mehr Erwachsene ohne unterhaltsberechtigten Kindern	14	10	:	14	15	17	9	12	18	16	11	:	15	:	:	16
1 Erwachsener mit unterhaltsberechtigten Kindern	3	3	:	3	2	1	3	3	2	2	3	:	2	:	:	4
2 Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern	38	46	:	33	42	37	46	46	40	38	41	:	34	:	:	35
3 Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern	14	8	:	10	18	29	9	21	14	15	10	:	29	:	:	11

Ältere Bevölkerung nach Haushaltssituation und Altersgruppe, 2010

Altersgruppe 65 und älter																
Leben allein	32	35	42	35	27	22	34	32	27	28	33	31	23	38	42	35
Leben mit dem Partner	54	48	52	56	57	58	54	42	52	52	55	52	57	48	54	52
Sonstiger Haushalt	9	13	2	5	10	18	6	17	14	16	3	13	18	9	2	8
Leben in Anstaltshaushalten	4	4	5	3	6	2	5	9	7	4	9	4	2	5	2	4
Altersgruppe 65 - 79																
Leben allein	27	29	36	30	23	18	29	30	23	24	30	26	20	34	33	30
Leben mit dem Partner	63	56	60	64	65	67	64	49	61	61	65	60	64	56	64	61
Sonstiger Haushalt	8	13	2	4	8	13	5	15	12	12	2	12	15	8	2	7
Leben in Anstaltshaushalten	2	2	3	1	4	1	2	6	4	3	3	2	1	2	1	2
Altersgruppe 80 und älter																
Leben allein	45	51	62	52	36	30	46	39	39	38	44	43	32	49	62	50
Leben mit dem Partner	31	28	26	29	35	34	34	19	30	28	27	29	35	23	30	31
Sonstiger Haushalt	14	14	2	9	16	32	10	23	17	25	5	17	30	14	3	11
Leben in Anstaltshaushalten	10	8	10	10	12	4	10	19	13	9	24	11	4	14	4	8

Die Gruppe "Leben mit dem Partner" umfasst ältere Personen, die mit ihrem Partner und anderen Erwachsenen oder Kindern zusammenleben.

Quelle: Basisszenario der Haushalte auf der Grundlage von 1995

Unterhaltsberechtigten Kinder (0-14 Jahre) in Alleinerzieherfamilien (über 15 Jahre) in % aller Kinder (0-14 Jahre) in Familien

1990	6,0	5,6	:	6,7	2,4	1,6	6,5	4,1	3,3	4,0	5,3	:	4,4	:	:	11,9
2000	9,7	10,9	:	10,3	3,0	2,8	8,7	8,6	4,1	5,4	8,1	8,3	4,7	:	:	19,8

Alter, ab dem mindestens 50 % der Jugendlichen nicht mehr bei ihren Eltern leben, nach Geschlecht

Männer																
1992	:	24	:	24	29	28	23	26	28	25	23	:	26	:	:	23
2000	:	24	:	24	31	30	24	:	31	24	24	26	28	:	:	23
Frauen																
1992	:	22	:	22	24	26	21	24	25	23	21	:	25	:	:	21
2000	:	23	:	22	27	29	22	:	28	21	21	24	26	:	:	20

Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte

Rohe Heiratsziffer (pro 1 000 Einwohner)

1960	8,0	7,2	7,8	9,5	7,0	7,7	7,0	5,5	7,7	7,1	7,8	8,3	7,8	7,4	6,7	7,5
1970	7,7	7,6	7,4	7,4	7,7	7,3	7,8	7,0	7,3	6,4	9,5	7,1	9,4	8,8	5,4	8,5
1980	6,3	6,7	5,2	6,3	6,5	5,9	6,2	6,4	5,7	5,9	6,4	6,2	7,4	6,1	4,5	7,4
1990	6,0	6,5	6,1	6,5	5,8	5,7	5,1	5,1	5,6	6,1	6,4	5,8	7,2	5,0	4,7	6,5
1999	5,1	4,3	6,7	5,2	5,9	5,2	4,8	4,9	4,8	4,8	5,7	4,9	6,9	4,7	4,0	5,1
2000	:	4,4	:	5,1	5,9	:	5,1	5,0	:	4,9	5,5	4,8	6,4	5,1	4,5	:

Die rohe Heiratsziffer stellt das Verhältnis der Zahl der Eheschließungen/Scheidungen zur durchschnittlichen Bevölkerung in einem bestimmten Berichtszeitraum dar.

Gesamtfruchtbarkeitsziffer

1960	2,59	2,56	2,57	2,37	2,28	2,86	2,73	3,76	2,41	2,28	3,12	2,69	3,1	2,72	2,2	2,72
1970	2,38	2,25	1,95	2,03	2,39	2,90	2,47	3,93	2,42	1,98	2,57	2,29	2,83	1,82	1,92	2,43
1980	1,82	1,68	1,55	1,56	2,21	2,20	1,95	3,23	1,64	1,49	1,60	1,65	2,18	1,63	1,68	1,90
1990	1,57	1,62	1,67	1,45	1,39	1,36	1,78	2,11	1,33	1,61	1,62	1,45	1,57	1,78	2,13	1,83
2000	1,53	1,65	1,76	1,34	1,30	1,22	1,89	1,89	1,25	1,78	1,72	1,32	1,54	1,73	1,54	1,64

Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer ist die auf der Grundlage der derzeitigen Fruchtbarkeitsziffern errechnete durchschnittliche Zahl der Lebendgeborenen, die eine Frau zur Welt bringen würde.

Prozentsatz der außerehelichen Lebendgeburten

1960	5,1	2,1	7,8	7,6	1,2	2,3	6,1	1,6	2,4	3,2	1,4	13,0	9,5	4,0	11,3	5,2
1970	5,6	2,8	11,0	7,2	1,1	1,4	6,9	2,7	2,2	4,0	2,1	12,8	7,3	5,8	18,6	8,0
1980	9,6	4,1	33,2	11,9	1,5	3,9	11,4	5,0	4,3	6,0	4,1	17,8	9,2	13,1	39,7	11,5
1990	19,6	11,6	46,4	15,3	2,2	9,6	30,1	14,6	6,5	12,8	11,4	23,6	14,7	25,2	47,0	27,9
1999	27,2	20,1	44,9	21,6	4,0	14,1	40,7	30,9	9,2	18,6	22,8	30,5	20,8	38,7	55,3	38,8
2000	:	:	:	23,0	4,0	:	:	31,8	:	21,9	25,1	31,3	22,2	39,2	55,3	39,5

2 BEVÖLKERUNG (Forts.)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Rohe Scheidungsziffer (pro 1 000 Einwohner)																
1960	0,5	0,5	1,5	1,0	0,3	-	0,7	-	-	0,5	0,5	1,1	0,1	0,8	1,2	0,5
1970	0,8	0,7	1,9	1,3	0,4	-	0,8	-	-	0,6	0,8	1,4	0,1	1,3	1,6	1,1
1980	1,4	1,5	2,7	1,8	0,7	-	1,5	-	0,2	1,6	1,8	1,8	0,6	2,0	2,4	2,8
1990	1,7	2,0	2,7	2,0	0,6	0,6	1,9	-	0,5	2,0	1,9	2,1	0,9	2,6	2,3	2,9
1999	1,8	2,6	2,5	2,3	0,9	0,9	2,0	:	0,6	2,4	2,1	2,3	1,8	2,7	2,4	2,7
2000	:	2,6	:	:	0,9	:	:	:	0,6	2,3	2,1	2,4	1,9	2,7	2,4	:

Die rohe Scheidungsziffer stellt das Verhältnis der Zahl der Eheschließungen/Scheidungen zur durchschnittlichen Bevölkerung in einem bestimmten Berichtszeitraum dar.

Anteil der durch Scheidung gelösten Ehen, nach Heiratskohorte (%)

1950	:	:	:	:	:	:	:	-	2	:	10	:	:	:	:	:
1960	15	15	29	18	6	5	17	-	3	14	17	18	4	22	32	23
1970	22	26	40	28	8	8	28	:	5	26	25	27	9	33	38	34
1980	28	35	44	36	12	12	35	:	8	40	33	34	16	41	46	42
1983	29	37	43	36	13	14	35	:	9	40	33	36	17	45	47	43

Die Summe der Scheidungsziffern nach Dauer der Ehen für eine Heiratskohorte stellt das Verhältnis der Zahl der Ehescheidungen zur durchschnittlichen Bevölkerung in einem bestimmten Berichtszeitraum dar. In der Praxis können die Scheidungsziffern für langjährige Ehen anhand der Ziffern der vorangegangenen Generationen geschätzt werden, ohne dass man das Ende der Ehen in der Kohorte abwarten muss. Dieses Verfahren führt zu einer Schätzung des endgültigen Anteils der Ehen, die in der jeweiligen Generation geschieden werden.

EU-15, VK: ausgenommen Schottland und Nordirland

Durchschnittliche Dauer der Ehen bei der Scheidung, nach Heiratskohorte, Jahre

1950	:	:	:	:	:	:	:	-	21,4	:	16,9	:	:	:	:	:
1960	14,4	17,5	14,4	12,5	14,6	19,0	15,5	-	21,0	17,5	17,2	11,2	22,7	15,5	14,9	16,3
1970	14,0	16,6	11,9	12,0	14,3	19,8	15,5	:	20,5	15,6	14,8	11,9	19,0	14,6	13,3	13,3
1980	12,7	15,0	10,7	11,5	12,3	16,6	14,2	:	17,4	13,6	12,7	11,4	16,1	14,2	12,1	12,0
1983	12,5	14,9	10,8	11,8	12,1	15,6	14,0	:	17,1	13,2	12,7	11,3	15,7	13,7	12,1	11,6

EU-15, VK: ausgenommen Schottland und Nordirland

Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik .

Anteil der in eheähnlicher Lebensgemeinschaft lebenden Paare, 1998

16-29 Jahre	33	35	57	35	8	12	41	29	11	27	56	30	15	61	70	53
Bevölkerung insgesamt	9	9	17	9	1	3	10	4	2	7	15	9	5	21	23	13

L: 1996, FIN: 1997. S: 1997 Daten aus den einzelstaatlichen Einkommensstatistiken.
Quelle : Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (EHP) UDB, Version Dezember 2001.

Anteil der Personen im Alter von mindestens 16 Jahren, die im täglichen Leben unter anderem ohne Bezahlung Kinder oder Erwachsene (1) betreuen, nach Geschlecht, 1998

Männer	18	23	26	19	11	12	13	16	20	21	32	14	7	22	:	20
Frauen	33	41	34	28	35	32	24	40	43	36	43	36	31	31	:	31

Anteil der Personen im Alter von mindestens 16 Jahren, die im täglichen Leben unter anderem ohne Bezahlung Kinder betreuen, nach Geschlecht, 1998

Männer	14	19	23	17	10	10	11	14	18	19	28	12	6	18	:	8
Frauen	27	36	28	26	32	26	21	36	39	32	39	32	26	26	:	18

Anteil der Personen im Alter von mindestens 16 Jahren, die im täglichen Leben unter anderem ohne Bezahlung Erwachsene (1) betreuen, nach Geschlecht, 1998

Männer		5	5	3	2	3	3	3	4	4	5	2	1	4	:	13
Frauen		8	8	2	6	7	5	6	8	7	9	7	8	6	:	16

Altersgruppe 16 und älter, 1998 (1) Betreuung kranker, behinderter oder gebrechlicher Erwachsener

Quelle : Eurostat - Europäisches Haushaltspanel, UDB Stand Dezember 2001. L: 1996, FIN: 1997.

3 ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Bevölkerung zwischen 25-64 Jahre nach Altersgruppe, Geschlecht und Bildungsabschluss (%), 2000																
<u>25-64 Jahre</u>																
... Männer und Frauen																
.... Weniger als Sekundarber. II	36,4	41,7	20,2	18,7	48,8	62,9	37,7	50,7	54,8	39,1	33,9	23,8	78,4	26,8	22,8	19,3
.... Sekundarbereich II	42,4	31,2	54,0	57,4	34,3	15,3	40,7	27,1	35,6	42,6	42,0	61,9	11,7	40,5	47,5	52,5
....Tertiärbereich	21,2	27,1	25,8	23,8	16,9	21,8	21,6	22,2	9,6	18,3	24,1	14,2	9,8	32,6	29,7	28,1
... Männer																
.... Weniger als Sekundarber. II	33,7	42,3	18,5	14,2	46,7	61,4	34,8	54,3	54,1	34,8	30,2	17,0	80,1	28,4	24,3	16,3
.... Sekundarbereich II	43,5	31,1	57,1	56,8	34,4	15,8	44,0	23,2	36,0	44,4	43,1	65,9	11,7	42,2	48,3	54,0
....Tertiärbereich	22,8	26,6	24,4	28,9	18,8	22,8	21,1	22,5	9,9	20,8	26,7	17,1	8,2	29,4	27,4	29,6
...Frauen																
.... Weniger als Sekundarber. II	39,1	41,1	22,0	23,3	50,8	64,2	40,6	47,1	55,5	43,5	37,8	30,6	76,7	25,3	21,2	22,6
.... Sekundarbereich II	41,3	31,2	50,8	58,0	34,1	14,9	37,4	30,9	35,1	40,8	40,8	58,0	11,8	38,8	46,7	50,9
....Tertiärbereich	19,6	27,7	27,2	18,6	15,1	20,9	22,0	22,0	9,4	15,7	21,4	11,4	11,5	35,9	32,1	26,5
<u>25-29 Jahre</u>																
... Männer und Frauen																
.... Weniger als Sekundarber. II	24,3	19,8	13,5	16,3	25,3	38,6	21,1	:	36,7	29,9	24,2	16,1	62,4	13,2	13,2	9,9
.... Sekundarbereich II	50,0	42,5	61,2	65,7	53,8	22,0	43,4	:	54,0	45,3	48,0	70,7	23,3	50,5	52,3	57,5
....Tertiärbereich	25,7	37,7	25,3	18,0	20,9	39,5	35,5	:	9,2	24,8	27,8	13,3	14,3	36,3	34,5	32,6
... Männer																
.... Weniger als Sekundarber. II	25,4	22,4	15,6	14,7	29,4	43,1	21,3	:	39,8	32,4	26,1	12,0	65,7	15,7	12,8	9,6
.... Sekundarbereich II	50,8	43,6	63,4	67,8	52,6	23,0	46,5	:	52,4	45,1	48,0	73,7	22,8	55,8	56,7	56,2
....Tertiärbereich	23,8	34,1	21,0	17,5	18,0	33,9	32,2	:	7,8	22,6	25,9	14,3	11,6	28,5	30,5	34,2
...Frauen																
.... Weniger als Sekundarber. II	23,3	17,2	11,5	17,9	21,1	34,0	20,8	:	33,7	27,3	22,3	20,0	59,2	10,5	13,6	10,3
.... Sekundarbereich II	49,2	41,3	59,0	63,6	55,0	20,9	40,4	:	55,6	45,5	47,9	67,8	23,8	44,9	47,7	58,9
....Tertiärbereich	27,6	41,5	29,5	18,5	23,9	45,0	38,8	:	10,7	27,2	29,8	12,3	16,9	44,7	38,7	30,8
<u>30-49 Jahre</u>																
... Männer und Frauen																
.... Weniger als Sekundarber. II	31,9	37,2	17,3	15,7	40,7	57,7	33,9	:	49,1	36,3	30,7	19,8	78,9	18,6	18,0	15,4
.... Sekundarbereich II	45,1	33,2	53,4	58,0	38,7	18,7	44,0	:	39,7	45,3	44,0	64,4	11,2	45,0	50,2	55,3
....Tertiärbereich	22,9	29,6	29,3	26,3	20,7	23,6	22,1	:	11,2	18,4	25,3	15,9	9,9	36,3	31,8	29,2
... Männer																
.... Weniger als Sekundarber. II	30,4	39,7	16,6	13,1	39,4	56,9	31,9	:	49,4	32,3	28,9	14,5	80,6	21,2	19,8	12,9
.... Sekundarbereich II	45,5	31,9	57,1	56,3	38,1	18,6	46,8	:	39,3	46,6	43,5	67,8	11,1	47,7	51,0	56,4
....Tertiärbereich	24,1	28,4	26,4	30,6	22,5	24,5	21,3	:	11,3	21,0	27,7	17,7	8,3	31,2	29,3	30,8
...Frauen																
.... Weniger als Sekundarber. II	33,5	34,7	18,2	18,5	41,8	58,4	35,9	:	48,8	40,4	32,6	25,1	77,2	16,0	16,1	18,0
.... Sekundarbereich II	44,7	34,5	49,4	59,7	39,2	18,8	41,3	:	40,1	43,8	44,5	60,8	11,3	42,3	49,5	54,3
....Tertiärbereich	21,8	30,8	32,4	21,8	18,9	22,8	22,8	:	11,1	15,7	22,9	14,0	11,5	41,7	34,4	27,7
<u>50-64 Jahre</u>																
... Männer und Frauen																
.... Weniger als Sekundarber. II	48,9	58,6	27,2	24,3	69,2	82,0	51,9	:	72,4	48,6	43,8	34,4	87,5	44,0	33,3	31,8
.... Sekundarbereich II	34,6	23,0	52,3	54,0	20,8	6,9	33,5	:	20,4	36,3	35,9	53,9	5,6	30,4	41,8	44,4
....Tertiärbereich	16,4	18,4	20,5	21,7	10,0	11,1	14,7	:	7,2	15,1	20,3	11,7	6,9	25,6	24,9	23,7
... Männer																
.... Weniger als Sekundarber. II	42,8	55,3	22,5	15,9	63,9	77,3	46,1	:	68,4	40,6	34,2	23,8	87,6	44,2	35,3	25,6
.... Sekundarbereich II	24,5	54,9	54,3	22,2	7,9	37,9	:	23,2	39,8	40,4	59,1	6,3	29,0	41,3	48,8	
....Tertiärbereich	20,1	20,2	22,6	29,8	13,8	14,9	16,0	:	8,4	19,6	25,4	17,1	6,1	26,8	23,4	25,6
...Frauen																
.... Weniger als Sekundarber. II	55,2	61,8	32,2	32,8	74,0	86,4	57,4	:	76,3	56,7	53,6	44,6	87,4	43,8	31,3	39,6
.... Sekundarbereich II	32,0	21,5	49,6	53,7	19,5	6,0	29,2	:	17,7	32,7	31,3	48,9	4,7	31,8	42,3	39,0
....Tertiärbereich	12,7	16,7	18,2	13,5	6,4	7,5	13,4	:	6,0	10,6	15,1	6,5	7,9	24,5	26,4	21,4

Die Definition der Bildungsniveaus erfolgt gemäß ISCED (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens). Schulabgänge vor Abschluss der Sekundarstufe II entsprechen ISCED 0-2, abgeschlossene Sekundarstufe II ISCED 3-4 und eine Tertiärausbildung (Hochschulausbildung) ISCED 5-6. IRL-Daten von 1997. UK - GCSE ,O' Abschlüsse unter ISCED 3.

Arbeitslosenquoten der Altersgruppe 25-59 Jahre nach Geschlecht und Bildungsniveau, 2000

<i>... Männer und Frauen</i>																
.... Weniger als Sekundarber. II	11	9	7	14	9	14	14	:	10	3	3	8	4	12	8	9
.... Sekundarbereich II	7	5	4	8	11	11	8	:	7	2	2	2	4	9	5	4
....Tertiärbereich	4	2	3	4	7	9	5	:	6	1	2	2	2	5	3	2
<i>... Männer</i>																
.... Weniger als Sekundarber. II	9	7	5	15	6	10	12	:	8	3	3	10	3	11	8	12
.... Sekundarbereich II	6	4	3	8	7	7	6	:	5	1	1	2	2	8	5	5
....Tertiärbereich	4	2	3	4	5	6	5	:	4	1	1	2	2	4	4	2
<i>...Frauen</i>																
.... Weniger als Sekundarber. II	14	13	8	13	14	22	16	:	15	4	4	7	4	13	8	6
.... Sekundarbereich II	8	7	5	9	17	18	11	:	11	3	2	2	5	10	5	4
....Tertiärbereich	5	3	3	5	10	13	6	:	8	1	2	2	3	6	2	2

Anteil der Beschäftigten, die in den letzten vier Wochen an einer Bildungsmaßnahme teilgenommen haben, nach Bildungsabschluss und Geschlecht (in Prozent) , 2000

<i>... Männer und Frauen</i>																
.... Weniger als Sekundarber. II	8	7	21	5	1	5	3	5	5	5	16	8	3	20	22	21
.... Sekundarbereich II	2	2	11	2	0	1	1	2	2	1	9	4	1	9	14	7
....Tertiärbereich	10	7	20	6	2	9	2	5	10	6	18	9	14	19	19	20
....Tertiärbereich	16	14	31	7	2	13	7	12	10	11	21	15	11	30	31	35
<i>... Männer</i>																
.... Weniger als Sekundarber. II	8	8	18	6	1	4	3	5	5	6	16	9	3	18	19	18
.... Sekundarbereich II	2	3	9	2	0	1	1	2	2	1	11	:	1	8	12	6
....Tertiärbereich	9	8	16	6	2	9	2	10	7	19	:	16	17	17	16	
....Tertiärbereich	14	15	29	6	2	11	7	9	12	19	:	11	28	28	29	
<i>...Frauen</i>																
.... Weniger als Sekundarber. II	9	6	24	5	1	5	3	5	5	4	15	7	3	22	24	24
.... Sekundarbereich II	3	2	13	1	0	1	1	2	1	8	:	1	9	17	8	
....Tertiärbereich	10	6	24	5	2	9	3	10	4	16	:	13	21	20	24	
....Tertiärbereich	18	12	33	9	2	15	7	11	11	23	:	10	32	34	41	

3 ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG (Forts.)

EU-15 B DK D EL E F IRL I L NL A P FIN S UK

F, NL, P - Berufsbildungsbezogene Daten werden nur erhoben, wenn die Maßnahme zum Zeitpunkt der Erhebung läuft. Daher könnte der Umfang der Bildungsmaßnahmen unterschätzt sein. Daten von 1997 für IRL und A. UK - GCSE ‚O‘ Abschlüsse unter ISCED 3. Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte"

Beteiligungsquoten, 16-18 Jahre, nach Geschlecht, 1998/99

Männer	81	91	82	92	80	75	89	76	71	75	94	84	72	91	93	68
Frauen	84	95	84	91	70	80	90	90	77	81	94	80	85	93	100	73

D: ISCED 6 fehlt, L: kein vollständiges Universitätssystem vorhanden, ISCED 6 fehlt.

Zahl der Frauen pro 100 Männer im Tertiärbereich

1981/82	80	76	98	72	74	83	105	67	77	:	70	76	102	89	108	59
1997	107	102	120	84	92	112	122	107	117	:	93	95	134	112	126	107
1998/99	111	109	129	90	101	113	119	115	123	107	97	100	127	117	136	114

D: ISCED 6 fehlt, L: kein vollständiges Universitätssystem vorhanden, ISCED 6 fehlt.

Altersmedian der Hochschulstudenten, 1998/99

Männer und Frauen	23	21	26	26	20	22	22	21	23	23	23	25	23	25	26	24
Männer	24	22	26	27	20	23	22	21	24	:	23	26	23	25	25	24
Frauen	23	21	26	25	20	22	22	21	23	:	22	25	23	25	26	24

D: ISCED 6 fehlt, L: 1997.

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben insgesamt am Bruttoinlandsprodukt, (in KKS)

1998	5,0	5,2	8,2	4,7	3,5	4,5	5,9	4,9	4,6	:	4,9	6,3	5,6	6,2	8,0	4,6
1999	5,0	5,5	8,0	4,7	3,7	4,5	5,9	4,6	4,5	:	4,8	6,3	5,7	6,2	7,7	4,6
2000	5,1	:	:	:	3,5	4,5	5,8	4,5	4,6	:	4,9	:	:	6,0	8,4	4,9
2001	:	:	:	:	3,5	4,4	5,7	:	4,5	:	4,9	:	:	:	8,3	:

Quelle: Eurostat-UOE (Unesco-, OECD- und Eurostat-Fragebögen zur Bildungsstatistik).

4 ARBEITSMARKT	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigte nach Wirtschaftszweig (Anteil an der Gesamtzahl), 2000																
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Landwirtschaft	:	2,0	3,6	2,5	16,7	6,6	4,4	7,5	4,8	:	3,5	13,4	10,8	6,2	2,7	1,5
Industrie	:	23,4	22,9	29,2	24,1	29,7	23,6	28,9	29,7	:	20,1	25,0	31,2	28,1	23,8	25,3
Dienstleistungsgewerbe	:	74,6	73,5	68,4	59,1	63,7	72,0	63,6	65,5	:	76,4	61,5	58,0	65,7	73,5	73,2
Anteil der selbständigen Beschäftigten, 2000																
Gesamt	14,7	17,5	7,1	10,3	44,3	16,5	7,4	18,1	26,2	6,4	14,1	18,9	27,4	11,6	5,3	11,8
Anteil der Teilzeitarbeit an der Gesamtbeschäftigung, nach Geschlecht, 2000																
Gesamt	17,7	20,8	21,3	19,4	4,5	8,0	16,7	16,4	8,4	10,4	41,0	14,3	10,8	12,3	22,6	25,0
Männer	6,2	5,8	10,2	5,0	2,5	2,8	5,3	6,9	3,7	1,9	19,3	3,9	6,2	8,0	10,6	9,1
Frauen	33,2	40,5	34,1	37,9	7,8	16,9	30,8	30,1	16,5	24,9	70,4	28,3	16,3	17,0	36,0	44,6
Beschäftigungsquote nach Altersgruppe, 2000																
50-54	70,0	61,0	80,8	74,3	61,8	58,4	74,9	64,4	58,1	66,4	71,4	72,1	71,9	80,1	83,8	76,1
55-59	51,9	37,9	72,6	56,4	48,2	46,0	48,1	53,1	36,5	38,9	54,1	42,4	58,3	58,5	78,6	63,2
60-64	22,6	12,4	30,9	19,6	31,3	26,4	10,2	35,8	18,0	14,5	18,5	12,1	45,2	22,8	46,0	36,1
65-69	6,5	2,3	8,1	4,9	11,2	3,9	2,1	14,7	6,0	3,4*	5,1	5,5	27,1	5,0	14,2	11,3
70-74	2,9	1,8	:	2,3	3,7	1,0	0,9	7,7	2,7	:	2,9	2,8	18,8	2,9	5,6	4,8
Anteil der Beschäftigten mit Zeitarbeitsvertrag (in Prozent)																
1990	10,2	5,3	10,8	10,3	16,5	29,8	10,4	8,5	5,2	3,4	7,6	:	18,3	:	:	5,2
2000	13,6	9,1	9,7	12,8	12,8	32,0	14,9	4,6	10,1	5,3	13,8	8,1	20,4	16,3	13,9	7,0
Anteil der Beschäftigten mit Zeitarbeitsvertrag, nach Geschlecht (in Prozent), 2000																
Männer	12,7	6,7	8,5	12,5	11,1	30,6	14,1	3,6	8,7	4,5	11,4	7,4	18,8	12,8	11,5	6,2
Frauen	14,7	12,3	11,1	13,1	15,5	34,2	16,0	5,9	12,2	6,6	16,9	9,0	22,3	19,7	16,2	8,0
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Stunden, Vollzeitbeschäftigte, nach Geschlecht, 2000																
Gesamt	40,3	38,5	39,3	40,1	40,9	40,6	38,9	39,9	38,6	39,8	39,0	40,1	40,3	39,3	40,0	43,6
Männer	41,1	39,2	40,2	40,5	41,7	41,1	39,5	41,1	39,8	40,7	39,2	40,2	41,1	40,1	40,2	45,2
Frauen	38,9	37,1	37,9	39,3	39,5	39,6	38,0	38,1	36,5	38,0	38,2	39,8	39,3	38,4	39,7	40,6
Arbeitslosenquoten, Männer																
2000	7,0	5,7	4,2	7,6	7,3	9,8	7,8	4,3	8,0	1,9	2,3	3,2	3,3	9,0	6,0	6,0
1999	7,9	7,5	4,5	8,2	7,5	11,2	9,4	5,7	8,7	1,8	2,4	3,4	3,9	9,7	7,2	6,7
1994	9,9	7,9	7,3	7,2	6,0	19,8	10,5	14,2	8,6	2,7	6,3	3,0	6,1	18,1	10,7	11,2
Arbeitslosigkeit (1000), 2000																
	6894,8	143	64,4	1686,1	193,8	984,7	1097,2	43,9	1161,4	2,1	106,5	68,3	92,1	122,1	142,2	982,1
Arbeitslosenquoten, Frauen																
2000	9,7	8,8	5,3	8,3	16,7	20,6	11,5	4,2	14,4	3,3	3,8	4,4	5,1	10,6	5,8	4,9
1999	10,8	10,5	6,0	9,1	17,6	23,0	13,2	5,5	15,6	3,4	4,6	4,7	5,2	10,7	7,1	5,3
1994	12,7	12,9	9,3	10,1	13,7	31,4	14,5	14,6	15,6	4,1	8,3	4,9	8,0	14,9	7,8	7,5
Arbeitslosigkeit (1000), 2000																
	7298,5	168,3	70,3	1446,4	298,9	1395,2	1357,9	29,7	1304,3	2,4	132,2	74,1	118,6	130,8	122,2	648,2
Quotient Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung (15-24 Jahre), Männer																
2000	7,7	5,9	5	5,3		9,8	7	3,4	11,5	2,4	3,5	2,8	3,5	10,9	5,4	9,4
1999	8,5	8,7	6,7	5,3		10,8	8,7	4,5	12,4	2,4	3,5	2,6	3,7	10,9	6,5	10,2
1994	11,1	8,7	7,8	5		19,3	10,2	12,3	12,7	3,5	7,6	2,9	6,5	17,7	13,3	13,8
Quotient Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung (15-24 Jahre), Frauen																
2000	7,9	7	5,5	3,9		13,1	7,3	3,3	12	2,6	4,6	3	4,8	11,4	5,7	7,2
1999	8,6	7,8	7,2	4		14,2	8,5	4	12,6	2,5	6,2	3,5	4,9	10,8	6,6	7,1
1994	10,3	8,9	7,8	4,5		19,4	11,4	9,0	12,4	3,2	6,4	4,2	7,0	13,3	10,0	8,4
Quotient Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre), Männer																
2000	14,9	15,1	7,0	9,8	22,2	20,6	18,1	6,1	27,2	6,5	4,6	4,8	6,8	21,1	10,7	13,8
1999	16,6	23,1	9,1	9,8	22,8	23,2	22,1	8,2	29,1	6,5	5,4	4,3	7,2	20,8	13,1	14,7
1994	21,4	22,6	10,6	8,9	19,7	41,0	26,4	24,8	29,0	7,5	12,1	4,6	13,4	37,2	24,9	19,6
Quotient Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre), Frauen																
2000	17,6	20,8	7,5	8,2	37,9	33,2	22,3	7,0	35,1	8,3	6,6	5,8	11,6	21,6	11,9	11,5
1999	19,3	24,4	10,1	8,4	40,4	37,2	26,2	8,6	37,1	7,9	8,9	6,6	11,1	22,1	14,1	11,5
1994	22,8	26,1	11,6	8,7	37,0	50,0	32,3	20,7	36,6	7,1	10,7	7,0	17,0	30,5	19,0	13,8
Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate oder länger), Männer																
2000	3,1	3,2	0,8	3,8	3,6	3,6	3,0	:	4,9	0,5	0,7	0,9	1,5	2,4	2,0	2,0
1999	3,5	4,5	0,9	4,1	3,6	4,5	3,5	:	5,4	0,7	1,1	0,9	1,5	2,3	2,4	2,3
1994	4,6	4,2	2,3	3,0	2,5	9,2	3,9	9,7	5,1	0,9	3,2	:	2,6	:	:	5,7

4 ARBEITSMARKT (Forst.)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate und länger), Frauen																
2000	4,5	5,0	1,1	4,4	10,2	9,6	4,7	:	8,8	0,6	1,3	1,2	2,0	2,4	1,6	0,9
1999	5,1	6,4	1,2	4,9	10,5	11,7	5,2	:	9,5	0,9	1,9	1,7	2,2	2,3	1,7	1,1
1994	6,3	8,1	3,0	4,8	7,8	18,7	5,5	8,4	9,9	1,0	4,0	:	3,5	:	:	2,5
Anteil der 12 Monate und länger Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen, 2000																
Männer	44	56	20	50	49,4	37	38	:	61	26	32	29	47	27	33	34
Frauen	46	57	20	53	61,0	47	41	:	61	19	34	27	40	22	28	19
Jugendlangzeitarbeitslosenquote (15-24 Jahre, 6 Monate und länger), Männer																
2000	7,4	8,1	0,3	4,6	14,2	10,3	7,4	:	21,1	2,0	0,9	1,1	2,0	3,6	3,2	4,5
1999	8,8	14,2	1,1	4,9	15,0	12,3	7,6	:	22,7	3,6	4,0	0,9	4,2	3,1	4,2	5,2
1994	13,8	15,5	3,5	3,9	12,9	27,3	12,1	19,3	23,2	3,9	9,8	:	5,4	:	:	11,7
Jugendlangzeitarbeitslosenquote (15-24 Jahre, 6 Monate und länger), Frauen																
2000	9,5	11,4	0,6	4,1	28,7	18,8	9,7	:	28,0	1,5	1,8	2,3	5,7	2,5	3,1	3,1
1999	10,3	13,7	2,1	4,7	31,0	23,7	10,1	:	29,2	2,5	8,1	2,8	5,5	2,2	3,0	3,1
1994	14,7	17,7	3,7	4,9	28,5	38,2	16,4	14,9	30,8	3,4	8,8	:	8,1	:	:	6,4
Anteil der jugendlichen Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der jugendlichen Arbeitslosen, in Prozent (15-24 Jahre), 2000																
Männer	49	53	4	47	64	50	41	:	78	30,0	19	23	29	17	30	32
Frauen	54	55	8	50	76	57	44	:	80	18,5	27	39	49	12	26	27

Die Beschäftigungsquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigten Personen an der Bevölkerung dieser Altersgruppe. Zu den beschäftigten Personen zählen jene, die im Bezugszeitraum (der Woche der Arbeitskräfteerhebung) mindestens eine Stunde lang einer Arbeit nachgingen, für die sie entlohnt wurden oder mit der sie einen Gewinn erzielten, sowie jene Personen, die in diesem Zeitraum zwar nicht arbeiteten, jedoch eine Beschäftigung hatten, der sie zeitweilig fernblieben. Arbeitslose sind gemäß den von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) aufgestellten Kriterien Personen im Alter von 15 Jahren und darüber, die i) ohne Arbeit sind, ii) verfügbar sind, um innerhalb der folgenden zwei Wochen eine Arbeit aufzunehmen und iii) irgendwann in den vergangenen vier Wochen aktiv Arbeit gesucht oder eine Arbeit gefunden haben, die sie zu einem späteren Zeitpunkt beginnen werden. Die Arbeitslosenquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigungslosen Personen an der Erwerbsbevölkerung desselben Alters. Die Erwerbsbevölkerung wird als Summe der Beschäftigten und Arbeitslosen definiert.

Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte

5 SOZIALSCHUTZ	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
----------------	-------	---	----	---	----	---	---	-----	---	---	----	---	---	-----	---	----

Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP (in Prozent)

1990	25,5	26,4	28,7	25,4	22,9	19,9	27,9	18,4	24,7	22,1	32,5	26,7	15,2	25,1	33,1	23,0
1993	28,8	29,5	31,9	28,4	22,0	24,0	30,7	20,2	26,4	23,9	33,6	28,9	20,7	34,6	38,6	29,1
1998	27,6	28,2	29,9	29,3	24,3	20,6	30,5	15,5	25,0	22,4	28,5	28,3	22,4	27,3	33,2	27,2
1999	27,6	28,2	29,4	29,6	25,5	20,0	30,3	14,7	25,3	21,9	28,1	28,6	22,9	26,7	32,9	26,9

Ausgaben für den Sozialschutz in KKS pro Kopf der Bevölkerung, 1999

Gesamt	5 793	6 573	7 440	6 633	3 648	3 416	6 385	3 512	5 507	8 479	6 902	6 716	3 588	5 722	7 116	5 872
--------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Ausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung zu konstanten Preisen (Index 1990 = 100)

1990	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1991	104	104	105	95	96	110	102	106	104	109	101	104	112	108	100	111
1992	110	107	108	103	94	117	106	112	109	112	103	107	129	115	105	121
1993	113	115	113	104	96	124	110	119	108	120	104	110	144	116	108	129
1994	114	115	122	106	97	119	111	121	108	125	101	115	149	119	108	132
1995	116	115	122	110	101	120	113	128	105	130	103	117	153	119	106	132
1996	118	117	122	114	104	122	114	130	108	135	102	118	163	122	106	136
1997	119	118	121	112	111	123	115	137	113	138	103	118	174	120	106	136
1998	121	122	122	114	120	125	118	142	113	141	103	120	189	120	110	136
1999	124	125	123	117	130	127	120	150	116	149	105	125	201	120	113	139

Sozialleistungen nach Funktionsgruppen (in Prozent der Gesamtleistungen)

Alter und Hinterbliebene																	
1990	45,9	41,8	36,7	45,8	51,7	42,9	42,7	30,4	57,6	46,7	37,4	50,1	41,9	33,8	:	45,3	
1999	46,0	43,0	38,0	42,1	50,7	46,2	44,2	25,2	64,0	41,4	41,5	47,4	43,7	35,1	39,5	46,1	
Krankheit/Gesundheitsversorgung und Invalidität/Gebrechen																	
1990	36,1	33,6	30,1	38,0	33,2	36,6	34,6	38,4	35,2	38,4	44,7	33,1	47,4	44,0	:	33,2	
1999	34,9	33,6	31,7	36,0	31,0	37,0	34,0	45,3	30,0	39,5	40,7	35,4	45,6	37,2	36,9	34,8	
Arbeitslosigkeit																	
1990	7,3	13,4	15,4	6,0	4,1	18,0	8,7	14,8	2,7	2,8	8,3	4,6	3,4	6,1	:	5,9	
1999	6,8	12,1	11,2	8,8	5,7	12,9	7,4	11,1	2,2	2,5	6,2	5,4	3,7	11,3	8,1	3,2	
Familien/Kinder																	
1990	7,7	9,2	11,9	7,6	7,5	1,7	10,2	11,3	4,4	10,8	5,6	10,5	7,0	13,5	:	9,0	
1999	8,5	9,1	13,0	10,5	7,6	2,1	9,8	13,0	3,7	15,5	4,3	10,3	5,2	12,8	10,5	8,8	
Wohnen und soziale Ausgrenzung (n.a.z.)																	
1990	3,0	2,0	6,0	2,7	3,4	0,9	3,7	5,1	0,1	1,3	3,9	1,8	0,4	2,6	:	6,7	
1999	3,8	2,2	6,1	2,6	5,0	1,9	4,6	5,4	0,2	1,1	7,4	1,6	1,8	3,7	4,9	7,0	

Sozialleistungen nach Funktionsgruppen pro Kopf der Bevölkerung zu konstanten Preisen (Index 1990 = 100)

Gesamt																	
1993	113	113	114	104	98	123	109	119	107	121	103	110	143	117	:	129	
1996	119	116	122	114	107	122	114	130	108	135	102	118	167	122	:	136	
1999	124	122	123	117	134	127	120	150	117	150	103	126	200	121	:	139	
Alter und Hinterbliebene																	
1993	109	116	107	95	97	116	109	109	114	118	103	107	137	112	:	121	
1996	118	119	129	103	107	128	116	110	119	126	107	115	173	122	:	132	
1999	125	126	127	105	125	134	121	120	127	133	115	119	209	126	:	141	
Krankheit/Gesundheitsversorgung und Invalidität/Gebrechen																	
1993	111	112	110	101	97	102	107	121	99	120	104	109	145	97	:	134	
1996	115	116	116	110	101	122	112	136	94	136	90	119	158	100	:	141	
1999	120	123	130	111	125	128	118	176	100	154	94	134	193	102	:	146	
Arbeitslosigkeit																	
1993	148	113	133	185	89	150	116	135	132	124	115	136	230	309	:	155	
1996	130	112	110	175	109	99	104	137	113	163	122	149	285	281	:	112	
1999	119	111	89	173	187	91	101	113	95	135	76	147	222	224	:	76	
Familien/Kinder																	
1993	111	107	113	111	102	119	106	118	77	137	90	119	122	105	:	125	
1996	126	109	128	143	123	137	110	150	87	163	80	124	125	113	:	135	
1999	135	120	135	162	136	156	116	171	98	215	78	124	148	115	:	137	
Wohnen und soziale Ausgrenzung (n.a.z.)																	
1993	121	117	126	103	130	126	122	113	115	116	92	111	193	144	:	142	
1996	144	150	132	122	128	264	136	138	100	126	164	101	270	168	:	156	
1999	146	135	125	115	198	255	150	159	139	134	196	114	896	168	:	146	

Sozialschutzeinnahmen nach Typ (in Prozent der Gesamteinnahmen)

Staatliche Zuweisungen																	
1990	28,8	23,8	80,1	25,2	33,0	26,2	17,0	58,9	27,2	41,5	25,0	35,9	33,8	40,6	:	42,6	
1999	35,7	25,7	65,2	32,8	28,6	26,8	30,4	59,8	38,9	46,9	15,3	35,0	40,9	43,4	48,9	47,3	
Arbeitgeberanteil der Sozialbeiträge																	
1990	42,5	41,5	7,8	43,7	39,4	54,4	51,0	24,5	54,9	29,5	20,0	38,1	36,9	44,1	:	28,1	
1999	37,9	49,4	9,2	36,9	37,7	52,2	46,5	24,2	43,6	24,7	28,4	37,4	27,6	37,2	36,3	27,7	
Von den Versicherten gezahlte Sozialbeiträge																	
1990	24,6	25,5	5,3	28,4	19,6	16,9	28,5	15,6	15,5	21,0	39,1	25,1	20,1	8,0	:	26,9	
1999	22,7	22,4	19,2	28,1	23,4	17,0	20,3	14,8	14,4	24,4	37,4	26,9	16,8	12,8	9,6	24,0	
Sonstige Einnahmen																	
1990	4,1	9,2	6,8	2,7	8,0	2,5	3,5	1,0	2,5	8,1	15,9	0,9	9,2	7,3	:	2,4	
1999	3,7	2,5	6,4	2,3	10,3	4,0	2,8	1,2	3,1	4,0	18,9	0,7	14,7	6,6	5,2	0,9	

5 SOZIALSCHUTZ (Forts.)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Sozialschutzeinnahmen nach Typ pro Kopf der Bevölkerung zu konstanten Preisen (Index 1990 = 100)																
Gesamt																
1993	113	115	113	104	96	124	110	119	108	120	104	110	144	116	108	129
1996	119	117	122	114	104	122	114	130	108	135	102	118	163	122	106	136
1999	124	125	123	117	130	127	120	150	116	149	105	125	201	120	113	139
Staatliche Zuweisungen																
1993	124	99	114	117	89	148	124	124	120	115	89	110	152	123	:	145
1996	130	125	103	130	93	131	144	143	120	143	69	118	199	128	:	146
1999	149	133	101	147	115	137	215	162	172	158	68	122	234	123	:	139
Arbeitgeberanteil der Sozialbeiträge																
1993	103	115	98	92	96	117	101	116	101	112	106	107	111	86	:	109
1996	106	139	159	94	107	114	102	121	103	111	109	117	119	92	:	115
1999	111	146	146	96	127	128	110	158	96	117	157	124	145	97	:	124
Von den Versicherten gezahlte Sozialbeiträge																
1993	107	120	101	100	107	122	103	115	120	118	111	112	112	168	:	89
1996	118	102	356	110	127	125	110	122	124	126	112	125	134	196	:	112
1999	114	108	452	112	158	135	86	151	112	163	106	135	162	184	:	112
Sonstige Einnahmen																
1993	103	102	115	93	136	126	111	148	112	96	102	114	174	114	:	54
1996	107	35	115	113	128	138	101	118	115	73	125	73	247	115	:	45
1999	110	33	117	95	170	211	95	179	152	69	131	98	310	104	:	49

Vorläufige Daten für 1999 für B, D, EL, E, F, I, NL, P, FIN, S und UK. Keine Daten zu Leistungen und Einnahmen für S (1990-1992). EU-15 Daten für 1990, daher geschätzt. Die Abkürzung n.a.z. steht für nicht anderen Kategorien zugeordnet.

Quelle: Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

Anteil der Personen in Haushalten, die ... beziehen, 1998

... Sozialleistungen	73	87	84	81	49	55	78	88	54	:	77	85	85	93	85	80
... .. Arbeitslosigkeit	12	22	21	17	5	14	18	30	5	:	6	16	5	37	22	5
... .. Alter und Hinterbliebene	31	30	19	28	38	33	27	22	41	:	18	37	34	32	29	28
... .. Familien	35	53	47	49	12	4	36	63	7	:	48	59	55	49	46	49
... .. Krankheit/Gesundheitsversorgung und Invalidität/Gebrechen	10	13	11	4	5	13	11	12	10	:	10	8	13	26	16	12
... .. Allgemeine und berufliche Bildung	4	12	14	2	0	1	6	5	1	:	6	3	3	17	16	5
... .. Sonstige	3	3	2	0	1	3	3	12	0	:	0	3	1	3	0	11
... .. Sozialfürsorge	2	1	7	3	4	1	2	22	0	:	4	1	2	14	7	0
... .. Wohngeld	8	2	15	8	0	1	25	1	0	:	4	6	0	25	27	6

Bezogene Sozialleistungen im Durchschnitt (in KKS), 1998

... Sozialleistungen	6870	8610	6509	7332	4991	6478	6684	4437	7873	:	8149	6797	3236	5759	5488	6330
... .. Arbeitslosigkeit	464	925	877	701	28	594	575	966	200	:	411	366	171	1217	572	173
... .. Alter und Hinterbliebene	4939	5641	2972	5315	4510	4798	4784	2065	6964	:	4834	4572	2431	2110	3084	3616
... .. Familien	568	1205	700	800	155	50	629	771	104	:	1351	1134	195	739	543	732
... .. Krankheit/Gesundheitsversorgung ... und Invalidität/Gebrechen	601	671	897	316	188	962	312	450	559	:	981	587	361	1160	261	1152
... .. Allgemeine und berufliche Bildung	58	43	317	44	23	2	51	72	21	:	159	43	41	147	308	92
... .. Sonstige	72	58	68	0	30	43	11	39	6	:	0	14	17	23	9	394
... .. Sozialfürsorge	55	53	339	70	49	6	63	42	7	:	331	8	19	131	206	0
... .. Wohngeld	113	14	339	87	8	25	260	31	12	:	81	74	1	232	506	170

FIN: 1997. Quelle: Eurostat - Europäisches Haushaltspanel, UDB Version Dezember 2001

6 EINKOMMEN, ARMUT UND REGIONALER ZUSAMMENHALT

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Mittleres Äquivalenznettojahreseinkommen, 1998																
KKS	13420*	17235	15197	15150	9238	9822	14092	13025	10688	22084	15235	14865	8529	11656	12324	15701
Einkommensanteil nach Quintilen, 1998																
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Unterstes Quintil	8	8	12	8	6	6	8	8	7	9	9	10	6	11	10	7
2. Quintil	13	12	14	14	12	12	13	11	13	13	13	14	11	15	15	12
3. Quintil	17	16	19	18	16	17	18	15	18	17	17	18	16	17	18	17
4. Quintil	23	21	22	22	23	23	23	22	24	23	22	22	22	22	23	23
Oberstes Quintil	39	43	33	39	42	41	38	43	39	38	39	36	45	34	35	41
Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen nach Geschlecht (indexiert, gesamt = 100), 1998																
Männer	102*	102	103	102	102	101	102	103	102	101	101	104	103	103	102	104
Frauen	98*	99	97	98	98	99	99	97	98	99	98	97	99	97	99	96
Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen nach Alter (indexiert, gesamt = 100), 1998																
Kinder unter 16	88*	95	95	83	100	91	94	91	86	86	87	88	88	95	92	85
16-24	90*	85	86	89	97	92	79	96	90	91	84	103	100	91	90	98
25-49	109*	111	110	107	116	110	108	114	108	110	107	106	114	107	101	114
50-64	114*	108	116	111	102	107	113	116	111	104	119	110	113	111	129	127
65 und älter	90*	84	74	97	76	96	94	77	100	97	92	87	76	89	91	69
Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Personen nach Haushalten (indexiert, gesamt = 100), 1998																
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigzte																
Kinder	88*	86	80	93	89	83	93	64	100	111	91	90	66	77	83	70
... Männlich	106*	98	91	101	116	119	98	83	127	129	107	115	91	82	89	95
... Weiblich	80*	77	71	88	75	76	87	57	90	96	83	79	64	77	77	62
Alleinerziehende/r mit unterhaltsberechtigten																
Kindern	73*	68	89	61	110	77	77	64	89	79	66	74	77	87	78	62
2 Erwachsene, beide jünger als 65, mit unterhaltsberechtigten																
Kindern	132*	122	123	127	119	131	124	162	135	120	135	129	132	118	137	145
2 Erwachsene, wenigstens einer 65 oder älter, mit unterhaltsberechtigten																
Kindern	96*	86	78	104	81	98	101	85	102	98	99	94	73	97	109	80
2 Erwachsene mit 1 unterhaltsberechtigten																
Kind	112*	117	122	105	120	112	114	128	115	104	109	103	120	116	117	116
2 Erwachsene mit 2 unterhaltsberechtigten																
Kindern	100*	104	108	93	113	98	112	112	95	100	90	90	106	108	104	99
2 Erwachsene mit 3 oder mehr unterhaltsberechtigten																
Kindern	70*	74	86	55	86	106	69	82	52	87	79	74	53	90	87	75
Medianwert des Äquivalenzeinkommens aller Erwachsenen (Personen ab 16) nach Bildungsniveau (indexiert, gesamt = 100), 1998																
Weniger als Sekundarstufe II	89*	80	84	88	82	90	90	84	93	90	102	85	93	92	91*	83
Sekundarschulbildung Stufe 2	108*	102	108	106	121	116	91	123	125	120	96	108	134	100	103	100
Tertiärbereich	140*	132	123	127	182	163	115	164	162	163	127	143	260	131	120	125
Armutrisikorate (60% des Medianwerts des Äquivalenzeinkommens), nach Geschlecht, 1998																
Gesamt	18*	16	9	16	22	19	18	17	20	12	12	13	20	8	10	21
Männer	17*	14	7	15	21	19	18	16	19	12	11	11	19	8	10	19
Frauen	19*	17	10	16	22	19	17	19	20	12	12	15	22	8	10	24
Armutrisikorate (60% des Medianwerts des Äquivalenzeinkommens), nach Alter, 1998																
Kinder 16	24*	18	3	26	21	25	22	23	28	17	17	16	27	6	11	26
16 - 24	23*	22	15	23	21	24	28	16	25	18	24	12	16	19	25	22
25 - 49	14*	11	5	11	16	17	13	14	18	9	10	10	15	7	10	14
50 - 64	14*	16	4	13	22	17	15	12	17	10	6	10	17	6	4	13
65+	20*	20	27	13	36	14	18	24	16	9	6	21	34	8	7	40
Armutrisikorate für Personen, die 16 Jahre und älter sind, nach Erwerbsstatus (60% des Medianwerts des Äquivalenzeinkommens), 1998																
Abhängig Beschäftigte	7*	2	3	6	10	7	8	4	7	5	6	5	9	2	:	7
Selbständige	16*	10	7	6	23	28	20	8	18	12	17	22	31	13	:	13
Arbeitslos	38*	34	5	38	36	38	40	41	48	:	21	32	31	17	:	38
Ruhestand	18*	17	23	14	36	12	16	20	13	11	3	14	28	7	:	38
Erwerbslose	27*	29	20	27	24	22	31	25	25	15	14	22	22	17	:	33

6 EINKOMMEN UND ARMUT (Forts.)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Armutsrisikorate aller Personen nach Haushaltstyp (60% des Medianwerts des Äquivalenzeinkommens), 1998																
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigte Kinder	25*	20	27	23	30	11	22	45	21	12	15	24	44	20	20	40
... Männlich	20*	13	18	22	19	10	22	33	15	5	16	12	36	20	19	27
... Weiblich	27*	24	36	24	36	12	22	57	24	17	14	30	48	19	20	48
2 Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte Kinder	9*	9	5	8	15	13	11	10	11	10	5	7	17	8	4	7
... beide jünger als 65	21	18	8	8	34	17	13	8	13	9	6	17	35	3	3	29
... wenigstens einer 65 oder älter	9*	6	3	8	16	11	9	4	13	2	7	6	10	6	:	8
3 oder mehr Erwachsene ohne unterhaltsberechtigte Kinder	35*	25	15	47	13	38	31	48	18	27*	43	32	40	9	19	45
Alleinerziehende/r mit unterhaltsberechtigten Kindern	11*	7	6	8	10	16	11	15	12	8	9	11	11	5	5	15
2 Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern	13*	12	3	12	13	22	8	11	15	9	9	11	13	4	6	14
... 1 Kind	41*	34	0	56	20	29	40	32	54	22	23	32	53	8	14	34
... 2 Kindern	22*	13	0	11	37	25	33	13	36	17	15	10	21	4	:	17
... 3 oder mehr																
3 oder mehr Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern	82*	77	87	:	87	85	78	82	86	70	75	88	89	89	:	78

Siehe methodische Anmerkungen unter Einkommensverteilung und regionaler Zusammenhalt (3.14).

Quelle: Eurostat - Europäisches Haushaltspanel, UDB Version Dezember 2001; L: 1996; FIN: 1997.

7 GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Frauen in Regionalparlamenten, 2000																
Anzahl der Regionen	143	5	14	16	.	19	22	.	20	.	10	9	2	.	23	3
Anzahl der Mitglieder	9840	393	374	1970	.	1180	1693	.	933	.	761	448	111	.	1717	260
Anzahl der weiblichen Mitglieder	2896	85	113	605	.	359	437	.	78	.	208	117	13	.	810	71
Weibliche Mitglieder in Prozent	29,4	21,6	30,2	30,7	.	30,4	25,8	.	8,4	.	27,3	26,1	11,7	.	47,2	27,3

EL, IRL, L, FIN: Es gibt keine Regionalparlamente. F: Angaben 1999; Mit "Assemblée territoriale de Corse". I: Aus einigen Regionen liegen keine Daten vor. P: Lediglich in den autonomen Regionen Azoren und Madeira gibt es Regionalparlamente.

Frauen in Regionalregierungen (einschließlich Juniorminister), 2000

Anzahl der Regionen	97	5	.	16	.	19	.	.	20	.	.	9	2	.	23	3
Anzahl der Mitglieder	940	37	.	183	.	177	.	.	194	.	.	76	16	.	224	33
Anzahl der weiblichen Mitglieder	206	8	.	44	.	31	.	.	15	.	.	17	0	.	81	10
Weibliche Mitglieder in Prozent	21,9	21,6	.	24,0	.	17,5	.	.	7,7	.	.	22,4	0,0	.	36,2	30,3

DK, EL, F, IRL, L, FIN: Es gibt keine Regionalparlamente. D: In einigen Regionen gehören Juniorminister nicht länger zur Regierung und werden nicht mehr mitberechnet. F: 1999 data. I: Aus einigen Regionen liegen keine Angaben vor. NL: Die Regionalregierungen werden ernannt. P: Lediglich in den autonomen Regionen Azoren und Madeira gibt es Regionalparlamente. S: In einigen Regionen gibt es keine Regionalparlamente.

Frauen in Stadt-/Gemeinderäten, 1997

Anzahl der Sitze	364 367	12 912	4 658	177 193	:	:	:	883	94 886	1 105	11 072	7 508	7 337	12 482	11 006	23 325
Anzahl der weiblichen Mitglieder	72 343	2 565	1 261	30 973	:	:	:	103	18 237	114	2 475	929	1 057	3 932	4 533	6 164
Weibliche Mitglieder in Prozent	19,9	19,9	27,1	17,5	:	:	:	11,7	19,2	10,3	22,4	12,4	14,4	31,5	41,2	26,4

Die Angaben zu den lokalen Gebietskörperschaften sind unvollständig. Aufgrund der großen Unterschiede in der politischen Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene, sind die vorliegenden Daten nicht immer vergleichbar. D: Für Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegen keine Angaben vor. A: Lediglich Angaben aus der Steiermark.

Quelle: Europäische Datenbank - Frauen in Entscheidungspositionen (www.db-decision.de).

8 GESUNDHEIT UND SICHERHEIT

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Säuglingssterbeziffer, pro 1000 Lebendgeburten																
1970	23,4	21,1	14,2	22,5	29,6	28,1	18,2	19,5	29,6	24,9	12,7	25,9	55,5	13,2	11,0	18,5
2000	4,9*	5,2*	4,2	4,4*	6,1	4,6*	4,6*	5,9	5,1*	5,1	4,8*	4,8	5,5*	3,8	3,0	5,6*
Lebenserwartung bei der Geburt, Männer																
1980	70,5	70,0	71,2	69,6	72,2	72,5	70,2	70,1	70,6	69,1	72,7	69,0	67,7	69,2	72,8	70,2
1999	74,6	74,3	74,0	74,5	75,5	75,3	74,9	73,5	75,5	73,7	75,2	74,4	71,7	73,7	77,1	74,8
Lebenserwartung bei der Geburt, Frauen																
1980	77,2	76,8	77,3	76,1	76,8	78,6	78,4	75,6	77,4	75,9	79,3	76,1	75,2	77,6	78,8	76,2
1999	80,9	80,5	78,8	80,6	80,6	82,5	82,3	79,1	81,8	80,5	80,5	80,9	78,9	81,0	81,9	79,7

Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik.

Lebenserwartung mit schwerer Behinderung mit 16 Jahren, nach Geschlecht, 1998

Männer	4	4	3	3	4	4	6	2	3	4	4	6	4	7	:	5
Frauen	5	5	5	3	5	5	8	3	5	5	6	7	5	9	:	6

Lebenserwartung ohne schwere Behinderung, nach Geschlecht, 1998

Männer	63	65	62	63	67	65	60	64	67	61	63	62	59	56	:	61
Frauen	66	69	62	69	70	68	63	67	70	64	63	66	61	59	:	62

Anteil der Personen ab 16 Jahren, die eine chronische organische oder geistige Gesundheitsstörung, Krankheit oder Behinderung angeben, nach Geschlecht (in Prozent), 1997

Gesamt	22	15	24	39	16	16	23	16	12	:	22	18	24	29	:	15
Männer	20	13	20	36	15	14	21	15	11	:	19	17	21	28	:	13
Frauen	24	17	27	42	17	18	25	17	14	:	25	19	27	31	:	16

Anteil der Personen ab 65 Jahren, die eine chronische organische oder geistige Gesundheitsstörung, Krankheit oder Behinderung angeben (in Prozent), 1997

Gesamt	47	32	48	72	42	38	54	37	33	:	41	44	51	62	:	30
Männer	44	29	42	69	41	33	51	32	31	:	38	41	45	61	:	26
Frauen	49	35	53	73	42	42	55	41	34	:	43	46	56	62	:	32

Anteil der Personen ab 16 Jahren mit einer der oben genannten Störungen/Krankheiten, die in ihrer normalen Tätigkeit beeinträchtigt sind, 1997

Ja, schwer	9	6	7	9	7	6	10	4	5	:	8	6	11	9	:	15
Ja, in gewissem Umfang	14	9	17	30	9	10	13	12	7	:	14	12	14	20	:	:
Nein	78	85	77	61	84	84	77	84	88	:	78	82	76	71	:	85

Anteil der Personen ab 65 Jahren mit einer der oben genannten Störungen/Krankheiten, die in ihrer normalen Tätigkeit beeinträchtigt sind, 1997

Ja, schwer	22	15	21	22	18	15	28	11	16	:	17	19	25	28	:	30
Ja, in gewissem Umfang	25	18	28	49	24	23	26	26	17	:	24	25	26	34	:	:
Nein	53	68	52	29	58	62	47	63	67	:	59	56	49	38	:	70

Anteil der Personen ab 16 Jahren, die ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht einschätzen, nach Bildungsabschluss (in Prozent) 1997

Weniger als Sekundarstufe II	15	9	12	21	14	16	13	6	13	:	7	12	27	:	:	13
Sekundarschulbildung Stufe 2	8	4	4	19	4	2	6	2	4	:	4	5	7	7	:	7
Tertiärbereich	6	3	4	15	1	3	4	:	:	:	2	4	3	3	:	7

Quelle: Eurostat - Europäisches Haushaltspanel, UDB Stand September 2001

Anteil der Personen ab 16 Jahren, die ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht einschätzen, nach Geschlecht (in Prozent) 1997

Gesamt	12	5	7	18	9	11	8	4	12	:	5	7	23	8	:	10
Männer	10	4	5	15	8	9	7	3	10	:	4	6	19	7	:	9
Frauen	13	6	8	20	10	13	9	5	14	:	6	8	28	10	:	10

Anteil der Personen ab 65 Jahren, die ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht einschätzen, nach Geschlecht (in Prozent) 1976

Gesamt	27	13	18	35	28	32	19	12	36	:	10	21	59	24	:	16
Männer	24	10	14	30	26	26	18	6	34	:	8	19	50	19	:	14
Frauen	29	15	21	39	30	35	20	16	37	:	11	22	64	27	:	17

Quelle: Eurostat - Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft, UDB Stand Dezember 2001

Standardisierte Mortalitätsrate (SMR) pro 100 000 Einwohner, nach Geschlecht, 1998

Männer																
Krankheiten des Kreislaufsystems	349	328	374	401	368	277	234	430	318	348	324	435	403	419	358	367
Krebs	258	301	268	250	217	259	279	251	258	271	270	238	243	212	193	244
Krankheiten der Atmungsorgane	87	114	90	62	44	103	66	153	61	91	102	45	113	92	51	134
Äußere Ursachen für Verletzung oder Vergiftung	61	82	72	53	60	58	87	62	54	78	37	71	76	116	56	40
Frauen																
Krankheiten des Kreislaufsystems	210	207	220	258	285	188	136	257	206	222	188	284	284	226	207	223
Krebs	141	155	201	151	115	113	126	174	132	143	159	140	123	126	138	167
Krankheiten der Atmungsorgane	40	40	65	26	29	39	32	94	22	35	47	20	51	38	30	88
"Äußere Ursachen für Verletzung oder Vergiftung"	23	34	34	20	18	18	38	21	22	28	19	23	23	36	23	16

Angaben aus 1998 ausgenommen B 1995, DK 1996, EL und I 1997.

Quelle: Eurostat - Gesundheits- und Sicherheitsstatistik

8 GESUNDHEIT UND SICHERHEIT (Forst.)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Anzahl der aus dem Krankenhaus Entlassenen nach ICD-Diagnose je 100 000, 1999																
Infektionskrankheiten	394	389	490	365	374	186	428	538	310	347	118	673	200	741	458	290
Krebs	1367	976	1613	1815	1229	624	1169	1150	1042	1485	791	2671	507	1838	1441	2147
Krankheiten der Atmungsorgane	1427	1440	1625	1266	1073	1034	1447	1629	1237	2135	673	2010	718	2430	1193	1500
Krankheiten des Kreislaufsystems	2420	2351	2594	3369	1952	1291	2268	1798	2589	2447	1474	4010	1046	3983	2983	2138
Mentale und Verhaltensstörungen	655	:	256	1037	330	262	482	207	463	1102	138	1484	112	1778	1051	467
Außere Ursachen für Verletzung oder Vergiftung	1646	1678	1874	1995	1273	849	2134	1706	1622	1752	762	3040	696	2139	1631	1534

Angaben aus 1999 ausgenommen B, EL, E, F, L, A, FIN 1997. UK umfasst lediglich England.

Quelle: Eurostat - Gesundheits- und Sicherheitsstatistik

Anteil der Gesundheitsausgaben insgesamt am Bruttoinlandsprodukt

1990	7,5	7,4	8,5	8,7	7,5	6,6	8,6	6,7	8,1	6,1	8,5	7,1	6,2	7,9	8,5	6,0
1999	8,0	8,8	8,4	10,3	8,4	7,0	9,4	6,8	8,2	6,1	8,7	8,2	7,7	6,8	7,9	6,9

Angaben aus 1999 ausgenommen D, EL, IRL, P und S 1998

Quelle: OECD-Gesundheitsdaten 2001

Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigte nach Tätigkeit, 1998, Index (1994 = 100)

Gesamt	90	116	121	89	79	115	89	96	88	105	91	93	93	88	118	79
Bauindustrie	89	96	104	78	77	126	106	118	95	112	92	82	111	94	164	84
Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft	105	119	47	100	128	149	50	113	125	91	93	141	53	103	75	69
Transport, Lagerung und Kommunikation	95	188	128	111	88	111	95	55	67	113	96	99	154	74	72	81
Verarbeitendes Gewerbe	89	108	143	94	75	103	99	93	86	105	98	90	62	89	141	86
Hotels und Restaurants	87	105	65	77	70	122	76	192	121	138	93	71	:	79	106	74
Handel; Reparaturen	96	117	84	92	85	118	85	115	98	101	90	82	172	86	129	82

Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigte nach Tätigkeit, 1998

Gesamt	4 089	5 112	3 203	4 958	2 936	7 073	4 920	1 433	4 105	4 719	3 909	3 321	5 505	3 435	1 329	1 512
Bauindustrie	8 008	8 658	3 902	9 810	6 803	15 486	12 205	1 901	6 445	10 027	2 499	6 439	10 093	7 538	2 247	2 439
Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft	6 790	6 867	1 203	11 852	3 094	3 466	4 839	5 816	9 381	7 666	7 079	11 856	5 682	774	1 451	2 114
Transport, Lagerung und Kommunikation	5 862	5 728	3 399	11 691	2 016	6 688	6 128	1 923	5 482	3 648	3 055	2 761	4 221	3 646	1 549	1 746
Verarbeitendes Gewerbe	4 492	4 733	5 910	4 761	3 831	8 383	4 458	1 638	5 006	5 174	5 628	3 770	5 909	4 600	1 676	1 678
Hotels und Restaurants	3 590	4 044	1 388	5 516	1 077	6 220	5 306	435	3 249	3 891	1 615	1 194	3 372	2 577	1 009	1 556
Handel; Reparaturen	2 451	4 076	1 189	2 380	2 144	4 918	3 692	380	1 961	3 219	2 222	1 473	4 784	2 230	969	1 298

Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigte nach Geschlecht, 1998, Index (1994 = 100)

Männer	88	115	119	88	81	114	90	100	87	102	:	96	91	83	116	77
Frauen	98	128	128	98	73	130	90	89	94	126	:	81	108	92	126	77

F und UK: Der Gesamtindex für 1998 liegt nicht zwischem dem Index für Männer und Frauen. Das ist darauf zurückzuführen, dass, obwohl es nur einige wenige Fälle gibt, bei einigen Unfällen das Geschlecht des Opfers unbekannt ist; diese Fälle sind in der Gesamtentwicklung aufgenommen, jedoch nicht in der Entwicklung nach Geschlechtern.

Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigte nach Geschlecht, 1998

Männer	5 268	6 455	3 956	6 578	3 826	8 609	6 532	1 961	4 987	5 969	:	4 408	7 343	4 418	1 543	1 867
Frauen	1 890	2 201	1 745	2 123	1 110	3 476	2 146	594	2 047	1 967	:	1 512	2 477	1 586	882	873

Nur einschließlich Arbeitsunfällen mit mehr als 3 Tagen Krankmeldung.

Quelle: Eurostat - Gesundheits- und Sicherheitsstatistik

Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen getöteten Personen

1970	73 229	2 950	1 208	21 332	931	4 197	15 034	540	10 208	132	3 181	2 238	1 417	1 055	1 307	7 499
1980	59 600	2 396	690	15 050	1 225	5 017	12 384	564	8 537	98	1 997	1 742	2 262	551	848	6 239
1990	51 711	1 976	634	11 046	1 737	6 948	10 289	478	6 621	71	1 376	1 391	2 321	649	772	5 402
1998	42 416	1 500	499	7 792	2 226	5 957	8 918	458	6 342	57	1 066	963	2 126	400	531	3 581
1999	42 122	1 397	514	7 772	2 131	5 738	8 487	417*	6 633	58*	1 090	1 079	1 955	431	580	3 564
2000	40 803	1 470	494	7 487	2067*	5 776	8 079	415*	6047*	67*	1 160	976	1 855	396	573	3 580

Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen getöteten Personen je 1 Mio. Einwohner

2000	108	143	93	93	196	146	137	109	111	153	73	120	185	77	65	60
------	-----	-----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	-----	-----	----	----	----

Bei Verkehrsunfällen gelten Todesfälle innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall. Wo diese Definition nicht gilt, wurden Berichtigungsfaktoren angewandt.

Quelle: Eurostat - Verkehrsstatistik

9 VERBRAUCH	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Ausführlichere statistische Angaben über den Verbrauch sind zu finden in "Consumers in Europe – Facts and figures 1996-2000", Eurostat, 2001, ISBN 92-894-1400-6.																
Endgültige Verbrauchsausgaben der Haushalte, 2000, aktuelle Preise																
Mrd. Euro	4561	131	83	1144	83	356	760	47	699	8	197	113	69	62	121	976
Euro pro Einwohner	12 090	12 790	15 510	13 920	7 870	8 920	12 580	12 490	12 110	17 700	12 380	13 950	6 930	12 050	13 610	16 350
Mrd KKS	4561	134	68	1092	106	423	728	46	792	7	206	110	102	57	99	886
KKS pro Eiwohner	12 090	13 070	12 730	13 290	10 080	10 710	12 040	12 240	13 730	16 329	12 930	13 570	10 220	10 990	11 140	14 850
Anteil am BIP	56,9	52,8	46,9	56,5	70,8	58,5	54,1	45,7	60,0	38,0	49,1	55,2	60,2	47,4	48,6	63,0

EU-15, EL: 1999. Die Angaben "pro Einwohner" sind Vorhersagen für EU-15, D, EL, IRL, P und UK.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - ESVG95 - Aggregate (theme2/aggs)

Struktur der Verbrauchsausgaben, 1999 (%)

Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Lebensmittel und nichtalkoholische Getränke	:	13,3	13,1	11,1	16,6	18,3	16,2	15,4	19,0	10,1	10,5	13,4	21,2	14,2	15,4	10,5
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	:	2,3	4,2	2,8	3,5	2,7	2,7	7,7	1,9	2,0	2,1	2,6	2,8	2,9	2,9	3,0
Bekleidung und Schuhe	:	5,4	5,5	5,7	8,6	7,4	5,6	6,2	7,5	5,9	6,0	6,6	6,3	4,6	5,2	5,5
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	:	26,2	28,4	31,2	21,9	27,5	23,2	17,4	24,7	27,4	26,7	23,9	19,9	28,1	26,8	28,3
"Hausrat und laufende Instandhaltung der Wohnung"	:	6,5	6,4	7,4	7,5	5,0	7,6	4,5	7,6	8,2	7,2	7,2	6,7	4,5	5,0	7,3
Gesundheit	:	4,7	2,4	3,6	6,3	2,5	5,2	1,6	4,4	2,4	1,1	2,4	4,6	3,7	3,0	1,1
Verkehr	:	12,5	14,1	13,3	11,2	12,5	14,5	13,0	13,7	15,4	10,3	14,4	15,7	17,0	13,4	13,6
Nachrichtenübermittlung	:	2,2	2,1	2,5	3,3	2,0	2,0	2,5	2,5	2,1	2,2	2,6	2,0	2,8	2,6	2,3
Freizeit und Kultur	:	10,7	11,2	11,9	4,5	6,2	7,6	9,1	6,3	8,7	10,4	12,3	3,7	10,7	14,6	13,4
Bildung	:	0,5	0,4	0,5	2,4	1,4	0,5	1,4	0,8	0,1	1,2	0,3	1,3	0,2	0,1	1,3
"Hotels und Restaurants"	:	5,7	4,1	4,9	8,8	9,2	6,9	5,1	4,6	9,6	7,0	5,4	9,2	4,1	3,8	7,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	:	10,0	8,1	5,0	5,5	5,1	8,1	8,1	7,1	8,0	15,3	8,9	6,5	7,1	7,2	5,8

F, P: 1994.

Quelle: Eurostat - Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte (theme3/hbs)

Durchschnittliche Zimmerzahl pro Person

1981/82	1,6	1,8	1,6	1,7	1,2	1,3	1,6	1,3	1,3	1,9	1,8	:	1,0	1,3	1,7	1,8
1998	1,9	2,1	2,0	1,9	1,4	1,8	2,0	2,1	1,6	2,2	2,6	2,0	1,6	1,7	2,0	2,3

In Wohneigentum lebende Haushalte (%)

1981/82	54	58	55	40	70	73	51	74	59	60	42	48	57	61	59	56
1990/91	59	65	54	39	76	78	54	79	68	65	45	50	65	67	56	66
1998	59	71	56	41	74	82	53	75	71	70	51	51	66	64	59	69

Quelle: Eurostat - Volkszählungen (1981/82, 1990/91). Europäisches Haushaltspanel (1998), L: 1996, FIN: 1997. S: Europäisches Haushaltspanel (1996). Nationale Quellen 1981/82 und 1990/91.

Anteil der Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern (in %), 1998

Farbfernseher	97	96	97	97	96	99	94	98	97	98	98	97	93	94	98	98
Videorekorder	67	68	72	64	47	67	65	76	59	68	73	65	57	61	68	83
Mikrowelle	51	60	41	52	12	46	55	66	18	33	67	56	27	74	66	77
Geschirrspüler	33	32	39	45	23	22	36	26	25	56	29	49	23	42	41	23

Anteil der Haushalte mit Telefon, nach Einkommensgruppe (in %), 1998

Gesamt	95	95	98	96	95	89	97	87	91	98	99	97	81	95	:	96
Oberste Einkommensgruppe	98	99	100	97	99	97	100	93	96	99	100	99	95	100	:	99
Niedrigste Einkommensgruppe	86	85	95	86	85	77	90	83	81	94	95	92	59	85	:	92

Anteil der Haushalte mit Pkw (zum privaten Gebrauch) (in %)

besitzen einen Pkw	73	76	63	73	57	67	80	70	76	83	68	74	63	65	72	70
können sich keinen leisten	4	6	14	:	19	12	7	14	3	4	5	5	20	9	:	:
wollen keinen	23	18	24	:	24	21	13	16	21	14	27	21	17	26	:	:

L: 1996, FIN: 1997. Es ist nicht von Bedeutung, ob der Gegenstand (der drei obigen Tabellen) sich im persönlichen Besitz befindet, gemietet wurde oder sonst verfügbar ist. Oberste Einkommensgruppe = Haushaltseinkommen ab 140 % des Medianwerts des Nationaleinkommens. Unterste Einkommensgruppe = Haushaltseinkommen unter 60 % des Medianwerts des Nationaleinkommens.

Quelle: Eurostat - Europäisches Haushaltspanel, UDB Version Dezember 2001

Prozentsatz der Haushalte mit Internet-Anschluss

1998	8,3	:	8,2	24,6	7,1	5,0	3,9	8,4	6,1	14,0	19,6	6,8	3,4	17,2	39,6	10,7
1999	12	12	35	11	3	6	8	6	7	17	21	12	4	21	51	17
2000	28,4	29,2	51,6	27,1	11,7	15,7	19,0	35,5	23,7	36,3	54,8	38,0	18,1	43,5	53,8	40,9
2001	37,7	36,4	58,6	38,4	9,9	24,7	30,1	47,6	33,5	43,0	63,8	47,2	26,1	50,2	60,7	49,3

9 VERBRAUCH (Forts.)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Internetbenutzer pro 100 Einwohner																
1998	9,7	7,8	18,9	12,8	3,3	4,4	6,0	8,1	5,2	11,8	10,2	7,4	6,0	25,5	33,5	13,5
1999	14,9	13,7	28,2	19,4	7,1	7,2	9,6	11,9	8,7	17,5	19,0	10,5	7,0	32,3	41,4	21,1
2000	26,3	29,3	48,4	29,5	9,4	13,7	16,9	27,4	23,4	27,8	45,8	31,9	10,1	44,5	56,1	33,6
2001	32,7	26,3	66,8	38,9	12,1	17,7	18,4	29,4	25,2	34,8	65,4	35,8	12,5	60,9	69,0	42,4
Informationstechnologieausgaben in % des BIP (Hardware, Software und Dienstleistungen)																
1992	3,03	3,38	3,94	2,94	0,71	1,62	3,59	2,35	1,80	:	3,96	2,73	1,24	2,93	4,37	4,43
1998	3,57	3,97	4,77	3,62	1,00	1,78	4,09	2,38	2,01	4,30	4,83	3,30	1,73	3,89	6,24	4,82
1999	3,90	4,33	5,04	3,95	1,09	1,85	4,33	2,47	2,21	4,90	5,20	3,52	1,86	4,34	6,48	5,15
2000	4,15	4,55	5,35	4,22	1,20	1,96	4,67	2,37	2,36	:	5,37	3,73	1,99	4,46	6,87	5,53
Ausgaben für Nachrichtenübermittlung in % des BIP (Telekommunikationsausrüstung und Dienstleistungen)																
1992	2,1	1,8	2,1	2,2	1,5	2,0	2,0	2,7	1,7	:	2,2	2,1	1,2	1,6	2,9	2,5
1998	2,4	2,4	2,3	2,2	3,2	2,2	2,2	3,0	2,4	2,3	2,7	2,0	3,2	2,3	2,6	2,6
1999	2,5	2,5	2,4	2,3	3,5	2,3	2,3	3,0	2,5	2,7	2,8	2,1	3,3	2,4	2,7	2,7
2000	2,7	2,7	2,4	2,5	3,8	2,5	2,6	3,0	2,7	:	3,1	2,3	3,6	2,3	2,8	2,9

Quelle: Eurostat - Statistiken zur Informationsgesellschaft

Anhang III: Soziale Schlüsselindikatoren je Beitrittsland

Um die meisten Beitrittsländer berücksichtigen zu können, wurden bei den Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsindikatoren 7-11 und 18 die Daten aus dem 2. Quartal 2000 herangezogen. In diesen Fällen stammen auch die EU-15-Angaben aus dem 2. Quartal 2000 und können sich somit von den EU-15-Jahresangaben im Anhang I unterscheiden.

Nr.	Schlüssel-indikator	Recheneinheit	Jahr	EU-15	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
3	Alterslastquote	%	2000	24	24	17*	20	21	21	22	20	18*	18	19	17	20	:
4	Nettozuwanderungsrate	je 1000 Einw.	2000	2,0	0,0	1,5	0,6	0,2	0,0	-0,8	0,0	3,5	-0,5	-0,2	0,3	1,4	:
5	Schulabbrecher, die nicht an allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen	%	2000	20	:	15	:	14	14	:	17	:	:	22	:	7	:
6	Lebenslanges Lernen (Teilnahme von Erwachsenen an allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen)	%	2000	8	:	3	:	6	3	:	3	:	:	1	:	4	:
7	Erwerbsquote	%	2000Q2	63,1	51,5	65,5	64,9	60,6	55,9	58,2	60,1	:	55,1	64,2	56,3	62,7	:
8	Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer	%	2000Q2	37,7	22,1	49,0	36,1	43,0	21,9	35,4	42,2	:	29,0	52,0	21,5	22,3	:
9	Arbeitslosenquote	%	2000Q2	8,2	16,2	4,9	8,8	13,2	6,6	14,2	15,6	:	16,3	7,0	19,1	6,9	:
10	Verhältnis Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung	%	2000Q2	7,6	10,2	4,0	7,5	8,5	4,6	8,2	10,1	:	13,4	7,4	16,5	6,1	:
11	Langzeitarbeitslosenquote	%	2000Q2	3,7	10,2	1,3	4,5	6,7	3,2	8,4	8,8	:	8,0	3,6	11,3	4,5	:
12	Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP	%	1999	27,6	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	21,2	26,5	:
13	Anteil der Altersversorgungsleistungen und Hinterbliebenenleistungen an den gesamten Sozialleistungen	%	1999	46,0	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	36,6	45,4	:
14	Einkommensverteilung (S80/S20-Verhältnis)	Quote	1997	5,7	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
15a	Armutsrisikoquote vor Sozialleistungen	%	1997	26	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
15b	Armutsrisikoquote nach Sozialleistungen	%	1997	18	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
16	Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige	%	2000	4,5	:	1,5	4,2	5,7	4,0	:	:	:	:	3,8	8,9	2,6	:
17	Frauenanteil in nationalen Parlamenten	%	1998	23*	:	:	15	18	8	:	:	9	13	:	:	12	:
18	Erwerbsquote der Frauen	%	2000Q2	53,8	47,2	52,5	56,8	57,1	49,4	54,3	58,5	:	49,3	59,0	51,1	58,5	:
19	Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede	%	1998	84	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
20a	Lebenserwartung bei der Geburt - Männer	Jahre	1999	74,6	67,6	75,3	71,4	65,5	66,4	64,9	67,1	75,1	68,8	66,1	69,0	71,3	66,5°
20b	Lebenserwartung bei der Geburt - Frauen	Jahre	1999	80,9	74,6	80,4	78,1	76,3	75,2	76,2	77,4	79,3	77,5	73,7	77,0	78,8	71,2°
20c	Lebenserwartung bei der Geburt ohne Behinderung - Männer	Jahre	1996	63	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
20d	Lebenserwartung bei der Geburt ohne Behinderung - Frauen	Jahre	1996	66	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
21	Qualität der Arbeit (schwere Arbeitsunfälle)	Indexpunkte (1994 = 100)	1998	90	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:

° = Die Zahl kann aus einem anderen Jahr (die jüngsten verfügbaren Angaben) stammen oder anders eingeschränkt sein.

Anmerkungen zu den einzelnen Schlüsselindikatoren

- Im Jahr 2000 machte die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber EU-weit 24 % der Gruppe aus, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (die 15- bis 64-Jährigen)
- Die Nettozuwanderungsquote lag in der Union im Jahr 2000 bei 2,0 je 1000 Einwohner.
- Im Jahr 2000 wiesen 20 % der 18 - 24-Jährigen beim Ausscheiden aus den Bildungssystemen keine Qualifikation auf, die über die Sekundarbereich I hinausgeht.
- EU-weit nahmen im Jahr 2000 8 % der Altersgruppe 25 - 64 an Bildungs-/Ausbildungsmaßnahmen teil (in den letzten vier Wochen)
- Im 2. Quartal 2000 standen 63,1 % der EU-Bevölkerung zwischen 15 und 64 in einem Beschäftigungsverhältnis
- Im 2. Quartal 2000 standen 37,7 % der EU-Bevölkerung zwischen 55 und 64 in einem Beschäftigungsverhältnis
- Im 2. Quartal 2000 waren 8,2 % der Arbeitskräfte in der EU (Beschäftigte und Arbeitssuchende) arbeitslos.
- Im 2. Quartal 2000 waren 7,6 % der EU-Bevölkerung zwischen 15 und 24 arbeitslos.
- Im 2. Quartal 2000 waren 3,7 % der Arbeitskräfte in der EU (Beschäftigte und Arbeitssuchende) mindestens ein Jahr arbeitslos.
- 1999 lag der Anteil der Sozialschutzausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 27,6 %.
- EU-weit machen die Leistungen für Altersversorgung und Hinterbliebene den größten Anteil an den Sozialschutzausgaben (46,0 % der Gesamtleistungen im Jahr 1999) aus.
- 1997 erhielten die ärmsten 20 % der Bevölkerung nur 7 % des Gesamteinkommens, die reichsten hingegen 40 %, d.h. 5,7-mal so viel.
- 15a EU-weit lebten im Jahr 1998 26 % der Bevölkerung vor dem Transfer von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze.
- 15b EU-weit lebten im Jahr 1998 18 % der Bevölkerung nach dem Transfer von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze.
- 2000 waren 4,5 % der Menschen, die in aktiven Haushalten lebten (d.h. wenigstens eine Person gehört zu den Erwerbstätigen) ohne Arbeit.
- EU-weit waren im Jahr 2001 23 % der Abgeordneten in den nationalen Parlamenten (Unterhaus) Frauen.
- Im 2. Quartal 2000 standen 53,8 % der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis.
- 1998 lagen die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der Frauen bei 84 % derjenigen der Männer. Die Bevölkerungsgruppe umfasst alle bezahlten Arbeitnehmer zwischen 16 und 64 Jahren, die pro Woche 15 Stunden und mehr arbeiten.
- 20a Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern bei der Geburt in der EU lag 1999 bei 75 Jahren.
- 20b Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Frauen bei der Geburt in der EU lag 1999 bei 81 Jahren.
- 20c Männer sollten in der EU im Schnitt bis zum 63. Lebensjahre ohne Behinderung leben (Daten von 1996).
- 20d Frauen sollten in der EU im Schnitt bis zum 66. Lebensjahre ohne Behinderung leben (Daten von 1996).
- 1998 ereigneten sich EU-weit 10 % (100-10 = 90) weniger Arbeitsunfälle (die eine Arbeitsunfähigkeit von drei Tagen oder mehr zur Folge hatten) pro 100 000 Beschäftigte als 1994.

Anhang IV: Statistische Daten - EU-Kandidatenländer

Weitere statistische Daten über die Beitrittsländer finden sich in "Statistical Yearbook on Candidate and South-East European Countries" (Statistisches Jahrbuch über die Beitrittsländer und Südosteuropäische Länder), Eurostat, 2001, ISBN 92-894-1038-8

1 WIRTSCHAFT

	Bulgarien	Zypern	Tschech. Republik	Estland	Ungarn	Lettland	Litauen	Malta	Polen	Rumänien	Slovak. Republik	Slowenien	Türkei
	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen													
2000, Mrd. Euro	13	10	55	5	50	8	12	4	171	40	21	20	217
Wachstumsraten BIP, konstante Preise (1995)													
Jährliche Wachstumsrate, 1999	2,4	4,5	-0,4	-7,0	4,2	1,1	-3,9	4,1	4,1	-2,3	1,9	5,2	-4,7
Jährliche Wachstumsrate, 2000	5,8	4,8	2,9	6,9	5,2	6,6	3,9	5,1	4,0	1,6	2,2	4,6	7,2
Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres, 2001Q1	4,5	:	4,1	5,8	4,4	8,3	4,4	2,1	2,3	4,8	3,0	3,2	-2,2
Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres, 2001Q2	5,1	:	3,9	5,0	4,0	9,2	5,7	-0,6	0,9	5,1	2,8	2,7	-9,3
BIP pro Kopf (Index EU-15=100, in KKS)													
1995	28	79	62	32	46	24	27	49	34	32	44	64	29
2000	24	82	60	38	53	29	29	53	39	27	48	71	29
BIP pro Kopf in KKS													
2000	5 400	18 500	13 500	8 500	11 900	6 600	6 600	11 900	8 700	6 000	10 800	16 100	6 400

Quelle: Eurostat - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Schuldenstand des Staates (in % des BIP)													
1998	82,7	61,9	14,0	6,1	62,1	10,6	16,7	56,9	42,9	17,9	29,7	:	52,3
1999	82,8	62,7	15,0	6,8	60,5	13,6	22,5	60,1	44,4	24,4	29,8	25,1	69,2
2000	76,9	63,0	17,3	5,3	55,7	14,1	23,7	60,6	40,9	22,9	32,4	25,8	57,8
Defizit des Staates (in % des BIP)													
1998	1,3	-3,7	-3,8	-0,4	-7,8	-0,7	-3,1	-10,8	-2,4	-4,4	-4,9	:	-11,9
1999	0,2	-4,0	-4,0	-4,1	-5,4	-5,3	-5,7	-7,8	-2,1	-2,1	-5,7	-1,3	-21,8
2000	-0,7	-3,2	-4,2	-0,7	-3,1	-2,7	-3,3	-6,6	-3,5	-3,8	-6,7	-2,3	-11,0

Quelle: Eurostat - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Finanzierungskonten

Jährliche Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahreszeitraum													
Oktober 2000	11,9	4,2	4,5	5,4	10,7	2,0	1,0	:	9,9	42,9	8,5	9,1	:
August 2001	:	1,8	5,4	5,9	8,7	3,1	2,7	:	:	32,4	:	8,8	:
September 2001	:	2,2	4,6	5,7	7,9	3,7	2,4	:	:	31,2	:	8,2	:
Oktober 2001	:	:	:	:	:	3,3	:	:	:	:	:	:	:

Inflationsrate, Zwölfmonatsdurchschnitt													
Oktober 2001	:	:	:	:	:	2,3	:	:	:	:	:	:	:

Die jährliche Inflationsrate misst die Preisveränderungen zwischen dem laufenden Monat und demselben Monat des Vorjahres. Diese Maßzahl gibt rezente Preisveränderungen an, kann aber durch einmalige Effekte in einem der Monate beeinflusst werden. Diese Volatilität wird im Zwölfmonatsdurchschnitt überwunden, indem durchschnittliche Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) der letzten 12 Monate mit dem Mittelwert der vorangegangenen 12 Monate verglichen werden. Diese Maßzahl ist weniger anfällig für kurzfristige Preisänderungen.

Quelle: Eurostat - Preisstatistik.

Zinssätze Staatspapiere, monatlicher durchschnittlicher Zinssatz													
September 2000	:	7,6	7,1	:	8,2	:	:	6,0	12,3	:	8,2	:	:
Juli 2001	:	7,6	:	:	:	:	8,0	:	:	:	:	:	:

Zinssätze Staatspapiere, jährlicher durchschnittlicher Zinssatz													
1995	:	:	:	:	:	:	:	7,0	:	:	:	:	:
1998	:	7,2	:	:	:	:	:	6,9	:	:	:	:	:
1999	:	7,4	:	:	9,9	:	:	5,8	9,5	:	:	:	:
2000	:	7,6	7,0	:	8,5	:	:	5,8	11,7	:	8,2	:	:

Quelle: Eurostat - Finanzindikatoren.

Nettonationaleinkommen pro Kopf													
2000, EU-15 = 100	:	:	22,7	16,6	:	:	15,5	:	:	:	:	42,3	:

Verbrauch der privaten Haushalte pro Kopf													
2000, EU-15 = 100	8,8	:	22,2	16,9	20,2	15,5	16,2	48,2	21,9	10,0	15,7	41,0	17,5

Dem Verbrauch der Haushalte werden auch die Verbrauchsausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zugerechnet.

Nettoersparnis pro Kopf													
2000, EU-15 = 100	:	:	17,7	9,3	:	:	9,3	:	:	:	:	42,1	:

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer													
2000, EU-15 = 100	:	:	:	15,8	:	:	15,1	43,3	:	:	:	45,4	:

Arbeitnehmerentgelt umfasst Löhne und Gehälter sowie die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt wird nach dem Inlandskonzept, die Zahl der Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept berechnet. Das hat wichtige Auswirkungen auf die Kennzahlen von Ländern wie Luxemburg mit einem relativ hohen Anteil von Arbeitnehmern aus den Nachbarländern.

Quelle: Eurostat - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

2 BEVÖLKERUNG	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Gesamtbevölkerung (in 1000)													
1.1.1960	7 830	:	9 638	1 209	9 961	2 104	2 756	327	29 480	18 319	3 970	1 580	27 120
1.1.1980	8 846	608	10 316	1 472	10 709	2 509	3 404	330	35 413	22 133	4 963	1 893	44 016
1.1.2001, korrigierte Schätzung	8 150	759	10 295	1 367	10 005	2 366	3 693	383	38 644	22 431	5 402	1 990	65 783
1.1.2002, erste Schätzung	8 107	:	10 275	1 360	9 973	2 352	3 681	384	38 629	22 390	5 403	1 995	:

Bevölkerungswachstum (je 1000 Personen), 2000

Gesamtwachstum	-5,1	5,9	-1,1	-3,7	-3,8	-5,8	-1,6	6,8	-0,2	-1,1	0,7	1,2	14,8
Natürliches Wachstum	-5,1	4,5	-1,8	-3,9	-3,8	-5,0	-1,3	3,3	0,3	-0,9	0,4	-0,2	14,8
Wanderungssaldo	0,0	1,5	0,6	0,2	0,0	-0,8	-0,3	3,5	-0,5	-0,2	0,3	1,4	0,0

Das Wachstum der Gesamtbevölkerung setzt sich zusammen aus dem natürlichen Wachstum (Lebendgeburten abzüglich Sterbefälle) und dem Wanderungssaldo. Dieser wird geschätzt auf der Grundlage der Differenz zwischen Bevölkerungswachstum und natürlichem Wachstum (korrigierter Wanderungssaldo).

Bevölkerungsstruktur (in Prozent des Gesamtwerts), 2000

Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
0-19	22,8	31,3	23,4	25,5	23,6	25,3	27,1	:	28,3	26,0	28,1	23,2	41,4
20-59	55,5	53,4	58,4	54,2	56,7	54,1	54,4	:	55,2	55,3	56,5	57,8	50,7
60-79	19,6	12,9	15,9	17,7	17,2	18,1	16,0	:	14,6	16,9	13,5	16,8	7,2
80 und darüber	2,1	2,5	2,3	2,6	2,4	2,5	2,5	:	1,9	1,7	1,8	2,3	0,5

TR: 1998.

Zuwanderung nach Staatsangehörigkeit, 1997

Gesamt	:	6 560	15 811	1 665	9 397	2 913	3 682	937	:	6 600	:	8 982	:
Staatsangehörige	:	411	2 931	509	:	1 242	1 146	453	:	:	:	1 093	:
Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten	:	2 243	648	40	1 013	:	11	:	:	2 220	:	209	:
Sonstige	:	3 906	12 232	1 116	8 384	:	2 525	:	:	4 380	:	7 680	:

Abwanderung nach Staatsangehörigkeit, 1997

Gesamt	:	8 000	1 491	4 982	3 454	9 677	3 780	73	:	19 945	:	6 254	:
Staatsangehörige	:	:	686	911	955	1 257	1 323	73	:	:	:	807	:
Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten	:	:	19	17	131	:	4	:	:	11 790	:	221	:
Staatsangehörige von Drittstaaten	:	:	786	4 054	2 368	:	2 453	:	:	8 155	:	5 226	:

Nettozuwanderung nach Staatsangehörigkeit, 1997

Gesamt	:	-1 440	14 320	-3 317	5 943	-6 764	-98	864	:	-13 345	:	2 728	:
Staatsangehörige	:	:	2 245	-402	:	-15	-177	380	:	:	:	286	:
Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten	:	:	629	23	882	:	7	:	:	-9 570	:	-12	:
Staatsangehörige von Drittstaaten	:	:	11 446	-2 938	6 016	:	72	:	:	-3 775	:	2 454	:

Quelle: Eurostat - Wanderungsstatistik.

Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, in Tausend, 2000

Gesamt	8 191	755	10 448	1 439	10 043	2 424	3 699	380	38 654	22 455	5 399	1 988	64 814
Staatsangehörige	:	731	10 209	:	9 890	1 805	:	372	:	22 454	:	1 945	:
Ausländische Staatsbürger	:	24	239	:	153	620	:	9	:	1	:	43	:
Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten	:	:	17	:	18	1	:	:	:	:	:	1	:
Staatsangehörige von Drittstaaten	:	:	222	:	135	619	:	:	:	:	:	41	:

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik und Europarat. TR: 61 Tausend Ausländer 1986.

Anteil von in privaten Haushalten lebenden Personen nach Haushaltstyp (%), 2000

Bevölkerung insgesamt.	:	:	100	100	100	:	:	:	:	100	100	100	:
1 Erwachsener ohne unterhaltsberechtigzte													
Kinder	:	:	8	10	9	:	:	:	:	7	5	8	:
... unter 30	:	:	1	1	1	:	:	:	:	1	0	1	:
... zw. 30-64	:	:	3	5	4	:	:	:	:	3	2	3	:
... ab 65	:	:	4	4	5	:	:	:	:	4	3	4	:
... Männlich	:	:	3	3	3	:	:	:	:	2	1	3	:
... unter 30	:	:	0	1	0	:	:	:	:	0	0	0	:
... zw. 30-64	:	:	1	2	2	:	:	:	:	1	1	2	:
... ab 65	:	:	1	1	1	:	:	:	:	1	1	1	:
... Weiblich	:	:	5	7	6	:	:	:	:	5	3	5	:
... unter 30	:	:	0	1	0	:	:	:	:	0	0	0	:
... zw. 30-64	:	:	2	3	2	:	:	:	:	2	1	2	:
... ab 65	:	:	4	3	4	:	:	:	:	3	2	4	:
2 Erwachsene ohne unterhaltsberechtigzte													
Kinder	:	:	21	18	20	:	:	:	:	16	13	17	:
... Beide < 65	:	:	12	10	11	:	:	:	:	8	6	9	:
... Wenigstens einer 65 oder älter	:	:	10	8	9	:	:	:	:	8	6	8	:
3 oder mehr Erwachsene ohne unterhaltsberechtigzte													
Kinder	:	:	15	11	14	:	:	:	:	12	17	21	:
1 Erwachsener mit unterhaltsberechtigzten Kindern	:	:	4	6	4	:	:	:	:	2	2	3	:
2 Erwachsene mit unterhaltsberechtigzten Kindern	:	:	39	38	37	:	:	:	:	37	32	33	:
... 1 Kind	:	:	12	14	12	:	:	:	:	13	8	13	:

2 BEVÖLKERUNG (Forst.)	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
... 2 Kinder	:	:	21	16	18	:	:	:	:	17	16	17	:
... 3 oder + Kinder	:	:	6	8	7	:	:	:	:	7	8	3	:
3 Erwachsene mit unterhaltsberechtigten Kindern	:	:	13	17	16	:	:	:	:	26	31	18	:

Zu den unterhaltsberechtigten Kindern zählen alle Kinder bis zum Alter von 15 Jahren zuzüglich aller Personen bis zum Alter von 15-24 Jahren, die nicht erwerbstätig sind (zumeist, weil sie sich in einer Ausbildung befinden) und mit mindestens einem Elternteil leben.

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union 2000.

Unterhaltsberechtignte Kinder (0-14 Jahre) in Alleinerzieherfamilien (über 15 Jahre) in % aller Kinder (0-14 Jahre) in Familien

2000	:	:	6,5	9,4	6,3	:	:	:	:	3,0	2,5	3,3	:
------	---	---	-----	-----	-----	---	---	---	---	-----	-----	-----	---

Alter, ab dem mindestens 50 % der Jugendlichen nicht mehr bei ihren Eltern leben, nach Geschlecht

Männer	:	25	26	24	26	:	:	:	:	29	30	30	:
Frauen	:	23	24	24	24	:	:	:	:	25	27	27	:

Quelle: Eurostat - Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union

Rohe Heiratsziffer (pro 1 000 Einwohner)

1960	8,8	:	7,7	10,0	8,9	11,0	10,1	5,9	8,3	10,7	8,1	8,9	:
1970	8,6	8,6	9,2	9,1	9,3	10,2	9,5	7,4	8,6	7,2	7,9	8,3	:
1980	7,9	7,9	7,6	8,8	7,5	9,8	9,2	8,6	8,6	8,2	7,9	6,5	8,2
1990	6,7	9,3	8,8	7,5	6,4	8,8	9,8	7,1	6,7	8,3	7,6	4,3	8,2
2000	4,2	12,3	5,4	4,0	4,8	3,9	4,6	6,2	5,5	6,1	4,8	3,7	7,7

Die rohe Heiratsziffer stellt das Verhältnis der Zahl der Eheschließungen/Scheidungen zur durchschnittlichen Bevölkerung in einem bestimmten Berichtszeitraum dar.

Zusammengefasste Geburtenziffer

1960	2,31	3,51	2,11	:	2,02	:	2,60	3,62	2,98	2,33	3,07	2,18	6,18
1970	2,18	2,54	1,91	2,16	1,98	2,01	2,40	2,02	2,20	2,89	2,40	2,10	5,68
1980	2,05	2,46	2,10	2,02	1,91	1,90	2,00	1,99	2,28	2,45	2,32	2,11	4,36
1990	1,81	2,42	1,89	2,05	1,87	2,02	2,00	2,05	2,04	1,83	2,09	1,46	2,99
2000	1,25	1,83	1,14	1,39	1,33	1,24	1,33	:	1,34	1,30	1,20	1,25	2,50

Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer ist die auf der Grundlage der derzeitigen Fruchtbarkeitsziffern errechnete durchschnittliche Zahl der Lebendgeborenen, die eine Frau zur Welt bringen würde.

Prozentsatz der außerehelichen Lebendgeburten

1960	8,0	0,2	4,9	:	5,5	11,9	7,3	0,7	4,5	:	4,7	9,1	:
1970	9,3	0,2	5,4	14,1	5,4	11,4	6,4	1,5	5,0	:	6,2	8,5	:
1980	10,9	0,6	5,6	18,3	7,1	12,5	6,3	1,1	4,7	:	5,7	13,1	2,9
1990	12,4	0,7	8,6	27,1	13,1	16,9	7,0	1,8	6,2	:	7,6	24,5	4,4
2000	38,4	2,1	21,8	54,5	29,0	40,3	22,6	10,1	11,7	25,5	18,3	37,1	:

CY 1998, MT und PL 1999: Daten aus 2000.

Rohe Scheidungsziffer (pro 1 000 Einwohner)

1960	:	:	1,3	2,1	1,7	2,4	0,9	:	0,5	2,0	0,6	1,0	0,4
1970	1,2	0,3	2,2	3,2	2,2	4,6	2,2	:	1,1	0,4	0,8	1,1	0,3
1980	1,5	0,3	2,6	4,1	2,6	5,0	3,2	:	1,1	1,5	1,3	1,2	0,4
1990	1,3	0,6	3,1	3,7	2,4	4,0	3,4	:	1,1	1,4	1,7	0,9	0,5
2000	1,2	1,7	2,9	3,1	2,4	2,6	2,9	:	1,1	1,4	1,7	1,1	0,5

Die rohe Scheidungsziffer stellt das Verhältnis der Zahl der Eheschließungen/Scheidungen zur durchschnittlichen Bevölkerung in einem bestimmten Berichtszeitraum dar. BG, TR: Daten aus 1999.

Quelle: Eurostat - Demografiestatistik, TR: teilweise ebenso: Europarat.

3 ALLGEMEINE UND BERÜFLICHE BILDUNG

	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Altersgruppe 18-24nach Beschäftigungsstatus (%), 2000													
In Ausbildung und erwerbstätig	:	4	:	6	4	:	6	:	:	2	:	10	:
In Ausbildung und nicht erwerbstätig	:	30	:	42	37	:	40	:	:	34	:	47	:
Nicht in Ausbildung, aber erwerbstätig	:	52	:	33	39	:	31	:	:	42	:	31	:
Weder in Ausbildung noch erwerbstätig	:	14	:	18	19	:	23	:	:	23	:	13	:

Bevölkerung zwischen 25-64 Jahre nach Altersgruppe, Geschlecht und Bildungsabschluss (%), 2000

25-64 Jahre

... Männer und Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	32,9	37,0	13,9	15,3	30,8	16,5	15,1	:	20,3	30,7	16,4	25,2	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	48,7	37,8	74,6	56,3	55,2	65,3	42,6	:	68,3	60,1	73,3	59,1	:
....Tertiärbereich	18,4	25,2	11,5	28,5	14,0	18,1	42,3	:	11,4	9,2	10,2	15,7	:
... Männer													
.... Weniger als Sekundarstufe II	33,4	33,2	8,8	16,6	25,9	18,3	15,0	:	18,5	24,2	11,4	20,8	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	51,1	38,8	78,1	61,9	60,4	65,1	47,5	:	71,4	65,4	77,7	65,1	:
....Tertiärbereich	15,5	28,0	13,1	21,6	13,7	16,6	37,5	:	10,1	10,4	10,9	14,1	:
..Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	32,5	40,8	19,0	14,1	35,3	14,9	15,3	:	22,0	37,0	21,3	29,6	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	46,4	36,8	71,1	51,2	50,4	65,6	38,1	:	65,4	54,9	69,1	53,0	:
....Tertiärbereich	21,1	22,4	9,9	34,7	14,3	19,5	46,6	:	12,6	8,1	9,6	17,3	:

25-29 Jahre

... Männer und Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	25,1	18,9	6,9	12,6	19,1	13,4	11,0	:	9,8	14,9	5,0	12,1	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	56,8	47,0	82,9	55,3	66,8	70,6	52,9	:	75,2	76,1	84,0	68,0	:
....Tertiärbereich	18,1	34,1	10,2	32,1	14,0	16,0	36,1	:	15,0	9,0	10,9	20,0	:
... Männer													
.... Weniger als Sekundarstufe II	27,0	18,9	5,7	17,7	17,8	14,6	12,6	:	10,8	13,7	4,9	14,1	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	61,7	50,8	84,7	59,7	70,3	71,1	56,4	:	78,1	76,6	85,2	73,3	:
....Tertiärbereich	11,3	30,2	9,7	22,6	11,9	14,4	31,0	:	11,1	9,7	9,9	12,6	:
..Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	22,9	18,9	8,1	7,7	20,5	12,2	9,4	:	8,7	16,1	5,2	10,0	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	51,5	43,4	81,2	51,0	63,2	70,2	49,3	:	72,3	75,6	82,8	62,6	:
....Tertiärbereich	25,6	37,8	10,7	41,3	16,3	17,6	41,4	:	19,0	8,3	12,0	27,3	:

30-49 Jahre

... Männer und Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	25,6	29,4	11,8	8,5	22,7	9,5	4,8	:	14,6	20,4	12,5	22,8	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	54,0	41,7	75,4	63,0	62,6	70,9	47,9	:	74,5	70,0	76,5	61,5	:
....Tertiärbereich	20,5	29,0	12,8	28,6	14,7	19,6	47,3	:	10,9	9,6	11,0	15,7	:
... Männer													
.... Weniger als Sekundarstufe II	26,6	27,2	8,1	10,1	18,6	11,4	6,3	:	14,2	15,6	9,2	19,8	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	56,4	40,9	77,3	70,1	68,1	72,3	52,6	:	76,2	74,1	79,1	66,5	:
....Tertiärbereich	17,0	31,9	14,6	19,8	13,2	16,3	41,1	:	9,6	10,3	11,7	13,7	:
..Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	24,5	31,5	15,6	6,9	26,7	7,7	3,4	:	15,0	25,1	15,8	25,9	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	51,6	42,5	73,4	56,0	57,2	69,6	43,3	:	72,9	66,1	73,9	56,3	:
....Tertiärbereich	23,9	26,0	11,0	37,1	16,1	22,7	53,3	:	12,1	8,8	10,3	17,8	:

50-64 Jahre

... Männer und Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	47,1	59,6	20,3	27,6	48,5	29,1	36,0	:	35,9	56,5	30,5	35,1	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	37,6	26,5	69,6	45,6	38,5	54,2	28,0	:	53,4	34,9	61,2	50,9	:
....Tertiärbereich	15,3	14,0	10,1	26,8	12,9	16,7	36,0	:	10,7	8,6	8,3	14,0	:
... Männer													
.... Weniger als Sekundarstufe II	46,9	51,1	11,4	28,1	42,2	32,8	34,1	:	31,0	45,5	19,9	25,5	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	38,1	29,7	76,1	47,5	42,4	49,0	32,1	:	58,3	43,8	70,2	58,9	:
....Tertiärbereich	14,9	19,3	12,4	24,4	15,4	18,3	33,8	:	10,6	10,7	9,9	15,6	:
..Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	47,3	67,7	28,6	27,2	53,9	26,3	37,5	:	40,2	66,5	39,6	44,2	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	37,1	23,4	63,5	44,1	35,2	58,2	24,9	:	49,1	26,8	53,4	43,3	:
....Tertiärbereich	15,6	8,9	7,9	28,7	10,9	15,6	37,6	:	10,8	6,7	7,0	12,4	:

Die Definition der Bildungsniveaus erfolgt gemäß ISCED (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens). Schulabgänge vor Abschluss der Sekundarstufe II entsprechen ISCED 0-2, abgeschlossene Sekundarstufe II ISCED 3-4 und eine Tertiärausbildung (Hochschulausbildung) ISCED 5-6.

Arbeitslosenquoten der Altersgruppe 25-59 Jahre nach Geschlecht und Bildungsniveau, 2000

... Männer und Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	24	7	20	22	10	21	23	:	23	5	37	10	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	14	4	7	15	6	15	20	:	14	8	15	6	:
....Tertiärbereich	6	3	3	5	1	7	9	:	5	4	4	2	:
... Männer													
.... Weniger als Sekundarstufe II	22	5	22	23	12	23	27	:	21	6	44	11	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	13	2	5	15	6	15	21	:	12	7	15	6	:
....Tertiärbereich	7	2	2	6	1	7	10	:	5	4	5	1	:
..Frauen													
.... Weniger als Sekundarstufe II	26	9	19	22	9	17	17	:	24	4	32	10	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	14	8	9	15	5	14	18	:	17	8	15	6	:
....Tertiärbereich	6	3	3	4	1	8	8	:	5	3	3	3	:

3 ALLGEMEINE UND BERÜFLICHE BILDUNG (Forts.)

	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Anteil der Beschäftigten, die in den letzten vier Wochen an einer Bildungsmaßnahme teilgenommen haben, nach Bildungsabschluss und Geschlecht (in Prozent) , 2000													
... Männer und Frauen	:	3	:	6	3	:	3	:	:	1	:	4	:
.... Weniger als Sekundarstufe II	:	1	:	0	1	:	0	:	:	0	:	1	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	:	2	:	4	3	:	2	:	:	1	:	5	:
....Tertiärbereich	:	8	:	13	8	:	5	:	:	1	:	8	:
... Männer	:	3	:	4	3	:	2	:	:	1	:	4	:
.... Weniger als Sekundarstufe II	:	1	:	0	1	:	0	:	:	0	:	1	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	:	2	:	3	3	:	1	:	:	1	:	4	:
....Tertiärbereich	:	8	:	9	7	:	4	:	:	1	:	7	:
..Frauen	:	3	:	8	3	:	3	:	:	1	:	5	:
.... Weniger als Sekundarstufe II	:	0	:	0	0	:	0	:	:	0	:	1	:
.... Sekundarschulbildung Stufe 2	:	3	:	5	4	:	2	:	:	1	:	5	:
....Tertiärbereich	:	9	:	15	9	:	6	:	:	1	:	9	:

Quelle: Eurostat - EU-Arbeitskräfteerhebung.

Beteiligungsquoten, 16-18 Jahre, nach Geschlecht, 1998/99

Männer	63	:	82	79	82	75	78	59	83	58	:	83	33
Frauen	66	:	83	84	85	83	84	51	88	62	:	89	24

CY: keine Angaben für Männer und Frauen, SK: keine Spezifizierung nach Alter,

TR: 228844 Studenten in ISCED 3C können nicht nach Alter oder Geschlecht spezifiziert werden. Die Angaben für ISCED 3C beziehen sich auf das Schuljahr 1997/98.

Zahl der Frauen pro 100 Männer im Tertiärbereich

1998/99	147	127	99	137	118	160	150	106	133	104	107	127	66
RO, SI: ISCED 6 fehlt													

Median-Alter der Hochschulstudenten, 1998/99

Männer und Frauen	22	21	22	22	22	22	21	21	23	22	:	22	22
Männer	23	21	22	22	23	22	21	22	23	22	:	23	22
Frauen	22	20	22	22	22	23	21	21	22	22	:	22	22
RO, SI: ISCED 6 fehlt													

Quelle: Eurostat-UOE (Unesco-, OECD- und Eurostat-Fragebögen zur Bildungsstatistik).

:

4 ARBEITSMARKT	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Beschäftigungsquote Altersgruppe, 15-64 Jahre nach Geschlecht, 2. Quartal 2000													
Gesamt	51,5	65,5	64,9	60,6	55,9	58,2	60,1	:	55,1	64,2	56,3	62,7	:
Männer	56,1	78,9	73,1	64,3	62,7	62,3	61,8	:	61,2	69,5	61,6	66,7	:
Frauen	47,2	52,5	56,8	57,1	49,4	54,3	58,5	:	49,3	59,0	51,1	58,5	:
Beschäftigungsquote nach Alter und Geschlecht, 2. Quartal 2000													
<i>Männer und Frauen</i>													
...50-54	65,6	71,3	80,4	73,6	66,4	69,9	72,8	:	61,4	70,3	69,0	64,4	:
...55-59	33,5	60,5	50,2	58,4	33,7	49,3	56,8	:	37,7	56,6	34,5	29,0	:
...60-64	10,5	35,1	16,9	29,4	7,6	21,8	26,4	:	20,9	48,0	6,1	15,1	:
<i>Männer</i>													
...50-54	67,6	91,0	84,5	72,5	69,7	69,9	69,3	:	65,7	77,4	74,4	77,7	:
...55-59	53,6	80,8	71,6	66,5	50,2	64,5	64,3	:	47,5	63,1	55,3	40,3	:
...60-64	15,7	50,0	23,5	35,5	10,8	31,6	38,4	:	27,5	52,5	10,4	19,8	:
<i>Frauen</i>													
...50-54	63,8	51,8	76,3	74,5	63,2	69,9	75,8	:	57,4	63,3	63,9	51,2	:
...55-59	16,2	40,7	30,4	52,0	19,8	37,5	50,8	:	28,9	51,1	16,8	17,5	:
...60-64	6,1	21,5	11,2	24,8	5,1	14,9	17,7	:	15,4	44,1	2,7	11,2	:
Beschäftigungsquote nach Geschlecht, 2. Quartal 2000													
Gesamt	16,2	4,9	8,8	13,2	6,6	14,2	15,6	:	16,3	7,0	19,1	6,9	:
Männer	16,6	3,2	7,3	14,7	7,2	15,0	17,9	:	14,6	7,5	19,4	6,8	:
Frauen	15,8	7,4	10,5	11,6	5,8	13,2	13,1	:	18,3	6,4	18,6	7,1	:
Quotient Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung (15-24 Jahre), nach Geschlecht, 2. Quartal 2000													
Gesamt	10,2	4,0	7,5	8,5	4,6	8,2	10,1	:	13,4	7,4	16,5	6,1	:
Männer	13,0	2,8	8,3	10,3	5,9	9,4	11,5	:	13,8	8,8	19,1	6,0	:
Frauen	7,6	5,1	6,6	6,7	3,4	6,9	8,8	:	13,0	5,9	13,9	6,2	:
Quotient Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre), nach Geschlecht, 2. Quartal 2000													
Gesamt	33,3	10,5	17,0	23,7	12,3	21,2	27,5	:	35,7	17,8	16,4	36,9	:
Männer	36,1	6,7	17,4	24,7	13,7	21,1	27,6	:	34,3	19,3	40,0	14,8	:
Frauen	29,6	14,2	16,4	22,4	10,4	21,3	27,4	:	37,2	15,9	33,3	18,5	:
Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate oder länger), 2. Quartal 2000													
Gesamt	10,2	1,3	4,5	6,7	3,2	8,4	8,8	:	8,0	3,6	11,3	4,5	:
Männer	10,4	0,5	3,7	7,7	3,8	9,0	10,9	:	6,5	3,9	11,4	4,5	:
Frauen	9,9	2,5	5,5	5,7	2,6	7,8	6,7	:	9,8	3,2	11,1	4,4	:
Quotient Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre, 6 Monate und länger), 2. Quartal 2000													
Gesamt	25,8	4,9	11,8	12,8	8,5	13,7	20,4	:	26,5	13,1	28,8	11,9	:
Männer	28,0	2,3	11,9	14,0	9,8	13,4	21,5	:	24,0	14,2	31,5	9,9	:
Frauen	22,9	7,5	11,7	11,1	6,8	14,1	18,9	:	29,4	11,8	25,9	14,6	:

Die Beschäftigungsquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigten Personen der Altersgruppe 15-64 Jahre an der Bevölkerung dieser Altersgruppe. Zu den beschäftigten Personen zählen jene, die im Bezugszeitraum (der Woche der Arbeitskräfteerhebung) mindestens eine Stunde lang einer Arbeit nachgingen, für die sie entlohnt wurden oder mit der sie einen Gewinn erzielten, sowie jene Personen, die in diesem Zeitraum zwar nicht arbeiteten, jedoch eine Beschäftigung hatten, der sie zeitweilig fernblieben. Arbeitslose sind gemäß den von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) aufgestellten Kriterien Personen im Alter von 15 Jahren und darüber, die i) ohne Arbeit sind, ii) verfügbar sind, um innerhalb der folgenden zwei Wochen eine Arbeit aufzunehmen und iii) irgendwann aktiv Arbeit gesucht haben, die sie zu einem späteren Zeitpunkt beginnen werden. Die Arbeitslosenquote entspricht dem prozentualen Anteil der beschäftigungslosen Personen an der Erwerbsbevölkerung desselben Alters. Die Erwerbsbevölkerung wird als Summe der Beschäftigten und Arbeitslosen definiert.

Quelle: Eurostat - Erhebung über Arbeitskräfte

5 SOZIALSCHUTZ

	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP (in Prozent)													
1998	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	21,5	26,5	:
1999	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	21,2	26,5	:
Ausgaben für den Sozialschutz in KKS pro Einwohner, 1999													
Gesamt	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2172	3963	:
Sozialleistungen nach Funktionsgruppen (in Prozent der Gesamtleistungen) 1999													
Alter und Hinterbliebene	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	36,6	45,4	:
Krankheit/Gesundheitsversorgung und Invalidität/Gebrechen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	40,6	39,5	:
Arbeitslosigkeit	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	5,7	4,7	:
Familien/Kinder	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	11,1	8,7	:
Wohnen und soziale Ausgrenzung (n.a.z.)	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	6,1	1,6	:
Sozialschutzeinnahmen nach Typ (in Prozent der Gesamteinnahmen)													
Staatliche Zuweisungen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	30,1	32,3	:
Arbeitgeberanteil der Sozialbeiträge	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	46,7	28,4	:
Von den Versicherten gezahlte Sozialbeiträge:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	17,8	38,4	:
Sonstige Einnahmen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	5,4	0,9	:
Die Abkürzung n.a.z. steht für nicht anderen Kategorien zugeordnet.													

Quelle: Eurostat - Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

6 EINKOMMEN, ARMUT UND REGIONALER ZUSAMMENHALT

	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Durchschnittlicher Bruttostundenlohn in der Industrie (Arbeiter, Abschnitt C bis F des NACE, Rev. 1) in ECU													
1997	80,38	:	1,73	1,28	1,83	1,26	0,98	4,39	2,08	104,95	1,35	3,88	1,67
1998	105,66	6,20	1,89	1,42	1,85	1,35	1,20	4,46	2,28	125,60	1,40	4,18	:
1999	114,02	6,36	1,91	1,53	2,03	1,46	1,27	4,70	2,87	106,95	1,37	4,37	:
2000	128,45	:	2,20	:	2,21	1,68	1,48	:	3,15	:	1,51	4,56	:

BG, RO: Monatsverdienst. CZ: ausgenommen Bausektor.

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst, Vollzeitbeschäftigte, in der Industrie und im Dienstleistungssektor (Abschnitt C bis K des NACE, Rev. 1) in ECU

1997	76	1181	309	242	277	198	190	759	323	111	269	768	382
1998	100	1240	339	276	289	214	233	764	346	136	280	823	407
1999	109	1342	359	291	318	226	251	836	442	120	271	809	:
2000	127	:	400	323	348	270	299	:	490	:	286	860	:

7 GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Frauenanteil in nationalen Parlamenten (Anteil der Sitze von Frauen in nationalen Parlamenten (oder Unterhaus))													
Jahr	:	:	1998	1999	1998	:	:	1998	1997	:	:	1996	:
Prozentsatz	:	:	15,2	17,8	8,4	:	:	9,2	13,4	:	:	12,2	:
Frauenanteil in nationalen Regierungen													
Jahr	:	:	1998	1999	2000	:	:	1998	1999	:	:	1997	:
Prozentsatz	:	:	0,0	13,3	6,1	:	:	7,1	10,5	:	:	5,6	:

Quelle: Europäische Datenbank - Frauen in der Entscheidungsfindung (www.db-decision.de).

Mittlerer Monatsverdienst von Frauen im Verhältnis zu dem der Männer in der Industrie und im Dienstleistungssektor (Abschnitt C bis K, NACE, Rev. 1)

1995	:	69,5	:	73,3	80,3	:	76,9	:	77,7	78,0	:	83,2	:
1996	72,9	70,0	77,2	72,6	79,0	78,4	81,3	:	77,8	77,8	75,2	83,8	:
1997	74,1	70,2	75,7	72,0	77,6	79,9	78,4	:	80,2	74,3	75,0	83,8	:
1998	73,5	68,7	72,0	74,2	81,4	80,1	78,4	:	83,2	77,5	77,5	86,3	:
1999	77,6	69,3	74,2	:	81,3	77,8	80,7	76,4	82,6	81,9	76,9	90,3	:
2000	74,6	:	73,3	:	81,0	76,9	80,9	:	:	79,5	73,7	:	:

CZ: Vollzeitbeschäftigte, Abschnitt A bis O, NACE, Rev.1. EE: Stundenlohn, alle Sparten. LV: Daten aus Kurzzeitstatistiken einschließlich Prämien. PL: Quelle: die repräsentative Erhebung von September 1995 bis 1997 oder von Oktober 1998-1999. RO: Verdienst von Frauen als Anteil des Verdienstes von Männern im Oktober einschließlich Prämien. Quelle: jährliche Erhebung über Verdienst nach Beschäftigungsart für Oktober. SI: Alle Aktivitäten; vorausgesetzt Industrie: 80,6 (1998).

8 GESUNDHEIT UND SICHERHEIT

	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Säuglingssterbeziffer, pro 1000 Lebendgeburten													
1970	27,3	26,0	20,2	17,7	35,9	17,7	19,3	27,9	36,4	49,4	25,7	24,5	:
2000	13,3*	5,7*	4,1	8,4	9,2	10,4	8,6	6,1	8,1	18,6	8,6	4,5	:
SI: 1999 data													

Lebenserwartung bei der Geburt, Männer

1980	68,7	72,3	66,8	64,1	65,5	63,5	65,5	68,5	66,9	66,5	66,8	67,4	55,8
1999	67,6	75,3	71,4	65,5	66,4	64,9	67,1	75,1	68,8	66,1	69,0	71,3	66,5
TR: 1998.													

Lebenserwartung bei der Geburt, Frauen

1980	74,0	77,0	73,9	74,1	72,7	74,2	75,4	72,7	75,4	71,8	74,3	75,2	60,4
1999	74,6	80,4	78,1	76,3	75,2	76,2	77,4	79,3	77,5	73,7	77,0	78,8	71,2
TR: 1998.													

Quelle : Eurostat - Bevölkerungsstatistik. TR: Europarat

Standardisierte Mortalitätsrate (SMR) pro 100 000 Einwohner, nach Geschlecht, 1998

Männer													
Krankheiten des Kreislaufsystems	972	:	616	82	749	848	648	411	671	855	709	438	:
Krebs	206	:	329	308	403	286	286	235	298	218	350	304	:
Krankheiten der Atmungsorgane	76	:	52	67	68	58	78	112	61	103	68	106	:
"Äußere Ursachen für Verletzung oder Vergiftung"	91	:	92	283	143	268	252	39	115	114	107	119	:
Frauen													
Krankheiten des Kreislaufsystems	681	:	407	482	471	508	444	272	420	629	468	285	:
Krebs	118	:	177	146	204	147	139	140	156	126	160	152	:
Krankheiten der Atmungsorgane	36	:	23	20	29	14	20	51	24	52	32	46	:
"Äußere Ursachen für Verletzung oder Vergiftung"	26	:	35	62	49	66	57	13	32	34	23	40	:

Angaben aus 1998 ausgenommen PL 1996

Quelle: WHO - Gesundheit für alle - Datenbank 2002

Anzahl der aus dem Krankenhaus Entlassenen nach ICD-Diagnose je 100 000, 1999

Infektionskrankheiten	505	:	467	674	395	748	1040	:	:	990	490	480	:
Krebs	522	:	1494	1555	1810	1233	1464	:	:	1091	1377	1658	:
Krankheiten der Atmungsorgane	1781	:	1567	2165	2201	2441	3094	:	:	3008	1606	1292	:
Krankheiten des Kreislaufsystems	1766	:	3271	3118	4084	3060	3939	:	:	2253	2723	1671	:
Mentale und Verhaltensstörungen	:	:	302	:	1524	1607	1291	:	:	1092	594	543	:
"Äußere Ursachen für Verletzung oder Vergiftung"	1036	:	1740	1282	1487	2213	2141	:	:	1188	1495	1639	:

RO: Mentale und Verhaltensstörungen 1998.

Quelle: Eurostat - Gesundheits- und Sicherheitsstatistik

Anteil der Gesundheitsausgaben insgesamt am Bruttoinlandsprodukt

1990	:	:	5,0	:	:	:	:	:	5,3	:	:	:	3,6
1999	:	:	7,4	:	6,8	:	:	:	6,2	:	:	:	4,8

Angaben aus 1999 ausgenommen HU,TR: 1998.

Quelle: OECD Gesundheitsdaten 2001.

Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen getöteten Personen

1998	1 003	111	1 360	284	1 371	627	829	17	7 080	2 778	860	309	6 083
1999	1 047	113	1 455	232	1 306	604	748	4	6 730	2 505	671	334	5 723
2000	1 012	111	1 486	204	1 200	588	641	15	6 294	2 499	647	313	5 510

Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen getöteten Personen je 1 Mio. Einwohner

2000	124	165	144	149	120	248	173	39	163	111	120	157	84
------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	----	-----	-----	-----	-----	----

Quelle: Eurostat - Verkehrsstatistik

Unfälle in Heim und Freizeit (alterstandardisierte Mortalitätsrate je 100.000 Einwohner), 1995

	55	:	40	177	70	92	168	11	60	86	32	53	:
--	----	---	----	-----	----	----	-----	----	----	----	----	----	---

Quelle: WHO-Mortalitätsstatistik, 1995

9 VERBRAUCH

Ausführlichere statistische Angaben über den Verbrauch sind zu finden in "Consumers in Europe – Facts and figures 1996-2000", Eurostat, 2001, ISBN 92-894-1400-6.

	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Endgültige Verbrauchsausgaben der Haushalte, 2000, aktuelle Preise													
Mrd. Euro	9	5	30	3	26	5	8	:	110	28	11	11	:
Euro pro Einwohner	1100	8300	2900	2200	2600	2000	2100	:	2800	1200	2000	5300	:
Mrd KKS	37	8	73	7	59	10	18	:	219	82	31	17	:
KKS pro Einwohner	4500	:	7100	5000	5900	4200	4800	:	5700	3700	5700	8400	:
Anteil am BIP	71,6	:	53,7	57,7	51,1	62,5	64,1	:	64,0	70,0	52,9	54,0	:

CY: 1998.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen - ESVG95 - Aggregate (theme2/aggs)

Struktur der Verbrauchsausgaben, geschätzt; 1999 (%)

	BG	CY	CZ	EE	HU	LV	LT	MT	PL	RO	SK	SI	TR
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Lebensmittel und nichtalkoholische Getränke	6,5	:	25,2	35,7	28,9	42,1	48,1	:	35,1	55,3	33,0	26,1	:
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	3,9	:	3,5	3,4	4,3	2,8	4,0	:	3,3	2,7	3,6	3,4	:
Bekleidung und Schuhe	8,2	:	7,7	7,7	6,6	7,1	8,0	:	7,0	7,4	10,3	8,4	:
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe (1)	14,2	:	17,1	18,7	19,5	17,0	12,3	:	18,4	15,3	12,4	10,7	:
Hausrat und laufende Instandhaltung der Wohnung	4,4	:	7,8	5,4	5,4	4,2	4,8	:	5,5	4,3	6,4	6,8	:
Gesundheit (2)	3,3	:	1,5	1,6	3,0	3,5	3,5	:	4,4	2,3	1,2	1,6	:
Verkehr (3)	7,2	:	10,2	6,8	9,2	6,9	6,7	:	8,6	5,2	8,9	16,5	:
Nachrichtenübermittlung (4)	1,9	:	2,0	2,8	4,4	3,2	1,9	:	2,3	1,4	2,1	1,9	:
Freizeit und Kultur	3,0	:	11,0	7,5	6,7	5,6	3,5	:	6,5	2,6	8,2	8,8	:
Bildung	0,6	:	0,6	1,2	0,4	1,0	0,3	:	1,3	0,6	0,5	0,7	:
Hotels und Restaurants	3,5	:	5,0	3,5	3,0	2,5	3,8	:	1,3	0,8	5,8	5,9	:
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	3,3	:	8,4	5,7	8,6	4,1	2,9	:	6,3	2,1	7,6	9,2	:

CZ: Schätzungen auf Grundlage der nationalen Klassifikationen der 9 Hauptausgabengruppen. EE: Nichtmonetärer Verbrauch von Gegenständen außer Lebensmitteln ausgeschlossen; eingeschlossen sind Lebensmittel aus eigener Herstellung und kostenlosen Lebensmittel; SI: 1997.

(1) Miete für die eigene Benutzung durch den Besitzer ist in keinem Land einbezogen; CZ, HU und SI, durch den Arbeitgeber zur Verfügung gestellter Wohnraum (unentgeltlich oder verbilligt) ist nicht einbezogen; CZ, Vergünstigungen durch kostenlose oder vergünstigte Versorgung mit Brennstoff, Elektrizität und Wasser ist nicht einbezogen; LT, LV und PO, Probleme bei der Messung.

(2) HU, LT und PL, Nettoausgaben der Haushalte (nach Abzug der Sozialversicherung und der Erstattungen aus Privatversicherungen); in den anderen Staaten Bruttoausgaben der Haushalte; LT, alle Ausgaben der Haushalte, ausgenommen Unterbringung in Kurheimen; PL, Gesundheitsausgaben wurden nicht um Erstattungen korrigiert; für die anderen Länder sind keine Angaben erhältlich.

(3) RO, SI und SK, persönlicher Gebrauch eines Firmenfahrzeuges und/oder kostenloser Kraftstoff wurden nicht berücksichtigt; LV, LT und PL, Probleme bei der Messung.

(4) CZ, gebührenfreies oder verbilligtes Telefonieren ausgenommen; LV, LT und PO, Probleme bei der Messung.

Quelle: Eurostat - Erhebungen über die Wirtschaftsrechnung privater Haushalte.

Anteil der Wohnungen mit ausgewählten elektrischen Gebrauchsgütern (in %), 1996

Kocher	86,4	:	16,3	47,8	9,7	6,1	11,0	:	:	2,7	30,1	86,0	:
Mikrowelle	4,4	:	30,1	11,0	25,8	2,8	5,4	:	:	:	18,1	6,9	:
Kühlschrank	88,5	:	98,1	89,7	99,9	86,6	93,7	:	100,0	68,9	97,4	95,2	:
Gefrierschrank	17,3	:	65,2	11,7	52,4	2,2	6,2	:	30,0	13,0	55,7	85,8	:
Elektrische Waschmaschine	40,6	:	74,7	22,6	43,9	8,6	11,6	:	50,0	7,2	57,0	96,4	:
Waschmaschine, nicht elektrisch betrieben	36,2	:	35,7	52,1	59,6	61,3	63,2	:	80,0	43,6	45,7	:	:
Wäschetrockner	0,3	:	3,3	:	0,4	:	:	:	:	:	1,2	7,2	:
Geschirrpülmaschine	0,9	:	3,3	0,7	0,6	0,1	2,0	:	:	:	1,3	20,2	:
Heißwasserboiler	61,1	:	38,8	11,3	47,1	3,1	2,1	:	:	0,3	30,0	47,3	:
Heizung	83,4	:	20,5	25,4	9,3	93,6	6,5	:	:	11,9	14,4	17,4	:
Klimaanlage	0,4	:	0,4	:	0,4	:	:	:	:	:	0,2	0,7	:

PL: Haushalte anstatt Wohnungen; 1993. SI: Elektrische Waschmaschinen einschließlich nicht elektrisch betriebener.

Quelle: Eurostat - Erhebung über den Energieverbrauch in Haushalten

Internetbenutzer pro 100 Einwohner

1998	1,8	:	3,9	10,3	4,0	3,3	1,9	:	4,1	2,2	9,3	10,1	:
1999	2,9	:	6,8	13,8	6,0	4,3	2,8	:	5,4	2,7	11,1	12,6	:
2000	5,2	:	9,7	26,3	6,4	6,1	6,1	:	13,5	3,1	13,0	15,2	:

Quelle: Eurostat - Statistiken zur Informationsgesellschaft

Anhang V: Eurostat Datashops

**Belgique/
België****Eurostat Data Shop Bruxelles/Brussel
Planistat Belgique**

Rue du Commerce 124
Handelsstraat 124
B-1000 Bruxelles/Brussel
Tel. (32-2) 234 67 50
Fax (32-2) 234 67 51
E-mail: datashop@planistat.be
<http://www.datashop.org/>

Sprachen:
ES, DE, EN, FR

France**INSEE Info service
Eurostat Data Shop**

195, rue de Bercy
Tour Gamma A
F-75582 Paris Cedex 12
Tel. (33) 1 53 17 88 44
Fax (33) 1 53 17 88 22
E-mail: datashop@insee.fr
Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
FR

Danmark**DANMARKS STATISTIK
Bibliotek og Information
Eurostat Data Shop**

Sejrøgade 11
DK-2100 København Ø
Tlf. (45) 39 17 30 30
Fax (45) 39 17 30 03
E-mail: bib@dst.dk
<http://www.dst.dk/bibliotek>

Sprachen:
DA, EN

Italia - Roma**ISTAT
Centro di informazione statistica
— Sede di Roma
Eurostat Data Shop**

Via Cesare Balbo, 11a
I-00184 Roma
Tel. (39) 06 46 73 31 02/06
Fax (39) 06 46 73 31 01/07
E-mail: dipdiff@istat.it
Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
IT

Deutschland**Statistisches Bundesamt
Eurostat Data Shop Berlin**

Otto-Braun-Straße 70-72
(Eingang: Karl-Marx-Allee)
D-10178 Berlin
Tel. (49) 1888-644 94 27/28
Fax (49) 1888-644 94 30
E-Mail: datashop@destatis.de
<http://www.eu-datashop.de/>

Sprachen:
DE, EN

Italia - Milano**ISTAT
Ufficio regionale per la Lombardia
Eurostat Data Shop**

Via Fieno, 3
I-20123 Milano
Tel. (39) 02 80 61 32 460
Fax (39) 02 80 61 32 304
E-mail: mileuro@tin.it
Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
IT

España**INE
Eurostat Data Shop**

Paseo de la Castellana, 183
Oficina 011
Entrada por Estébanez Calderón
E-28046 Madrid
Tel. (34) 91 583 91 67
Fax (34) 91 579 71 20
E-mail: datashop.eurostat@ine.es
<http://www.datashop.org/>
Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
ES, EN, FR

Luxembourg**Eurostat Data Shop Luxembourg**

BP 453
L-2014 Luxembourg
4, rue Alphonse Weicker
L-2721 Luxembourg
Tél. (352) 43 35-2251
Fax (352) 43 35-2221
E-mail: dslux@eurostat.datashop.lu
<http://www.datashop.org/>
Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
ES, DE, EN, FR, IT

Nederland **STATISTICS NETHERLANDS**
Eurostat Data Shop — Voorburg
 Postbus 4000
 2270 JM Voorburg
 Nederland
 Tel. (31-70) 337 49 00
 Fax (31-70) 337 59 84
 E-mail: datashop@cbs.nl

Sprachen:
 EN, NL

Portugal **Eurostat Data Shop Lisboa**
INE/Serviço de Difusão
 Av. António José de Almeida, 2
 P-1000-043 Lisboa
 Tel. (351) 21 842 61 00
 Fax (351) 21 842 63 64
 E-mail: data.shop@ine.pt

Sprachen:
 EN, FR, PT

Suomi/Finland **STATISTICS FINLAND**
Eurostat DataShop Helsinki
 Tilastokirjasto
 PL 2B
 FIN-00022 Tilastokeskus
 Työpajakatu 13 B, 2. kerros, Helsinki
 P. (358-9) 17 34 22 21
 F. (358-9) 17 34 22 79
 Sähköposti: datashop@stat.fi
<http://tilastokeskus.fi/tk/kk/datashop/>

Sprachen:
 EN, FI, SV

Sverige **STATISTICS SWEDEN**
Information service
Eurostat Data Shop
 Karlavägen 100
 Box 24 300
 S-104 51 Stockholm
 Tfn (46-8) 50 69 48 01
 Fax (46-8) 50 69 48 99
 E-post: infoservice@scb.se
<http://www.scb.se/info/datashop/eudatashop.asp>

Sprachen:
 EN, SV

United Kingdom **Eurostat Data Shop**
Office for National Statistics
 Room 1.015
 Cardiff Road
 Newport
 South Wales
 NP10 8XG
 UK
 Tel: (44) 1633 813369
 Fax: (44) 1633 813333
 E-mail: eurostat.datashop@ons.gov.uk

Sprachen:
 EN

Norge **Statistics Norway**
Library and Information Centre
Eurostat Data Shop
 Kongens gate 6
 Boks 8131 Dep.
 N-0033 Oslo
 Tel. (47) 21 09 46 42/43
 Fax (47) 21 09 45 04
 E-mail: Datashop@ssb.no

Sprachen:
 EN, NO

Schweiz/ Suisse/ Svizzera **Statistisches Amt des Kantons Zürich**
Eurostat Data Shop
 Bleicherweg 5
 CH-8090 Zürich
 Tel. (41-1) 225 12 12
 Fax (41-1) 225 12 99
 E-mail: datashop@statistik.zh.ch
<http://www.statistik.zh.ch>

Sprachen:
 DE, EN

USA **HAVER ANALYTICS**
Eurostat Data Shop
 60 East 42nd Street
 Suite 3310
 New York, NY 10165
 Tel. (1-212) 986 93 00
 Fax (1-212) 986 69 81
 E-mail: eurodata@haver.com

Sprachen:
 EN

Die Eurostat-Homepage
www.europa.eu.int/comm/eurostat/
 enthält eine aktualisierte Liste der
Eurostat Data Shops